



21. Mai 1929

KARL RENNER • DIE WENDUNG IN ÖSTERREICH

EIN seltsames Bild bot die Sitzung des Österreichischen Nationalrats vom 7. Mai 1929, in der sich die Regierung Streeruwitz, die Nachfolgerin des Kabinetts Seipel, vorstellte. In diesem Haus, in dem sich viele Jahre hindurch in einer ständig überreizten Atmosphäre gewaltige Gewitter entladen hatten, ohne die heilsame Nachwirkung allgemeiner Entspannung, herrschte ein wahrer Gottesfriede. Die Erklärung des neuen Kanzlers wich nicht nur im Ton sondern auch in der Sache völlig ab von den hochmögenden intransigenten Reden des alten Kanzlers Seipel, ja sie bekräftigte in vielen Punkten das gerade Gegenteil. Selbstverständlich konnte ich als Sprecher der sozialdemokratischen Minderheit nicht umhin diese wenigstens in Worten angekündigte Frontänderung entgegenkommend zu quittieren. Die bürgerlichen Gegner unterließen nicht nur jeden Angriff gegen die Sozialdemokratie sondern warben geradezu um ihre Mitarbeit. Der Gegensatz zur Vergangenheit konnte nicht deutlicher markiert werden. Wenn nicht alle Zeichen trügen, stehen wir an einem politischen Wendepunkt. Mit der Einsetzung dieser Regierung schließt die Epoche verschärften Kampfs der Klassen und der politischen Parteien, die in dem Ausbruch vom 15. Juli 1927 mit dem Brand des Justizpalasts ihren Höhepunkt erreicht hatte. Diese Epoche ist, was die Regierung und die zentrale Orientierung des Staats anlangt, beendet, wenn auch in ihren Folgeerscheinungen noch lange nicht überwunden. Es wird die höchste Anstrengung der Regierung und aller Parteien erfordern, um einen politischen Normalzustand auch außerhalb des Parlaments herzustellen.

Die Regierung Seipel war in ihren Anfängen nichts anderes als die gewöhnliche Bürgerblockregierung, wie solche auch in anderen Ländern zeitweise im Amt sind. Man kann diese Erscheinung so charakterisieren, daß in der Epoche der Reaktion nach dem Umsturz des Jahres 1918 die Konterrevolution sich so einrichtet, daß sie alle bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie ralliiert, Sozialdemokraten und Bolschewisten unter dem Einheitsschlagwort Marxisten zusammenfaßt und sich den "Antimarxismus" als ideologische Parole aufstellt. Das geistige Rüstzeug solchen Antimarxismus sucht sie in wirksamer Weise durch die Bildung von Kampfformationen zu ergänzen. In Österreich ist diese Richtung (man kann sagen: halb wider Willen) dem Kanzler Seipel aufgedrängt worden. Zweifellos ist Seipel ein Staatsmann

größern Formats und modernern Stils, der wohl bereit war solche Ideologien und solche Formationen als Helfer seiner Politik sich gefallen, aber nicht sich von ihnen geistig oder politisch gefangen nehmen zu lassen. Er wollte die Bürgerblockregierung, aber er wollte sie nicht unbedingt in der Form des ausschließlichen Antimarxismus und der vorwiegenden Schutzverbände. Es war das Verhängnis jenes 15. Juli und mancher Fehler, die die Partei nach dem 15. Juli gemacht hat, das Seipel in diese Bahn gedrängt hat. Wenn er unvermutet, und selbst ohne seine Partei vorher zu verständigen, nach Ostern die Regierung niederlegte, so war es die Abneigung dagegen die Überhitzung des politischen Kampfs sich bis zum Bürgerkrieg steigern zu lassen. Bürgerblock ja, aber Bürgerkrieg nein: das war gewiß das ausschlaggebende Motiv seines jähen Entschlusses. Man muß gestehen, daß ihm seine unleugbaren Verdienste in der Vergangenheit lange nicht so sehr Achtung abtrotzen wie das Verdienst dieses entschlossenen Rücktritts.

Aber auch von diesen Überreizungen abgesehen, bieten die Vorgänge in Österreich für die soziologische Betrachtung eines solchen Regimes wertvolle Erkenntnisse. Auf den ersten Blick erscheint es so, als ob die Sammlung der Besitzenden in einem Bürgerblock gegen einen Arbeiterblock, in dem sich alle Schichten des Proletariats vereinigen, ein notwendiger Ausfluß des Klassengegengesatzes und der Klassenkämpfe wäre. Nichts scheint also natürlicher als eine Bürgerblockregierung, nichts erscheint mehr erfolgverheißend, nichts fruchtbarer und auch dem Proletariat nützlicher, solange man die Klassenkampfformel in durchaus undialektischer, mechanischer und oberflächlicher Weise handhabt. Wir haben nun in Österreich Erfahrungen mit diesem System gesammelt. Wir hatten allerdings von dieser Periode den großen Nutzen, daß das Proletariat sich immer enger geschlossen um die Sozialdemokratie sammelte, daß die sogenannten Kommunisten, die an sich in Österreich nie Bedeutung hatten, in dieser Periode den letzten Rest des Einflusses einbüßten. Wir sehen auf der andern Seite zugleich, daß ein solches Regime die Leidenschaften der Massen notwendigerweise so rasch aufpeitscht, daß der Klassenkampf zu leicht auf die Straße getrieben wird, zu einer Zeit, da das Proletariat weder auf der Straße noch in der Wählerschaft noch nach dem Reifegrad der Wirtschaft in dieser völlig zu siegen und allein zu regieren imstande ist. Der 15. Juli, der ja keineswegs von einem Parteigenossen gewünscht, geschweige denn organisiert oder irgendwie herbeigeführt wurde, hat uns belehrt, daß im Hintergrund eines solchen Regimes, wenn man es nur von der Seite des Proletariats betrachtet, allzu nahe die Katastrophe lauert. Dazu kommt noch, wenn man über das Blickfeld Österreichs hinaussieht, die andere Tatsache, daß eine gesamtproletarische Opposition mit einem "kommunistischen" Flügel zu rechnen hat, der bei der geistigen Haltung dieses "Kommunismus" jede Aktionsgemeinschaft verbietet und das Proletariat völlig lähmt. Wir haben unter diesem Übel nur deshalb nicht gelitten, weil bei uns die Kommunistische Partei nichts bedeutet. Eine Opposition aber, die in sich und hinter sich eine gehässige, taktisch verblendete Opposition birgt, muß notwendigerweise in Abenteuer verwickelt werden, deren Folgen unabsehbar sind. Gewiß wird zu seiner Zeit, in der Stunde geschichtlicher Möglichkeiten, und nachdem diese Art Kommunismus sich von der Haltlosigkeit ihrer taktischen Parolen überzeugt und befreit haben wird, das ganze Proletariat zur Einheit der Handlung berufen sein. Aber diese geschichtliche Stunde ist noch nicht da und noch nicht sichtbar.

Der Bürgerblock Seipels hat indessen auch auf bürgerlicher Seite Erscheinungen gezeitigt, die aus dem Gesichtspunkt der allgemeinen Entwicklung und der Interessen der gesamten Republik sehr beachtenswert sind. Diese Erscheinungen traten plötzlich zutage, als Seipel zurückgetreten war. Bürgerblockregierungen leben davon und ziehen ihre Einheitsparole daraus, daß sie ausschließlich alles politische Leben auf den Kampf gegen die Arbeiterklasse und den Sozialismus zuspitzen. Sie haben in sich kein innerliches Pro, sie haben nur ein Kontra. Der Antimarxismus ist insofern nicht nur ein Schlagwort sondern der wirkliche Deckmantel dafür, daß eine gesamtbürgerliche Politik keinen positiven Inhalt und kein konkretes Ziel haben kann. Jeder Bürgerblock ist in sich durch sachliche Gegensätze zersetzt. Solange Seipel diese Gegensätze durch seine überragende Persönlichkeit deckte, eklatierten sie nicht, aber sie wuchsen sich unter der Oberfläche um so mehr aus. Es stellte sich nämlich heraus, daß inzwischen auf der einen Seite die Bauern, auf der andern die Stadtbürger, wieder auf einer andern die Intellektuellen in wütenden Aufruhr geraten waren, weil niemandes Wünsche befriedigt, niemandes Interessen berücksichtigt worden waren. Als Seipel ging, wurden nun diese Gegensätze auf einmal lebendig. Dem oberflächlichen Blick zeigten sie sich bloß als persönliche Rivalitäten, die eine rasche Beendigung der Krise nicht zuließen. In Wahrheit aber rückten nun alle Interessenten mit ihren Parolen vor, die Landwirte, die Beamten stellten unerfüllbare Forderungen, die industriellen und gewerblichen Scharfmacher begehrten auf, und der erste Anblick war ein Chaos im bürgerlichen Lager. Der soziologische Tatbestand für diese Unruhe ist eben der, daß die positiven Aufgaben eines Staats in unserer Zeit tausendfältig, daß die wirtschaftlichen Interessen so mannigfach und so widersprechend sind, daß sie sich auf irgendeine Einheitsformel des Antimarxismus, oder heiße sie wie immer, gar nicht reduzieren lassen. Es ist ein gordischer Knoten bürgerlicher Interessen, selbst wenn man die proletarischen nicht in Rechnung stellt. Der Fascismus will diesen Knoten einfach mit dem Schwert durchhauen und den Ausgleich der Interessen durch das Diktat eines allwissenden und allweisen und allmächtigen Führers ersetzen. Bürgerblockregierungen aber, denen in sich selbst das ausgleichende Element fehlt, sehen sich am Ende genötigt jede positive Lösung irgendeines Wirtschafts- oder Staatsproblems zu sabotieren und das Parlament geradezu zu obstruieren, damit die Öffentlichkeit nicht dahinterkomme, wie wenig sie geeignet sind die inneren Konflikte zu lösen. Es ist überaus charakteristisch, daß die Regierung Seipel gezwungen war ihr eigenes Parlament und ihre eigene Mehrheit jahrelang in den wichtigsten Fragen zu obstruieren. Sie wich beharrlich einer Lösung der Eherechtsfrage aus, focht die Dispensehen als widergesetzlich beim Verfassungsgerichtshof an, erteilte aber zugleich selbst weiter Ehedispense, um einer Eherechtsreform zu entgehen. Sie sabotierte die Ausdehnung der österreichischen Schulgesetze auf das Burgenland, weil dadurch der innere Widerstreit ihrer Fraktionen offenbar geworden wäre. Sie unterließ die Behandlung wichtiger Verfassungsgesetze, der sogenannten Grundsatzgesetze, weil sie dazu die Stimmen der verfeimten Opposition gebraucht hätte. Kurz, sie kam sachlich zu nichts und lebte schon 2 Jahre hindurch bloß davon, daß sie das Budget heimbrachte und die Verwaltung schlecht und recht weiterführte.

Jede Regierung, die sich ausschließlich auf den Gegensatz zum Proletariat und zur Sozialdemokratie abstellt, ist zur sachlichen Unfruchtbarkeit ver-

urteilt. Diese Unfruchtbarkeit wirkt sich insbesondere in einem bundesstaatlichen Gemeinwesen aus, in dem das Verhältnis der zentralen Bundesgewalt zu den Ländern ständig Schwierigkeiten schafft. Die Stadt Wien hat die rechtliche Stellung eines Landes, die Stadt Wien ist von Sozialdemokraten regiert. Bei jener einseitigen Einstellung kann die Bundesregierung nicht anders als gegen die Stadt Wien alle Mienen der Verwaltung und alle Tücken der Bureaucratie spielen lassen. Die Politik der Nadelstiche gegen Wien findet ja ihre Erklärung hauptsächlich darin, daß die Wiener Abgeordneten der Christlichsozialen Partei, die, auf dem Kampffeld Wiens besiegt und der Hoffnung die Stadt zu beherrschen beraubt, keinen andern Gedanken haben als die Bundesgewalt zu benutzen, um sich in der Stadt Wien wieder in die Macht zu setzen, zugleich die Führer des Bürgerblocks waren. Der bundesstaatliche Mechanismus aber bringt es mit sich, daß sie die Rechte Wiens nicht kränken konnten, ohne zugleich die Rechte der anderen Länder zu bedrohen. Innerhalb der herrschenden Parteien mußte daher ein Kleinkrieg der Länder gegen die Wiener Führung entbrennen. Die Christlichsozialen und die Landbündler, die in den Ländern draußen herrschen, sahen sich beschränkt durch die sogenannte Wiener Führung, die, in der eigenen Heimat unterlegen und erfolglos, ihre Herrschaft nun im Bund ausübten. Die Länder mußten natürlich auf eine redliche Anerkennung der föderativen Verfassung drängen, hatten also kein Verständnis für die Verwaltungsschikanen gegen Wien, die sich in letzter Linie auch ihnen gegenüber gefährlich erwiesen. Wenn Seipel aus der Regierung mit der Erklärung schied, daß die inneren Spannungen zu groß geworden seien, so mag er dabei wohl auch die Spannungen zwischen der Bundesregierung und den Ländern gemeint haben. Die neue Regierung drückt schon in ihrer Zusammensetzung den Sieg der Ländergruppe über die Wiener christlichsoziale Führung aus. Die Wiener Führung ist geradezu geköpft. Seipel, Kienböck und Schmitz sind verschwunden, von den Wienern ist allein Vaugoin, der Heeresminister, übriggeblieben. Der Kanzler Streeruwitz ist in Niederösterreich gewählt, der Unterrichtsminister Czermak ebenso, der Finanzminister Mittelberger ist Vorarlberger. Die Regierung präsentiert sich als Länderregierung.

Die allgemeine Nutzenanwendung aus dieser Erfahrung ist einfach. In einem bundesstaatlichen Gemeinwesen sind die Interessen noch mannigfacher geschichtet und geordnet als in einem reinen Einheitsstaat. Ein Bürgerblock kann auch in Hinsicht auf den organischen Aufbau des Staats kaum jemals zu einer befriedigenden Arbeit gelangen, besonders dann, wenn in einzelnen Ländern, wie in Wien, eine sozialdemokratische Mehrheit herrscht, oder die Sozialdemokratie an der Regierung teilnimmt. Im Zusammenhang mit den übrigen Erfahrungen ergibt sich die glatte Schlußfolgerung: Ein konkretes Staatswesen zu einer konkreten Zeit ist ein viel zu kompliziertes Gebilde, als daß es durch eine einzige Schablone regulierbar wäre. Ohne Zweifel ist der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat ein allgemeines Weltgesetz von unbestreitbar säkularer Gültigkeit, ein Gesetz, das sich also über die Welt und über die Jahrzehnte hin durchsetzt, und es wäre ein absoluter taktischer Fehler es außer acht zu lassen. Aber die konkrete Klassen- und Interessenschichtung im einzelnen Land zu bestimmter Zeit erfordert für die tägliche Politik gebieterisch die Anpassung der Taktik an sie. Die völlige Ausschaltung des parlamentarischen Einflusses der Arbeiterklasse aus der Politik des Landes bringt die Gefahr mit sich, daß das ganze

politische System sich totläuft. Wie nützlich es auch ist, daß sich von Zeit zu Zeit die sachliche Inkompetenz von Bürgerblockregierungen erweist, so hat dieser Beweis selber auch wieder eine für die Gesamtpolitik äußerst gefährliche Begleiterscheinung: daß er nämlich auf Kosten des Gemeinwesens und vor allem des Ansehens der Demokratie erbracht wird.

Und gerade dieser Punkt hat unvermutet in Österreich seine besondere Bedeutung erlangt. Die Unfruchtbarkeit der Bürgerblockregierung hat, wie gesagt, auf der einen Seite die Sozialdemokratische Partei so gestärkt, daß sie in den Gemeinderatswahlen in Oberösterreich, in den Landtagswahlen in Steiermark und bei den Wahlen in Graz und Innsbruck große Erfolge errungen hat, insbesondere hat sie in der zweitgrößten Stadt Österreichs, in Graz, genau die Hälfte der Mandate besetzt, so daß diese Stadt schon heute als rot bezeichnet werden kann und bei den nächsten Wahlen wahrscheinlich eine allein regierungsfähige sozialdemokratische Mehrheit haben wird. Auf der andern Seite aber ist die Unzufriedenheit der Bürger und Bauern so groß geworden, daß sie sich fast nirgends mehr auf eine bürgerliche Einheitsliste gegen uns vereinigen ließen, und bei manchen Wahlen, wie in Innsbruck, ein Dutzend bürgerlicher Listen aufgestellt wurden. Dieses Chaos im Bürgertum war erst recht Wasser auf die Mühle der Gewaltpolitiker. Nicht die rote Gefahr, sondern die bürgerliche Hilflosigkeit hat ihnen das Stichwort gegeben, und innerhalb der Bourgeoisie mehren sich die Anhänger einer Politik, die einer zentralen, bürokratischen, vom "Parteiwesen" nicht gehemmten, also absolutistischen Regierung das Wort redet. Die maulmachenden Gewaltpolitiker bedrängen die alten bürgerlichen Parteien derart, daß heute der sogenannte Heimatschutz (so nennen sich in Österreich diese Gewalthaufen) gar nicht mehr in erster Linie ein Problem der Sozialdemokratie sondern eins der bürgerlichen Parteien geworden ist.

Die Sozialdemokratie hat die Pflicht solche Strömungen auch im bürgerlichen Lager zu beachten. Sie kann die Verantwortung für das Schicksal der Demokratie und des Landes nicht abschütteln, indem sie achselzuckend fragt: Was geht uns an, was im Bürgertum vorgeht? Das schafft die Zwangslage für uns, trotz selbstverständlicher Aufrechterhaltung unserer Klassenfront, diejenigen Schichten des Bürgertums, die an einer demokratischen Entwicklung festhalten, nicht allein und im entscheidenden Moment nicht im Stich zu lassen. Denn wenn die Gewaltdoktrin auch im bürgerlichen Lager einsetzt, so ist es doch kein Zweifel, daß sie sich auf die proletarische Welt auswirkt. Das Proletariat braucht die Demokratie als Bedingung seines eigenen Aufstiegs. Das wohlverstandene eigene Klasseninteresse hat darum auch in Österreich die Sozialdemokratie denjenigen bürgerlichen Schichten nähergebracht, die es mit der Demokratie ehrlich meinen. Soweit sie diese ernst nehmen, müssen sie darum auch diese Annäherung ernst behandeln. Die österreichische Sozialdemokratie hat sowohl bei den letzten beiden Parteitagen als auch bei den Verhandlungen aus Anlaß dieser Regierungsbildung bekundet, daß es ihr mit solcher Kooperation ernst ist. Jener Teil der Bürgerblockparteien, der die Demokratie wirklich will, ist bei der Regierungsbildung stärker geblieben, wenn er sich auch nicht völlig durchgesetzt hat, und Vaugoin geblieben ist. Diese Annäherung hat allerdings bewirkt, daß der andere Flügel der bourgeoisen Parteien von augenblicklich stummem, aber um so leidenschaftlicherem Haß gegen die Entwicklung der Dinge erfüllt ist.

Das Ergebnis aller dieser Tendenzen ist für reichsdeutsche Leser vielleicht nicht leicht verständlich. Die neue Regierung hat keinen Vertreter der Sozialdemokratie, sie ist wieder eine ausgesprochene Bürgerblockregierung. Von einer Koalition ist also absolut keine Rede. Es hat sich für das neu versuchte Regime bei uns der terminus technicus Verständigungsregime rasch eingelebt. Die heutige Bürgerblockregierung will die Geschäfte so führen, daß sie grundsätzlich eine Verständigung mit der Opposition sucht und gegen Strömungen, die auf ein diktatorisches Gewaltssystem treiben, bei ihr einen Rückhalt findet. Ohne Zweifel kann ein solches Regime nur mit großen Schwierigkeiten arbeiten, und es wird von beiden Teilen abhängen, ob es zu positiven Erfolgen gelangt. Es nötigt der Sozialdemokratie insbesondere auf allen Linien des Kampfs Vorsicht auf. Die Entwicklung aber, die wir seit dem 15. Juli 1927 vollzogen haben, ist für jeden, der die Realitäten und Möglichkeiten des Klassenkampfes im konkreten Einzelnen studiert und nicht bloß von ihnen oberflächlich faselt, von ganz außerordentlichem Interesse.

LUDWIG QUESSEL · DAS ANGELSÄCHSISCHE SPIEL IN PARIS



LN diesen Tagen, da das mit Händen zu greifende angelsächsische Spiel die Pariser Konferenz von dem für sie aufgestellten Ziel der wirtschaftlichen Befriedung Europas abgeführt hat, ist es vor allem notwendig einmal bestimmt die Frage zu stellen, wo die Urheber der neuen Reparationsverhandlungen, deren Verlauf die Gold- und Devisenbestände der Reichsbank angegriffen und die Krise unserer Finanzwirtschaft verschärft hat, eigentlich zu suchen sind. Dabei muß besonders betont werden, daß vom Kabinett Hermann Müller die Behauptung, es habe die Pariser Reparationsverhandlungen gewollt und gewünscht, durchaus bestritten wird. Zugegeben werden kann, daß aus der offenbar von englischer Seite inspirierten Forderung der deutschen Regierung, das Rheinland müsse ohne Gegenleistung vorzeitig geräumt werden, die in Genf dann, wie üblich, auch auf angelsächsischer Seite entschieden zurückgewiesen wurde, die Reparationskonferenz hervorgegangen ist: nicht als eigentlich deutsche Forderung sondern als das Verlangen der Gegenseite, die sich nur nach einer endgültigen Regelung der Reparationszahlungen auf eine vorzeitige Rheinlandräumung einlassen wollte. Kein Zweifel, die Reparationskonferenz ist für Deutschland eine so schwere Belastung geworden, daß wirklich kein Grund vorliegt sie etwa als Aktivum deutscher Politik zu buchen. Durchaus falsch ist jedoch die Anschauung, daß der Plan zu der Reparationskonferenz von Frankreich ausgegangen sei. Die Kontinentalstaaten Europas hatten in der Tat nicht den mindesten Grund eine Revision des Dawesplans unmittelbar nach Ablauf des Deutschland gewährten Teilmoratoriums zu wünschen.

Die eigentlichen Urheber der Pariser Konferenz, die die gesunde Atmosphäre des Reparationsfriedens in Europa schnell wieder mit giftigen Sprenggasen gefüllt hat, sind auf angelsächsischer Seite zu suchen. Am 28. April, als jenseits des Ozeans die Entrüstung über das Memorandum Hjalmar Schachts hoch aufschäumte, und der letzte Tag der Pariser Konferenz schon gekommen zu sein schien, wies das Berliner Tageblatt in einem Telegramm aus Washington klar und bestimmt auf den Urheber der neuen, Europas Wirtschaftsfrieden und Deutschlands Wohlstand bedrohenden Reparationswirren hin:

»Es sind nicht die Deutschen, es sind vielmehr sehr maßgebliche amerikanische Finanzkreise, die jetzt vorsichtig daran zu erinnern beginnen, daß der Generaldirektor des Dawesplanes die Verantwortung für die Initiative zu tragen hat. Herr Gilbert war es, der seit Monaten alle Wege zu ebnen suchte, um eine endgültige Reparationsregelung herbeizuführen. Gilbert war es, der vor seinem letzten Besuche in Washington und New York langwierige Verhandlungen in Berlin, London, Paris und Rom geführt hat, die von der ganzen Welt als erste Schritte in der Richtung auf eine Revision des Dawesplanes bewertet wurden. Und wiederum Gilbert war es, der damals mit sehr optimistischen Berichten von Staatskanzlei zu Staatskanzlei ging. Er hat allen, die es hören wollten, erzählt, daß Deutschland durchaus imstande sei die Vollzahlungen des Dawesplanes zu leisten . . . Er hat Coolidge, Mellon, Kellogg und zahlreichen anderen amtlichen und privaten Persönlichkeiten von Einfluß die Dinge so dargestellt, daß schließlich Einmütigkeit darüber erzielt wurde schon jetzt eine Kommission zur Überprüfung der Zahlungsbestimmungen des Dawesplanes einzuberufen, und dies zu einem Zeitpunkt, als in Deutschland ernste Zweifel an der Zweckmäßigkeit solcher Erörterungen zum mindesten vor dem Ablauf des 1. Normaljahres laut geworden waren. Wir haben damals berichtet, welche Stimmung in Amerika vorwaltete. Das Fazit der Gilbertschen Konferenzen war immer wieder: Deutschland kann zahlen und muß zahlen. Wir zitieren wörtlich aus einer Aufzeichnung, die das Licht der Öffentlichkeit bisher nicht gesehen hat, und in der vertrauliche Äußerungen Gilberts in New York wiedergegeben werden: »Weder Young noch Morgan hätten sich zur Mitarbeit in dem neuen Komitee bereitgefunden, wenn sie nicht gute Gründe für die Annahme gehabt hätten, daß eine befriedigende Regelung verhältnismäßig einfach ist.« Diese einfache Lösung sollte nach Gilberts Meinung mehr oder minder auf der Basis der normalen Dawesannuität von 2½ Milliarden Goldmark zustandekommen, und in diesem Sinne berichtete er den Washingtoner Instanzen, bei denen trotz offizieller Desinteressiertheit die schließliche Entscheidung lag. Von der Möglichkeit oder gar Wahrscheinlichkeit einer Herabsetzung der deutschen Maximalzahlungen war überhaupt keine Rede, und bald hatte Gilberts Optimismus sich den höchsten Stellen mitgeteilt . . . Der oben erwähnten vertraulichen Aufzeichnung zufolge hat Gilbert in New York erklärt, es sei ganz natürlich, daß Frankreich Garantien fordere, bevor es das Rheinland zu räumen gewillt sei; denn Deutschland habe ja seine Verpflichtungen noch nicht erfüllt . . . Bisher hat sich Deutschland immer noch von einer übertriebenen Zuversicht auf imaginäre amerikanische Sympathien leiten lassen. Es sollte sich aber jetzt erwiesen haben, daß solche Hoffnungen auf Sand gebaut sind, und daß es besser ist mit Illusionen ein für allemal aufzuräumen.«

Das Berliner Tageblatt hat recht: Die Urheber der Pariser Konferenz sind die Amerikaner, die ihre aus Preiswucher an Kriegslieferungen herrührenden Forderungen gegenüber Europa, die vor dem Gewissen der Welt nicht bestehen können, mit Deutschlands Hilfe garantiert sehen wollen.

Es ist klar, daß die von Amerika in solchem Sinn vorbereiteten neuen Reparationsverhandlungen Deutschland nur Unheil bringen konnten, sofern nicht jenem angelsächsischen Spiel ein fester kontinentaleuropäisch orientierter Wille entgegengesetzt wurde. Die Hoffnung, Deutschland werde in Paris an der Seite Frankreichs und Belgiens den durchaus unsittlichen amerikanischen Anspruch bekämpfen: 62 Jahre lang von Kontinentaleuropa Zahlungen zu erhalten, zur Verzinsung und Tilgung jener ungeheuerlichen Schuld, die aus Kriegslieferungen entstanden ist, mußte freilich herabgestimmt werden, als bekannt wurde, daß Hjalmar Schacht als deutscher Sachverständiger in Paris fungieren würde. Es war vorauszusehen, daß von Schacht, der seinerzeit vor der Aufwertungskommission des Reichstags jede Wiedergutmachung der Inflationsschäden (Aufwertung) als »unmoralisch« bezeichnet hatte, ein energischer Widerstand gegen die amerikanische These, Europa (und das heißt schließlich Deutschland) sei verpflichtet die sogenannten Schulden an den Kriegsgewinner Amerika zu zahlen, nicht ausgehen würde. Dagegen mußte man befürchten, daß das deutsche Volk in die unhaltbare Position hinein-

manövriert werden würde der Gegenseite jeden Beitrag Deutschlands zum Wiederaufbau der durch den Krieg verwüsteten Gebiete zu verweigern. Der Verlauf der Pariser Verhandlungen hat denn auch denen recht gegeben, die annahmen, Schacht werde in Paris nichts dazu tun, um eine Kooperation zwischen Frankreich, Belgien und Deutschland gegen die amerikanischen Kriegsgewinnansprüche herzustellen. Und doch lag gerade hierin die einzige Erfolgsmöglichkeit für Deutschland. Für jeden, der nicht nur für den im Völkerleben vorherrschenden Machtinstinkt ein Auge hat sondern auch für das moralische Bewußtsein der Kulturmenschheit, das sich, wenn auch oft auf verschlungenen Wegen, doch zuletzt immer siegreich durchsetzt, besteht kein Zweifel daran, daß Amerika auf seinem Schein: skrupellos aus Europa alle seine Kriegsgewinne bis zum letzten Pfennig herauszupressen, nicht beharren könnte, wenn sich eine einheitliche Front des Kontinents dagegen bildete. Kommt sie nicht zustande, so denkt Amerika aber nicht daran auf irgendetwas zu verzichten. Daß die »Abstriche an dem zur Deckung der amerikanischen Besatzungskosten dienenden Teil der deutschen Annuitäten in einer Gesamthöhe von 30 Millionen Dollars«, zu denen sich nach einer Meldung des Ullsteinschen Nachrichtendienstes eine »ganz überraschend vom Präsidenten Hoover einberufene Konferenz der Parlamentarier beider Parteien« am 19. Mai »eventuell« verstehen wollte, noch nicht einmal eine schöne Geste darstellen, braucht wohl hier nicht extra festgestellt zu werden.

Wir haben nichts davon gehört, daß das sittliche Bewußtsein des deutschen Volkes, es sei nicht verpflichtet für die Kriegsgewinne Amerikas aufzukommen, und das durchaus im Einklang mit dem Weltgewissen steht, auch nur mit einem Wort in Paris angedeutet worden wäre. Wie weit hierbei die Haltung Richard von Kühlmanns von Einfluß war, der alsbald als Hjalmar Schachts außenpolitischer Berater in Paris auftauchte, ist noch zu prüfen. Georg Bernhard war am 5. Mai in der Lage über die neuerliche "diplomatische" Wirksamkeit Kühlmanns folgendes in der Vossischen Zeitung mitzuteilen.

»Was hat denn nun Herr von Kühlmann in Paris getan? Er hat tatsächlich verhandelt. Worüber hat er verhandelt? Über die *Kolonialfragen*. Mit wem hat er verhandelt? Zunächst mit dem englischen Minister Churchill, der ihn dann an Tyrrell, den englischen Botschafter in Paris, verwies. Tyrrell, der gefährlichste Deutschenfeind und geschickteste Intrigant gegen Deutschland, hat sich nicht nur die Vorschläge des Herrn von Kühlmann interessiert angehört sondern ihn auch gebeten ihm doch seine so interessanten Pläne und Anschauungen *schriftlich* aufzuzeichnen. Und der von einzelnen Kreisen in Deutschland immer noch als besonders geschickter Diplomat geschätzte ehemalige deutsche Außenstaatssekretär von Kühlmann hat auch tatsächlich solche schriftlichen Aufzeichnungen aus der Hand gegeben. Als nun Doktor Schacht in dem Memorandum, das er der Sachverständigenkonferenz mit seinem Vorschlage überreichte, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands in Verbindung brachte mit dem Verlust der Kolonien und die Möglichkeit des höhern seiner beiden Zahlungspläne von neuer deutscher Kolonialwirtschaftsmöglichkeit abhängig machte, da waren die Aufzeichnungen Kühlmanns natürlich lange in den Händen Lord Revelstokes, Herrn Morauds und wahrscheinlich auch in den Händen der sämtlichen anderen Gläubigerdelegierten. Kann man sich wundern, daß unter diesen Umständen die Äußerungen Schachts als politisch gedeutet wurden?«

Zu diesen Mitteilungen ist zu bemerken, daß man sich genieren muß immer wieder zu sehen, daß kein diplomatisches Spiel von angelsächsischer Seite zu plump ist, um deutsche Diplomaten damit nicht hereinlegen zu können. Während der Kaiserzeit war Kühlmann der Prophet des gewaltigen deutschen Kolonialreichs, das uns die Engländer nach seinen Wahnvorstellungen

freundlichst zur Verfügung stellen wollten. Jetzt spuken in seinem Hirn ähnliche Gespinste. Die Rolle, die Kühlmann in Paris spielte, lief, was er sich auch subjektiv vorgestellt haben möge, objektiv darauf hinaus eine angelsächsisch-deutsche Einheitsfront zur Sicherung der amerikanischen Kriegsgewinne zustande zu bringen, damit Europa unter allen Umständen gezwungen werde 2 Menschenalter hindurch Zahlungen an Amerika zu leisten, die, wie die Dinge nun einmal liegen, natürlich bis zum letzten Pfennig von Deutschland aufgebracht werden müssen, da Amerikas Staatsmänner viel zu einsichtig sind, um zu verkennen, daß es völlig unmöglich ist sie etwa auf Kosten der europäischen Siegerstaaten einzutreiben. Diese angelsächsisch-deutsche Einheitsfront gegen Europa brachte uns eine schwere Niederlage. Das konnte man voraussehen. Mag man auch das sittliche Moment ganz ignorieren, so darf man doch nicht die realen Machtverhältnisse in Europa übersehen, die jedem Menschen von politischem Augenmaß zeigen, daß es niemals gelingen wird die faktischen Wiedergutmachungsverpflichtungen Deutschlands, also die eigentliche Reparationsschuld, zugunsten einer Sicherung der amerikanischen Kriegsgewinne zu annullieren. Denn, so führte Poincaré am 20. Mai in seiner Rede auf dem Gelände des zerstörten und nicht wiederaufgebauten Dorfs Douaumont aus, Frankreich wünsche zwar »im Interesse des wirtschaftlichen Wiederaufbaus der Welt, daß eine endgültige Regelung der Reparationsfrage wirklich zustande komme«, aber es sei »ungerecht und unannehmbar, wenn die Kosten dafür von Frankreich, dem ausgebluteten und zerstörten Frankreich, getragen werden müßten«. Europa ist einig in der Auffassung, daß Deutschland zur Aufbringung der Kriegsgewinne Amerikas nur über Europa gezwungen werden kann, daß aber seine Reparationspflicht gegenüber den durch den Krieg verwüsteten Gebieten unverjährbar ist.

Die angelsächsisch-deutsche Front wurde von den Angelsachsen natürlich, verlassen, als sie bemerkten, daß kein Schachzug imstande war den Unterschied zwischen Kriegsgewinnen und Wiedergutmachung im Bewußtsein der Menschheit auszulöschen. Kaum war zwischen Hjalmar Schacht und Sir Josiah Stamp eine Einigung über die Formulierung der deutschen Vorbehalte zustande gekommen, die sich hauptsächlich auf ein Transfermoratorium, ein Aufbringungs moratorium, auf die Einsetzung einer Revisionskommission bei der Reparationsbank und auf die Verwendung der Reingewinne der Reparationsbank zur Abdeckung der interalliierten Schulden vom 37. bis zum 58. Jahr beziehen, und schon ließ Englands Hauptdelegierter Deutschland fallen, indem er vor aller Öffentlichkeit erklärte, seine Zusammenarbeit mit den deutschen Hauptsachverständigen dürfe nicht so gedeutet werden, als ob er (Stamp) »die Vorbehalte Schachts in ihrer Gesamtheit billige und sie etwa gegenüber den anderen Sachverständigen patronisiere«. Wie die englisch-deutsche, so erwies sich auch die amerikanisch-deutsche Einheit als eine Seifenblase, die stolz in allen Farben glänzte, um sofort spurlos ihr Dasein zu beschließen. Es ist nicht wahr, das der Youngsche Verteilungsschlüssel, dieses Erzeugnis amerikanisch-englisch-deutscher Sachverständigenarbeit, von Frankreich und Belgien zerbrochen worden ist. Nicht Poincaré, sondern der englische Schatzkanzler Winston Churchill protestierte gegen dieses Werk von der Tribüne des Unterhauses herab. Die Dinge liegen demnach so: Das 1. deutsche Angebot, das für die Wiedergutmachung der Kriegsverwüstung in Europa so gut wie nichts vorsah und sich damit begnügte die Kriegsgewinne Amerikas durch deutsche Zahlungsbereitschaft sicherzustellen, wurde

schließlich auch von den Angelsachsen einmütig als unannehmbar abgelehnt, obwohl es als sicher anzusehen ist, daß Schacht und Kühlmann glaubten die Angelsachsen hierfür gewonnen zu haben. Das 2. deutsche Angebot trat dann als Youngscher Vermittlungsvorschlag in die Erscheinung, der, kaum bekannt geworden, von Winston Churchill mit einem knock out bedacht wurde. Dieses angelsächsische Spiel, dessen politischer Sinn es ist Deutschland auf dem Kontinent isoliert zu halten und eine Erleichterung seiner ökonomischen Lage unter allen Umständen zu verhindern, wiederholt sich mit ermüdender Monotonie. Wie bei früheren Gelegenheiten, so vereitelten auch diesmal England und Amerika in geschicktem Zusammenspiel Deutschlands Verständigung mit den Kontinentalstaaten, indem sie die deutschen Vertreter mit unverbindlichen Versprechungen auf die angelsächsische Seite zogen, um sie dann, sobald eine kontinentale Zusammenarbeit hintertrieben war, glatt fallen zu lassen. Trotz aller Wiederholung mit stets gleichem Ausgang ist diese Methode Deutschland gegenüber noch immer wirksam gewesen. Anzumerken ist auch, daß die deutschen Vertreter fast nie wissen, welchen Standpunkt ihre angelsächsischen Mit- und Gegenspieler einnehmen. Konnte man von Stamp, der Mitglied des Sachverständigenkomitees von 1924 war, und der noch am 19. Oktober 1928 in einem öffentlichen Vortrag bekundete, er habe sich bei der Aufstellung des Dawesplans nicht geirrt, »die Steuerzahlungskapazität Deutschlands sei über allen Zweifel erwiesen . . . , das deutsche Volkseinkommen habe mit 60 Milliarden Reichsmark im Jahr 1927 selbst seine Erwartungen übertroffen«, wirklich annehmen, er werde Schachts Vorbehalte »in ihrer Gesamtheit billigen« oder auch nur »patronisieren«?

Das Zusammengehen mit England und Amerika hat Deutschland nichts eingebracht. Dagegen ist der Gold- und Devisenvorrat der Reichsbank heimgesucht, das Vertrauen der Welt zu Deutschlands wirtschaftlicher Zukunft vermindert und der Kredit der deutschen Wirtschaft im Ausland erschüttert. Drohend steigt jetzt am politischen Horizont die Einstellung des Transfer auf, gegen den, wenn es hart auf hart kommt, sich am entschiedensten die amerikanischen Kriegsgewinner wenden werden, weil er sich im letzten auf ihre Kosten vollziehen muß. Nichtsdestoweniger ist es nicht ausgeschlossen, daß angelsächsische Suggestionen, die Deutschland zum Ruhrkrieg und zur Vernichtung seiner Währung antrieben, jetzt in gleicher Richtung wirken, um eine neue Katastrophe auf Deutschland herabzubeschwören. Läßt sich das deutsche Volk abermals auf den Weg gegen Europa locken, so geht es neuen Leiden entgegen, deren Ende nicht abzusehen ist.

HEINRICH PEUS · IMMER MEHR PRAKTISCHEN SOZIALISMUS FÜR HEUTE!



IMMER noch sind wir viel zu sehr bloß kritisch gerichtet. Immer noch erblicken wir das Heil, das uns beglücken soll, nur in einer mehr oder weniger fernen Zukunft. Wir sollten aber für die Gegenwart viel anspruchsvoller sein. Manche machen die Gegenwart schlecht: sie erfülle zu wenig, was wir erhofft hätten. Ich glaube, wir können stolz auf das sein, was wir seit 60 Jahren erreicht haben. Aber ich bin es sehr zufrieden, daß man mit der Gegenwart unzufrieden ist. Nur möchte ich das anders ausgedrückt haben: weniger durch Kritik, mehr durch Andersmachen. Das werde an bestimmten Dingen klar.

Da haben wir vor einem Vierteljahrhundert begriffen, daß wir ein erhebliches Stück Wirtschaftssozialismus auf organisiertem Verbrauch aufbauen können. Die Konsumgenossenschaft hat auch schon gewaltige Fortschritte gemacht. Dieser Tage sagte ich zu meinem Reichstagskollegen Heinrich Beythien: »Wissen Sie noch, daß wir vor etwa 25 Jahren einmal in Stendal in einer Versammlung gegen einander gekämpft haben, ich für den Konsumverein und Sie für den Rabattsparverein? Und wer ist der Sieger?« Er machte hierauf eine Bemerkung, die deutlich sein Staunen über die Entwicklung der Konsumvereine zeigte. Und doch meine ich wieder: Was bisher erreicht wurde, ist noch überaus mäßig. Der Dessauer Konsumverein, der in einem Bezirk von 120 000 Einwohnern wirkt, hatte im März dieses Jahres einen Umsatz von 661 301 Mark. Das bedeutet aufs Jahr berechnet 8 Millionen Mark. Die Hamburger Produktion, die für mindestens 12mal so viel Bewohner ihres Bezirks wirkt, hatte im Jahr 1928 einen Umsatz von 70 Millionen Mark. Nach den Zahlen des Dessauer Vereins müßte sie aber 96 Millionen Mark Umsatz haben. Die Produktion gilt, und mit vollem Recht, als eine der weitestfortgeschrittenen Genossenschaften der Welt, vor allem aber Deutschlands. Der Dessauer Verein ist relativ aber noch weiter. Und doch haben die Dessauer nicht im mindesten Grund zufrieden zu sein. Die 30 000 Haushaltungen von Dessau und Umgebung müßten bei nur 500 Mark Jahresumsatz pro Familie im ganzen nicht 8 sondern 15 Millionen Mark Umsatz schaffen. Bei nur 500 Mark Jahresumsatz. Ich werde nicht müde im Volksblatt für Anhalt vorwärts zu treiben. Vielleicht darf ich so stolz sein die Fortgeschrittenheit des Dessauer Vereins auch meinem Mittun zuzuschreiben. Aber, wie gesagt, genug ist noch lange nicht getan. Und wie kläglich sieht es noch anderwärts aus! Ich habe nicht den Eindruck, als ob sich die Gesamtpartei, besonders die Gesamtparteipresse, dessen voll bewußt wäre, was auf dem organisierten Konsum an Produktion aufgebaut und dem Konsumenten genützt, zugleich aber für den Gesamtaufbau der Gesellschaft in unserm Sinn geleistet werden könnte, wenn man für die genossenschaftliche Organisation so einträte, wie das ein Adolph von Elm um die Wende des Jahrhunderts, von den Sozialistischen Monatsheften auf das stärkste unterstützt, gefordert hat. Noch sind entfernt nicht alle Führer der Sozialdemokratie auf dem Standpunkt Adolph von Elms, obwohl dieser Standpunkt sich doch stark genug durch die tatsächliche Entwicklung als richtig erwiesen hat. Und die Massen wissen noch weniger, was sie könnten, wenn sie bewußt wollten. In der Organisation des Konsums und dem Aufbau der durch den organisierten Konsum gesicherten Produktion liegt ein Weg hinein in den Sozialismus. Wenn er noch nicht genügend beschritten wird, so nur deshalb, weil die Proletarier immer noch zu wenig an ihre positive Macht glauben und noch viel zu sehr vermeinen, durch Kritisieren oder wohl gar durch Schimpfen werde es besser. Das Proletariat, das immer vom Stürmen spricht, schleicht und kriecht immer nur erst vorwärts, wo es wer weiß wie stürmen könnte.

Man muß sagen: Die Kapitalisten tun da vielfach mehr als die ausgebeuteten Proletarier. Nicht nur das als großes Gebäude in die Erscheinung tretende Warenhaus wächst, sondern auch das Warenhaus der Konzerne, das für Geschäfte, die noch eine an den Namen eines individuellen Geschäftsmanns anknüpfende Firma tragen, sowohl die Warenproduktion, den Warenbezug wie die Warenverteilung organisiert, ist in gewaltiger Entwicklung begriffen. Der Mittelstand wird immer mehr Scheinmittelstand, er wird immer mehr

bloßer Funktionär großer Kapitalmächte, der Sozialismus schwitzt der Gesellschaft aus allen Poren, nur sind die Sozialisten dabei wirklich nicht so im Vordergrund der Entwicklung wie sie es sein sollten. Der sich gegen die Entwicklung mit viel Geschrei sträubende Mittelstand der Krämer und sonstigen kleinen Geschäftsleute tritt nach außen in Gestalt der Firmenschilder viel stärker in die Erscheinung als ihm wahrhaft gebührt. Noch nicht entfernt 10 % der Bevölkerung steht hinter ihm, und seine wirtschaftliche Lage wird immer unsicherer. Wo immer ein Loch in einem Haus an einer Verkehrsstraße liegt, wird ein Laden errichtet. Der Hausbesitzer will Grundrente schlucken. Und es gibt genug Leute, die, statt in der Fabrik 8 Stunden an der Drehbank zu stehen oder am laufenden Band zu sitzen, jeden Versuch ergreifen irgendwo in eine Ritze der Gesellschaft zu kriechen, um hernach, wenn sie zwischen Hausbesitzer, Warenhaus, Konzern und Konsumverein erdrückt werden, nach Rettung des Mittelstands zu schreien. Weil der Mittelstand, der sich heute als Wirtschaftspartei organisiert, als ausschlaggebende Zwischenpartei oft gegen die Arbeiter, Angestellten und Beamten votiert, wird vielleicht gerade dadurch die konsumgenossenschaftliche Entwicklung noch kräftiger gefördert. Noch besser aber ist es, wenn systematischer Aufbauwille diese Entwicklung bringt. Der Energievergeudung mit dem Motto "Fingerlang gehandelt ist besser als armlang geschafft" ist im Interesse der Einsparung völlig wertlosen Energieaufwands mit starkem Willen entgegenzutreten. Wieviel wäre da von der Arbeiterklasse, zumal in den Großstädten, insbesondere auch in Berlin, noch zu schaffen!

Eine ungeheuer wichtige Frage ist heute die Wohnungsfrage. Ein großer Wandel hat sich da seit der Novemberumwälzung vollzogen. Vor dem Krieg wurde die Wohnung noch in gewaltigstem Umfang gewerbsmäßig hergestellt und auf dem Warenmarkt wie jede andere Ware gehandelt. Baugenossenschaften hatten erst in bescheidenem Maß das neue System unmittelbarer Bedarfsdeckung begonnen. In der Nachkriegszeit haben sich die öffentliche und die genossenschaftliche Bedarfsdeckung in hohem Grad entwickelt. Die Gemeinden haben neben dem Reich, das von seinen Einzelverwaltungen bauen läßt, und den Ländern, die vielfach auch als Arbeitgeber Wohnungen beschafft haben, sehr stark Bedarfsdeckung betrieben. Daneben aber haben schon Gesellschaften, Genossenschaften und Siedlerverbände erheblich in den Wohnungsbau in Gestalt unmittelbarer Bedarfsdeckung eingegriffen. Relativ ist schon viel geschehen. Aber der großen Masse der Parteigenossen fehlt doch noch das volle Bewußtsein von der geradezu erlösenden Kraft, die der Wohnungsbau im Sinn des Sozialismus haben kann, wenn alle Sozialisten, insbesondere auch unsere Genossen in der Presse, sich den Sozialismus des Eigenheims auf eigener Scholle als wahres Eigentum angelegen sein lassen. Nur zu viele haben noch das rein kritische Empfinden, Regierung und Gemeinde sorgten nicht genug für gute und billige Wohnungen, und die Hausbesitzer wollten den Vorteil ihre Hypothekenschulden verloren zu haben gar zu sehr für sich ausnutzen. Eins ist auf alle Fälle falsch: die Gleichgültigkeit nämlich dagegen, daß die alten Wohnungen, am Index des Lebensunterhalts gemessen, sehr billig sind, wenn man die eigene Reparaturtätigkeit der Mieter nicht in Rechnung stellt, während die neuen Wohnungen für gleichen Gebrauchswert, am alten Mietswert gemessen, ganz ungewöhnlich teuer sind. Die Löhne und Gehälter richten sich wesentlich nach den 120 %

der Vorkriegsmiete, weshalb die Mieter jedweder Erhöhung des Prozentsatzes auf das heftigste widerstreben, die Mieten für neue Wohnungen aber werden für die Masse des Volkes direkt unerschwinglich. Wo, wie etwa in Anhalt, das Einfamilienhaus mit nicht zu kleinem Garten (400 bis 500 Quadratmeter) die Norm der neuen Wohnung ist, wird aus Begeisterung für das Eigenheim der Spartrieb aufs äußerste gefördert. Aber für eine Kleinstwohnung in irgendeinem Stockwerk eines Hochhauses kann sich kein Spartrieb entwickeln. Da zahlt man nur, weil man ohne Erbarmen zahlen muß.

Offensichtlich haben wir die Wohnungsfrage positiv nur vom Gesichtspunkt der Neuwohnungen aus zu betrachten. Sie kosten Arbeitslohn und Kapitalzinsen. Den Arbeitslohn können wir nur technisch mindern wollen, indem wir rationell bauen. Doch darf ruhig behauptet werden, daß, was da gespart werden kann, durch die Erfordernisse der modernen Wohnung wieder aufgezehrt wird. Was die Neubauten im wesentlichen teuer macht, das sind die hohen Kapitalzinsen, das ist die Tatsache, daß die modernen Proletariat fast alle im geborgten Nest wohnen. Hier muß die positive Arbeit beginnen. Ehe es die Konsumgenossenschaft gab, war das Borgwesen auch beim Lebensmittelkauf ganz allgemein. Die Konsumvereine haben diese Borgwirtschaft aufgehoben. Die Konsumvereine haben ihre Mitglieder auch mit dem Betriebskapital ausgerüstet, das in ihren eigentlichen Produktionsbetrieben wie in ihren Verteilungseinrichtungen steckt. Die Konsumvereine haben alle ihre Mitglieder zu Kapitalbesitzern gemacht. Die 12 000 Mitglieder des Dessauer Konsumvereins haben zurzeit neben 447 000 Mark Geschäftsanteilen, die den einzelnen Mitgliedern gehören, ein schuldenfreies Kapitaleigentum von 1 442 000 Mark, pro Mitglied 120 Mark.

Der praktische Wille der Sozialisten muß darauf gerichtet sein sich auch für die Wohnung aus der Borgwirtschaft herauszubringen. Wer borgt, muß Zinsen zahlen. Und wer seine Wohnung dauernd borgt, muß dauernd hohe Zinsen zahlen, hat zur Befriedigung seines Wohnbedürfnisses zugunsten der Kapitalisten mindestens 3mal so viel zu zahlen als wer es selber auf eigene Kosten direkt befriedigt. Es ist auch nichts geholfen, wenn die Gemeinde die Wohnungen baut und vermietet. Gemeindeverwaltung macht die Wohnungen teuer und nimmt ihnen jede individuelle Note. Die Gemeinde borgt das Kapital auch von Kapitalisten. Bringt sie das Kapital aber durch Steuern auf, so entsteht die Frage, welche Art von Wohnung dafür die Steuerzahler fordern können. Die Wohnung ist persönliches Bedürfnis oder Bedürfnis der Familie, wie das Kleid, das uns schützt und schmückt. Sie muß auch unser persönliches Eigentum sein, wenn damit auch nicht gesagt ist, daß ihre Beschaffung nur unsere persönliche Angelegenheit wäre. Sie muß unser persönliches Eigentum nicht nur im juristischen sondern auch im wirtschaftlichen Sinn sein. Dies war das Gefühl des 26jährigen Maurers in Dessau, der mir beim Richtfest meines erdgeschossigen Eigenheims mit 33 mal 40 Quadratmeter Wohnfläche sagte: »Auch ich baue mir schon mein Eigenheim, weil ich Ihren Rat befolge mir mein Nest zu bauen, ehe ich die habe, für die ich es brauche.« Der praktische Sozialismus, der nicht bloß redet und redet, muß alles tun jedes Glied der Gesellschaft von der Ausbeutung durch fremdes Wohnhauskapital zu befreien. Seit 1912 vertrete ich öffentlich die gesetzliche Wohnungssparpflicht. Wie der Staatsbürger gezwungen wird schon vom 16. Jahr ab für seine Lebenszeit nach dem 65. Jahr zu sparen, so müßte jeder Staats-

bürger auch gezwungen werden dauernd ein Stück Wohnungskapital zu sparen, das sein persönliches Eigentum bliebe, aber nur für die Wohnungsbeschaffung verwendet werden dürfte und bis zu etwa 10 000 Bauarbeiterstundenlöhnen anzusammeln wäre. Dann gäbe es billiges Baukapital, dann brauchten wir nicht 10 bis 12 % Zinsen zu zahlen, dann hätten wir alle eine menschenwürdige Wohnung, dann gäbe es Bauarbeit über Bauarbeit, dann könnten wir ungezählte Millionen an Arbeitslosenunterstützung sparen.

Wenn aber der Gesetzgeber noch nicht so viel Weisheit und Willen aufzubringen weiß, solchem Rat zu folgen, dann sollten die Verständigen und Entschlossenen das tun, was die in den schon vielfach bestehenden Bausparkassen organisierten Sparer tun, die für sich systematisch sparen, um nicht unter schwerem Verlust für die Grundbesitzer und Vermieter sparen zu müssen. Die Bausparkasse der Gemeinschaft der Freunde von Wüstenrot in Württemberg hat vom November 1924 bis zum März 1929, also in noch nicht 4½ Jahren, an 5684 Bausparer unkündbar 86 440 020 Mark Baugeld zu 4 und 5 % zur Verfügung gestellt. Nach neuesten Meldungen steht die Überschreitung der ersten 100 Millionen Mark unmittelbar bevor. Das eingesparte Geld wird mit 2 % verzinst, das empfangene mit 4 respektive 5 % und muß mit 2 % getilgt, das heißt gespart werden. Es ist der organisierte Zwang zur Selbstbefreiung von der Zinssklaverei, die die Grundbesitzer und vermietenden Hausbesitzer den nichtsbesitzenden Proletariern gegenüber ausüben. Das ist der selbe praktische Wirtschaftssozialismus, den die Konsumgenossenschaften gegenüber dem täglichen Lebensmittelbedürfnis betätigen. Wie jeder Sozialist Mitglied der Konsumgenossenschaft sein muß, tätiges wirklich kaufendes Mitglied, so sollte auch jeder Sozialist Mitglied einer Bausparkasse sein, und wäre es nur mit dem geringsten Sparbeitrag; auch wenn er gar nicht daran dächte oder denken könnte schon bald ein Eigenheim auf eigener Scholle zu besitzen, hilft er sich dadurch auch als Mieter, denn die sonst geradezu bedrohliche Verteuerung der Mietswohnungen wird durch die Betätigung der Bausparkassen sehr erheblich zugunsten der Mieter beeinflusst. Rare Ware ist teuer. Die Mieter können die neuen Mieten nicht erschwingen. Die Folge ist eine menschenunwürdige Verkleinerung der Wohnungen.

Freilich gehört zu solchem praktischen Sozialismus unbedingt das neue Bodenrecht, das durch progressive Grundwertsteuer Staat und Gemeinde im Lauf von etwa 30 bis 40 Jahren zu alleinigen Grundrenteneinnehmern macht und obendrein die freie Bewegung des Bodens zum besten Benutzer prachtvoll fördert. Es gehört dazu die reine Steuer auf den Grund und Boden, ohne die darauf errichteten Gebäude, denn nur den Boden können wir durch eine Grundwertsteuer zum Obereigentum von Staat und Gemeinde machen wollen. Die reine Grundwertsteuer, progressiv steigend nach Wert und Besitzgröße, bedeutet auch das sicherste Fundament für die Befreiung der landwirtschaftlichen Arbeit von der Zinssklaverei, die Verpächter und Hypothekengläubiger ihr gegenüber ausüben. Pachten und Hypothekenzinsen sind systematisch in Grundwertsteuer umzuwandeln, die andere Steuern dann überflüssig macht. Gesellt sich zu solcher Änderung des Bodenrechts die allseitige Anwendung des Genossenschaftsgedankens auch auf die landwirtschaftliche Produktion, dann haben wir die Entwicklung des praktischen Sozialismus auch in der Landwirtschaft. Wir haben in Kiel das Agrarprogramm beschlossen. Noch aber kenne ich in Deutschland nur an den

Fingern einer Hand abzuzählende hervorragende Genossen, die sich die praktische Verwirklichung unseres Agrarprogramms angelegen sein lassen. Unser ehemaliger anhaltischer Minister, Genosse Wilhelm Voigt, gehört zu ihnen, und er hat auch schon Erfolg. Auch unser Landarbeiterverband stellt sich mehr und mehr auf Bauernpolitik um. Mit Recht, denn in der Agrarwirtschaft herrschen ganz andere Bedingungen, die die Entwicklung des Großbetriebs der in der Industrie nicht angleichen.

Unsere Presse erliegt auch viel zu sehr dem Sensationellen des Tagesereignisses, der Verbrechen, der Unglücksfälle, der Kriminalprozesse und daneben der Parteipolitik. Kein Wort gegen diese. Aber sie darf nicht Selbstzweck werden. Mir will scheinen, wir dienen dem Volk mehr, wenn wir ihm bei der unmittelbaren Befreiung vom Zinsendienst noch viel stärker als bisher behilflich wären, wenn wir die Organisation der heute möglichen praktischen sozialistischen Wirtschaft ganz in den Vordergrund unserer Arbeit drängen.

WOLFGANG HEINE · DIE BEDEUTUNG DES JORNS-PROZESSES

ES sind nicht eigentlich die Enthüllungen über die Vorgänge bei der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, über Schuldige und Mitschuldige dieser Tragödie, in denen die Bedeutung des Prozesses Jorns gegen Bornstein liegt. Das meiste davon war bekannt; was die Aussagen Liepmanns und Runges hinzugefügt haben, ist für den Kenner der Verhältnisse nicht überraschend, auch entbehren die Bekundungen absoluter Zuverlässigkeit. Höchst wertvoll dagegen ist die Beleuchtung des Nebenklägers Jorns und seiner amtlichen Denk- und Arbeitsweise bei Führung der Voruntersuchung gegen die Mörder. Es ist charakteristisch, daß im Verlauf des jetzigen Prozesses ganz in Vergessenheit geriet, wer der Angeklagte war, daß er nicht Jorns sondern Bornstein hieß. Die Aufhellung einer so dunklen Justizkomödie, auch wenn sie sehr verspätet erfolgt, kommt niemals zu spät.

Der Eindruck, den man von Jorns' Untersuchungsführung gewinnt, ist jammervoll und beschämend für die deutsche Rechtspflege. Man täte der Sache und der Person zu viel Ehre an, wenn man Jorns als einen Gewaltmenschen, einen Rechtsbrecher aus politischen Gründen betrachtete. Nein, er steht vor uns als die typische Gestalt des Zivilbeamten, der sich als "Offizier" ansieht, und dem seine eigene Berufsehre und das sonst dem Beamten selbstverständliche Pflichtgefühl abhanden kommen, weil er vor den "Herren Kameraden" zusammenknickt. Solche Typen sind der Anlage nach schon in der Vorkriegszeit gezüchtet worden; im Krieg boten sich ihrer Entwicklung unbegrenzte Möglichkeiten. Jorns verhaftet die Angeschuldigten nicht, weil der Herr General es nicht wünscht. Er findet es selbstverständlich jedem Offizier Zutritt zu den endlich Verhafteten zu gestatten, weil er ohne weiteres annimmt, daß sie nur Dienstliches mit einander sprechen würden. Er gestattet den Mitschuldigen unter einander jeden Verkehr, obgleich die Gefährdung des Untersuchungszwecks dabei auf der Hand liegt. Pedantisch korrekt will er dagegen bei der Verweigerung von Zusatznahrungsmitteln und Zeitungen gewesen sein, die den Verhafteten auch ohne Bewilligung bei den täglichen unkontrollierten Besuchen zugesteckt werden konnten.

Das Wort Jorns', er hätte sich über das Zusammenhalten der des Mordes angeklagten Offiziere als ein Zeichen ihrer Kameradschaftlichkeit gefreut, klingt wie eine dreiste Verhöhnung der Rechtspflege, zumal er verkündet, er stünde noch jetzt auf diesem Standpunkt. Aber diese Renommage trägt deutlich den Stempel der Verlegenheitsausrede. Bei Fassadenkletterern und Geldschrankknackern, aber sicherlich auch bei sozialistischen Agitatoren, würde Jorns solchen Corpsgeist scharf mißbilligen. Aber daß ein Offizier das Verbrechen eines andern Offiziers deckt, erscheint ihm Offizierspflicht. Nie kommt ihm der Gedanke, daß, wenn die fanatisierten jungen Leute sich zu der feigen Mordtat an wehrlosen Gefangenen verpflichtet fühlten, sie dies nur durch offenes Bekenntnis zu ihrer Überzeugung einigermaßen hätten entschuldigen können. Dagegen seinem eigenen Berufskollegen, dem Assessor Kurtzig, gegenüber versagt wieder die Standessolidarität des Herrn Kriegsgerichtsrats vollkommen. Als dieser energisch zu Ermittlungsmethoden greift, die vollkommen selbstverständlich und loyal sind, weiß Jorns ihn mittels einer kleinen niedlichen Intrige kaltzustellen und versteht offenbar durch biederemännisches kollegiales Getue dies so zu maskieren, daß Kurtzig es noch nach 10 Jahren in der Verhandlung für ganz ausgeschlossen erklärt, Jorns könnte der Urheber der Abberufung sein, die er nie verstanden hat.

Man fragt sich nun, wie Jorns Reichsanwalt werden konnte. Der Minister Luther, der bei Jorns' Berufung das Reichsjustizministerium kommissarisch verwaltete, ist offenbar nicht schuld. Er konnte von diesen Vorgängen nichts wissen. Aber die dauernd im Reichsjustizministerium tätigen Beamten, die Jorns' Ernennung empfohlen haben, mußten im Bild sein. Sie kümmern sich sonst doch so eifrig um die Angelegenheiten der Reichsanwaltschaft. Als ich im Jahr 1924 in einem vertraulichen Brief den Oberreichsanwalt bat die Untersuchung gewisser Fälle von Verleumdungen gegen Friedrich Ebert in die Hände eines Dezernenten zu legen, der auch mit der nötigen Wärme dabei sein könnte, und als dieses Schreiben, ohne Ebermaiers Schuld, in die Hände eines Reichsanwalts gekommen war, ließ das Reichsministerium es nicht an hartnäckigen Quengeleien fehlen. Ein Jahr darauf fand man Jorns für würdig zum Reichsanwalt. Das hat sich bitter gerächt. Wer kann einer Bureaucratie, die in solchen Skandal hineinstolpert, irgendetwas anvertrauen?

Viel wichtiger als alles andere und ein erfreulicher Fortschritt aber ist das Urteil, das in Berlin ein nicht unter solchen Einflüssen stehendes preußisches Gericht gefällt hat. Früher war in solchen Prozessen die Justiz meist ängstlich bemüht die Verhandlung und Beweiserhebung auf möglichst wenige tatsächliche Behauptungen zu beschränken und keinerlei Beweis über etwas anderes zuzulassen. Diesmal suchte das Gericht selber ein Gesamtbild von der Tätigkeit des Jorns herzustellen. In anderen Fällen herrschte die Praxis den unbequemen Kritiker zu verurteilen, wenn auch nur für *einen* noch so untergeordneten Punkt der Beweis vermißt wurde, oder wenn das Gericht irgendeiner Schlußfolgerung oder Charakterisierung nicht beitrat, die der Angeklagte nach seiner Überzeugung für berechtigt gehalten hatte. Im Prozeß Jorns faßte das Gericht die *Gesamtheit* der Tatsachen ins Auge und begnügte sich festzustellen, daß die *grundlegende* Behauptung erwiesen wäre, Jorns hätte als Untersuchungsrichter dem Mörder Vorschub geleistet. Möchten einige von Bornstein zur Begründung seiner Kritik angeführte Tatsachen nicht bewiesen sein, so bliebe doch mindestens bestehen, daß Jorns Zustände

geduldet hätte, die dem Mörder Vorschub leisteten. Dies ist eine Entwicklung des Begriffs des Wahrheitsbeweises auf eine weit höhere Stufe als bisher üblich war. Darin liegt ein Bekenntnis zur Anerkennung echter Wahrheit, die nicht durch Zerlegung in Einzelheiten in ihr Gegenteil verkehrt werden darf. Zu einem solchen Urteil gehören Mut und unabhängige Gesinnung. Es kann dazu helfen die Achtung vor der deutschen Justiz, die durch die Vorgänge bei der Voruntersuchung des Jorns schwer gefährdet werden mußte, in der Öffentlichkeit wiederherzustellen.

Mit der Verwendung Jorns' in der Reichsjustiz wird nun hoffentlich Schluß gemacht werden. Vorläufig schimpft er, und er zeigt seine ganze Unfähigkeit zu einem hohen Amt, das Takt und Männlichkeit erfordert, durch die naiv weinerliche Erklärung: »Wenn ich gewußt hätte, daß die Sache so käme, hätte ich niemals Strafantrag gestellt.« Das ist ihm zu glauben.

Jorns sucht mich persönlich auch noch als Kronzeugen für sich zu bemühen, indem er behauptet, er hätte mich im »Justizministerium« aufgesucht, ich hätte ihn in die innere Verwaltung übernehmen wollen und an den Personalreferenten von Braun verwiesen. Ich weiß davon nichts, und im Innenministerium (nur dieses kommt in Betracht) ist auch nichts darüber aufzufinden. Möglich ist es natürlich, daß ich einem Herrn Jorns, der sich wie viele andere zur Verwendung in der innern Verwaltung meldete, gesagt habe, er solle mit dem Personalreferenten sprechen. Das macht man regelmäßig so. Was ich über *den* Jorns dachte, der die Voruntersuchung gegen Vogel führte, habe ich in meinem Brief vom 19. Februar 1919 an den Kriegsminister Reinhardt ausgesprochen, worin ich seine Methode als eine Erschütterung des Vertrauens in die Rechtspflege bezeichnete. Niemand wird glauben, daß ich mir einige Monate später gerade diesen Mann für die innere Verwaltung gewünscht hätte. Ich habe mir die Personen, die ich in die Verwaltung übernahm, sehr genau angesehen und hätte dies natürlich auch mit Jorns getan, wenn er je einen Antrag gestellt hätte. Nicht sehr glaubhaft ist, daß der Ministerialrat von Braun zu Jorns gesagt haben soll, nur Sozialdemokraten und Zentrumsleute hätten Aussichten. Wußte er doch, daß ich auch eine Anzahl Mitglieder der Demokratischen Partei in die innere Verwaltung gezogen habe; ich brauche nur die Namen Pohlmann, Schlußner, Jänicke, Hentzschel zu nennen. Also auch in dieser Beziehung verraten Jorns' Angaben wenig Sachkenntnis.

BALTHASAR WEINGARTZ · DAS RINGEN UM DIE ARBEITSGEMEINSCHAFT IN ENGLAND



Es war nur zu natürlich, daß der von den britischen Trade Unions beschrittene neue Weg, der über den Mond-Turner-Ausschuß¹ zum Arbeitsgemeinschaftsgedanken führt, mit Erstaunen und Kopfschütteln betrachtet wurde; schon deshalb, weil er dem Generalstreikabenteuer von 1926 so schnell auf dem Fuß gefolgt war. Man wirft dem Generalrat der Gewerkschaften vor durch seinen Schritt den Boden des Klassenkampfes verlassen zu haben. Was besagt das jedoch?

1) Seit Sir Alfred Mond zum Lord Melchett ernannt, Ben Tillett Vorsitzender des Trade-Unions-Kongresses geworden ist, hat auch dieser Ausschuß seinen Namen geändert; doch sei hier an dem ursprünglichen Namen festgehalten.

In Deutschland ist man mit solchen Beschuldigungen stets freigebig gewesen. Das erklärt sich zuletzt auch daraus, daß der Begriff Klassenkampf recht dehnbar ist. Gab es doch eine Zeit, da alle sozialreformerischen Bestrebungen, als dem Klassenkampf zuwider, bekämpft wurden. Karl Marx, der, unter dem lebendigen Eindruck der Tätigkeit der Tradeunionisten und auch bürgerlicher Sozialreformer wie Beesly, in der Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation das Zehnstundentaggesetz als den Sieg eines Prinzips feierte, hatte nichts dagegen einzuwenden, als Friedrich Engels 1850 in der Neuen Rheinischen Revue das selbe Gesetz als eine »reaktionäre Maßregel« bezeichnete, die den Arbeitern »weder politische Macht gab noch ihre gesellschaftliche Stellung als Lohnarbeiter« änderte. Man ist erstaunt, findet man beim Durchstöbern der Literatur jener Epoche des Kapitalismus, wie sehr noch Engels im Bann der vom Freihandelsapostel John Bright verkündeten Ideologie des Laissez-faire-Prinzips steckte. Bright vertrat die Auffassung, die reaktionären Landlords hätten unter Führung Lord Shaftesburys die Zehnstundentagbill eingebracht, »um die Industriellen zu schädigen, ohne jedoch durch diese Maßregel den Arbeitern zu helfen«². Übrigens wehrte sich Marx auch stets gegen das Prinzip eines gesetzlich festgelegten Minimallohns: ein Standpunkt, der in den Kreisen der deutschen Sozialdemokratie noch 1900 eingenommen wurde. Hierfür möge folgendes Beispiel dienen: Auf dem Internationalen Kongreß von 1900 beklagte sich der englische Vertreter im Sozialpolitischen Ausschuß bitter darüber, daß die Forderung eines gesetzlichen Minimallohns am heftigsten von den Deutschen als rückständig und reaktionär bekämpft würde. Als die Buchdrucker 1892 zum erstenmal einen Tarif abschlossen, sprach man auch von Verrat und Preisgabe des Klassenkampfstandpunkts. Heute wird selbst der "radikalste" sogenannte Kommunist nicht den Mut finden den Tarifvertrag an sich abzulehnen. So ändern sich die Zeiten und mit ihnen die Anschauungen der Menschen. Aber immer erscheint der nächste Schritt zu kühn. Daher sagt man heute: Den Tarifvertrag an sich lehnen wir nicht ab, wohl aber die Arbeitsgemeinschaft.

In England bestehen die Arbeitsgemeinschaften seit 1918, und sie haben besonders nach Beendigung des Generalstreiks wertvolle Dienste geleistet. Durch die Whithley Councils, die gesetzlich festgelegten Arbeitsgemeinschaften für die einzelnen Industrien, werden mehr als 2 Millionen Arbeiter erfaßt. In den letzten Monaten sind Whithley Councils selbst in jenen Industrien entstanden, wo man sich bisher gegen Arbeitsgemeinschaften zur Wehr setzte. Der Whithley Council Act wollte auch ursprünglich den Grundstein zu einer Zentralarbeitsgemeinschaft legen; dies unterblieb jedoch. Die Mond-Turner-Vorschläge ließen die Zentralarbeitsgemeinschaft in Form eines Wirtschaftsrats wieder aufleben, der nicht nur als Zentralschlichtungsausschuß sondern auch als Beratungsstelle für Rationalisierung der Industrie dienen soll. Das Ziel des Generalrats der Gewerkschaften geht dahin durch den zu schaffenden Wirtschaftsrat direkten Einfluß auf die Gestaltung der Produktion zu gewinnen. Es handelt sich hier also um einen Kampf für praktische Wirtschaftsdemokratie. Die von den Gildensozialisten aufgestellte Theorie der "industriellen Demokratie" basierte allerdings auf dem Grundsatz der vollen Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter, die nur durch Ausschaltung oder Beseitigung der Unternehmerklasse erzwungen werden konnte.

2) Siehe *Vince John Bright /London 1899/* Seite 33.

Das Schicksal dieser Theorie ist bekannt³. Tatsächlich scheiterte der zentrale Whithley Council seinerzeit an dem Widerstand der Gildensozialisten. Man könnte also sagen: Die englische Gewerkschaftsbewegung fängt heute dort wieder an, wo sie 1918 steckenblieb. Es sei daran erinnert, daß Max Schippel vor Jahren hier auf diese Dinge in seiner das Wesentliche erfassenden, aufhellenden Art aufmerksam machte⁴. Taucht auch, wie Eduard Bernstein im Jahr 1899 schrieb⁵, der Gedanke der Wirtschaftsdemokratie in der englischen Literatur 1897 zum erstenmal auf, so liegt doch der Anfang dieser Bestrebungen in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts, also in der Zeit, da sich Karl Marx eingehend mit dem Neutradeunionismus jener Tage beschäftigte und den Gedanken propagierte, die Gewerkschaften und nicht die politische Partei seien die wahren Träger des Klassenkampfes. Es liegt eine gewisse Pikanterie darin, daß es den "Marxisten" stets sehr schwer wurde diesen Gedankengängen des Meisters zu folgen.

Was also trieb Marx in das Lager der Reformisten? Denn darüber muß man sich klar sein: Zu der Zeit, als die Assoziation auf der Höhe stand, und Marx mit Randolph Cremer, John Odger und Robert Applegarth wirkte, war der Streit zwischen "alter" und "neuer" Kampfsmethode zugunsten der neuen entschieden. Die Epoche der unorganisierten und spontanen Streiks, von der Engels in seiner Schrift über die Lage der arbeitenden Klasse in England begeistert gesprochen, und in der er das Sturmzeichen der heranrückenden Revolution gesehen hatte, war zu Ende. Die Epoche des Tarifvertrags brach an. Hatten die Trade Unions von 1833 bis 1848, als man ein methodisch aufgebautes Organisationsleben noch nicht kannte, auf dem Standpunkt des "unverwässerten" Klassenkampfes gestanden und unter dem Einfluß der Chartisten die sofortige Beseitigung des Kapitalismus verlangt, so forderten sie nach 1850 immer lauter die Errichtung von Schlichtungsausschüssen. Das alles hinderte Marx nicht die Gewerkschaften als Träger des Klassenkampfes zu betrachten. Wie kam er zu dieser Ansicht, um die sich weder Wilhelm Liebknecht noch August Bebel zu kümmern schienen? Die englischen Gewerkschaften waren, wie gesagt, zu der Zeit, da Marx sich intensiv mit ihnen befaßte, erst im Anfangsstadium ihrer Entwicklung. Das ganze Tarifwesen steckte noch in den Kinderschuhen. Die Entwicklung der Trade Unions ist ein Beweis dafür, daß Tarif- und Schlichtungswesen aufs engste zusammenhängen. Wer auf dem Boden des Tarifwesens steht, kann die Institution der Schlichtung nicht ablehnen. Eine einmal begonnene Entwicklung bleibt erfahrungsgemäß nie auf halbem Weg stehen, unaufhaltsam schreitet sie voran, rennt alle ihr im Weg stehenden theoretischen Lehrgebäude über den Haufen. Es entstehen neue Methoden des Kampfes.

Allerdings läßt sich darüber streiten, ob der von den Trade Unions eingeschlagene neue Weg in jedem Punkt der richtige ist. Hier wurde bereits auf die Unklarheit der Formulierungen im Mond-Turner-Bericht hingewiesen⁶.

3) Siehe Weingartz Ein Streifzug durch die geistige Entwicklung des englischen Tradeunionismus, in den Sozialistischen Monatsheften 1928 II Seite 683 und folgende.

4) Siehe Schippel Gewerkschaften, Betriebsräte und Arbeitsgemeinschaften in England, Das Sozialprogramm der englischen Arbeitsgemeinschaften, Das Wiedererwachen des Arbeitsgemeinschaftsgedankens, Die Arbeitsgemeinschaftsbewegung in England, in den Sozialistischen Monatsheften 1919 I Seite 236, 318, 1927 II Seite 967, 1928 I Seite 111 und folgende.

5) Siehe Bernstein Die Voraussetzungen des Sozialismus /Berlin 1899/ Seite 121 und folgende.

6) Siehe Weingartz Der sozialpolitische Standort der englischen Arbeiterklasse, in den Sozialistischen Monatsheften 1928 II Seite 855 und folgende.

Nun haben sich aber die Spitzenverbände der Unternehmer geweigert diesen Bericht zu ratifizieren. Dadurch entstand eine interessante Situation: Die Unternehmer lehnen die von den Gewerkschaften dargebotene Arbeitsgemeinschaft ab. Nicht die "klassenbewußte" Arbeiterschaft ist es, die der Erreichung des gesteckten Ziels hindernd im Weg steht, sondern die beiden großen Unternehmerorganisationen, die Federation of British Industries und die Confederation of Employers' Organisations, tun das. Schon früher wurde darauf hingewiesen, wie sehr man sich in England um die Reorganisation der Industrie bemüht. Die Gewerkschaften wollen nun auf die Art der Rationalisierung bestimmenden Einfluß gewinnen. Sie wollen »gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte« mitwirken, wie es so vielversprechend im Artikel 165 der Verfassung der Deutschen Republik heißt. Der Generalrat wünscht die Rationalisierung derart, daß sie in ihrer Auswirkung nicht nur dem Kapital sondern auch der Arbeiterklasse Nutzen bringt. Es fragt sich nur, wie dieser Gedanke verwirklicht werden soll. Durch den geplanten Wirtschaftsrat soll eine aus Vertretern der Arbeiter- und der Unternehmerorganisationen zusammengesetzte Zentrale geschaffen werden, die die zu verwirklichenden Pläne spruchreif zu machen hat. Die Spitzenorganisationen der Unternehmer wehren sich hiergegen, indem sie sagen: »Nach genauer Untersuchung aller in Betracht kommenden Fragen sind wir der Überzeugung, daß keine Organisation besteht, die die Macht hat alle wirtschaftlichen Beziehungen bestimmend zu beeinflussen.« Unwillkürlich wird man hier an die Äußerungen Paul Hermbergs auf dem 12. Kongreß der Freien Gewerkschaften in Breslau erinnert, der in seinem Referat über die deutsche Wirtschaft dort ausführte: »Das Ziel aller Gewerkschaftsbewegung geht darauf hinaus die Wirtschaft so zu gestalten, daß sie nach dem Willen und zum Wohl aller in ihr Arbeitenden geführt wird. In unserer Verfassung steht: Die Wirtschaftsordnung soll den Grundsätzen der Gerechtigkeit entsprechen, die Arbeiter sollen gleichberechtigt an der Wirtschaftsführung beteiligt werden. Wir alle sind uns darüber klar, daß das zunächst noch unerreichte Ideale sind, Ideale, die auch im Rahmen unserer gesamten Gesellschaftsordnung nicht erreicht werden können, sondern die eine grundsätzliche Neugestaltung voraussetzen. Damit wird die Forderung der Gewerkschaften nach einer Wirtschaftsführung ganz von selbst zur Forderung nach einer grundsätzlichen Neuordnung. Denn darüber sollte man sich klar sein: Heute gibt es eine Wirtschaftsführung nicht, und eine Beteiligung an der Wirtschaftsführung ist nur möglich, wenn erst einmal eine Wirtschaftsführung überhaupt da ist.«

Als Antwort auf die Einladung, die vom Generalrat der Gewerkschaften Englands an die beiden großen Unternehmerorganisationen ergangen war, erklärten diese: »Die von George Hicks als dem Vorsitzenden des Gewerkschaftskongresses von 1927 aufgestellten Ziele könnten am besten durch die bereits bestehenden Institutionen erreicht werden.« Es bestehen nämlich 2 verschiedenartige gesetzliche Einrichtungen: die Industrial Councils und die sogenannten Whitley Councils. Jene sind Schlichtungsausschüsse, diese Arbeitsgemeinschaften für die einzelnen Industrien. Nach Ansicht der Unternehmer gehören alle Rationalisierungsprobleme in den Aufgabenkreis dieser beiden Councils. Es ist schon möglich, daß der Generalrat die Situation nicht richtig erfaßt hat. Doch wie dem auch sei, das Problem eines Wirt-

schaftsrats, der als eine Art wirtschaftlichen Generalstabs gedacht ist, steht in England zurzeit im Vordergrund des öffentlichen Interesses. In den Wahlaufufen der Labour Party sowie der Liberalen Partei ist diese Forderung enthalten. Wie James Ramsay MacDonald in einer großen Londoner Wahlversammlung in der Albert Hall am 27. April mitteilte, soll der Wirtschaftsrat nach dem Vorbild des Reichsverteidigungsrats gebildet werden, wie er während des Krieges bestand. Die Leitung des Gesamtrats läge dem Premierminister ob, als Vorsitzende fungierten die Ressortminister. Den Unterausschüssen sollen außer den Sachverständigen die Vertreter der Gewerkschaften sowie der Unternehmerorganisationen angehören.

In einer gemeinsamen Konferenz des Generalrats der Gewerkschaften und der Vorstände der Spitzenorganisationen der Unternehmer, die am 23. April stattfand, wurde einstimmig beschlossen die vom Mond-Turner-Ausschuß aufgeworfenen Fragen einem Kleinen Ausschuß zur Beratung zu überweisen, über dessen Beschlüsse dann eine spätere Konferenz zu entscheiden hätte. Damit dürfte die Arbeit des Mond-Turner-Ausschusses beendet sein. Warten wir nun die weitere Entwicklung der Dinge ab. Der Ausfall der Wahlen wird auch auf sie nicht ohne Einfluß sein. Und was auf diesem Gebiet vor sich geht, ist für die gesamte Arbeiterklassenbewegung von entscheidender Bedeutung. Dieser Reformismus revolutioniert die Wirtschaft, die vom scheinradikalen Revolutionarismus nicht gewandelt, nicht einmal berührt wird.

WALTHER KOCH · VOLKSBILDUNG UND ARBEITERBILDUNG

KERNPROBLEM aller Volksbildungsarbeit, besonders auch auf dem Gebiet des Volkshochschulwesens, ist die Arbeiterbildung. Es ist symptomatisch, wie unfehlbar alle volksbildnerischen Aussprachen und Auseinandersetzungen der letzten Jahre regelmäßig um die proletarische Frage kreisen, ob sie auch von einem ganz andern Thema ausgegangen sind. So stand noch bei der kürzlich in Heidelberg von der Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung zusammen mit dem Institut für Sozial- und Staatswissenschaften abgehaltenen Tagung, trotz dem eigentlich zur Diskussion stehenden Thema Universität und Volkshochschule, durchaus die Frage des Verhältnisses von allgemeiner Volksbildung zu spezifischer Arbeiterbildung im Mittelpunkt der Aussprache. Immer wieder mußten sich die Diskussionsredner mit der von Paul Hermberg mit einer gewissen Einseitigkeit und Unbestechlichkeit vorgetragenen Forderung einer ganz auf die sozialistische Arbeiterbewegung abgestellten Erwachsenenbildung auseinandersetzen. Man kann nicht sagen, daß in Heidelberg oder anderswo schon eine grundsätzliche Klärung dieser Frage erreicht worden wäre. Dazu ist sie noch viel zu wenig auch im sozialistischen Lager selbst vorbereitet. Tatsächlich weichen heute ja Praxis und Theorie sozialistischer Bildungsauffassung selbst von einander nicht unerheblich ab. Die verschiedene Stellung zum Staat, zur Koalition mit bürgerlichen Parteien, zum Volksganzen bedingt natürlich auch eine verschiedenartige Haltung in der Volksbildungsfrage. Daher ist es von grundsätzlicher Bedeutung auch für die freie Volksbildungsarbeit im ganzen¹, daß zunächst einmal die

1) Siehe darüber Koch Die neue Volksbildungsbewegung, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 299 und folgende.

auf sozialistischem Boden stehende Volksbildungsarbeit sich über ihre Stellung zum Erwachsenenbildungsproblem als solchem ganz klar wird. Und zwar muß die Fragestellung doppelt sein: nämlich einmal, ob und inwieweit sich sozialistische Bildungskräfte am Aufbau eines öffentlichen freien Volkswesens beteiligen müssen, dann aber auch, wie sich freie Volksbildungsarbeit und die von der Arbeiterbewegung selbst getragene Arbeiterbildungsarbeit zu einander verhalten.

Die erste Frage ist zum großen Teil eine Personenfrage. Grundsätzlich wird zu sagen sein, daß es kulturpolitische Pflicht ist so weit wie möglich sich für den Aufbau einer recht fundierten und gut geleiteten Volksbildungsarbeit etwa in den Kommunen einzusetzen, sofern ein genügender Einfluß auf die Arbeit gewährleistet ist. Eine grundsätzliche Abstinenz gegenüber jeder als "neutral" oder gar als "bürgerlich" verschrienen Volksbildungsarbeit ist von vornherein abzulehnen. Leider stößt man immer noch von Zeit zu Zeit auf solche rein negative Stellung gegenüber aller allgemeinen Volksbildungsarbeit, die nicht mit der sonst doch allgemein anerkannten Mitverantwortung für die Gestaltung in Staat und Wirtschaft zu vereinen ist. Ebenso wie Gewerkschaften und Partei den Kampf um den Staat und die Wirtschaft nicht durch grundsätzliche Opposition sondern nur durch verantwortungsbereite Mitarbeit führen können, ebenso muß alles versucht werden die vorhandenen Bildungseinrichtungen planmäßig und bewußt mitzugestalten. Das setzt natürlich eine Bejahung der freien Volksbildungsarbeit voraus. Keineswegs aber der Volksbildungsarbeit schlechthin. Vielmehr ist zu unterscheiden, wo sich Aufbauarbeit im Sinn der kommenden Gesellschaft leisten läßt, und wo diese Voraussetzung in der aktiven Mitarbeit nicht gegeben ist.

Dazu ist es notwendig sich über das Verhältnis der Arbeiterbildung im besondern zur Volksbildung im allgemeinen klarzuwerden. Die Frage kann nicht mit dem billigen Hinweis beiseite geschoben werden, daß alle Arbeiterbildung auf dem Klassenkampfgedanken beruhen müsse, daher unter keinen Umständen irgendwie mit der übrigen Volksbildungsarbeit in Verbindung treten dürfe. Selbstverständlich muß sich jede wirklich fundierte Arbeiterbildung auf dem Willen der Arbeiterklasse aufbauen sich innerhalb der Gesellschaft durchzusetzen und diese Gesellschaft mitzugestalten. Klassenkampf als der notwendige Kampf der Arbeiter um ihren vollen Anteil am Gesamtleben des Volkes und der Menschheit ist die Voraussetzung jeder kollektiven Arbeiterbildungsarbeit. Klassenkampf, in diesem Sinn verstanden, steht aber nicht in einem unversöhnlichen Gegensatz zum Leben der Gesamtheit, will vielmehr der Arbeiterklasse ihre volle Auswirkung im Volksganzen erringen. Volk und Klasse bedingen also einander. Volk im modernen Sinn des Staatsvolks, nicht im Sinn irgendeiner romantisch-utopischen Volksgemeinschaftsideologie, beruht nicht zuletzt auf der großen Arbeiterbewegung aller schaffenden Kräfte. Wie der Staat Schritt für Schritt von der Arbeiterbewegung erobert und mitgestaltet wird, so bildet heute den Kern des Staatsvolks eben diese Arbeiterklasse. Daher kann sich Arbeiterbildung von der Anteilnahme an der gesamten Kulturarbeit des Volkes unmöglich selber ausschließen, sie muß vielmehr ihre wesentliche Substanz bilden. Überall, wo die Volksbildungsarbeit bereit ist von der Wirklichkeit her ihre Arbeit soziologisch auf der vorhandenen Klassenlage aufzubauen, überall da ist es Pflicht der Arbeiterbildung mit einer so verstandenen Volksbildungs-

arbeit Hand in Hand zu arbeiten. Paul Kampffmeyer hat hier vor einem Monat mit Recht darauf hingewiesen, daß eine Kooperation verschiedener Klassen durchaus im Sinn einer richtig verstandenen Geschichts- und Gesellschaftsauffassung liege². Ebenso ist natürlich unter bestimmten Umständen auch eine Zusammenarbeit der Arbeiterklasse etwa mit bestimmten Schichten des Kleinbürgertums, der Angestellten- und der Beamtschaft, in Volksbildungsfragen nur natürlich und erstrebenswert.

Freilich darf sich durch eine solche Zusammenarbeit nicht der Blick für die spezifische Aufgabe der Arbeiterbildung in unserer Zeit trüben. Der Arbeiter soll nicht im liberalistischen Sinn lediglich als Staatsbürger und Einzelmensch verstanden werden sondern seine besondere funktionelle Aufgabe im Gesellschaftsganzen und seine Verantwortung für die gegenwärtige und künftige Gestaltung dieser Gesellschaft behalten, auch wenn er sich in der freien Volksbildungsarbeit mit Ideen und Menschen anderer Herkunft auseinandersetzt. Sozialistische Volksbildungsführer, die vor einer Zusammenarbeit mit der allgemeinen Volksbildungsbewegung warnen, werden meist von der (durchaus nicht immer unberechtigten) Sorge getrieben, daß eine Verunklärung und Hemmung aller spezifischen Aufgaben der Arbeiterklasse dabei zu befürchten sei. Man kann natürlich, ebenso wie an politischen Koalitionen und an wirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaften, nur mit einem ganz klaren Programm über Bildungsziel und Bildungsmethode Anteil an der allgemeinen Volksbildungsarbeit nehmen. Sonst zerfließt notwendigerweise alles Eigene; auch würde dann jeder fruchtbare Austausch mit anderen Auffassungen schon im Keim erstickt. Schließlich darf aber nicht Angst um die eigene Position die Haltung der Arbeiterbewegung in ihrem Verhältnis zu den allgemeinen Volksbildungsfragen bestimmen, sondern die große Verantwortung für das Volksganze muß auch in der Bildungsarbeit ebenso wie in Politik und Wirtschaft zu einer positiven Beteiligung an der freien Volksbildungsarbeit führen. Die Frage ist im Grund der sehr ähnlich, die sich der moderne deutsche Katholizismus immer wieder vorlegt. Auch hier wird schon längere Zeit heftig um die Entscheidung "Abkapselung in eigenen rein katholischen Bildungsorganisationen oder Mitgestaltung des gesamten Kulturlebens der Zeit?" gerungen. Entscheidend ist für den modernen Katholiken die Frage, ob es ihm möglich ist vollen Anteil am Leben der Gesamtheit zu nehmen, oder ob sich der katholische Gehalt seines Bildungsgedankens nur in einer Abseitsstellung katholischer Bildungsarbeit behaupten könne.

Auch die sozialistische Bildungsarbeit mußte zunächst ebenso wie die katholische sich abseits von der öffentlichen staatlichen, kommunalen oder privaten Bildungsarbeit entwickeln. Solange die öffentlichen Bildungstendenzen gegen die Arbeiterbewegung und gegen den Katholizismus gerichtet waren, und das war in der Vorkriegszeit offenbar weithin der Fall, so lange mußte naturgemäß die Arbeiterbildung der Sozialdemokratie, ebenso alle katholische Bildungsarbeit, die öffentlichen Bildungsversuche ablehnen. Sie waren mehr oder weniger liberalistischen Geistes. Mit der positiven Anteilnahme der sozialistischen Arbeiterklasse wie der katholischen am Staats- und Gesellschaftsleben unserer Zeit mußte sich nun aber auch das Abseitsgefühl beider Gruppen in ein positives Mitverantwortungsbewußtsein umwandeln.

2) Siehe *Kampffmeyer* Das Staatsproblem in der Sozialdemokratie, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 303 und folgende.

Ansätze zu einer positiven Beteiligung der Vertreter der Arbeiterklasse, also vorwiegend der Gewerkschaften, an der allgemeinen Volksbildungsarbeit waren schon vor dem Krieg vorhanden. In Wien schuf der sozialistische Historiker Ludo Moritz Hartmann im Einklang mit der Wiener Sozialdemokratie die für ihre Zeit wegweisenden Wiener Volksbildungsheime. In Deutschland hat vor allem der Rhein-Mainische Verband für Volksbildung in Frankfurt seit seiner Gründungszeit schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts in engerer Fühlung mit den Gewerkschaften gearbeitet. Es wäre höchst kurzsichtig, wenn wir heute in unserer teilweise veränderten Situation der Nachkriegszeit diese wesentlichen Keime der Volksbildungsarbeit im alten Deutschland übersehen oder geringerschätzen wollten.

Andrerseits müssen wir uns ganz klar darüber sein, daß erst durch die Wandlung im Weltkrieg und in der Nachkriegszeit die Entfaltung intensiver Volksbildung in Verbindung mit der Arbeiterklasse im allgemeinen möglich geworden ist. Erst der Zusammenbruch des alten Staats- und Gesellschaftsgefüges ließ die Frage nach wahrer Volksbildung in unserm Sinn lebendig werden. Der Gedanke der Volkshochschule, in seinen Grundlagen auch schon in der Vorkriegszeit besonders auf dem Land, zum Beispiel in den schleswig-holsteinischen Volkshochschulheimen, wie in der Stadt, etwa durch die Volksbildungsakademien des Rhein-Mainischen Verbands, vorbereitet, wurde nun nach der Umwälzung von weiten Kreisen aufgegriffen und als Rettung aus dem Chaos der Zeit von vielen begrüßt. Leider sehr zum Schaden der Sache. Denn der damals inszenierte "Volkshochschulrummel" hat mit seinen verstiegenen und verschwommenen Bildungsidealen dem Gedanken der Volkshochschule nur geschadet. Dagegen richtete sich die auf intensive Bildungsarbeit im Sinn der Arbeitsgemeinschaft drängende positive Kritik der neuern Volksbildungsbewegung, die mit Recht zu einer Besinnung und Bescheidung aller Volksbildungsarbeit mahnte. Heute darf dieser Kampf im wesentlichen als abgeschlossen betrachtet werden. Soweit heute noch Volkshochschulen bestehen (der größte Teil dieser allzu eifrigen Neugründungen ist ja inzwischen glücklicherweise wieder eingegangen), erkennen sie wenigstens im Prinzip die Intensivierung der Volkshochschularbeit als Ziel an. Die Gefahr ist heute umgekehrt die, daß man in manchen Volkshochschulen sich zu sehr vom gegenwärtigen Leben zurückzieht und in sektenmäßiger Verengung eine dem Leben abgewandte Volkshochschulideologie pflegt. Mitunter bleibt man in den Volkshochschulen in einer allgemeinen Problematik stecken, lähmt damit Tatkraft und Verantwortungsfreudigkeit.

Demgemäß ist es heute wichtig wieder stärker auf die positiven Forderungen der Situation unseres Staates und unserer ökonomischen Lage an alle Volksbildung, soweit sie zugleich Arbeiterbildung treiben will, hinzuweisen. Die Beteiligung der Arbeiterklasse am Staat, ihre Mitverantwortlichkeit in den Gemeinden, ihre Sozial- und Wohlfahrtspolitik wie ihre Betriebspolitik erfordern nach wie vor die Schulung von Führern, die in voller Kenntnis der Zusammenhänge und mit vollem Verständnis für ihre Funktionen handeln können müssen. Sehr zu Unrecht hat man diese notwendige Führerschulung als "Funktionärschulung" zu diskreditieren gesucht. Soweit Funktionärschulung zu einer wirklich "funktionalen" Auffassung der Arbeiterklasse führt, ist sie nur zu begrüßen. Es wäre natürlich engstirnig in ihr die einzige Möglichkeit einer Arbeiterbildung zu sehen. Wie im Gesellschaftsleben auf

der einen Seite das Individuum als Staatsbürger in der politischen Demokratie zu seinem Recht kommt, auf der andern Seite aber als Angehöriger einer sozialen Gruppe am Aufbau der Wirtschaft funktional beteiligt werden muß, ebenso ist der Arbeiter im Bildungsorganismus nicht nur als Glied einer Wirtschaftsgruppe, etwa seiner Gewerkschaft, zu betrachten sondern zugleich in seiner privaten Zone, in seiner individuellen Art zu verstehen.

Hier fängt neben der spezifischen gewerkschaftlichen Arbeiterbildungsarbeit die allgemeine Aufgabe der freien Volksbildungsarbeit an. Ob und inwieweit beide Notwendigkeiten mit einander verbunden werden können, ist eine lokale Personenfrage. Zum Beispiel hatte die Volkshochschule Kassel unter meiner Leitung seinerzeit zugleich die besondere Aufgabe der Betriebsräteschulung übernommen, die mein Mitarbeiter Otto Suhr in Verbindung mit der Volkshochschule planmäßig durchführte. Im allgemeinen aber haben sich die Arbeiterbildungsbestrebungen ihre eigenen Organisationen in Wirtschaftsschulen, Gewerkschaftsschulen, der Akademie der Arbeit und ähnlichen Einrichtungen geschaffen. Mit Recht fordert nun der Leiter des Volkshochschulheims Dreißigacker, Eduard Weitsch, in einem Aufsatz in der Freien Volksbildung, daß der »Hauskrieg« zwischen der Volkshochschule und diesen verschiedenen Arbeiterbildungsorganisationen, der zu nichts führe, einer fruchtbaren Arbeitsteilung Platz machen müsse. In der Tat ist eine gründliche Auseinandersetzung zwischen freier Volksbildungsarbeit und Gewerkschaftsschulung die Forderung der Stunde. Es ist zurzeit eine Aussprache über die damit zusammenhängenden Fragen im Gang, die sich an einen, gleichfalls in der Freien Volksbildung veröffentlichten, zwar teilweise einseitigen, in seiner Wirkung aber fruchtbaren Aufsatz Friedrich Schlünz' über Romantik und Realismus in der Erwachsenenbildung anschloß. Notwendig wäre eine wirkliche Verständigung über die Voraussetzungen einer fruchtbaren Zusammenarbeit, die durchaus im Sinn eines nicht nur ökonomisch und politisch sondern auch geistig bestimmten Sozialismus läge.

WALT WHITMAN · EINE LANGE WEILE HABE ICH GESUCHT · ÜBERSETZT VON HERMANN CURTH



EINE lange Weile habe ich gesucht nach Aufklärung, nach einem Schlüssel

Für Vergangenheit und Herkunft meiner Selbst und dieser Gedichte und habe nichts gefunden.

Es ist nicht in den unzähligen Seiten der Bibliotheken (ich nehme nichts an, ich verwerfe nichts),

Es ist nicht mehr in Legenden und Märchen als in allem andern.

Es ist: in diesem Augenblick und im Heute dieser Erde.

Im Völkischen ist's: Sinn und Sehnsucht aller Vergangenheit,

Im Leben des Mannes von heute und der Frau und des guten Durchschnitts,

In Gewohnheit und Gemeinschaft, in den Sprachen, Literaturen und Künsten nicht mehr

Als im Panorama aller künstlichen Dinge, in Maschine und Schiff, Glauben und Politik, Fortschritt und Internationalität von heute.

Alles für die gegenwärtige Zeit, alles für den Durchschnittsmann unserer Tage.

ANNA SIEMSEN · DER ARBEITER UND DAS BUCH

MIT mehr oder minder Feierlichkeit wurde am 22. März in ganz Deutschland ein Tag des Buches durchgeführt. Er war, darüber ist wohl nirgends ein Zweifel, eine Notmaßnahme. Er rangierte in dieser Hinsicht nicht anders als irgendein Reklametag, der beispielsweise den Konsum deutschen Obstes, deutscher Eier, Gasverbrauch oder kleine Geschenke an die Mutter in empfehlende Erinnerung bringen soll. Er ist gerade deshalb ernsthafter Anlaß sich mit der sehr wichtigen kulturellen Frage zu beschäftigen: Woher kommt der geistige Unterkonsum, der sich in der Not des deutschen Buchhandels ausspricht? Ist er nur durch den Krieg und seine Folgen so akut geworden, oder liegt die Situation, die er anzeigt, mit Notwendigkeit in der Linie unserer gesellschaftlichen Entwicklung? Mir scheint, daß das zweitgenannte zu bejahen ist.

Bücherverbrauch ist bisher eine vorwiegend bürgerliche Gepflogenheit gewesen. Das gedruckte Buch entsteht und verbreitet sich mit der europäischen bürgerlichen Gesellschaft. Die Blütezeit des Bürgertums ist auch die Blütezeit der Buchkultur. Und heute noch sind es vorwiegend die Familien mit alter bürgerlicher Überlieferung, die diese Kultur des gepflegten Buchs, der Liebhaberbibliothek und der vertieften, aber rein genießenden Beschäftigung mit dem Buch pflegen, sofern nicht neues Großbürgertum die Privatbibliothek als gesellschaftlich angemessenen Luxus oder Sport betrachtet. Der Bauer nicht nur, sondern der Landmann im allgemeinen ist nur ausnahmsweise Bücherleser. Das Buch, soweit es nicht ganz bestimmten praktischen oder wissenschaftlichen Zwecken dient sondern Mittel eines vergeistigten Lebensgenusses ist, war also auf die bürgerlichen Kreise von jeher angewiesen, es ist der bürgerlichen Entwicklung gefolgt, soweit es sich nicht um den rein wissenschaftlichen und fachlichen Buchverlag handelt.

Nun hat Deutschland aber nach seiner gesellschaftlichen Struktur (nicht nach seiner politischen und weltanschaulichen Orientierung) längst aufgehört ein bürgerliches Land zu sein. Unter 32 Millionen Erwerbstätigen gab es 1925 nur noch 5,5 Millionen Selbständige. 2,2 von diesen Millionen aber arbeiteten in der Landwirtschaft, gehören also nicht in die eigentlich bürgerliche Atmosphäre. Von den verbleibenden 3,3 Millionen umfaßt bestimmt ein überwiegend hoher Prozentsatz kleinbürgerliche Existenzen, kleine Handwerker und Ladeninhaber, die an der Grenze der Proletarisierung stehen. Und selbst wenn wir aus den rund 5,3 Millionen Angestellten eine entsprechende Zahl, die in behaglichen und gesicherten Stellen mit einem gewissen Lebens- und Luxusspielraum leben, als Ausgleich einstellen, bleibt dennoch die Basis zu eng. Das Schwergewicht des Verbrauchs, auch des Verbrauchs von geistigen Gütern, hat sich heute von der bürgerlichen Seite auf die Seite des Proletariats verschoben. Und entscheidend werden für die Frage der Zukunft des deutschen Buchs die annähernd 15 Millionen der deutschen Arbeiterklasse. Wie aber steht der Arbeiter zum Buch?

Unsere Arbeiter stammen zumeist in der 2. oder 3. Generation aus dem Bauern- oder dem kleinen Handwerkertum. Beim Bauern war damals, und in abgelegenen Gegenden ist es heute noch nicht anders, die Lektüre im wesentlichen auf den Kalender und das Gesangbuch beschränkt (die Bibel kam auch in protestantischen Gegenden erst an 2. Stelle dazu). Beide Bücher

aber dienten vor allem, um sich sachkundigen Rat in praktischen Fragen oder Tröstung in Lebensschwierigkeiten zu holen. Und was sich an weiteren Büchern vielleicht noch einfand, von Traumdeutung- und Wahrsagebüchern angefangen, deren ich mich aus meiner ländlichen Jugend noch häufig erinnere, bis zu Vieharzneibüchern, das hatte die selbe Bestimmung. Das Buch war Wegweiser fürs Leben und Ratgeber in praktischen Dingen. Ins tägliche Leben als notwendige Ergänzung, als Unterhaltung und Bereicherung des Lebens ging es nur bei einzelnen und ausnahmsweise ein. Solche Überlieferung brachte der Arbeiter aus einer bäuerlichen Vergangenheit mit. Ein wenig anders lag die Sache gewiß beim Handwerker, sofern er nicht als kleiner Ackerbürger vorwiegend bäuerlich verwurzelt war. Hier hat sicherlich die Zeitung eine Rolle gespielt, neben ihr allenfalls das ganz billige Volksbuch der Buffalo-Bill-Art, anderes kaum. Eine eigentliche Gewöhnung zum Buch wird also auch der aus dem Handwerk kommende Proletarier nur in den seltensten Fällen in seine neue Lage hinübergenommen haben. Und diese Lage hat ihn auch nicht leicht und schnell zum Buch geführt.

Die alte Volksschulbildung, die gar nichts tat, um die Kinder ans Buch zu gewöhnen, durch ihre Methoden: zurechtgemachte fragmentarische Lesebuckelektüre vorzukauen und ungenießbar zu machen, vielmehr künstliche Abneigung und Hemmung gegen alles schuf, was über oberflächlichste Unterhaltung hinausging, der Druck aufreibender und überlanger Arbeit, die wirtschaftliche Not und Enge, die Kluft, die in Deutschland mehr noch als in irgendeinem andern kapitalistischen Land den Proletarier gesellschaftlich und kulturell isolierte: das alles machte es für den einzelnen beinahe unmöglich Wege und Beziehungen zum Buch zu finden. Daher finden wir überall in den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung die Bildungsvereine, die solidarisch das Ziel zu erreichen suchen, das dem einzelnen unerreichbar bleibt. Aber diese Vereinigungen werden, aus der gegebenen Situation heraus, sofort politisch, das allgemeine Bildungsstreben konzentriert sich auf die politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftswissenschaftlichen Fragen. Die Arbeiterliteratur, die nun entsteht, entspricht diesem Interesse, und dieser Entwicklung gemäß scheidet sich die Arbeiterklasse nach ihrer Stellung zum Buch sehr deutlich in die unorganisierte, die nur das übernimmt, was ihr an allerbilligster Unterhaltung (billig in jedem Sinn) angeboten wird, die Leser der Morgenpost und der Tageblättchen, der Courths-Mahler-Romane und Nick-Carter-Geschichten, und die organisierten Arbeiter, bei denen die Politik im Mittelpunkt des Interesses steht und auch ihr Verhältnis zu den Büchern bestimmt. Wie sehr dieser Teil noch in der Minderheit ist, beweist jeder Überblick über den Umsatz der eigentlichen politischen Arbeiterverlage. Trotzdem bleibt er die eigentliche Elite, der Kern, von dem aus die Entwicklung weitergeht.

Dieser Vortrupp ist so sehr ziel- und tatgerichtet, daß er zunächst vor allem eine Lektüre braucht, die ihm bei der politischen und agitatorischen Arbeit hilft, also möglichst klare und knappe Formulierung der richtunggebenden Gedanken, möglichst übersichtliche Tatsachendarstellung, eine zweckbestimmte und gerade für diesen Leserkreis geschriebene Literatur, die sich durch beides scharf von der übrigen Literatur sondert. Sie umschreibt freilich einen weiten Kreis von dem Flugblatt und der kurzen Werbebroschüre bis zum wissenschaftlichen Kompendium, aber sie hat nicht nur ihr ganz ausgeprägtes Gesicht, ihre Gedankenwelt für sich sondern sogar ihre Sonder-

sprache. Sie hat dadurch eine ganz besondere Kulturatmosphäre geschaffen, die einem sehr schnell fühlbar wird, wenn man mit politisch gebildeten Arbeitern zusammenkommt, und die diesen Kreisen eine starke Sicherheit gibt, zugleich mit ihr auch ein ausgesprochenes Abstandsgefühl gegen alles Außerhalbstehende, sei dieses nun Mensch oder Buch.

Nicht selten ist natürlich der Arbeiter (und noch häufiger die Arbeiterfrau) nur in einem Teil des Bewußtseins politisiert. Dann geht die Lektüre des bürgerlichen Käseblättchens, der sentimentalten Erzählung neben der Partei- oder Gewerkschaftsliteratur her. Am längsten hält sich dieser bürgerlich abgestandene Geschmack nach meiner Erfahrung gegenüber gewissen Erzeugnissen der Lyrik, bei der man einfach nicht spürt, daß sie nur aus zweiter Hand ist. Das ist verständlich. Dem klassenbewußt werdenden Proletarier gibt eben das Klassenbewußtsein, seine gesellschaftliche und politische Überzeugung, ein Lebenszentrum und damit eine Lebenssicherheit, die ihn, auf einem bestimmten und natürlich wechselnd hohen Niveau, durchaus befähigt Falsches vom Echten zu unterscheiden. Er mag einseitig sein, zu schnell nach Vereinfachungen und festen Formulierungen streben, aber er wird selten ganz und gar fehlgreifen. Diese Sicherheit geht aber nur so weit, wie diese Grundgesinnung sein ganzes Leben erfaßt hat. Darüber hinaus bleibt die Unsicherheit des kulturell und gesellschaftlich Entwurzelten einer ihm fremden Kultur gegenüber, deren Äußerungen er mehr auf Treu und Glauben hinnimmt. Seine literarische Stellungnahme, soweit sie von sozialistischen Richtungszielen unbeeinflusst ist, ist rein autoritär, wobei es grundsätzlich gleichgültig bleibt, ob die Autorität, der man nachbetet, der Kolportagemann ist, der einen Serienroman anpreist, oder ein professoraler Volkshochschullehrer, der in die "Goethesche Gedankenwelt" einführt. Hier wie dort fehlt die Beziehung zum Lebenskern des Arbeiters, und die aus einem fremden Erleben heraus übernommene "Bildung" wird schwer oder überhaupt nicht assimiliert. An dieser Schwierigkeit scheitern gar zu oft die Versuche den "Geschmack" der Arbeiter (und ihrer Frauen) auf ein "höheres Niveau" zu heben. Man erreicht damit vielleicht, daß sie ihre naive Bewunderung für einen Roman der Courthsmahler-Art unterdrücken, daß sie sich bemühen Shakespeare oder Gottfried Keller interessant zu finden, oder daß sie eine Kritik an Goethe ehrfürchtig ablehnen, weil dann ja "nichts bestehen bleibt". Aber alle solche Bildung wird von ihren Opfern schließlich mehr als Last denn als Lust empfunden, weil sie eben mehr von außen angebildet als von innen erwachsen ist.

Soll eine Bildung lebendig und kräftig sein, so muß sie aus den stärksten Lebensimpulsen herauswachsen. Und diese sind bei dem Teil der Arbeiterklasse, von dem wir hier sprechen, und den wir als den lebendigen Kern jeder Entwicklung sehen, die Impulse auf Änderung des eigenen Lebens durch die Umgestaltung der Gesellschaft. Diese Bewegung ist heute längst über die politisch-wirtschaftlichen Anfänge hinausgewachsen und gestaltet sich mehr und mehr zu einer lebens- und kulturumfassenden um. Damit erschließen sich dem Arbeiter auch immer mehr Bereiche der Literatur, immer weitere Bezirke der Welt der Bücher. Aber er kommt zu ihnen auf anderen Wegen als der bürgerliche Bücherfreund. Für ihn ist der natürliche Weg nicht der von Keller oder Fontane, von Flaubert oder Galsworthy, von Goethescher Naturlyrik und deutschen Balladenbüchern zu immer sublimierteren Höhen sondern der von den handgreiflichen Tendenzromanen Upton Sinclairs,

von Gorkij, von Toller und den Liedern der Roten Garde, von diesen ihm unmittelbar verständlichen Ausdrücken proletarischen oder revolutionären Gegenwartlebens zurück zum Begreifen anderer literarischer Äußerungen als ebenso gesellschaftsbedingter Dokumente eines andern gesellschaftlichen Seins und Bewußtseins. Dieser Weg ist gangbar. Er wird von weiten Kreisen unserer Jugend bereits gegangen, und er verspricht uns Einheit und Sicherheit der Bildung nach Hebbels Wort über das Musterbeispiel einer einheitlich vollendeten Bildung, der Goetheschen: »Anfangs ist es ein Punkt, der langsam zum Kreise sich öffnet, aber wachsend umfaßt dieser am Ende die Welt.«

Es wäre viel darüber zu sagen, wie das, was hier kurz für das schöngeistige Buch ausgeführt ist, ebenso für die wissenschaftliche Lektüre gilt, wie auch hier der Weg von der Werbebroschüre und der Parteikontroverse zu immer tieferm und umfassenderm Studium der wissenschaftlichen Probleme führen kann und soll. Es wäre viel auch über die äußere Organisation dieser Beziehungen zwischen Arbeiter und Buch zu sagen, und wie hier das alte Verlagswesen versagen muß. Wie neben den Arbeiterverlagen genossenschaftliche Organisation und die öffentliche Hilfe der Volksbibliotheken neue Formen geistigen Verkehrs schaffen. Beides wäre aber gesondert zu behandeln.

Kurz hinweisen muß ich nur noch auf eine Erscheinung der letzten Jahrzehnte. Während nämlich der alte Stamm der deutschen Arbeiterklasse durchweg aus Bauernschaft und Kleinbürgertum herkam und daher keine Beziehungen zum Buch besaß, die erst durch die politische Bewegung entstanden und durch diese bestimmt wurden, wächst jetzt eine ganz neue Schicht proletarierten Bürgertums in die Arbeiterbewegung hinein, die vor allem unter den Angestellten, den unteren und mittleren Beamten ihre Vertreter hat. Diese Schicht besitzt einen Buch- und Literaturbegriff, der bürgerlich ist (auch hier mit sehr wechselndem Niveau). Für sie geht der Weg umgekehrt als für den Arbeiter aus den alten Schichten des Proletariats, nämlich von der unpolitisch-ästhetischen Haltung zum Verständnis der gesellschaftlichen und politischen Bedingtheit aller menschlichen Lebensäußerungen, also auch der literarischen. Und hier erwachsen ganz neue Aufgaben der Arbeiterbildung.

GERHARD GLIENKE · ABSATZFRAGEN DER LANDWIRTSCHAFT



ERFOLGT man die Agrarpolitik der landwirtschaftlichen Organisationen in den letzten Jahren, so erkennt man, daß dem Problem des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse immer mehr Bedeutung beigelegt wird. Man glaubt, daß die Lösung des Absatzproblems in erster Linie mit dazu beitragen wird die Not der Landwirte zu mildern, wenn nicht ganz zu beheben. Nicht mit Unrecht kann man das erhoffen. Denn die Verhältnisse auf dem Gebiet des landwirtschaftlichen Absatzwesens sind bis auf den heutigen Tag völlig verworren. Man kann sich nur wundern, daß die Landwirtschaft erst so spät hier Wandel zu schaffen gedenkt. In dem hier abgedruckten Einheitsprogramm, das die Führer der landwirtschaftlichen Organisationen kürzlich der Reichsregierung unterbreiteten¹, kommt schon der Wille im Absatzwesen Ordnung zu schaf-

¹) Siehe Kaliski Das Einheitsprogramm der deutschen Landwirtschaft, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 278 und folgende.

fen deutlich zum Ausdruck. Auch das Programm des Deutschen Landwirtschaftsrats, als eine Art Selbsthilfe der Landwirtschaft gedacht, enthält Richtlinien, die zu befolgen er für unumgänglich notwendig erachtet. Man müsse 1. für eine Abschwächung der Kapitalknappheit Sorge tragen, damit die Landwirtschaft nicht ungünstiger in diesem Punkt dastehe als die anderen Wirtschaftsgruppen, 2. die Bedeutung einer ordnungsgemäßen Marktbesichtigung sowohl nach Menge wie nach Güte in der Landwirtschaft hervorheben und 3. eine zweckentsprechende Organisation schaffen, die den Absatz landwirtschaftlicher Produkte zu regeln hätte. Der letzte Punkt verdient als der wichtigste besonders hervorgehoben zu werden. Denn ist erst einmal der Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse organisiert, so wird von selbst durch den ohne Zweifel eintretenden höhern Verdienst den landwirtschaftlichen Produzenten ein größerer Kapitalzustrom zufließen. Auf diese Weise wird eine Verminderung der übermäßigen Schuldenlast eintreten, und die Rentabilität der Betriebe allmählich verbessert werden können.

Die landwirtschaftlichen Absatzorganisationen werden ihre vornehmste Aufgabe darin zu suchen haben mit den Organisationen der großen Verbrauchermassen Fühlung zu nehmen. Denn das Entscheidende ist, daß ohne ehrliche Verständigung der Erzeugerkreise auf der einen Seite und der Verbraucherkreise auf der andern eine Lösung des Absatzproblems zum Vorteil der verbrauchenden Masse und der Landwirte niemals erreicht werden wird. Wird dieser Weg beschritten, und organisatorisch ist das durchaus möglich, so sind alle preisverteuernden Faktoren, wie der aufgeblähte Zwischenhandel, die unregelmäßigen Märkte mit ihren großen Preisschwankungen sowie jede Spekulation, vollkommen ausgeschaltet. Die unregelmäßigen Verhältnisse auf dem Gebiet des Absatzwesens werden deutlich, wenn man beispielsweise für 1 Pfund guten Kalbfleisches in Berlin 1,40 bis 1,60 Mark bezahlen muß, für das selbe Fleisch aber, vom Schlächter in Ostpreußen per Post bezogen, nur 95 Pfennig zahlt. Mit diesem Fleischpreis liegt das stets teurere aus Ostpreußen bezogene Kalbfleisch wohl gemerkt mitunter noch unter dem Berliner Gefrierfleischpreis. Wo ist da die landwirtschaftliche Genossenschaft, die dem Landwirt das Vieh abnimmt und es nach Vereinbarung den Konsumentenorganisationen der großen Verbraucherzentren unmittelbar zuschickt? Der Verdienst, den sich der Zwischenhandel einsteckt, reicht aus, um dem Verbraucher billigeres Fleisch zu liefern und dem Landwirt trotzdem einen viel höhern Gewinn zukommen zu lassen. Gerade in Ostpreußen, dem Leidenskind des preußischen Staats, bedarf die Frage des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte am dringendsten der Antwort. In der selben Weise wird auch der Absatz anderer tierischer Erzeugnisse, wie Butter, Käse, Milch, zu regeln sein. Hand in Hand mit der mengenmäßigen Verteilung landwirtschaftlicher Erzeugnisse seitens der Absatzorganisation muß auch eine Standardisierung der Erzeugnisse gehen. Die Landwirtschaft, als Einheit betrachtet, muß einsehen, daß sie sich um den Verbleib und den Absatzerfolg ihrer Waren zu kümmern hat. Auch in diesem Fall werden die Organisationen der Verbraucherschaft leicht den Organisationen der Erzeuger die Qualitätsbeurteilung der Käufer mitteilen können. Einzig und allein auf diesem Weg wird man auch der ausländischen Konkurrenz erfolgreich entgegen treten können. Bekannt ist der Erfolg der schleswig-holsteinischen Butter. Sie ist eine von der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holsteins begutachtete Markenbutter, also Qualitätsware. Von Jahr zu Jahr ist ihr Absatz gestiegen,

obwohl sie im freien Handel gegenüber der dänischen Butter keinen leichten Stand hatte. Um wieviel mehr könnte man die ausländische Butter ausschalten, wenn die Konsumentenorganisationen die sonst auf den freien Markt geworfene deutsche Inlandware aufnahmen und unmittelbar den Verbrauchern abgäben! Niemals kann sich ein ausländisches Fabrikat gegenüber einem gleichwertigen inländischen durchsetzen, wenn das Absatzproblem in dieser Weise gelöst wird. Das gilt durchgehend für alle der Ernährung des deutschen Volkes dienenden Erzeugnisse. Solange aber die deutschen landwirtschaftlichen Produzentengenossenschaften, wie es vielfach geschieht, sich sogar gegenseitig Konkurrenz machen, wie soll da eine einheitliche Abwehrfront der deutschen Landwirtschaft gegenüber dem Eindringen ausländischer Waren möglich sein? Eines der wichtigsten Mittel zur Hebung des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte wird also durch die Finanzierung landwirtschaftlicher Absatzgenossenschaften mit Hilfe des Staats und durch planmäßige Gründung und Verteilung dieser Organisationen seitens der Landwirtschaft selbst gegeben sein. Es ist festzustellen, daß auf seiten der Verbraucher die Genossenschaften schon längst bereit sind in geschäftliche Beziehung mit derartigen Produzentengenossenschaften zu treten. Leider hat die Landwirtschaft bis auf den heutigen Tag allzu geringen Gebrauch davon gemacht. Einen großen Teil Schuld trägt daran die Politisierung, die parteimäßige Behandlung dieser rein geschäftlichen Angelegenheit.

Die Schwierigkeiten, die sich vor allem der Verteilung derartiger Genossenschaften entgegenstellen, sind unverkennbar. Man wird nicht umhin können vorerst die landwirtschaftlichen Strukturverhältnisse gründlich zu studieren und sich auch über die Verteilung und örtliche Dichte der Verbrauchermassen genau zu orientieren. Zur Klärung dieser Fragen wird vor allem die amtliche Statistik wichtige Aufschlüsse zu geben haben. Sehr richtig bemerkte Ernst Heilmann im Preußischen Landtag bei der Debatte über den Landwirtschaftsetat, die Beantwortung der Frage, wie heute der Landwirtschaft zu helfen sei, könne nicht aus der praktischen Erfahrung des Landwirts erfolgen, die landwirtschaftliche Betriebsführung gehe weit hinaus über die Fragen der bloßen Erfahrung, sie sei Sache der Wissenschaft, der Volkswirtschaftslehre und der Statistik geworden. In erster Linie wird es sich darum handeln die Strukturverhältnisse der Landwirtschaft durch eine speziellere Behandlung der statistischen Ergebnisse zu klären. Wie verschieden die Verhältnisse beispielsweise schon allein in der Verteilung der landwirtschaftlichen Größenklassen auf den verschiedenen Bodenarten liegen, wenn man statt der üblichen Veröffentlichung nach Provinzerggebnissen usw. eine eingehende Untersuchung innerhalb dieser größeren Verwaltungsbezirke nach Wirtschaftsgebieten vornimmt, ist hier im Februar dieses Jahres an der Hand der Ergebnisse der preußischen amtlichen Statistik dargelegt worden². Leider sind weitere Veröffentlichungen ähnlichen statistischen Materials von amtlicher Seite nicht erfolgt. Im Hinblick auf das Streben der Lösung gerade des Absatzproblems näherzukommen muß das ganz entschieden bedauert werden. Denn wenn man den Absatz landwirtschaftlicher Produkte regeln will, so ist es sehr wertvoll, wenn man sich über die verfügbaren Mengen nicht nur im ganzen Staatsgebiet sondern gerade in den kleineren Wirtschaftsgebieten im klaren ist. Auch über die Art der Erzeugnisse, die das

2) Siehe *Glienke* Landwirtschaftliche Großbetriebe und bäuerliche Wirtschaften auf den verschiedenen Bodenarten, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 131 und folgende.

eine Wirtschaftsgebiet gegenüber einem andern mehr liefert, muß durch eine tiefergehende Behandlung der Erntestatistik Aufschluß gegeben werden. Gerade die von der amtlichen preußischen Statistik nach den verschiedenen Bodenarten gebildeten Wirtschaftsgebiete zeitigen in dieser Hinsicht ganz verschiedene Ergebnisse. Die vornehmlich geringe Böden aufweisen, werden ganz andere Fruchtartenverhältnisse zeigen als solche, in denen der bessere Boden überwiegt. Im einen Fall werden hauptsächlich Kartoffeln und Roggen erzeugt und für den Markt bereitstehen, im andern wird der Anbau von Zuckerrüben und Weizen ganz andere Marktverhältnisse bringen. Völlig anders wiederum werden die Produktionsbedingungen in klimatisch bevorzugten Gegenden, wie im hannoverschen und im schleswig-holsteinischen Küstengebiet, sein oder auch in der Nähe großer Städte. Die Statistik wird also auf alle diese komplizierten landwirtschaftlichen Verhältnisse mehr eingehen müssen, wenn sie die Arbeiten einer genauern Erforschung der landwirtschaftlichen Strukturverhältnisse unterstützen will. Ganz besonders werden diese speziellen statistischen Auswertungen den Arbeiten über das Absatzproblem zum Vorteil gereichen. Gibt die Statistik beispielsweise die Produktion (Umfang, Anbau und Ernte) der wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse in einzelnen Wirtschaftsgebieten bekannt, so werden die gewonnenen Ergebnisse den Absatzorganisationen wichtige Fingerzeige geben können, nach welcher Richtung hin sich der Verkauf landwirtschaftlicher Produkte zu vollziehen hat. Die jährlichen Veröffentlichungen derartiger sich speziell auf den Feldbau beziehender Ergebnisse böten außerdem noch den besondern Vorteil der Landwirtschaft zur Erntezeit die Ermittlung des Ertrags kleinerer von Natur aus einheitlicher Gebiete zu geben. Die Absatzorganisationen wiederum könnten aus diesen kleineren Ergebnissen genauere Schlüsse auf die zu erwartenden Mengen und die Belieferung der Verbraucher ziehen. Besonders wertvoll werden diese statistischen Unterlagen, wenn irgendein Wirtschaftsgebiet oder Landstrich durch unvorhergesehene ungünstige Witterungseinflüsse in der Lieferung irgendwelcher landwirtschaftlicher Erzeugnisse versagen sollte. Denn dann könnten die Organisationen schon frühzeitig über den Absatz der zu erwartenden Erntemengen einzelner Wirtschaftsgebiete disponieren. Sind erst alle diese Fragen geklärt und zur Zufriedenheit beantwortet, dann wird es nicht mehr allzu große Schwierigkeiten bereiten einen geregelten Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu organisieren, da dessen praktische Voraussetzungen gegeben sind.

Ist die Landwirtschaft gewillt den Absatz ihrer Produkte selbst zu regeln und das Geschäft nicht mehr anderen zu ihrem eigenen Schaden zu überlassen, so muß sie sich darüber klar werden, was sie an Erzeugnissen absetzen, und wo sie sie absetzen kann. Die Dichte der Bevölkerung wird bei der Verteilung landwirtschaftlicher Absatzorganisationen berücksichtigt werden müssen. Daher ist in diesem Zusammenhang nicht nur eine genaue Kenntnis der Bevölkerungsdichte in den einzelnen Staatsgebieten erforderlich, sondern es muß auch der Verbrauch landwirtschaftlicher Güter in den großen Verbrauchszentren überhaupt, so gut es geht, festgestellt werden. Auch ist es im Interesse des Absatzes außerordentlich wichtig zu wissen, welche der eingeführten ausländischen Lebensmittel von der heimischen Landwirtschaft in gleicher Qualität geliefert werden könnten. Der Erfolg der schleswig-holsteinischen Butter gegenüber der dänischen sei hier nochmals als Beispiel erwähnt. Wenn von seiten der Landwirtschaft zur Entschuldigung unserer

heutigen Zustände auf dem Gebiet des Absatzwesens angeführt wird, daß das Ausland in der Absatzreglung uns gegenüber nur deshalb so weit voraus sei, weil es bedeutend früher schon durch irgendwelche Gründe dazu gezwungen worden wäre, so ist dem zu entgegnen, daß gerade auch für unsere Landwirtschaft schon lange solche Gründe bestehen, ohne daß sie ihnen gefolgt wäre.

Die Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit möge sich aber stets vor Augen halten, daß sie das Absatzproblem ohne Mitarbeit der städtischen Konsumentenorganisationen niemals lösen wird. Ein gedeihliches und für beide Teile zum Vorteil gereichendes Zusammenarbeiten der ländlichen und der städtischen Genossenschaften ist nur möglich, wenn eine beide Parteien verbindende Brücke geschlagen wird, die, in kühnem Bogen über alle nur aus alter Gewohnheit feindlichen Elemente sich hinwegsetzend, den direkten Warenverkehr zwischen Erzeuger und Verbraucher vermittelt.

HEINRICH SPAEMANN · FILM UND DICHTER

IN der Überzeugung, daß die Hauptschuld an der Unzahl künstlerisch minderwertiger Filme lediglich das Manuskript treffe, fragte die Vossische Zeitung vor einiger Zeit verschiedene prominente Dichter: Warum schreiben Sie keine Filme? Das Ergebnis dieser Rundfrage charakterisierte, ebenso wie die Fragestellung, eine sehr verbreitete Auffassung, für die das Filmschaffen ein Schaffen aus dichterischer Phantasie ist, oder doch sein könnte, sein sollte. Die ziemlich einmütige Antwort der Befragten lautete, in Bert Brechts schlanker Formulierung: Die Filmindustrie ist zu doof und muß zuerst bankrott gehen. So richtig oder unrichtig diese Feststellung sein mag, so unbewiesen ist jedenfalls die Behauptung, die sie einschließt: Wir, die Dichter, könnten und würden ja gute Filme machen, wenn eben die Filmindustrie nicht doof wäre. Einige erläuterten dies noch damit, daß sie ihren Roman oder ihr Manuskript im Film entweder gar nicht oder nur zu 30 % wiedererkannt hätten. Aber das besagt ja doch nicht, daß diese Manuskripte als Ganze im filmischen Sinn überhaupt brauchbar oder gar künstlerisch waren. Es ist immer billiger die bekannten Umstände verantwortlich zu machen als die Gründe für einen Mißstand oder ein Versagen bei sich selber und im Wesen der Sache zu suchen. Vielleicht wird man gut tun die Frage einmal so zu formulieren: Wie kommt es, daß sich unter den Schöpfern und Manuskriptautoren künstlerischer Filme, die es ja immerhin gibt, bisher kein einziger Dichter befindet?

Die wesentlichen Filmgestalter waren, wie man weiß, zugleich Regisseure und Autoren. Deshalb waren sie keineswegs ihrer Herkunft nach "Dichter". Teils kamen sie, wie die Schöpfer des Groteskfilms, vom Variété, teils waren sie konstruktivistische Maler und Photographen, teils Leute mit einer politischen Sendung oder Regisseure ohne weitere Vergangenheit, "geborene" Organisatoren. Das sind ziemlich verschiedene Berufe, die aber von Haus aus eine gemeinsame Angelegenheit haben: nicht etwa die, das Leben darzustellen sondern Leben in einer nicht gewöhnlichen Form hinzustellen. Der Unterschied wird deutlich, wenn man umgekehrt bedenkt, daß sich unter den Berufen, die für den Film initiativ wurden, tatsächlich kein einziger darstellender Künstler befindet, daß also nicht nur die Dichter fehlen, sondern daß auch dem Exzentriker und Artisten kein Schauspieler, dem Konstruktivisten, dem Typus des "organisierenden" Malers kein darstellender Maler gegenübersteht.

Hier handelt es sich offenbar um 2 Typen des Kunstschaffens, die man von einander abgrenzen muß: Der Leben darstellende Künstler schöpft aus einem tiefem Wissen von den *Ursachen*, das heißt, er sieht soziale, psychische, strukturelle oder optische Zusammenhänge, die sich ihm zu Gestalten verdichten, und seine Arbeit besteht darin diesen Gestalten in ihren Erscheinungen Ausdruck zu geben. Der Ausdruck erhält sein Gesetz von den realen oder psychischen Erscheinungen. Der Leben hinstellende Künstler, nennen wir ihn kurz den handelnden Künstler, schöpft aus einem tiefem Wissen von den *Wirkungen*, seine Arbeit erhält ihr Gesetz vom Zuschauer, seine Gestaltvorstellung bezieht sich auf einen etwa ganz menschlichen oder ganz funktionellen Zuschauer, auf den er so wirken will, daß er es werde. So ist die Filmmontage die angewandte Psychologie des Zuschauers, der Roman etwa die angewandte Psychologie der Erscheinungen. Die Erscheinungen, deren Schaffung die Arbeit des Dichters ausmacht, sind für den Filmgestalter bereits gegeben: vielleicht wie bei Chaplin in ihm selber; oder das Leben stellt sie ihm in den Augen eines Kindes, in dem Gesicht eines Schurken, in den Potemkinakten zur Verfügung. Der Filmgestalter gibt nicht den Erscheinungen Ausdruck (den sie von selber haben) sondern organisiert ihren *Eindruck*.

Mit der Einschränkung, die jede zugespitzte Formulierung nötig macht, wird man nun auch sagen können: Der Film, der mit einer gegebenen Natur, gegebenen Menschen und Gesichtern, und im weitem Umfang auch mit bestimmten wirtschaftlichen Gegebenheiten zu rechnen hat, ist ein Realprodukt. Die Dichtung, in der eine Welt der Erscheinungen dargestellt wird, die der Dichter sieht, ist ein ideelles Produkt. Hier erklärt sich das meist groteske Mißverhältnis zwischen einer Dichtung und ihrer Verfilmung. Solange der Filmregisseur sein Manuskript selber schreibt oder vorschreibt, wird dies genau im Rahmen der ihm zur Verfügung stehenden Mittel und Gegebenheiten geschehen können. Einer Dichtung gegenüber hat er nur 2 Möglichkeiten. Entweder er hält sich genau an die Vorlage: dann ist er an hundert Stellen gezwungen die reale Welt der Gegebenheiten, den Charakter von Menschen und Dingen zu verändern, das heißt, er wird Kulissen einbauen und, wo es not tut, Theater spielen; diese Mischung von Echtem und Verlogenem würde auch der Dichter zurückweisen. Oder aber er fährt statt ans Mittelmeer in die nächsterreichbare Landschaft und hält sich an Gegebenes, wie an das Gesicht seines Stars: dann muß er die Vorlage verändern.

Aber selbst wenn es ihm gelingt Dichtung und Verfilmung in hohem Grad einander zu nähern, ist das Ergebnis meist doch anders als es vom Dichter vorgestellt und beabsichtigt war. Dies hängt mit einem andern Unterschied der beiden Kunsttypen zusammen: dem Unterschied ihrer Resonanz. Das darstellende Kunstwerk existiert für den Zuschauer erst, sobald er sich in es einfühlt. Dann projiziert er sich selber auf das Dargestellte, seine eigenen Gefühle und Anschauungen gehen in der Anschauung allgemeiner und gesetzmäßiger Gestalten und Zusammenhänge auf. Sie gehen auf, das heißt, das Kunstwerk sammelt sie wie im Brennpunkt einer Linse, und um sie gleichsam ins Unendliche zurückzuwerfen. Der Zuschauer fühlt sich gesammelt, gleichzeitig dem Unendlichen nah. Das handelnde Kunstwerk sammelt nicht sondern strahlt aus. Es löst nicht persönliches Gefühl *auf* sondern allgemeines Gefühl *aus*. Und der Zuschauer fühlt sich nicht gesammelt sondern geweitet, im Endlichen geweitet. Seine Form ist nicht die des Anschauenden

sondern die des Erlebenden. Man hat bereits ungezählte Male festgestellt, daß vom Film unmittelbare Lebenswirkungen ausgehen. Der Künstler spielt hier auf der Ätherwellenklaviatur der menschlichen Seele, und es liegt nicht an dieser sondern an jenem, ob er dabei einen Gassenhauer zum Vorschein kommen läßt, oder ob er eine Symphonie hervorbringt, ob er überhaupt einen Ton erzeugt, oder ob er in den Tönen unendlich differenziert.

Eine letzte Folgerung: Das darstellende Kunstwerk ist passiv (statisch), das handelnde aktiv (dynamisch). Das Drama etwa zeigt die Schlacht im Geschlagenen, im Zitternden zeigt es, was ihn und uns zittern macht, im Geblendeten das Blenden. Es zeigt nicht das Wirkende sondern stellt dieses in den Wirkungen dar. In seiner reinsten Prägung gibt es nur die Zustände, nicht die Vorgänge (Beispiel: Strawinskijs Oedipus rex). Denn Vorgänge zerstören die Anschauung, in jedem Vorgang sind Projektile, die den Menschen aufrühren und seinen Blick für das Allgemeine und Gesetzmäßige trüben, sie hindern ihn durch ihre Gegenwirkung sich selber zu projizieren, sich einzufühlen, sie zerstreuen ihn, wo er gesammelt sein will. Umgekehrt zeigt der Film die berstende Granate, die drohende Lawine, die tödliche Revolvermündung, und noch den Getroffenen zeigt er nicht als Leidenden sondern in seiner Wehr: nicht das brechende sondern das entsetzt geweitete Auge. Hier liegt die Grenze zwischen dem Reich des Filmspielers und dem des Schauspielers. Jede aktive Regung ist in ihrem Kern auch ein Willensprodukt, der Mensch kann sie durch Wollen tatsächlich produzieren, tatsächlich vorleben. Zum Passiven kann er nur indirekt, durch Darstellung, gelangen. Der Film zeigt also die Dinge, die lachen oder leiden *machen*, und die, mit denen der Mensch sich gegen das Leiden wehrt, nie aber die Augenblicke, in denen der Mensch im Leiden verharret, oder in denen er um seinen Ausdruck ringt. (Das Furchtbarste sind die in Leid und Gebet resignierenden amerikanischen Mütter und die in der Freude resignierenden alten Herren.) In seiner reinsten Konsequenz gibt der Film nur die Vorgänge, nicht die Zustände. Denn gleichwie Vorgänge durch Erlebnis Anschauung hindern, so unterbrechen Zustände den Strom des Erlebens, sie machen aus dem Erlebenden einen Trachtenden (in der Kunst: Betrachtenden); in jedem Zustand, in jeder Latenz, in allem beharrenden Lebendigen ruht für den Menschen die Lockung es zu verändern, das heißt, auf die Kunst bezogen, sich in ihm zu vergleichen und, so es nur ein zufällig, nicht gesetzmäßig Beharrendes ist, es zu kritisieren. Mit dieser Gegenwirkung aber schaltet er sich aus der filmischen Wirkungsform aus. Es ist also ein psychologisches Gesetz, daß man dem darstellenden Kunstwerk nicht die Wirkungen des handelnden und dem handelnden nicht das Erlebnis des darstellenden entreißen kann. Wo immer es versucht wird, ist das Erlebnis unrein. Indes, solche Werke sind das Schicksal einer Generation, die das eine nicht mehr besitzt und das andere noch nicht hat. Ihre Problematik ist zugleich ein irrationales Problem. Als solches wurde es übrigens 3mal, an 3 Stellen, erfaßt und gestaltet: in Luigi Pirandellos Sechs Personen suchen einen Autor, in Kurt Weills Royal Palace und in Jean Cocteaus Orpheus. Und es ist besonders anzumerken, daß diese 3 Werke zwar aufgeführt, aber schnell vergessen, kaum gekannt oder, wie das zuletzt erwähnte französische Schauspiel, überhaupt nicht verstanden wurden. Für den Zeitgenossen ist Künstler der Zeit, wer ihrer Problematik verfällt, oder wer ihr völlig fernsteht. Der sie aber erkennt und darstellt, wird dafür nur von wenigen geliebt, er ist dann der Mann der Nachwelt.

Auf den Inhalt der Stücke sei kurz eingegangen: Bei Weill leidet eine Frau unter ihrem Schicksal doppelt, da es ein Theaterschicksal ist. Aus der Passivität des Dargestelltseins macht sie einen verzweifelten Ausfall ins Aktiv-*"Wirkliche"*, sie rettet und zerstört sich zugleich. Bei Pirandello sind es umgekehrt 6 *"wirkliche"* Personen, die einen Autor suchen. Ihre Tragödie ist die, daß sie ihn finden: anstatt des einzig für sie in Betracht kommenden Filmoperateurs. (Inzwischen hat sich Pirandello selber dem Film zugewandt.) Bei Cocteau ist es der Dichter, der ein Leben in Darstellungen und Bedeutungen führt, personifiziert durch seine innige Liebe zu einem Schimmel, dem Pegasusschimmel. Er verliert darüber zeitweilig das wirkliche Leben in Gestalt seiner Frau. Die Pforte, durch die sie in den Tod eingeht, ist der Spiegel. Dieser Verlust hat glücklicherweise auch den Tod des Pferdes zur Folge. Deshalb darf Orpheus seine Frau zurückholen, er verliert sie aber noch einmal, da er wieder dem Leben gegenüber als Handelnder versagt. Ärger als sein mythischer Vetter ist er nicht zwei Minuten lang imstande die Bestimmung einzuhalten, an die die Rückkehr der Toten geknüpft ist. Hier greift nun erlösend ein mystischer Hausfreund ein, der Glaser. Das durchsichtige Glas triumphiert über den Spiegel. Das Dasein des Dichters war Selbstbespiegelung, so wie es war, und der Spiegel der logische Tod echten Lebens. Das durchsichtige Glas aber öffnet seinem Blick die Dinge, wie sie sind, zugleich trennt es zwischen Anschauendem und Angeschautem. Der Inhalt des Dramas ist mit diesen Angaben keineswegs erschöpft, ebensowenig seine besondere Bedeutung, die darin besteht, daß hier sublimste geistige und irrationale Vorgänge gegenständlich, zuständig, einfach und anschaulich gemacht sind, und zwar ohne jeden gedanklichen Rest. Das Komplizierteste ist da ganz einfach geworden, einfach wie die Fibel. Aber das höchst Einfache ist auch immer das höchst Gesetzmäßige. Das Gesetzmäßige steht für viele Erscheinungen, sein Zustand für viele Vorgänge. Ja, eigentlich dürfte nur von dem Zustand des Stücks die Rede sein, nicht von einem Inhalt, denn es hat unendlich viele Inhalte. Es kommt hierbei auf den Zuschauer an. Von Eurydike aus gesehen haben wir da zum Beispiel die Rettung der Ehe durch den Hausfreund. Ebenso könnte man die Sache vom Spiegel aus ansehen oder sich auf das Pferd kaprizieren. Das Stück ist tief komisch und zugleich tief mystisch, nämlich darin, daß sich das Irrationale immer als etwas Rationales herausstellt, und daß das Rationalste auch wieder das Irrationalste ist.

Cocteaus Orpheus hat in seiner Kunstform gewisse Gemeinsamkeiten mit Strawinskijs Oedipus rex. Cocteau und Strawinskij sind mit Le Corbusier in Frankreich diejenigen, die eine Reinigung der Kunstbegriffe herbeizuführen suchen und die Forderung des Statischen in ihren darstellenden und Bauwerken verwirklichen. Ein entsprechendes dynamisches Kunstwerk war in Frankreich der Film Johanna von Orléans, dessen Wesen klarzulegen hier im Dezember 1928 versucht wurde (während er an der amerikagewohnten Filmkritik unserer Zeitungen im ganzen spurlos vorüberging). Ein ähnlich bedeutender Film ist bis jetzt nicht mehr geschaffen worden. Der Filmdurchschnitt ist in seinem Niveau noch gesunken. Trotzdem braucht einem um die sogenannte Zukunft des Films nicht bange zu sein, wenn man sie nicht gerade den Dichtern in die Hände geben will. Über sie wird vielmehr eine Generation entscheiden, deren Blick nicht durch Konventionen getrübt ist, und die stark genug sein wird neue Bewegungen zu bilden.



ADOLF BEHNE · WILHELM LEIBL



IR wußten, daß Wilhelm Leibl der beste deutsche Maler gegen Ausgang des 19. Jahrhunderts war. Die erste, fast alles umfassende Übersicht seines Lebenswerks, die jetzt, vom 13. April bis zum 5. Mai, in der Akademie der Künste in Berlin durch eine Gesamtausstellung gegeben wurde, zeigt uns, daß er viel, viel mehr ist: nämlich einer der Grund- und Ecksteine deutscher Kunst und einer der ganz wenigen deutschen Maler von europäischer Bedeutung.

Es ist bekannt, und Emil Waldmann gibt in seinem ausgezeichneten Katalogvorwort interessante neue Belege dafür, daß Leibl weit eher in Frankreich als in Deutschland erkannt und anerkannt wurde. Der große Courbet zeichnete den blutjungen Münchener Akademieschüler bewundernd aus, und es sei daran erinnert, daß zu einer Zeit, als die maßgebliche deutsche Kunstkritik vor Leibls Bildern noch von "Verblödung" schrieb, die Frauen in der Kirche in der Pariser Ausstellung den Ehrenplatz erhielten. Das war wenige Jahre nach dem Krieg 1870-1871. In einer nationalistischen Pariser Zeitung hieß es damals: »Herr Leibl ist von unangenehmer Nationalität, aber das hindert nicht anzuerkennen, daß sein Bild ein Meisterwerk ist.« Wie Leibl über die Mutter hervor: »Es ist doch ein Glück für mich, daß Paris noch existiert.« Wäre es nicht angebracht gewesen in das Ehrenkomitee, in dem seltsamerweise auch der Reichskunstwart und der Direktor der Nationalgalerie fehlten, einen Repräsentanten des Landes zu bitten, das um Leibl unlegbar bedeutende Verdienste hat? Kein Wort gegen die Herren aus Stockholm und Venedig. Aber man hätte Frankreich hier nicht vergessen dürfen.

Leibl sollte als 24jähriger für das Porträt der Frau Gedon die Münchener Goldene Medaille bekommen. Er bekam sie aber nicht, da er noch Schüler der Akademie war. In Paris erhielt er sie dann. Leibl, der seinen Professoren Piloty und Ramberg gar nichts zu verdanken hat, ist hier schon ein bedeutender Maler, und er ist es endgültig mit dem 3 Jahre später gemalten Bildnis seiner Nichte Lina. Er gelangt dann zu einer hohen Kultur der Malerei, und deutlich markieren sich die Etappen, bei denen sich die Trübner, die Schuch für immer etablieren konnten. Leibl weiterhin wächst über sie alle hinaus, zu der großartigen Meisterschaft der Dachauer Bilder. Sie würden seinen Ruhm als eines Unvergleichlichen gewährleisten. Aber um das Jahr 1880, beginnend etwa mit dem kostbaren Bild der Gräfin Treuberg, erhebt sich Leibl erst zu seiner ganzen Bedeutung. Er gibt die handwerkliche Pracht seiner Malerei, die außerordentliche Struktur seiner durchsichtigen Farbordnungen auf, als den Rest eines nun als eitel, als Bravour empfundenen Stils. Was Leibl in den letzten 2 Jahrzehnten arbeitet, das ist eine große menschlich-sittliche Tat, der man mit Bewunderung einer "unerhörten Technik" nicht beikommt. Die Technik dieser letzten Epoche ist gewiß noch viel erstaunlicher als die frühere, aber sie ist in einer fanatischen Zurückhaltung so überpersönlich geworden, daß sie nicht mehr zu sehen ist. Bilder wie der Heimkehrende Bauernjäger, das Mädchen am Herd, In der Küche, das Mädchen am Fenster und die Wabn gehören zu den Wundern aller Malerei: nicht weil sie technische Wunder sind (das sind sie freilich auch), sondern als menschliche Großtaten und vor allem als Entdeckungen im Menschlichen. Sie sind groß und wichtig wie Bachs Fugen.

Was ist denn das Große an ihnen?

Nach landläufiger Lehre ist Leibl Realist, und es ist wahr, daß er in seinem Leben keinen Strich aus dem Kopf gemalt hat. (Es sei denn auf der Akademie, wo er einmal dieses Thema behandeln mußte: »Graf Eberhard langt von der Jagd bei einem Wolkenbruch zu Pferd auf dem Marktplatz in Stuttgart an, wo die Schuljugend sich vor dem Wasser auf den Rand des Marktbrunnens geflüchtet hat, und rettet diese, indem er so viele wie möglich aufs Pferd nimmt.« Das monströse Thema ist für damals weniger verwunderlich als die Tatsache, daß der 21jährige Leibl einen Preis dabei gewann.) Es ist richtig: Leibl mußte *sehen*, was er malte. Aber man darf schon glauben, daß sein Sehen etwas anders war als das Sehen des Porträtisten. Was diese Bilder so groß macht, ist nicht ihr gegenständlicher Realismus sondern ihre räumliche Wahrheit. Es sind nicht gut gesehene und gemalte Gegenstände, die das Bild Leibls machen, sondern Raumbahnen, Farbe in Kette und Einschlag, deren lautlose Zuordnung die Einzelheiten werden läßt. Leibl berührt sich da ganz nahe mit Cézanne, seinem Altersgenossen. Beide lassen vor dem neuen Sinn ihrer Malerei die Fassade der Plausibilität stehen. Wer die innere Arbeit Leibls sehen will, betrachte die herrlichen großen Zeichnungen.

Mit dem Bildnis der Frau Gedon wäre der junge Leibl beinahe ein Maler der "guten Gesellschaft" geworden. Aber er wurde der Maler der Bauern. Wenigstens scheint es so. Doch der Bauer ist ihm keine Spezialität. Mit welchem Charme malt er die Gräfin Treuberg, mit welcher Noblesse den Junker Perfall. Er sucht den Menschen, und wie er ihn unter den Bauern in Dachau, Schondorf, Aibling, Kutterling oft sehr lange suchen muß, so geht er ihm nicht aus dem Weg, wenn er aus dem Gutshaus, dem Studierzimmer, dem Kaufladen zu ihm findet. Aber er glaubte wohl, daß er ihn bei den Bauern eher finden könnte als bei den Intellektuellen. Die Übersiedlung aus der Kunststadt München (damals trug sie den Namen mit mehr Recht als heute) auf das oberbayrische Dorf ist wichtig. Sie bedeutet kein Verlangen nach neuen motivischen Sensationen sondern einzig den Willen zur Konzentration der Arbeit. Und man bedenke, daß wir hier am Beginn des neuen Deutschen Reichs stehen, zu dem Leibl nicht die geringste Beziehung hatte. In einer Zeit, da alles an die große Futterkrippe drängte, Denkmalsetzer und Heldenmaler große Tage hatten, da geht einer in die stille Dörflichkeit und arbeitet mit "Fleiß und Bescheidenheit". Und es ist ein Wunder, wie er (nur Hans von Marées ist ihm da zu vergleichen) von allem Wahn und Betrieb der Zeit absolut unberührt bleibt. Er ist durch diese Epoche der Gründer, die so viele gute Talente so gründlich verdarb, in seiner ganzen stolzen reinen Kraft, die aus der Tiefe des Volkes kam, einfach hindurchgegangen. Seine wunderbare Natur war nicht zu zerstören. Freunde wollten ihn zu Richard Wagner bekehren. Er verließ den Lohengrin in der ersten Pause mit den Worten: »Ich kann keine Ritter sehen.« Man kann sein Malen in den siebziger Jahren, das so glanzvoll, so selbständig das Werk der großen Niederländer, etwa des Frans Hals, fortführt, also etwa die Dachauer Bauernbilder, als einen (sicher nicht klarbewußten) Protest gegen das Deutschland der Zeit auffassen. Gegen Betrieb, Effekt und Mode setzt Leibl Wahrheit und Unbestechlichkeit; gegen den Bluff seine unantastbare Arbeit; gegen Kommando und Liebedienerei setzt er den vollkommensten menschlichen Takt, als suchte er in dieser Zeit der Tünche vom Echten zu retten, was noch zu retten war.

Und nehmen wir dann die letzte Wandlung, die Reihe der Arbeiten nach dem Kirchenbild, sehen wir den oben schon charakterisierten Wandel in der Technik, den die Zeitgenossen, auch die paar Wohlmeinenden, nicht verstehen konnten, dann scheint es uns, als hätte Leibl diese stille Opposition der persönlich untadelhaften Arbeit als noch nicht ausreichend empfunden, als hätte er in einer ungeheuren Anspannung des Willens, in einer das Persönliche, Subjektiv-Meisterliche überwindenden Arbeit alles zu fassen, alles zu sammeln versucht, was von je in diesem Volk formend, bildend, kunstschaaffend da war. Nicht mehr Rubens, van Dyck oder Hals leben jetzt in ihm, sondern die ganz frühen strengen Meister, die Generation der Brüder Eyck, und es ist das Große, daß sie in ihm *leben*, nicht aber begraben und künstlich galvanisiert sind. Denn keine Spur von Archaismus, von altem Stil ist da, keine Übernahme. Diese Bilder sind ganz ihre Zeit, ganz Gegenwart, aber sie sind so weit gespannt, daß sie den Anfang unserer Kunst lebendig mitenthalten, und so sind, wie nichts anderes, traditionsbildend: in diesem traditionslosen Land. Und deshalb ist Leibl der Grund- und Eckstein unserer Kunst.

Zu diesem Wesen Leiblscher Kunst gehört jene merkwürdige Art an einem Bild zu arbeiten, an irgendeinem Punkt, dem Auge, einem Stück Hut, zu beginnen und dieses Einzelne in unendlicher Arbeit bis zur letzten Vollendung vorzutreiben, oft ehe das Ganze auch nur andeutungsweise auf der Fläche festgelegt ist. Wenn man daraus den Schluß zieht, daß Leibl kein Meister der Komposition im Sinn der Renaissance gewesen sei, hat man gewiß recht; aber man kann aus seiner Methode nicht folgern, daß er ein Abmaler war. <In der unerhörten Beharrlichkeit der Arbeit erinnert übrigens Leibl wieder an Cézanne, und beide galten sie den Bohémiens als Philister und Spießer.> Arnold Böcklins Urteil über Leibl: »Galeerensklave« und »langweiliger Geselle«, ist ganz oberflächlich. Leibl hatte nicht weniger Phantasie als der Maler der Tritonen, Kentauren und Najaden, und wenn er sich unerbittlich mit dem Auge an seine Menschen klammerte, geschah es nicht, um etwas noch besser zu sehen, sondern weil seine Phantasie im Sehen arbeitete. Denn allerdings ist Leibls Phantasie nicht ausdenkend, erdichtend wie die Böcklins.

Was aber ist der besondere Ertrag der Leiblschen Phantasie?

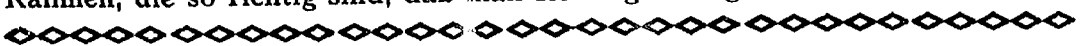
Leibl hatte tagaus tagein durch 4 Jahre jene 3 Frauen in gleicher Haltung im Kirchenstuhl vor sich. Gleichgültig, an welcher Stelle er malte, es mußten alle 3 in der Kirche sitzen. Lächerlich! Jeder bessere Kunstprofessor malt doch die paar Personen mit dem Stückchen Holzbank in 4 Monaten herunter. Mag sein, aber die Produkte sind inkommensurabel. Hat Leibl 3 Frauen im Kirchenstuhl gemalt? Schon, aber er hat sie in einer Intensität nicht nur gemalt sondern in eine neue und nicht ärmere Existenz gebracht, die sie über alles Porträtmäßige weit hinaus zu großen Typen des Volkes macht. Beispiellos ist nicht nur die prunklose Pracht, die stille Schönheit der Malerei, sondern vor allem die Kraft, mit der die ganze Welt dieser Menschen gebannt ist. Dieses Bild ist ein wesentliches Stück deutscher Kultur. Die Wahrheit jeder Hand, die Wahrheit <nicht "Wirklichkeit"> in jedem Zug der Kleidung und des Schmucks, die hier zur Aussage über Sitte, Herkommen und Charakter eines Volkes wird, diese letzte endgültige Wahrheit nicht des Aussehens sondern der menschlichen Substanz, dieser vollendete Takt, das war es, worum Leibl sich 4 Jahre seines Lebens mühte, das war es auch, was

seine Methode bestimmte, dieses punkthafte Loten in die Tiefe. Seine Komposition liegt in einer andern Ebene als die Renaissancekomposition, sie ist ein musikalisches Abstimmen der Raumschichten, eine atmosphärisch schwebende Verspannung, deren Ausgleich still und behutsam ertastet wird.

Am Ende seines Werks stehen einige Gestalten und Köpfe, die mit das Schönste, Ergreifendste sind, was in der Darstellung des Menschen malerische Kultur seit Rembrandt geschaffen hat. Ich denke vor allem an das Mädchen am Fenster und das Mädchen mit der Pelzmütze, beide von 1899. Trat uns je ein Menschenkind so unmittelbar, so nahe, so liebend entgegen? Es handelt sich da nicht um ein paar Grade, um die das besser gemalt ist als Thoma oder Trübner oder Schuch; es handelt sich um andere Ziele. Leibl macht, um einen Vergleich zu gebrauchen, einen Vorstoß zu einem neuen unbekanntem Pol, und jene machen Landpartien.

Das Material der Berliner Ausstellung wird bald wieder auseinandergehen, und das ist sehr zu bedauern, aber kaum zu ändern. Leibl ist das "Feld", in dem deutsche Kunst zuletzt traditionsbildend in höchstem Maß war. Grünewalds Hauptwerk ist jenseits der politischen Grenze, aber auch als das Elsaß noch Deutschland gehörte, spielte es an seinem entlegenen Platz für das Bewußtsein des Volkes kaum eine Rolle. Und das Werk Leibls, das wie jener Isenheimer Altar eine Mission zu erfüllen hat, wird bald wieder in alle Winde verstreut sein. Werke der letzten, der wichtigsten Zeit fehlen der Nationalgalerie durchaus, die freilich die Dachauer Zeit wundervoll enthält. Wäre etwas gewonnen, wenn alles, so wie es jetzt für Wochen in dieser Ausstellung vereinigt war, für immer zusammenbliebe? Nun, das braucht nicht unbedingt angestrebt zu werden. Aber vielleicht könnten die Museen in Köln, das als Leibls Vaterstadt heute den reichsten Besitz hat, und in Berlin ihren Besitz austauschend dahin ergänzen, daß in beiden alle Epochen gut vertreten sind. Und noch ein anderes: Das Reich sollte von etwa 20 Werken, unter denen die Zeichnungen nicht fehlen dürften, große Farbproduktionen nach Art der Piperdrucke oder des Siegs der Farbe mit äußerster technischer Vollendung herstellen und die Serie jeder größern Schule schenken.

Die Ausstellung war die gemeinsame Leistung der Akademie der Künste, des Kölner Museums und der Berliner Gemäldegalerie Matthiesen. Ihre Arbeit verdient jedes Lob, und wenn ich mit einer grundsätzlichen Kritik der Rahmen schließe, richtet sich das natürlich nicht gegen die Veranstalter. Gerade die Hauptwerke Leibls: die Dorfpolitiker und die Frauen in der Kirche (von denen ich übrigens nur das zweitgenannte wirklich zu den Hauptwerken rechnen möchte), sind entsetzlich gerahmt. So unberührt die Malerei Leibls vom Kitsch der Gründerzeit blieb, so lebhaft nehmen die protzigen Goldrahmen, die wohl alle von den Käufern stammen, an ihm teil. Und man sollte endlich die Rahmen nicht mehr als Nebensache betrachten. Gerade hier bei Leibl handelt es sich nicht nur um eine Frage des Geschmacks. Diese dickgeschwollenen, hervorwulstenden Rahmen fälschen das Bild. Die Dorfpolitiker werden, was sie eben nicht sind, zu einem Genrebild, und gar die Frauen werden klein und panoptikumhaft. Die Hamburger Kunsthalle, die glücklich sein darf dieses Bild, und die Gräfin Treuberg, zu besitzen, sollte ihnen unbedingt andere Rahmen besorgen: keine kunstgewerblich abgestimmten Nimben, aber Rahmen, die so richtig sind, daß man sie möglichst gar nicht bemerkt.



RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Innenpolitik / Hans Simons

Deutschland: Am 12. April wurde das Reichskabinett umgebildet.

Der demokratische Justizminister Erich Koch-Weser trat zurück, und 3 Zentrumsmitglieder kamen auf die ihnen seit fast einem Jahr vorbehaltenen Plätze; Theodor von Guérard übernahm das Justizministerium, Joseph Wirth das Ministerium für die besetzten Gebiete, Adam Stegerwald das Verkehrsministerium. Der Weg zu diesem Ausgang war sehr mühselig. Seine einzelnen Etappen nachzuziehen hieße Nebensächlichem zu viel Bedeutung beilegen. Entscheidend waren 3 Fragen: der Zusammenhang zwischen der Regierungsbildung im Reich und der in Preußen, das Finanzprogramm und, in diesem Zusammenhang mehr Symbol als Selbstzweck, das Panzerschiff oder das Verhältnis der größten Partei zum Staat und zu seinen Machtmitteln. Alle 3 Fragen sind gelöst, die Erfolge und Mißerfolge dabei verteilen sich auf die Parteien. Doch überall hinter den Augenblickslösungen zeigen sich noch ungelöste Gegensätze.

Die Deutsche Volkspartei hat bei dem Bestreben ihre Unentbehrlichkeit in der Regierungsmehrheit des Reichstags als Ausgleich für ihre Entbehrlichkeit in der Regierungsmehrheit des Preußischen Landtags zu benutzen eine arge Enttäuschung erlebt. Ihr Führer hat für den parteipolitischen Erfolg zu spät, aber auch für den allgemeinpolitischen nicht mehr rechtzeitig genug eingegriffen; auch er hat nur eine vorläufige Lösung erreicht. Daß das preußische Kabinett nicht umgebildet wurde, kann im Interesse der Kontinuität der preußischen Regierung begrüßt werden. Denn die Beharrungskraft dieses Staats- und Verwaltungsapparats ist zurzeit einfach an sich wichtig. Aber es ist zu bedauern, daß die Bemühungen der Deutschen Volkspartei nur als Parteimanöver betrieben und auch nur so betrachtet worden sind. Denn sie waren auch das Zeichen wachsender Einsicht darein, daß die Reichsregierung und die preußische Regierung in eine engere Verbindung gebracht werden müßten. Was in allen Lagern aus Anlaß dieser langwierigen und unerfreulichen Verhandlung über die Krise des Parlamentarismus gesprochen und geschrieben wurde, das wirkte

nicht sehr überzeugend, weil gerade diesmal besondere deutsche Schwierigkeiten, die nichts mit dem System zu tun haben, die eigentlichen Hemmungen bildeten. Gerade in einer Rundschau muß überhaupt einmal darauf hingewiesen werden, daß bei der Erörterung dieser Fragen in der breiten Öffentlichkeit dauernd der Parlamentarismus als Technik mit der Demokratie als System des Regierens verwechselt, und damit eine allmählich für die innenpolitischen Auseinandersetzungen gefährliche Verwirrung angerichtet wird. Die Demokratie hat in der Führerauslese, in der Entschlußkraft und Willenssicherheit ihrer Führergruppen große Schwierigkeiten zu überwinden. Aber der Parlamentarismus ist ein auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, in nahezu allen Verfassungsformen, vom Rätssystem bis zum Fascismus, herrschendes Verfahren.

Im übrigen hat der Parlamentarismus sich bei der Behandlung der Finanzfragen mehr bewährt als ihm angerechnet worden ist. Der Verzicht auf alle Agitationsanträge, die Einigung auf ein bestimmtes Sparprogramm, also Selbstbeschränkung im Fordern und Bereitwilligkeit zum Verzichten, sind wichtige Leistungen der beteiligten Parteien und bedeuten den ersten Erfolg des Reichskanzlers und seines Kabinetts. Daß mit diesem Anfang noch nicht viel erreicht ist, kann nicht als Argument gegen ihn anerkannt werden. Er ist um so wichtiger, als er sowohl politisch wie technisch zum Vorbild werden wird. Die Möglichkeiten positiver Politik, die im Negativen des Verzichts liegen, sind hier zum erstenmal ausdrücklich, nicht nur heimlich in stillen Kompromissen, im Parteikampf aufgezeigt worden. Sie sind nun der Bestandteil der parlamentarischen Methode. Außerhalb ihrer gibt es nur die Position und ihre Behauptung. Auf dem Panzerschiff hat das Zentrum einen Wimpel aufgezogen, dem gewisse Ehrenbezeugungen sicher waren. Aber auch das ist ein vorläufiger Erfolg. Die Sache selbst ist im Grunde die Fortführung jener Auseinandersetzungen, die mit der Bewilligung der Kriegskredite im August 1914 begonnen haben und die Sozialdemokratische Partei auch weiter beschäftigen werden. Man muß hoffen, daß den grundsätzlichen Fragen dabei nicht ausgewichen werden wird. Die Stellung der Parteien zu den Machtmitt-

teln des Staats ist für die Republik entscheidend. Wenn überhaupt daran zu denken ist, daß der Bestand der Republik gefährdet werden könnte, dann nur wegen der Spannungen, die hier noch bestehen. Sie sind in Wahrheit größer als obenhin, gewissermaßen im Geschäftsgang, zu merken ist. Es hat sich gezeigt, daß die üblichen Mittel der Kontrolle durch die Volksvertretung hier nicht ausreichen. Mehr ist aber nur zu leisten, wenn Ausgangspunkt und Ziel aller Bemühungen gerade um die handgreiflichen Machtmittel des Staats endlich einmal verantwortlich festgelegt werden. Seit den Tagen, in denen die Freikorps ihre Arbeiterfeindschaft als Kommunismozorn ausgeben konnten (der Prozeß Jorns hat diese unvergangene Vergangenheit wieder hervortreten lassen) hat sich noch zu wenig geändert. Möchte es dem Magdeburger Parteitag gelingen die Besserung vorzubereiten.

Maiunruhen Wie dringlich das ist, haben die Unruhen am 1. Mai gezeigt. Gewiß sind sie unmittelbar das Ergebnis einer von der Kommunistischen Partei betriebenen Hetzarbeit, an der nur das erstaunlich ist, daß sie so lange ungestört ausgeübt werden konnte; gewiß sind ihre Dauer und die Zahl ihrer Opfer durch das Vorgehen der Polizei mitveranlaßt worden. Aber dahinter steht doch als Ursache ein Problem, dem gegenüber die Anlässe verblässen. Die Betrachtung der Maiunruhen in Berlin ist unperspektivisch, wenn sie sich darauf beschränkt die Agitation und Provokation der Kommunistischen Partei und die Anordnungen und Ausfälle der Polizei gegen einander zu halten. Daß es überhaupt zu einem Versammlungs- und Umzugsverbot in Berlin kam, daß es sogar für den 1. Mai aufrechterhalten worden ist, und daß daraus unschwer solche Parolen abzuleiten waren, wie die Kommunistische Partei sie eifrig ausgegeben hat: das alles ist doch nur ein Symptom der Gesamtkrankheit, deren viel weiter reichende Wirkungen zwischen der furchtbaren Arbeitslosigkeit in Deutschland und den schwebenden Reparationsverhandlungen allerorten zu finden sind. Das Nebeneinander des Massenelends hier und des Milliardenrechnens dort muß ungeheure Spannungen schaffen, die vielfach noch nicht bis ins Bewußtsein gedrungen sind, aber darum nur aus um so gefährlicherer Tiefe die deutsche Innenpolitik beeinflussen.

Sachsenwahlen Noch ist dieser Einfluß nicht überall zu spüren.

Das zeigen die Landtagswahlen in Sachsen, die am 12. Mai vorgenommen wurden. Aber man kann diese wie alle Wahlen nicht für die Zukunft sondern nur für die Vergangenheit auswerten. Außerdem darf man nicht vergessen, daß die Landesverhältnisse gerade in Sachsen für das Ergebnis der Landeswahlen entscheidend waren, so daß der Vergleich mit den letzten Reichstagswahlen nur unter vielen Vorbehalten gezogen werden kann. Das Ergebnis der Sachsenwahlen ist im einzelnen dies:

Partei	Stimmen		Mandate im Landtag		Gewinn (+) oder Verlust (-)
	Landtagswahl 1929	Reichstagswahl 1928	Landtagswahl 1926	1929	
Sozialdemokratische Partei	922 117	999 365	758 005	33	+ 2
Deutsche Volkspartei	363 421	316 015	292 085	13	+ 1
Kommunistische Partei	345 817	382 203	342 382	12	- 2
Reichspartei des Mittelstands	304 353	184 322	237 626	14	+ 2
Deutschnationale Volkspartei	218 363	254 465	341 153	11	+ 1
Sächsisches Landvolk	140 522	127 633	341 153	8	- 1
Nationalsozialistische Arbeiterpartei	133 792	75 424	37 725	5	+ 3
Demokratische Partei	115 097	141 797	111 467	5	- 1
Volksrechtspartei (Aufwarter)	70 092	87 529	98 471	4	+ 1
Alte Sozialdemokratische Partei	39 625	34 768	97 885	3	- 1
Zentrum	25 440	25 532	24 089	2	+ 2
Kommunistische Opposition	22 594	—	—	0	+ 0

Daraus ergibt sich, daß nur eine Partei ihre Stimmen seit der Reichstagswahl sehr stark vermehrt hat, nämlich die Nationalsozialisten, die in 1 Jahr 1½-mal so viel Stimmen gewonnen haben wie vorher in den 2 Jahren zwischen der letzten Landtags- und der letzten Reichstagswahl. Hier ist das Zeichen der Krankheit am deutlichsten. Das primitive und einheitliche Programm, die eindeutige Taktik sind es, die in Stadt und Land viele Leute zu dieser Partei locken. Aber es ist auch die Verbindung von sozialer und nationaler Auflehnung, die einem unmittelbaren Drang entspricht. Hier wirkt der Druck jener

Doppelspannung, der weder reparationspolitisch noch sozialpolitisch aufgefangen werden kann. Die Sozialdemokratie steht fast genau in der Mitte zwischen dem Erfolg der letzten Reichstagswahlen und dem Verlust der Landtagswahlen von 1926. Ein Teil ihrer Wähler ist ihr sicherlich von der "alten" Sozialdemokratie, die sich 1923 von ihr abgetrennt hatte, zurückgekommen. Die Kommunistische Partei hat ihre Stimmenzahl gegen die Landtagswahlen kaum verändert; ob nicht trotzdem die Wählerschaft gewechselt hat, ist aus den bloßen Zahlen nicht zu beurteilen. Man muß aber berücksichtigen, daß die Sozialdemokratie in Sachsen eine besondere Stellung hat; ihr Kampf gegen die Kommunistische Partei hat sich erst allmählich so verschärft wie er im übrigen Reich und besonders in Preußen schon längst geführt wird. Die Opposition gegen die bürgerliche Regierung und ihren altsozialistischen Ministerpräsidenten hat ihr keine schlechte Chance gegeben. Aber es ist eine sächsische Vergangenheit, die hier honoriert wird, keine Zukunft der Reichspolitik. Wie weit die Deutschenationalen durch die Abspaltung des Sächsischen Landvolks geschwächt sind, muß man abwarten. Daß der Reichspartei des Mittelstands, der Wirtschaftspartei, ihre wenig großartige Politik nichts geschadet hat, ist vielleicht das einzige Wahlereignis, das auch Rückschlüsse für später zuläßt. Im ganzen ist das Ergebnis gerade auch dann uninteressant, wenn man ihm symptomatische Bedeutung beimessen will. Die Folge der Verstärkung des rechten Flügels ohne Schwächung des linken wird sein, daß die Nachbarparteien mehr zur Mitte rücken: ein Vorgang, der die ganze deutsche innenpolitische Entwicklung seit der Novemberumwälzung des Jahres 1918 immer wieder bestimmt hat. Diese Erscheinung kann auch dadurch nicht verdeckt werden, daß die bedrohten Parteien sich häufig durch einen programmatischen Radikalismus zu sichern suchen. Ausgleich im Vordergrund, Spannung im Hintergrund; das wird auch das Kennzeichen der sächsischen Regierungsbildung sein, wie es das der Großen Koalition geblieben ist.

Totenliste Am 1. Dezember 1928 starb der ehemalige norwegische Minister *Gunnar Knudsen*, der in den letzten Jahrzehnten als Führer der Demokratischen Partei eine überaus wichtige Rolle in der norwegischen

Politik gespielt hatte. Ursprünglich Ingenieur, widmete er sich nach seiner Wahl in den Storting 1891 bald ganz der politischen Tätigkeit, die er erst im Jahr 1921 wieder aufgab.

Am 24. April 1929 starb in München, auf der Rückkehr von einer Italienreise, auf der er sich einen Typhus geholt hatte, *Richmond Lennox*, Dozent an der Berliner Hochschule für Politik, der erst vor einem Jahr die Bearbeitung der Rundschau Außenpolitik in den Sozialistischen Monatsheften übernommen hatte. Lennox war am 25. Juli 1894 in Brooklyn als Sohn eines schottischen Vaters und einer deutschen Mutter geboren, studierte im wesentlichen in Deutschland und verzichtete 1919 auf seine amerikanische Staatsangehörigkeit, um dadurch seine Verbundenheit mit dem deutschen Schicksal und seinen Willen zur Mitarbeit an Deutschlands Aufgaben zu bekunden. Zum Wintersemester 1923 folgte er einem Ruf an die Hochschule für Politik, in deren Lehrkörper er nicht nur als Vertreter der neuesten politischen und diplomatischen Geschichte und des angelsächsischen Kulturkreises sondern vor allem als unermüdlicher und unbestechlicher Deuter politischer Zusammenhänge bald eine besondere Stellung einnahm.

Am 26. April starb in Freiburg im Breisgau der frühere badische Ministerpräsident *Heinrich von Bodman*. Er wurde am 21. Januar 1851 dort geboren. 1904 bis 1906 war er badischer Gesandter in Berlin, von 1907 an Innenminister, 1917-1918 Ministerpräsident. Er zeichnete sich im Vergleich zu vielen seiner Kollegen durch Verständnis für die Arbeiterbewegung, besonders für die Sozialdemokratie, aus. An dem ruhigen Übergang zur Republik in Baden im November 1918 hatte seine Vermittlung wesentlichen Anteil.

Kurze Chronik Die Kommunalwahlen in *Dänemark*, die am 12. März 1929 stattfanden, brachten der Sozialdemokratie besonders in Kopenhagen einen bedeutenden Erfolg; die Anzahl der für sie abgegebenen Stimmen stieg um fast $\frac{1}{4}$. Die Deutschen in Nord-schleswig behaupteten im wesentlichen ihre Stellung; in Tondern gewannen sie 1 Mandat und damit die absolute Mehrheit im Stadtrat zurück. Wie nach diesem Wahlergebnis bereits anzunehmen war, brachten auch die Wahlen zum Folkething am 24. April der Sozialdemokratie einen großen Stimmenzuwachs. Von rund 1 420 000 abgegebenen Stim-

men fielen ihr rund 593 000 zu; sie gewann 61 Mandate, 8 mehr als bei den Wahlen von 1926. Sozialdemokraten und Demokraten zusammen haben im neuen Folkething eine sichere Mehrheit. Die Deutschen in Nordschleswig verloren einige Hundert Stimmen, behalten aber ihren Vertreter. Der Staatsminister Madsen-Mygdal trat sogleich zurück. Die neue Regierung bildete Thorvald Stauning, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, der schon früher Kabinettschef gewesen war. Die Programm-erklärung der neuen Regierung, der die früheren sozialdemokratischen Minister wieder angehören, kündigt die Wiedervorlage des schon einmal gescheiterten Abrüstungsvorschlags, Änderung des Wahlgesetzes und Abschaffung der Ersten Kammer, daneben eine Reihe wirtschaftlicher und sozialpolitischer Gesetze an. ◊ Am 4. Mai wurde nach einer Krise von genau einem Monat die neue Regierung Österreichs gebildet. Bundeskanzler ist der Abgeordnete Streeruwitz (christlichsozial); die übrigen Sitze sind folgendermaßen verteilt: Vizekanzler Schumy (Landbund), Justizminister Slama (großdeutsch), Unterrichtsminister Czermak (christlichsozial), Sozialminister Resch (christlichsozial), Finanzminister Mittelberger (christlichsozial), Landwirtschaftsminister Fördermayr (christlichsozial), Handelsminister Schürff (großdeutsch), Heeresminister Vaugoin (christlichsozial). ◊ Am 14. April wurde der Führer der Sozialistischen Partei Frankreichs Léon Blum bei der Nachwahl in Narbonne im 1. Wahlgang in die Kammer gewählt, nachdem er in einem Pariser Wahlkreis bei den allgemeinen Neuwahlen dem Kandidaten der Kommunistischen Partei unterlegen war. Der Wahl kommt nicht nur wegen der Persönlichkeit Blums besondere Bedeutung zu sondern auch wegen des heftigen Kampfes, den die Radikalsozialen unter der Führung der Brüder Sarraut gegen ihn entfesselt hatten. ◊ Am 20. April erfolgte in Rom die Eröffnung des nach dem neuen Wahlrecht gebildeten fascistischen Parlaments Italiens. Zum Präsidenten wurde am 29. April mit 348 gegen 2 Stimmen der frühere Minister der öffentlichen Arbeiten Giovanni Giurati gewählt. Präsident des Senats wurde, mit 166 gegen 33 Stimmen, der frühere Minister Federzoni. ◊ Nach dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Bartel ernannte am 14. April 1929 der Staatspräsident Polens den Unterrichtsminister im Kabinett Bartel Switalski zum Mi-

nisterpräsidenten. In das von ihm gebildete neue Kabinett wurden einige Obersten als Vertrauensleute des Marschalls Pilsudski aufgenommen. Damit ist der Einfluß Pilsudskis abermals und wesentlich verstärkt worden.

Literatur Politik ohne Phrase nennt *Gerhard Schultze-Pfaelzer* eine Schrift, die im Berliner Verlag Karl Curtius erschien und ein umfassendes, alle wichtigen politischen Zeitprobleme behandelndes Bekenntnis eines begabten und erfahrenen Journalisten darstellt. Der Wert dieser Arbeit liegt nicht so sehr in der Darstellung, die dem Teilnehmer am politischen Leben des vergangenen Jahrzehnts nicht viel Neues sagen kann, als in dem Bekenntnis, das von einem früheren Redakteur des Scherlschen Tags stammt, deshalb als Abkehr von der Demagogie deutschnationaler Kreise, als Selbstbesinnung und vielleicht auch als Bekehrung solcher, die auf ähnlichen Wegen waren, bedeutungsvoll ist. ◊ Ohne die Kämpfe, ohne die Kritik, darum aber auch ohne manche der wertvollen Einsichten, zu denen Schultze-Pfaelzer auch den Gegner bringen kann, behandelt *Fritz Schwahn* die Zeit von Ebert bis Hindenburg /Leipzig, Rudolf Koch/. Es ist ein großes Material, offenbar den Tageszeitungen entnommen, mit Fleiß und politischem Temperament verarbeitet. Leider fehlt es deshalb vielfach an der Genauigkeit, die man auch von einem Rückblick auf die jüngste Vergangenheit erwarten möchte. Das Buch setzt die Zustimmungsfreudigkeit voraus, die sicher ein wertvolles Aktivum der Demokratie ist, aber, über 350 Seiten fortgesetzt, nicht immer werbend, wohl aber häufig allzu naiv wirkt. ◊ Ebenso ehrlich, stärker in der Gestaltung, aber auch pathetischer in der Selbstgerechtigkeit und darum ebenfalls nicht überzeugend, ist das Buch *August Winnigs* Das Reich als Republik /Stuttgart, J. G. Cotta/. Es gibt das Gedankengut der Gruppe, die in Sachsen nach der Spaltung der Sozialdemokratischen Partei eine Rolle gespielt hat, jetzt aber, in dem Kreis um den Widerstand, wieder bedeutungslos geworden ist. Das Buch bringt neben gut zusammengefaßten und objektiven Übersichten über die politischen Ereignisse viele Schlußfolgerungen, die sich nicht aus dem vorgelegten Material sondern aus einer vorgefaßten Meinung ergeben, darum zum Widerspruch reizen; aber es ist der ernstesten Auseinandersetzung durchaus wert.

Wirtschaft / Gerhard Kreyssig

**Inflations-
befürchtungen** Zu den am lebhaftesten im Zusammenhang mit dem Ausgang der Reparationsverhandlungen diskutierten Fragen gehören die Vorgänge am Devisenmarkt und die Frage der Diskontgestaltung. Einige Überschriften aus den größten deutschen Handelszeitungen kennzeichnen treffend die Situation der letzten Monate. Angefangen vom »Wirrwarr am Geld- und Devisenmarkt« ging es über »Psychologische Krisen« unter Einschluß sämtlicher möglichen Komplikationen und Dilemmen bis zur »reichsbankpolitischen Feuerprobe«, ehe die »wiedergekehrte Einsicht« an die Reihe kam. Und gerade da, wo gegen die "psychologischen" Wirkungen der Inflationsgerüchte Stellung genommen wurde, ließen die Überschriften das psychologische Verständnis für ihre Wirkungen auf den flüchtigen Zeitungsleser völlig vermissen und erreichten dadurch oft genug das Gegenteil dessen, was sie wollten. Wenn die Angst vor einer neuen Inflation weitgehend platzgegriffen hat, so ist das verständlich; Ein Volk, das durch eine so beispiellose Inflation gegangen ist und die Wirkungen einer wildrasenden Notenpresse so hart zu fühlen bekommen hat wie das deutsche, stutzt und wird unsicher, wenn das Gespenst neuer Inflationsnöte an die Wand gemalt wird. Solches Treiben ist um so schärfer zu verurteilen, wenn es aus parteipolitischen und staatsfeindlichen Motiven organisiert wird. Aber ebenso stark ist zu verurteilen, daß die verantwortlichen Stellen, die Reichsbank an der Spitze, die Dinge haben treiben lassen. Der Reichsbank kann sogar der Vorwurf einer passiven Unterstützung nicht erspart bleiben, wenn man an den 26. April denkt, auf den noch zurückgekommen wird. Die Attacke gegen die deutsche Währung, die man in gewissen Kreisen in Deutschland betrieb (und deren Urheber schaft man dann plötzlich in ebenso unwahrhaftiger wie sinnloser Weise Frankreich zuschieben wollte: ein Unterfangen, das man allerdings sofort wieder aufgeben mußte), hätte die großen Wirkungen allerdings nicht haben können, wenn nicht äußere Umstände mitgewirkt und dieses Manöver unterstützt hätten. Wir haben gesehen, wie die Gold- und Devisenreserven der Reichsbank von Wochenausweis zu Wochenausweis binnen weniger Monate zusammenschrumpften, so daß die umlaufenden Reichsbank-

noten Anfang Mai nur noch mit 43 % gedeckt waren, gegenüber 65 % im Januar. Aus konjunkturpolitischen Gründen senkte die Reichsbank am 12. Januar den Diskontsatz von 7 % auf 6½ %. Fast gleichzeitig schritt London zur Diskontsatzenerhöhung um 1 % auf 5½ %, und auch die amerikanischen Geldmarktverhältnisse (New York 5 %) versteiften sich weiter. Die an sich nur geringfügige Maßnahme der Reichsbank wurde also von außen her noch stark eingeschränkt. Von Woche zu Woche bemühte sich dann die Reichsbank durch Abgaben aus ihren reichlich verfügbaren Gold- und Devisenreserven auf die internationalen Märkte einzuwirken, um die Diskonterhöhung zu vermeiden. Aus Stützungsverkäufen wurde allmählich, mitbedingt durch die Krise in den Reparationsverhandlungen, stärker aber veranlaßt durch politische Machenschaften, ein Abfluß von Gold und Devisen, der die "Deckungsfettpolster" aufzehrte. Was besagt nun die Abgabe von 1 Milliarde Devisen aus einer Reserve, die weder vorgeschrieben noch immer notwendig ist? Die Reichsbank steht oder stand mit der starken Überdeckung ihrer umlaufenden Zahlungsmittel nicht allein unter den großen Zentralnotenbanken der Welt: Paris, London, New York verfügten ebenfalls und verfügen noch heute über Reserven, die weit über den Prozentsatz hinausgehen, der durch Gesetz vorgeschrieben ist. Wir haben verfolgen können, daß die Vereinigten Staaten voriges Jahr erst ½ Milliarde Dollars in Gold abfließen ließen, ehe sie zur Diskonterhöhung schritten. Die Bank von England hat ebenfalls Monate hindurch mit ihren Reserven interveniert und vom September 1928 bis zum Januar 1929 etwa 35 Millionen Pfund Sterling in Devisen und Gold abgegeben, um ihren Diskontsatz möglichst lange nicht erhöhen zu müssen. Auch die deutsche Reichsbank hat 1927 schon einmal rund 1 Milliarde Devisen abgegeben, ehe sie sich entschloß den Diskontsatz im Juni 1927 auf 6 % und schließlich auf 7 % im Oktober 1927 zu erhöhen. Dieses Manövrieren mit Gold und Devisen ist das Kernproblem stabiler Diskontpolitik, mittels dessen die Schwankungen und meist zeitlich begrenzten großen Ansprüche an den internationalen Geldmärkten ausgependelt werden. Die Reichsbank schob nun die angesichts der ganzen Situation im 1. Quartal 1929 unvermeidliche Erhöhung des Diskontsatzes so lange hinaus, bis währungspolitische Gründe sie direkt er-

zwangen. Das Regulativ wurde am 25. April durch Erhöhung des Diskontsatzes um 1% auf 7½% in Tätigkeit gesetzt. Die gesamten Vorgänge demonstrieren, daß die Diskontschraube sich langsamer dreht als es den Grundsätzen theoretischer Erkenntnisse entspricht: Je stärker die Überdeckung der umlaufenden Zahlungsmittel mit Gold und deckungsfähigen Devisen ist, desto später wird der Diskonthebel angesetzt. Die international geübte "Pufferpolitik durch Devisenpolster" setzt den Diskontmechanismus lange Zeit außer Funktion. Durch die Hinauszögerung der Diskonterhöhung hat die Reichsbank, die der deutschen Wirtschaft nützen wollte, faktisch sehr geschadet. Der Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht mußte wissen, daß gegen die Stabilität der Währung angegangen wurde, die Reichsbank mußte also vorsorgliche Maßnahmen gegen Inflationsangst treffen. Es ist nicht das erstmal, daß sie versagt hat. Albert Hahn /Frankfurt/, der mit in erster Reihe der Kritiker an der Schachtschen Währungspolitik seit der Stabilisierung steht, hat überzeugend gezeigt, wie oft und wie gründlich die Reichsbank ihren Aufgaben nicht gewachsen gewesen ist (siehe diese Rundschau, 1928 II Seite 798). Womit rechtfertigt die Reichsbank sonst, daß sie am 26. April nichts gegen die Baissemanöver gegen die Reichsmark unternommen hat? Gegenüber dem amtlichen Kurs von 4,2175 wurde der Dollar an diesem Freitag im Nachmittagsfreiverkehr mit 4,2350 gehandelt, wobei es sich allerdings nur um einen sogenannten hinaufgesprochenen Kurs ohne wesentliche Umsätze gehandelt haben soll. Von einer gesicherten Währung muß aber verlangt werden, daß sie zu keiner Stunde praktisch nur mit Disagio verkäuflich ist, und das zentrale Notenbankinstitut hat die oberste Verpflichtung auch den Anschein dieser Möglichkeit zu vermeiden. Es ist keine Entschuldigung, daß die Reichsbank die jahrelange Übung habe nur zu amtlichen Kursen am Devisenmarkt zu intervenieren, um danach in träumerischer Passivität zu verharren. Auch die Privatbanken, die sonst nicht die Übung haben auf Freiverkehrsgeschäfte zu verzichten, versagten an diesem Tag geschossen, so daß man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, daß System in diesem Versagen lag. Es ist dann allerdings bequem, und paßt durchaus zum Geist der meisten unserer Handelszeitungen, dem Ausland die Schuld in die Schuhe zu

schieben: Holländer und, lieber noch, Franzosen sind dann immer diejenigen, die das ganze Unglück heraufbeschworen haben. Daran hindert nicht, daß die gleichen Zeitungen Berichte ihrer Sonderkorrespondenten bringen, aus denen das Gegenteil klipp und klar hervorgeht. So der Berichterstatte der Frankfurter Zeitung aus Amsterdam: »Zunächst sei bemerkt, daß, soweit Beobachtungen befragter unparteiischer Kreise reichen, größeres oder dringendes französisches Angebot hier nicht festzustellen war und jedenfalls nicht in einem Umfang, der für den Einbruch hier direkt verantwortlich gemacht werden könnte.« Und in der selben Zeitung am 2. Mai: »Die Erschütterung der Reichsmark kündigte sich hier zuerst als Beunruhigung aus deutschen Kreisen an.« Die andere große Sünde der verantwortlichen Stellen ist der Mangel eines Hinweises auf die Tatsache, daß das geltende Reichsbankgesetz Währung und Staatsfinanzen scharf trennt. Niemand wird verkennen wollen, daß die nunmehr schon chronische Kassenkalamität des Reichs zur Versteifung der deutschen Geldmarktverhältnisse beigetragen hat, und daß auch der langfristige Kapitalmarkt in Mitleidenschaft gezogen wird, zumal durch die neue Anleihe. Die Staatsfinanzen liegen, für jedermann sichtbar, nicht gerade rosig. Das ist für den "Mann auf der Straße" genügend Grund zu Inflationsbefürchtungen. Wie steht es demgegenüber tatsächlich mit den Beziehungen von Reichsbank und Staatsfinanzen? Das im Zusammenhang mit den anderen Dawesgesetzen erlassene Bankgesetz vom 30. August 1924 gestattet der Reichsbank lediglich dem Reich einen Betriebskredit von 100 Millionen Reichsmark zu gewähren. Ist sie dieser Aufgabe nachgekommen, so ist sie nicht nur aller weiteren Verpflichtungen enthoben, sondern ihre Hilfsmöglichkeiten sind damit restlos erschöpft. Selbst für den Fall, daß Bereitschaft zu weiterer Hilfeleistung bestünde, verhindert das Gesetz (hinter dem nicht nur die wachsamten Augen des ausländischen Kommissars für die Notenausgabe stehen) jegliche Verquickung von Währung und Staatsfinanzen. Immerhin, das Zusammenschumpfen der Gold- und Devisenreserven und die sich daraus ergebende Verschlechterung des Deckungsverhältnisses der umlaufenden Noten bereiten den Boden für Inflationsgerüchte. Jede Reichsmarknote, die sich im Umlauf befindet, muß zu 40% durch Gold

gedeckt sein. An Stelle des Goldes können zu $\frac{1}{4}$ sogenannte deckungsfähige Devisen treten, worunter Banknoten, Wechsel mit einer Laufzeit von höchstens 14 Tagen, Schecks und täglich fällige Forderungen zu verstehen sind, die an einem ausländischen zentralen Finanzplatz in ausländischer Währung zahlbar sind. »Unter ausnahmsweisen Umständen« kann gemäß § 29 des Bankgesetzes die Notendeckung unter 40% herabgesetzt werden; dazu bedarf es jedoch der Zustimmung des gesamten Generalrats bis auf 1 Stimme, und gleichzeitig wird durch automatische Einführung einer Notensteuer, die dem Reich zufließen würde, ein komplizierter Mechanismus in Gang gesetzt, der den Diskontsatz in die Höhe treibt, so daß durch ihn die unternormale Notendeckung praktisch aufgehoben wird. Die Reichsmarkwährung ist stabil, auch noch bei $12\frac{1}{3}$ % Notendeckung. Sie kann nur durch politische Machenschaften derjenigen Kreise erschüttert werden, die ein Interesse an einer neuen Auspowerung der arbeitsamen deutschen Sparer haben. Auf solche Absichten muß man freilich ein wachsames Auge richten, und man darf sich in der scharfen Beobachtung nicht durch Ablenkungsmanöver, vor allem nicht durch Aufpeitschung von Partei- oder nationalistischen Leidenschaften, beirren lassen.

Krediteinschränkung oder Diskonterhöhung?

In der gegenwärtigen Wirtschaftslage bleiben der Reichsbank 2 Wege: weitere Diskonterhöhung oder Krediteinschränkung. Sie führen zwar beide zum gleichen Ziel, ziehen aber ganz grundsätzlich unterschiedliche Konsequenzen nach sich. Betrachten wir die Lage am Kapitalmarkt, die uns das richtige Mittel zeigt, da ausreichende Kapitalbeschaffung gerade im Hinblick auf die noch immer bestehende Spanne zwischen Kapitalbedarf und Kapitalbildung in der deutschen Wirtschaft die wichtigste Voraussetzung ist und als Faktor mit an erster Stelle eine entsprechende Entspannung am Arbeitsmarkt bewirkt. Das Gesamtergebnis der Auslandsanleihen im 1. Quartal 1929 mit 198 Millionen Mark blieb um volle 200 Millionen hinter dem Ergebnis des entsprechenden Quartals 1928 (398 Millionen Mark) zurück und findet auch keinen Ausgleich am deutschen Markt: hier ist als Zeichen einer starken Kapitalerschöpfung der Inlandsanleihebetrag im 1. Quartal 1929 auf 192 Millionen, gegen 589 Mil-

lionen Mark 1928, sogar noch stärker zurückgegangen. Wenn auch die abflauende Konjunktur zweifellos die Kapitalnachfrage vermindert, so ist der Kapitalbedarf, wie gesagt, dennoch sehr groß. Die steigende Konkurszahl (2488 im 1. Quartal 1929, gegen 2261 im 1. Quartal 1928) ist zweifellos mit auf diese unbefriedigende Kapitalmarktlage zurückzuführen. Verschärft wird die Situation am Kapitalmarkt durch die Auflegung der 500-Millionen-Inlandsanleihe des Reichs, die zur Konsolidierung der Kassenlage notwendig ist. Da sie außer einer 7prozentigen Verzinsung noch mit der Befreiung von der Kapitalertrags-, Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuer ausgestattet ist, bietet sie so großen Anreiz, daß sich aller Voraussicht nach genügend Käufer finden werden. Die Entnahme von 500 Millionen am inländischen Markt wird aber anderen Stellen die Anleiheaufnahme für geraume Zeit noch mehr erschweren als es jetzt schon der Fall ist. Auch das Ausland wird sich am Kapitalmarkt vorläufig weiter zurückhalten, einmal wegen der ungeklärten Reparationsfragen, zum ändern, weil erfahrungsgemäß jede auch noch so geringfügige Erschütterung der Reichsmark Mißtrauen erweckt. Diese Gesichtspunkte müssen die Maßnahmen der Reichsbank bestimmen. Wenn sie beim jetzigen Diskontsatz bleibt, die Wechseldiskontierungen drosselt und durch solche Krediteinschränkungen die notwendige Entspannung herbeiführt, so muß die deutsche Wirtschaft die depressiven Wirkungen tragen, ohne die Hoffnung vom Ausland her wesentliche Hilfe zu bekommen. Erhöht die Reichsbank dagegen den Diskontsatz um das Maß, das zur Entspannung ihres Status notwendig ist, benutzt sie also die normale Abwehrmaßnahme gegen zu große Kreditansprüche der Wirtschaft, so bietet sie zugleich dem ausländischen Kapital erhöhten Anreiz zur Anlage in Deutschland. Gegenüber den Krediteinschränkungen, die keine Garantie bieten, daß letztlich die Diskontschraube nicht doch noch angezogen werden muß, bedeutet die Diskonterhöhung das elastischere Mittel, das auch nicht nur unparteiischer wirkt sondern durch seine Doppelwirkung: im Inland Krediteinschränkung, fürs Ausland Anreiz zur Kapitaleinfuhr, zudem raschern Erfolg verspricht. Die Reichsbank hat aus einer stabilen eine starre Diskontpolitik gemacht. Für die deutsche Wirtschaft ist elastische Diskontpolitik jetzt das Richtigere.

Arbeitslosen-
versicherung
und Wirtschaft

Außergewöhnliche Witterungsverhältnisse und Wirtschaftsstörung durch eine dem deutschen Interesse nicht entsprechende Außenpolitik haben zusammengewirkt, um die Krise in der Arbeitslosenversicherung heraufzubeschwören, die die andere große Aufgabe ist, die gelöst werden muß. Der harte Winter hat ein Maß von Arbeitslosigkeit gebracht, wie wir es in den Jahren ungünstigster Konjunktur nicht erlebt haben. Die Anzahl der Hauptunterstützungsempfänger erreichte Ende Februar mit 2,46 Millionen ihren Höhepunkt, betrug Ende März 1,9 Millionen und sank durch den erfreulich raschen Saisonaufrtrieb, wenn auch verspätet, auf 1,2 Millionen Ende April und reichlich 1 Million Anfang Mai. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist seit Erlaß des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 als Körperschaft öffentlichen Rechts Trägerin der Arbeitslosenversicherung, deren Mittel aus den 3prozentigen Beiträgen vom Grundlohn beschafft werden, die je zur Hälfte von Arbeitnehmer und Arbeitgeber getragen werden. Aus diesen Mitteln ist es möglich im Jahresdurchschnitt 800 000 Arbeitslose zu unterstützen. Die nicht volle Inanspruchnahme der Versicherungsmittel im Sommer ermöglicht der Reichsanstalt die Ansammlung von Reserven für die Wintermonate, den sogenannten Notstock, der zu Beginn der winterlichen Arbeitsmarktverschlechterung November 1928 110 Millionen Mark betrug. Das Gesetz verpflichtet das Reich zur Gewährung von Darlehen, wenn die Beitragseinnahmen und Reserven der Reichsanstalt nicht ausreichen, um erhöhte Versicherungsansprüche infolge ungewöhnlich großer Arbeitslosigkeit zu befriedigen. Daß dieser Umstand dieses Jahr eintreten würde, war schon im November 1928 klar: Ende Januar 1929 war der Notstock aufgezehrt, und das Reich mußte seiner Verpflichtung der Darlehensgewährung nachkommen. Bis Mai hat die Reichsanstalt ein Defizit von rund 320 Millionen Mark. Da sie bei der augenblicklichen Wirtschaftslage günstigenfalls mit 70 bis 75 Millionen monatlichen Beitragsaufkommen rechnen kann, würde es ihr nicht gelingen wesentlich mehr als etwa 50 Millionen in den Sommermonaten zu erübrigen, sie könnte also ihre Schulden ans Reich auf bestenfalls 270 Millionen reduzieren und würde ohne Notstock, also völlig ungerüstet,

dem nächsten Winter 1929-1930 gegenüberstehen. Es ist klar, daß Mittel gefunden werden müssen diesen Zustand zu beseitigen, Niemand darf die Schwierigkeiten dieser Aufgabe verkennen. Für die Wiederbeschaffung der Eigenkraft der Reichsanstalt bleiben 3 Wege: Der 1. Weg ist die Übernahme der Schulden der Reichsanstalt durch das Reich. Er ist zweifellos im Hinblick auf den angespannten Etat des Reichs schwer gangbar. Deutschlands Arbeitsmarktlage wird aber so entscheidend durch außenpolitische Verhältnisse, Kriegs- und Nachkriegswirkungen beeinflusst, daß die Folgen über das Reichsbudget dem gesamten Volk auferlegt werden müssen. Mit der Schuldenstreichung wäre die Finanzlage der Reichsanstalt jedoch nicht grundsätzlich konsolidiert; aber die Voraussetzungen dazu wären dann geschaffen. Der 2. Weg wird durch die »Grundgedanken der Reformvorschläge« der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände gezeichnet, die auf Abbau der Leistungen und Einschränkung des Kreises der Unterstützungsempfänger ausgehen. Sieht man von der als unsachlich zu bezeichnenden Übertreibung der Mißbräuche ab, so lassen sich diese Reformvorschläge folgendermaßen zusammenfassen: 1. Grundsätzliches Ausscheiden der berufsüblich Arbeitslosen, der Heimarbeiter sowie aller Eigentümer und Pächter von Grundbesitz aus der Versicherung; so weit der Personenkreis. 2. Einführung der Bedürftigkeitsprüfung und Bemessung der Unterstützung nach den letzten 6 (statt 3) Monaten des Arbeitsentgelts unter Anpassung an die Tarif- oder ortsüblichen Löhne des Wohnorts, ferner schärfere Maßnahmen zu Arbeitszwang und Trennung der Notstandsarbeiten von der Versicherung. Abgesehen vom Abbau der Leistungen, der desto unannehbarer für die Arbeitnehmer ist, je mehr sie den Gefahren des kapitalistischen Systems ausgesetzt sind, bedeutet Einführung der Bedürftigkeitsprüfung vor allem Verlust des Rechtsanspruchs, sie macht aus der Arbeitslosenversicherung wieder eine Fürsorge. Bleibt der 3. Weg: der der befristeten Beitragserhöhung. Er ist gangbar, obwohl er den Arbeitnehmern ein an sich schwer zu ertragendes Opfer auferlegt. Die Erhöhung der bisherigen Beiträge um 1 % auf 4 % würde der Reichsanstalt nach vorsichtiger Schätzung ein Einnahmemehr von rund 270 Millionen, nach Ausführungen des Präsidenten der Reichsanstalt Friedrich Syrup günstig-

falls 300 Millionen Mark im Jahr bringen. Bis zum Herbst könnte die Reichsanstalt dann einen Notstock von rund 100 Millionen Mark ansammeln, zu dem noch rund weitere 50 Millionen Mark hinzukämen, die sie auch ohne Beitragserhöhung voraussichtlich erübrigen würde. Mit diesem Notstock könnte es der Reichsanstalt voraussichtlich gelingen die normale Winterinanspruchnahme zu überwinden, ohne Darlehen in nennenswertem Umfang in Anspruch zu nehmen.

Zigarettenproduktion 80 % der gesamten deutschen Zigarettenproduktion werden von 2 Konzernen

hergestellt: Reemtsma und Neuerburg. Die größere der beiden Gruppen ist der Reemtsma-Jasmatzi-Konzern, der in der Aktiengesellschaft Reemtsma in Altona-Bahrenfeld seine Spitze hat. Er verdankt seine Entstehung einem Wechsel in der Leitung der Aktiengesellschaft Jasmatzi in Dresden, der 1925 eintrat und zu einem Interessengemeinschaftsvertrag mit der Aktiengesellschaft Reemtsma führte. Gleichzeitig wurde die Yenidzugesellschaft Salem-Aleikum in Dresden miteinbezogen. Reemtsma-Jasmatzi hatten sich bisher bereits folgende Firmen angeschlossen: Josetti-Constantin, Sulima, Delta und Manoli. Vor wenigen Wochen sind nun auch die Firmen Problem /Dresden/, Eckstein & Söhne /Dresden/, Bulgaria /Dresden/, Georg Jasmatzi & Sohn /Dresden/ und Massary /Berlin/ dem Konzern angegliedert worden. Der Reemtsmakonzern hat damit seinen Einfluß seit 1925 von 38 % auf rund 50 % der deutschen Produktion ausgedehnt. Zur Verschleierung der zu erwartenden Monopolgewinne wird die Aktiengesellschaft Reemtsma in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt, und auch die Aktiengesellschaft Jasmatzi, die die Gesellschaft Jasmatzi & Söhne aufnimmt, wird sich in Form der Gesellschaft mit beschränkter Haftung öffentlicher Kontrolle entziehen. Die Aktiengesellschaft Haus Neuerburg /Köln/, der auch die süddeutsche Zigarettenfabrik Zuban gehört, hat sich die Firma Halpaus angegliedert, im übrigen aber ihre Bedeutung (sie vereinigt auf sich rund 30 % der deutschen Produktion) vor allem durch den Ausbau ihrer Produktionsstätten erlangt. Durch freundschaftliche Abkommen mit dem Reemtsmakonzern hat sie mit zum Verschwinden zweier weiterer bekannter Firmen beigetragen. Die Aktiengesellschaft Batschari /Baden-Baden/, die

schon seit Jahren mit 10 Millionen Steuerschulden belastet ist, wird liquidiert. Die Zigarettenfabrik Waldorf-Astoria /Stuttgart/ legt ihren Betrieb still und wird den beiden Großkonzernen eventuell als Kartonnagenfabrik dienen. Außerhalb der beiden Großproduzenten bestehen noch die Zigarettenfirmen Greiling (10 %), Muratti, Garbaty, Haus Bergmann, Nestor - Gianaklis, Kyriazi Frères und Abdullah, auf die die restlichen 10 % der Produktion entfallen.

Wissell Am 8. März wurde Rudolf Wissell 60 Jahre alt. Er war ursprünglich Maschinenbauer und Dreher, in Essen, Kiel und Friedrichsort, und er betätigte sich dabei im Fachverein, dem spätem Metallarbeiterverband. Von 1901 bis 1908 war er Arbeitersekretär in Lübeck, von 1908 bis 1918 Zentralarbeitersekretär in Berlin. Ende 1918 bis Anfang 1919 war er einer der Volksbeauftragten, bis zum Juli 1919 Reichswirtschaftsminister. Seit dem 1. Januar 1924 ist er Schlichter für den Bezirk Berlin-Brandenburg, seit Juli 1928 Reichsarbeitsminister. Im Jahr 1909 übernahm Wissell, der schon früher an den Sozialistischen Monatsheften mitgearbeitet hatte, die Bearbeitung der Rundschau Wirtschaft, die er bis Ende 1912 innehatte. Der Bearbeitung wirtschaftlicher Probleme blieb er auch weiterhin treu. Das bezeugt seine ununterbrochen fortgesetzte Mitarbeit an den Sozialistischen Monatsheften, in denen er gerade die den Arbeiter vorwiegend angehende Sozialpolitik stets unter allgemeinwirtschaftlichem Gesichtswinkel behandelte. Dadurch erhielten seine Beiträge ihren besondern Charakter, wovon sich die Leser gerade auch aus seinen beiden letzten, im August 1928 und Januar 1929 hier veröffentlichten Artikeln (Arbeitspolitik, Löhne und Lohnkämpfe) wieder überzeugen konnten. Neben seiner aktuellen Arbeit für die drängende Gegenwart hat Wissell aber auch noch das Bedürfnis sich liebevoll in die Betrachtung alter Zeiten zu versenken. 30 Jahre hindurch arbeitete er an einem Werk über des alten Handwerks Recht und Gewohnheit, in dem ein bedeutendes Quellenmaterial verarbeitet ist (siehe auch die Rundschau Geschichte, 1928 I Seite 259). In Wissell vereinigt sich, eine nicht gerade häufige Erscheinung, der aktive Politiker mit dem beschaulichen Forscher. Es wurde ihm daher mit Recht an seinem 60. Geburtstag die Würde eines Ehrendoktors verliehen.

Kurze Chronik Eine kritische Betrachtung der **Warenpreisbewegung** läßt neben der Uneinheitlichkeit der Märkte vor allem erkennen, daß die Preise sich der nachlassenden Konjunktur nicht angepaßt haben. Die Syndikate und Kartelle verhindern ihr Herabgehen. Die Verbandspreise werden erhöht oder hochgehalten, wo die freien Preise schon auf die Absatzmarktverhältnisse mit Senkungen antworten. Während der Index der auf Konjunkturschwankungen besonders empfindlichen sogenannten reagiblen Waren Anfang April 1928 auf 138,2 und 1929 auf 130,4 stand, und der Konsumgüterindex von 173,7 auf 173,3 zurückging, stieg in der gleichen Zeit der Index für industrielle Rohstoffe und Halbwaren von 133 auf 134,5, für Produktionsmittel sogar von 135,9 auf 137,4. \diamond Durch die Lohnforderungen der Bergarbeiter ist die Frage der Rentabilität im **Ruhrkohlenbergbau** erneut lebhaft diskutiert worden und hat auch den Reichskohlenrat beschäftigt. Die Gewerkschaften haben eine Steigerung der Gewinne (ohne Abschreibungen) von 1,71 Mark November 1927 auf 3,47 Mark pro Tonne Dezember 1928 errechnet; demgegenüber behaupten die Arbeitgeber nur einen Gewinn von 2,62 Mark. Bringt man die seinerzeit von Eugen Schmalenbach (siehe diese Rundschau, 1928 I Seite 516 und folgende) geforderte, zweifellos zu hohe Abschreibung von 1,74 Mark pro Tonne in Abzug, so ergibt sich trotzdem nach der Behauptung der Gewerkschaften ein Reingewinn von 0,95 Mark, nach der Rechnung des Bergbaus von 0,23 Mark pro Tonne. Gegenüber dem Verlust von 0,21 Mark pro Tonne, den Schmalenbach errechnete, gibt der Bergbau also, trotz ungünstigster Rechnung, eine Rentabilitätssteigerung um 44 Pfennig pro Tonne zu. \diamond In Solingen wurde ein **Industriemuseum** errichtet, das die historische Entwicklung der jahrhundertalten Solinger Klingenschmiedekunst vor Augen führen, ihre Erzeugnisse sammeln und der Nachwelt erhalten soll. Die Sammlungen sind in der Fachschule für die Stahlwarenindustrie untergebracht und dienen zugleich dem Anschauungsunterricht der Schüler. Das Museum besteht aus 3 großen Räumen, von denen der eine die Entwicklung der Schneidwarenindustrie zeigt, der andere dem Andenken der alten Solinger Schwertschmiede gewidmet ist, während ein weiterer Raum die Entwicklung der Werkstätten und Werkzeuge darstellt.

Staatssozialismus / Walther Pahl

Deutschland: Am 31. März lief das 7. **Vereinigte Industrieunternehmungen** Geschäftsjahr der Vereinigten Industrieunternehmungen, abgekürzt Viag genannt, ab. Der Abschluß für das beendete Geschäftsjahr wurde am 26. April von der Generalversammlung genehmigt und bringt eine Steigerung der Dividende von 7 auf 8%. Die einzelnen Unternehmungen haben mindestens die selbe Dividende wie im Vorjahr ausgeschüttet. Außerdem wurde die Zuweisung an die Sonderrücklage aus dem Reingewinn verdoppelt: von 1 auf 2 Millionen Mark. Die Generalversammlung genehmigte gleichzeitig die Erhöhung des Aktienkapitals der Viag von 120 auf 160 Millionen Mark. Mit 9,6 Millionen Mark entspricht der Dividendenbetrag annähernd einer Einzahlung von 25% auf die vom Reich zu übernehmenden 40 Millionen Mark junger Aktien. In den nächsten 4 Jahren will man ebenso mit den nach Maßgabe der Kapitaleinzahlung steigenden Dividendensummen verfahren. Die Emission der jungen Aktien erfolgt zu 147%, und gleichzeitig mit der Verwendung des diesjährigen Dividenertrags zur Kapitaleinzahlung wird eine Aufrechnung verschiedener Verpflichtungen der Viag und ihrer Tochtergesellschaften an das Reich gegen junge Aktien vorgenommen, so daß auf diese Weise ungefähr 25% zuzüglich des Agios auf die neuen Aktien eingezahlt werden. Die 40 Millionen Mark neue Aktien zu 147% bedingen eine Einzahlungsverpflichtung des Reichs von 58,8 Millionen Mark. Davon werden zunächst 75% des Nominalwerts, also 30 Millionen Mark, als ausstehende Einzahlung offen gelassen, während die restlichen 28,8 Millionen belegt werden 1. durch die schon erwähnte Wiedereinzahlung der Dividende von 8% auf 120 Millionen Mark = 9,6 Millionen Mark, 2. durch Übertragung von nominell 10,83 Millionen Mark bisher reichunmittelbarer Rheinmetallaktien zu etwas über pari, 3. durch Übertragung eines Grundstücks zum Wert von rund 8 Millionen Mark aus Reichsbesitz an den Viagkonzern. Man vergütet also in bar nur 9,6 Millionen und zirka 19 Millionen in Aports. Bei dem Grundstück handelt es sich um dasjenige der Deutschen Industriewerke in Spandau. Bei der Liquidation der Deutschen Werke wurde es vor einigen Jahren vom Reich übernommen, aber der Viag pachtweise für 30 Jahre überlassen. Dieses Pachtverhält-

nis ist jetzt durch käufliche Übernahme beendet worden, um als Gegenwert für die neuen Viagaktien ein Einbringungsobjekt zu haben. In erster Linie handelt es sich aber bei den Rechnungsposten um den Gegenwert der 10,83 Millionen Mark Rheinmetallaktien, die bisher im direkten Besitz des Reichs bei der Reichskreditaktiengesellschaft lagen und jetzt in das Portefeuille der Viag aufgenommen worden sind. Durch Gewährung eines $8\frac{1}{2}$ prozentigen gesicherten Kredits von 10 Millionen Mark und durch Übernahme von damals 6 Millionen Mark Sanierungsaktien hat das Reich in der Industriekrise des Jahres 1925 die Rheinmetallaktiengesellschaft finanziert. Diese Subvention ist jetzt durch Einbringen in die Viag kommerzialisiert worden. Die Rheinmetallaktiengesellschaft hat den Subventionskredit von 10 Millionen Mark im wesentlichen zurückgezahlt, wozu die Mittel zum größten Teil aus einer Kapitalerhöhung um 8 Millionen auf 20 Millionen Mark stammten. Damals hat das Reich seinen Anteil von 6 Millionen auf 10,83 Millionen Mark erhöht; während ursprünglich das Reich genau die Hälfte des Kapitals besaß, ist es jetzt auf dem Umweg über die Viag Majoritätsbesitzer. Die Bilanz der Holdinggesellschaft zeigt außer Rheinmetall noch eine weitere neue Beteiligung, nämlich an der kürzlich erst gegründeten Aktiengesellschaft Ostkraftwerk in Kosel, der künftigen Kraftzentrale Schlesiens, von deren Kapital in Höhe von 15 Millionen Mark die Viag 3,45 Millionen besitzt. Die Gründung erfolgte gemeinschaftlich mit der Gesellschaft für Elektrische Unternehmungen, wobei diese 49% übernahm, die Viag 51%. Beide Unternehmungen gaben aber Unterbeteiligungen ab. Die Viag behielt nur 23% (3,45 Millionen Mark), ebenso viel übernahmen die Elektrowerke, während die restlichen 5% an die Provinz übertragen wurden. Im übrigen erklärt sich die Erhöhung der Beteiligungen von 230,82 auf 250,93 Millionen dem Nominalwert nach aus der Übernahme von Aktien aus der Kapitalerhöhung der Ostpreußenwerkgesellschaft von 18 auf 24 Millionen Mark, der Berg-Heckmann-Selve-Aktiengesellschaft von 16 auf 20 Millionen Mark und einer Erhöhung der Beteiligung der Viag an den Vereinigten Aluminiumwerken von 20,8 auf 23,99 Millionen Mark. Diese neuen Aktien werden übrigens von der Berg-Heckmann-Selve-Aktiengesellschaft im Austausch übernommen. In den Gesamtbeteiligungen sind ferner etwa 4 Milli-

onen Mark festverzinsliche Wertpapiere enthalten. Während die Forderungen mit 35,2 Millionen Mark wenig verändert sind, wuchsen die Bankguthaben von rund 10 auf 12,3 Millionen Mark. Auf der andern Seite sind die Verbindlichkeiten von 10 auf 19,5 Millionen Mark gestiegen. Wie aus den weiteren Daten der Gewinnrechnung hervorgeht, hat sich der Rohgewinn um rund $\frac{1}{2}$ Million auf 15,1 Millionen Mark erhöht, während andererseits die Unkosten einschließlich Steuern um 260 000 auf 0,78 Millionen Mark gestiegen sind. Die Aufwendungen für Zinsen, meist für die Anleihen, sind um eine Kleinigkeit zurückgegangen (von 2,38 auf 2,29 Millionen Mark), da inzwischen Tilgungen vorgenommen wurden. Im ganzen bleibt also eine Gewinnsteigerung von 11,67 auf 12,06 Millionen Mark. Da aber kein Disagio mehr abzuschreiben war, steht dieser Überschuß diesmal voll zur Verfügung. Daher konnte nicht nur die Dividende von 7 auf 8% heraufgesetzt, sondern auch eine Reservezuweisung im Betrag von 2 Millionen Mark vorgenommen werden.

Im neuen Jahr wird vornehmlich die Finanzierung der weiteren Aufgaben des Konzerns durchzuführen sein. Diese Aufgaben findet der Konzern vornehmlich auf dem Gebiet der Elektrizitätswirtschaft. Die Tatsache, daß sich die Stromerzeugung der dem Konzern angeschlossenen Elektrizitätsunternehmungen von 1927 auf 1928 von 2775,8 auf 3087,6 Millionen Kilowattstunden erhöht hat, veranschaulicht das Tempo der Entwicklung dieser Unternehmungen. So kommt denn auch die Kapitalerhöhung des Konzerns von 120 auf 160 Millionen Mark vornehmlich den reichseigenen Elektrowerken zugute, die ihr Kapital von 60 auf 90 Millionen Mark erhöht haben.

Deutschland: Durch die 20prozentige Beteiligung der Deutschen Girozentrale an der Deutschen Landesbankenzentrale in Berlin ist endlich eine Verständigung zwischen den beiden bankmäßigen Spitzen im öffentlichen Bankwesen Deutschlands erzielt worden. Jahrelang bestand eine Überschneidung in den Arbeitsgebieten der beiden Organisationen, die naturgemäß eine Konkurrenz zwischen den Landesbanken und ihrer zentralen Spitze auf der einen und den Girozentralen mit der Deutschen Girozentrale auf der andern Seite zur Folge haben mußte. Nach den jetzt getroffenen Vereinbarungen gibt die Deutsche Girozentrale ihr Realkre-

ditgeschäft einschließlich der mit den Meliorationskrediten zusammenhängenden Geschäfte auf und beschränkt sich ausschließlich auf den Kommunalkredit, während andererseits die Landesbankenzentrale ihren Verkehr mit Sparkassen und Kommunen aufgibt. Dafür übernimmt es die Girozentrale den Absatz der Pfandbriefe der öffentlichrechtlichen Kreditinstitute mit Hilfe der Sparkassen und Giroorganisationen zu fördern. Zur Sicherung der durch die Vereinbarungen vorgenommenen Arbeitsteilung sind beide Organe sowohl im Vorstand als auch im Verwaltungsrat gegenseitig delegiert, so daß sich hoffentlich für die Zukunft Konflikte vermeiden lassen. Innerhalb der Spitzen wie auch im Unterbau der Organisationen bleiben noch weitere Verständigungsarbeiten notwendig. Vorerst sind in der Provinz Sachsen und in Brandenburg Verschmelzungen zwischen der Landesbank und der Girozentrale herbeigeführt worden. In Hannover, Schleswig-Holstein und Niederschlesien stehen die Ausgleichsverhandlungen vor dem Abschluß. Die Deutsche Girozentrale hat mit der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse noch ein Abkommen über Gebietsabgrenzung und Geldausgleich vorbereitet. Eine Zentralisierung im öffentlichen Bankwesen macht sich also deutlich bemerkbar.

Nordeuropa Eine instruktive Untersuchung Kyösti Järvinens im Weltwirtschaftsarchiv unterrichtet über die Bedeutung der öffentlichen Unternehmungen in der Staatswirtschaft der nordischen Länder. Am größten ist die Unternehmertätigkeit des Staates in Finnland und in Schweden. Im Fiskaljahr 1927-1928 betragen die Einnahmen aus Staatsvermögen und staatlichen Unternehmungen in *Finnland* 562,7 Millionen finnländische Mark, das sind 20,6% der staatlichen Gesamteinnahmen überhaupt. Der Wert des Vermögens und der Unternehmungen des Staates wird von Järvinen auf 11561,5 Millionen finnländische Mark geschätzt. Damit würde also die Verzinsung 4,87% betragen. Der finnländische Staat besitzt vor allem ausgedehnte Staatswäldungen. Sie umfassen 14,1 Millionen Hektar. In Siuro, Keväniemi und Vitsiluoto existieren staatliche Sägewerke. In Vitsiluoto wird zurzeit auch eine staatliche Zellulosefabrik erbaut. Der Staat besitzt die Aktienmehrheit in 2 sehr großen Holzveredlungsfabriken, nämlich in der Enso-Gutzeit-Aktiengesellschaft und in der

Aktiengesellschaft Tornator. Unter den Staatsgütern ist vor allem der Großgrundbesitz Jokioinen erwähnenswert. Ferner befindet sich der Staat im Besitz der Aktienmehrheit der Eisenindustrie-gesellschaft Ferraria und der kleinen Eisenbahngesellschaft Jokioinen-Forssa. Auf dem Gebiet des Verkehrswesens sind Post und Telegraphie verstaatlicht. Ferner befinden sich über 90% aller Eisenbahnen im staatlichen Besitz. Sie umfassen ein Netz von zirka 5000 Kilometer und stellen einen Kapitalwert von 5306 Millionen finnländische Mark dar. In Hanko, Koivisto und Sortanlahti befinden sich Staatshäfen. Finnland besitzt eine Werft, eine Pulverfabrik, eine Patronenfabrik und eine Flugzeugfabrik. Bei Imatra ist jetzt das einzige Kraftwerk des Staates fertiggestellt worden, das einen Kapitalwert von 390 Millionen finnländische Mark besitzt. Im Herbst 1928 ist die Kupfermine Outokumpu, die sich seit 1925 im Staatsbesitz befindet, vollständig ausgebaut worden. Der Staat besitzt darüber hinaus eine Reihe von Schwefel- und Superphosphatfabriken, die bis Ende 1927 Kapitalanlagen in Höhe von 70 Millionen finnländische Mark erfordert haben. Von geringerer Bedeutung ist die von der Gefängnisverwaltung gegründete Maragarinefabrik. Einfuhr, Bereitung und Vertrieb alkoholischer Getränke sind Staatsmonopol. In *Schweden* betragen im Fiskaljahr 1927-1928 die Einnahmen aus Staatsvermögen und staatlichen Unternehmungen 139,9 Millionen Kronen, das sind 20,35% der staatlichen Gesamteinnahmen überhaupt. Die in den öffentlichen Unternehmungen investierten Kapitalien erreichten im Jahr 1927 eine Höhe von 2247,71 Millionen Kronen, und die Verzinsung betrug demnach 4,90%. Die Staatswäldungen umfassen 9,4 Millionen Hektar. Die Einkünfte aus den Domänen, die einen Kapitalwert von 423,65 Millionen Kronen repräsentieren, werden für 1928-1929 mit 11 Millionen Kronen veranschlagt. Neben Post und Telegraphie sind auch die auswärtigen und innerstädtischen Telephonlinien Staatsbetriebe. Von dem insgesamt 16 271 Kilometer umfassenden Eisenbahnnetz befinden sich 6240 Kilometer, das heißt 38,3%, im Staatsbesitz (investierte Kapitalien 1075,12 Millionen Kronen). Unter den mit der Staatsverwaltung direkt verbundenen Betrieben ist in Schweden nur die Reproduktionsanstalt des Staates erwähnenswert. Eine hervorragende Stellung besitzt der schwedische Staat in der Kraftwirtschaft des

Landes. Die schon seit 1910 in Betrieb befindlichen Kraftwerke von Trollhättan, Älvkarleby, Motala, Västerås, Porjus und andere stellten am 30. Juni 1927 einen Kapitalwert von 257,59 Millionen Kronen dar. Die Kraftwerke liefern auch den Strom für die Staatseisenbahnen. Im Bergbau ist der Staat nur als Aktionär der Luossavaara-Kiirunavaara-Gesellschaft beteiligt. Als solcher erhielt er 1928-1929 14,5 Millionen Kronen Dividende. Schweden hat ferner ein staatliches Tabaksmonopol, dessen Erträge aber fortdauernd sinken.

Viel geringer ist die Bedeutung der staatlichen Unternehmertätigkeit in Dänemark. Järvinen gibt die Einnahmen aus Staatsvermögen und staatlichen Unternehmungen im Fiskaljahr 1927-1928 für Dänemark auf 32,3 Millionen Kronen an, das sind 8,5% der staatlichen Gesamteinnahme. Järvinen errechnet bei 588,75 Millionen Kronen investierter Kapitalien eine Verzinsung von 3,78%. Die staatlichen Domänen stellen einen Kapitalwert von 46,17 Millionen Kronen dar, die Post einen solchen von 14,43 Millionen, Telegraph und Telephon von 31,97 Millionen. Am 31. März 1927 besaß der Staat 2444 Kilometer Staatseisenbahnen, das sind 47,7% des ganzen Eisenbahnnetzes (5125 Kilometer). Die Staatseisenbahnen investierten einen Kapitalwert von 437,5 Millionen Kronen. In Häfen hat der Staat 38,4 Millionen Kronen angelegt. Dänemark besitzt ferner eine staatliche Marinewerft (4,29 Millionen Kapital), einen Flughafen in Kastrup (3,23), eine Pulverfabrik (1,01), eine Tuchfabrik (1,94) und eine Pfandleihanstalt (1,79 Millionen Kronen Kapital). Ferner sind noch die Münze mit 2,29 und die Baggermaschinen mit 2,16 Millionen Kronen Kapital zu erwähnen. Andere Staatsunternehmungen stellen einen Kapitalwert von 3,51 Millionen Kronen dar.

Noch geringern Umfang hat die staatliche Unternehmertätigkeit in Norwegen. Die Einnahmen aus Staatsvermögen und staatlichen Unternehmungen betragen in Norwegen 1927-1928 16,3 Millionen Kronen, das heißt nur 4,42% der Gesamteinnahme. Weder in Budgetvorlagen noch in der offiziellen Statistik befinden sich Angaben über die Höhe des Anlagekapitals in den öffentlichen Unternehmungen, so daß auch keine Angaben über die Rentabilität gemacht werden können. Die Staatswäldungen umfassen in Norwegen ein Areal von 1 Million Hektar. Gemeinsam mit den Forsten werden 4 Sägemühlen verwaltet.

Post, Telegraph und Telephon sind Staatsmonopol. Das Staatseisenbahnnetz hatte am 30. Juni 1926 eine Gesamtlänge von 3603 Kilometer, das sind 89,6% des gesamten Eisenbahnnetzes überhaupt (3235 Kilometer). Der Kapitalwert der Staatsbahnen wird mit 679,4 Millionen Kronen angegeben. In Kongsberg besitzt der Staat eine Waffenfabrik und eine Holzstofffabrik, in Renfoss eine Munitionsfabrik und die Hauptwerft der Marine. Der Staat besitzt ferner eine Reihe von Kraftwerken, die auch den Strom für die Staatsbahnen erzeugen. Eine mit moderner technischer Ausrüstung versehene Silbergrube besitzt der Staat in Kongsberg; die Jahresproduktion betrug im Zeitraum 1921 bis 1926 9673,8 Kilogramm.

Italien: Staatsbahnen Von dem etwa 21 000 Kilometer umfassenden Eisenbahnnetz Italiens werden

heute 16 538 Kilometer vom Staat verwaltet. Die wirtschaftliche Ausnutzung des Bahnnetzes bietet infolge der geographischen Struktur des Landes besondere Schwierigkeiten. Immerhin ist erreicht, daß sich die Staatsbahn heute wieder in der gleichen Lage wie in den letzten 5 Vorkriegsjahren befindet. Vorher wie nachher hatte sie immer mit Defizit gearbeitet. Die Bilanz der Staatsbahn ist seit 3 Jahren wieder aktiv. Der Überschuß der letzten 3 Jahre belief sich auf 378, auf 156 und auf 110 Millionen Lire. Das Kapital, das in der italienischen Staatsbahn investiert ist, wird auf 38 Milliarden Lire berechnet. Im letzten Etatsjahr sind 5840 Kilometer, also $\frac{1}{3}$ des gesamten Staatsbahnnetzes, Zuschußstrecken gewesen: Sie erbrachten weniger als die Durchschnittsausgaben, die pro Kilometer 100 000 Lire betragen. Wenn die Verzinsung auch noch außerordentlich gering ist, so kann doch nicht verkannt werden, daß die Lage der Bahnen sich im Lauf der Nachkriegszeit gebessert hat. Besonders im letzten Jahr hat man sich durch rücksichtslose Ausgabendrosselung bemüht die Einnahmeausfälle der Stabilisierungskrise auszugleichen. Beispielsweise beschäftigt die Staatsbahn heute 166 294 Personen, gegen 240 915 Personen im Jahr 1921. Auf den Kilometer entfallen also 9,81 Personen. Trotz der beträchtlichen Erhöhung des Verkehrs haben die Staatsbahnen also heute weniger Personal als vor dem Krieg. Zum Vergleich sei darauf hingewiesen, daß die Deutsche Reichsbahngesellschaft zurzeit 13 Beamte pro Kilometer beschäftigt.

Rumänien Das Eigenvermögen des rumänischen Staates belief sich vor dem Krieg auf 2320 Millionen Goldlei. Dieses Vermögen brachte im Jahr 1913-1914 einen Reingewinn von 124 Millionen Goldlei, was einer Verzinsung von 5,4% gleichkommt. Den bedeutendsten Reingewinn brachten damals die Regie der Staatsmonopole (55,1 Millionen) und die Eisenbahnen (36,6 Millionen). Mit Ausnahme der Bäder, Farmen und landwirtschaftlichen Stationen wurden alle Staatsunternehmen gewinnbringend verwaltet. Im Gefolge des Krieges ist das staatliche Eigentum erheblich angewachsen. Unter anderem hat sich das Eisenbahnnetz verdreifacht und der staatliche Waldbesitz verdoppelt. Nach den neuesten Zahlen des Handelsministeriums wird das Eigentum des Staates folgendermaßen geschätzt: Eisenbahnen 2139 Millionen Goldlei, Post, Telegraph und Telephon 110, Seehäfen 77,4, Donauhäfen 56, Docks in Galatz und Braila 17, Flußschiffahrt 12,2, Seeschiffahrt 5,4, Bäder 23,5, staatliche Monopolregie 66,9, Wälder 1315, Fischereien 176,5, Bergwerke und staatliche Industriebetriebe 40, Terrains, Farmen usw. 500 Millionen. Gegenüber einem Staatsvermögen von 2320 Millionen Goldlei in der Vorkriegszeit kommen wir also heute zu einem Betrag von 4539 Millionen Goldlei. Die Rentabilität der Staatsunternehmungen ist aber heute, wenn wir das Jahr 1927 zum Beispiel nehmen, viel niedriger als vor dem Krieg. Allein die Eisenbahnen hatten ein Defizit von 2174 Millionen Papierlei, während sich der Gesamtgewinn aller anderen Staatsunternehmungen auf kaum 5475 Millionen Papierlei, das sind kaum 92 Millionen Goldlei, belief. Die Verzinsung beträgt also etwa 1,5%. Diesem Zustand will nun die Regierung mit Hilfe eines neuen Kommerzialisierungsgesetzes ein Ende machen. Durch stärkere Betonung des privatwirtschaftlichen Charakters jener Unternehmen hofft man ihre Rentabilität zu bessern.

Kurze Chronik Am 10. Oktober 1927 erließ die preußische Regierung eine Notverordnung über einen erweiterten Staatsvorbehalt zur Aufsuchung und Gewinnung von *Erdöl*. Sie war durch die Tatsache veranlaßt, daß im Herbst 1927 im südlichen Teil der Provinz Brandenburg ganz erhebliche Funde von Steinkohle und Erdöl gemacht worden waren. Nach geophysikalischen Messungen war eine Tiefboh-

rung ausgeführt worden, die bei 337 Me-
ter unter dem Deckgebirge ein Anthra-
zitlager erschloß; außerdem trat aus
dem Bohrloch Erdöl heraus. Die Verord-
nung sah ausdrücklich eine angemessene
Entschädigung aller derjenigen vor, de-
nen aus der Durchführung des Staats-
vorbehalts ein Rechtsverlust erwachsen
sollte. Am 14. Dezember 1927 beschloß
der Staatsrat den Staatsgerichtshof zur
Entscheidung darüber anzurufen, ob bei
dem Erlaß der Notverordnung die ver-
fassungsrechtlichen Grundlagen gewahrt
seien. Am 23. März gab der Staatsge-
richtshof dem Einspruch statt und er-
klärte die Verordnung für unzulässig.
Wenn er auch anerkannte, daß ein Not-
stand vorlag, so glaubte er doch die Dring-
lichkeit nicht voll bejahen zu können. Er
meinte, daß eine befristete Regelung aus-
reichend gewesen wäre. Daraufhin er-
ließ die Regierung eine bis zum 30. Sep-
tember 1929 befristete Notverordnung.
Damit wird dann die Verordnung recht-
lich und tatsächlich in Kraft treten kön-
nen. ◊ Die *Elektrizitätsversorgung Hol-
lands* soll nach einem Gesetzesvorschlag
durch einen besondern Elektrizitätsrat
vereinheitlicht werden. ◊ Das britische
Board of Trade hat eine besondere Kom-
mission eingesetzt, die die Aufgabe hat
die Möglichkeiten der *Gasfernversor-
gung für England* zu untersuchen.

Literatur Der Reichsverband der Deut-
schen Industrie veröffent-
lichte eine Denkschrift über
die *Exportförderung*, die die Systeme
der Exportförderung in den wichtigsten
Ländern eingehend behandelt und die
Unzulänglichkeit der Organisation der
amtlichen Exportförderung in Deutsch-
land nachweist. Dem selben Thema ist
eine Schrift des Industrie- und Handels-
tags gewidmet: *Ausfuhrförderung, Bei-
träge zur Frage der Hilfsmittel für den
Außenhandel*, bearbeitet von Hellmuth
Klein /Berlin, Carl Heymann/. Sie be-
handelt alle Maßnahmen zur Förderung
der Ausfuhr, insbesondere den wirt-
schaftlichen Auslandsnachrichtendienst,
die Auskunftsstellen und Archive im In-
land, ferner die Fragen der Werbung in
Form der Missionen und Konsulate, Aus-
landshandelskammern, Reise- und Ver-
kehrsbureaus usw. Hoffentlich wird die
Veröffentlichung dieser Schriften weitere
Kreise für den Exportförderungsgedan-
ken einnehmen und zu dem Erfolg füh-
ren, daß das System der amtlichen Ex-
portförderung in Deutschland straffer
durchgebildet wird.

Sozialistische Bewegung / Valtin Hartig

Saenger † Am 18. Februar starb in München ganz plötzlich Alwin Saenger, noch nicht 48 Jahre alt. Dieser Norddeutsche von Geburt war eine der besten Kräfte der Sozialdemokratie Bayerns. Schon als Student kam er in enge Beziehung mit Georg von Vollmar, und diese Beziehung, auf engster Gesinnungs- und Anschauungsgemeinschaft beruhend, hielt das ganze Leben an. Im Jahr 1910 ließ er sich in München als Rechtsanwalt nieder. Seine Hauptarbeit galt dem Sozialismus. In der Partei betätigte er sich zunächst besonders in der Bildungsarbeit. Nach dem Novemberumsturz kam er in das Justizministerium Bayerns; später, unter der Koalitionsregierung Hoffmann, wurde er Staatssekretär im Kultusministerium. Im Landtag, dem er bis 1924 angehörte, wandte er sich besonders gegen die politische Justiz, die nirgends schlimmer wütete als in Bayern. Seit 1924 gehörte er auch dem Reichstag als Mitglied an. In den schwierigen Verhandlungen, die der Bildung der Reichsregierung nach den letzten Reichstagswahlen vorausgingen, wurde, für den Fall, daß das Justizministerium mit einem Sozialdemokraten besetzt werden sollte, auch Alwin Saenger als Reichsjustizminister in Aussicht genommen. Man hätte eine bessere Wahl nicht treffen können. Der unerwartete Tod Saengers hat nun diese Hoffnung auch für später zunichte gemacht. Wie schwer dieser Verlust von allen empfunden wird, die sein Wirken aus der Nähe kannten, zeigen die vor 2 Monaten hier in den Sozialistischen Monatsheften veröffentlichten Artikel Johannes Timms und Wolfgang Heines über den Toten.

Braun (Adolf) † In der Nacht vom 12. zum 13. Mai verschied in Berlin nach einer längern schweren Krankheit Adolf Braun, einer aus der Generation, die ihre Jugend und entscheidende geistige Entwicklung noch im Heroenzeitalter der Sozialdemokratischen Partei durchlebt hatte. Braun hat sich, als stiller und unermüdlicher Arbeiter nie im Vordergrund stehend und, obgleich Journalist, so doch ohne Interesse am Persönlichen, als Schriftsteller und Wissenschaftler um die deutsche Arbeiterbewegung hochverdient gemacht. Er war von außerordentlicher, nicht häufig anzutreffender Arbeitsfähigkeit. Er betätigte sie aber während des größten Teils

seines Lebens nicht in irgendeinem Amt sondern in literarischem und arbeiterpädagogischem Wirken. Erst in den letzten Jahren war er auch Parlamentarier. Seit dem 1. April 1920 hatte ihn die Partei als Sekretär in den Parteivorstand berufen, und der Kieler Parteitag wählte ihn zum Beisitzer des Parteivorstands. Adolf Braun stammt aus Österreich, aus einer reichen Unternehmerfamilie, deren Kinder sich alle der sozialistischen Bewegung zuwendeten. Er wurde am 20. März 1862 geboren, lernte schon als Gymnasiast in Wien die sozialistische Ideenwelt kennen, begeisterte sich für sie. Er kam unter den Einfluß Victor Adlers, dem er auch bis an sein Lebensende treu blieb, dessen Freund er wurde, mit dem er dann auch in verwandtschaftliche Beziehung kam, da seine Schwester Emma die Gattin Adlers wurde. Er studierte in Wien und Basel Nationalökonomie, nahm 1888 an dem Hainfelder Einigungsparteitag teil, der die Gründung der Sozialdemokratie Österreichs brachte. Er redigierte das österreichische Parteiorgan, die Wiener Gleichheit, die später zur Arbeiterzeitung wurde. Sodann ging er nach Deutschland, arbeitete an der Münchener Post, redigierte Anfang der neunziger Jahre die Sächsische Arbeiterzeitung in Dresden, wurde von da nach Berlin an den Vorwärts berufen, wo er Jahre hindurch unter Wilhelm Liebknecht als politischer Redakteur arbeitete, bis er, der Österreicher, aus Preußen ausgewiesen wurde. Er wirkte dann in Nürnberg, zunächst kurze Zeit als Arbeitersekretär, hierauf viele Jahre hindurch als Chefredakteur der Fränkischen Tagespost. Der Novemberumsturz des Jahres 1918 beseitigte auch sein Österreichtum, das seiner vollen Eingliederung in das politische Leben Deutschlands eben immer im Weg gestanden hatte. Er wurde Reichsdeutscher, als solcher in die Nationalversammlung gewählt und später in den Reichstag, dessen Mitglied er bis 1928 blieb. Bei aller seiner publizistischen Tagesarbeit hat Adolf Braun doch noch die Kraft gefunden eine Reihe wichtiger sozialpolitischer Schriften herauszubringen: so Die Arbeiterschutzgesetzgebung des Deutschen Reiches, Statistik der Hausindustrie, Berliner Wohnungsverhältnisse und andere. Ganz besonders wichtig ist, daß er die Bedeutung der Gewerkschaften erkannt und stets hervorgehoben hat, ja daß er als Wissenschaftler wesentlich in der Gewerkschaftsbewegung gearbeitet und sie so geistig

gefördert hat. Sein Werk *Die Gewerkschaften, ihre Entwicklung und Kämpfe* /Nürnberg, Fränkische Verlagsanstalt/ gehört zu den Standardwerken über das Gewerkschaftswesen.

Den Sozialistischen Monatsheften stand Adolf Braun bewußt fremd gegenüber. Es lag dies hauptsächlich daran, daß er sich als Parteimann, den Lehren Adlers folgend, auch eine geistige Beschränkung auferlegen zu sollen glaubte. Wie sehr er darin das Wesen des geistigen Werdens, das eigentlich lebensschaffende Element im Sozialismus verkannte, braucht hier nicht dargelegt zu werden. Durch diese Selbstbeschränkung hat er sich von der unmittelbaren Befruchtung des politischen Neuschaffens, die von den Sozialistischen Monatsheften ausging, selber ausgeschlossen. Und doch wirkte er eben durch seinen engen Zusammenhang mit der Gewerkschaftsbewegung in die gleiche Richtung wie diese Zeitschrift, wenn auch nicht in einer Reihe mit ihr. Adolf Braun war darauf bedacht, daß die Akademiker und Intellektuellen in der Partei nicht Sonderwege gingen; er sah die Möglichkeit eines Standessektierertums, die nie bestand. Aber diese Befürchtung bewirkte es, daß er schon Ende 1894 bei der Gründung des Sozialistischen Akademikers sich von vornherein gegen diese neue Sache wandte, so daß der Vorwärts gegen sie Stellung nahm, obwohl sein Chefredakteur Wilhelm Liebknecht ein Freund der neuen Zeitschrift war, an ihr gelegentlich auch mitarbeitete und in einer der von ihr veranstalteten großen Studentenversammlungen einen Vortrag hielt. Adolf Braun blieb in der Abwehrstellung. Um so höher ist es ihm anzurechnen, daß er im 2. Jahr der Zeitschrift, als persönliche Strebungen ihre ganze Existenz bedrohten, sich plötzlich ganz mit der Leitung der Zeitschrift solidarisierte, im Vorwärts entschlossen Partei für sie ergriff und so zu einem großen Teil dazu beitrug, daß die Gefahr gründlich und für alle Zeit beseitigt wurde. Und dies tat er nur aus dem Gefühl für Gerechtigkeit und Anständigkeit heraus. Er setzte sich moralisch für die gute Sache ein, der er geistig nach wie vor ein Gegner zu sein glaubte. Nichts kennzeichnet mehr die sittliche Triebkraft seines ganzen Handelns als diese Episode seiner Tätigkeit. Sie wurde damals in der breiten Öffentlichkeit kaum beachtet. Aber die Sozialistischen Monatshefte werden diese seine Haltung gerade darum im Gedächtnis behalten und den Dienst ihm danken.

Internationale Anfang Februar fanden in London im Haus der Transportarbeiter 2 internationale Tagungen statt; zuerst, und zwar am 8. und 9. Februar, die Vierländerkonferenz, und anschließend, vom 10. bis zum 12., die Sitzung der Exekutive der Internationale.

Die *Vierländerkonferenz* war im Anschluß an den Brüsseler Kongreß der Internationale von den Franzosen angeregt worden. Sie glaubten, daß ein Meinungsaustausch der Sozialisten der beteiligten Länder ihnen erleichtern würde ihre Regierungen und ihre öffentlichen Meinungen im Sinn einer friedlichen Annäherung zu beeinflussen. An der Konferenz nahmen Deutschland, Frankreich, England und Belgien teil. MacDonald präsierte. Man behandelte das Problem der Reparation und der Räumung der Rheinlande, war sich darüber einig, daß eine militärische Besetzung weder eine Garantie für Bezahlung noch für Sicherheit sei, und daß man jeden Gedanken einer Besatzungsverlängerung über die festgesetzten Fristen hinaus weit von sich weisen müsse. Die Konferenz schloß mit einer Resolution, die die volle Einstimmigkeit der Teilnehmer feststellt und auf die früheren Resolutionen der Sozialistischen Internationale über die behandelten Fragen hinweist. Auf der Tagung der *Exekutive*, die an Stelle Arthur Hendersons von Willem Hubert Vliegen geleitet wurde, legte der Sekretär zunächst die Abrechnung vor. Man beschloß, daß der Sekretär jährlich als Propagandamittel ein Jahrbuch über die Tätigkeit der Internationale bis zum 1. Januar herausbringen solle. J. W. Albarda /Holland/ war als Berichterstatter der Abrüstungskommission des Brüsseler Kongresses beauftragt vor der Exekutive die Abrüstungsfrage zu behandeln. Er lenkte die Aufmerksamkeit auf die beiden Punkte: Wie kann auf die Massen im Sinn einer Abrüstung eingewirkt, und wie kann auf die Regierungen ein Druck ausgeübt werden, damit sie in der nächsten Abrüstungskommission des Völkerbunds für die Abrüstung eintreten? Er schlägt dazu eine Adresse an den Völkerbund und ein Manifest an die Arbeiterklasse vor. Die Adresse müßte von allen Organisationen, an die sich das Manifest richtet, unterstützt und in der Presse wie vor den Parlamenten diskutiert werden. Die Anregung Albardas wurde aufgegriffen, die Adresse »des Friedenswillens der Völker« angenommen, und ein Aktionsprogramm für

die Abrüstung beschlossen. Auf Antrag Joseph van Roosbroecks wurde die Woche vom 28. Juli bis zum 4. August für die Manifestationen des Friedenswillens festgelegt. Die Adresse sollte dem Völkerbund durch eine Deputation der Internationale überbracht werden. Die Tagung nahm noch Resolutionen zur Frage der Minderheiten (Bericht Otto Bauers) und der politischen Gefangenen (Bericht Artur Crispiens) an und billigte die Resolution der Vierländerkonferenz. Schließlich wurde das Bureau der Internationale neu gewählt; Arthur Henderson hat brieflich unter dem Hinweis darauf, daß er den Vorsitz bereits 10 Jahre führe, einen andern zu wählen, ließ sich aber schließlich doch bestimmen die Wahl von neuem anzunehmen. Friedrich Adler wurde als Sekretär, Joseph van Roosbroeck als Kassierer wiedergewählt. In der Sitzung des Vorstands des Internationalen Gewerkschaftsbundes vom 21. bis zum 23. März in Amsterdam schloß man sich der Aktion der Zweiten Internationale insofern an, als der Internationale Gewerkschaftsbund ein Protestschreiben an den Völkerbund gegen eine Hinauszögerung der Abrüstungskonferenz zu schicken beschloß. Dem Völkerbund sind auf Grund des Beschlusses der Exekutive; den Friedenswillen der Völker zu dokumentieren, Tausende von Kundgebungen für die Abrüstung zugegangen. Die Exekutive schickte eine Abordnung, bestehend aus Pierre Renaudel /Frankreich/, J. W. Albarda /Holland/, Otto Wels /Deutschland/ und Louis de Brouckère /Belgien/, die am 15. April von dem Präsidenten der 6. Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission beim Völkerbund empfangen wurde.

Auch die *Jugendinternationale* will sich nun kräftig regen. Vom 12. bis zum 14. Juli findet in Wien das 2. Internationale Sozialistische Jugendtreffen statt. Bis jetzt sind bereits über 35 000 Teilnehmer aus den europäischen Ländern gemeldet, darunter allein 8000 aus Deutschland. Nach diesem Treffen wird vom 16. bis zum 18. Juli der 3. Internationale Sozialistische Jugendkongreß abgehalten. Die Tagesordnung umfaßt Referate von Otto Bauer /Wien/ (Die Weltlage des Sozialismus), Richard Lindström /Stockholm/ (Der Kampf gegen den Militarismus), Anton Kimt /Wien/ (Die Ausgestaltung des Jugendschutzes), Ernst Paul /Prag/ und Felix Kanitz /Wien/ (Vereinheitlichung der sozialistischen Jugendarbeit) und den Geschäftsbericht des Bureaus, erstattet von Erich Ollenhauer.

Deutschland Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei, der dieses Jahr am 10. März in Magdeburg eröffnet werden sollte, wurde auf den 26. Mai verschoben. Die offizielle Begründung lautete Hochwassergefahr. Inzwischen ist die Hochflut der Diskussionen über das Wehrprogramm, den wichtigsten Tagesordnungspunkt des Parteitags, abgeebbt, neue Argumente hat sie nicht mitgeführt. Das Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie ist für 1928 erschienen, ein achtunggebietender Band von 400 Seiten über die Betätigung und den Stand der Partei. Es enthält den Bericht der Reichstags- und der Länderfraktionen und gibt damit einen Einblick in alle politischen Probleme, die Deutschland im letzten Jahr bewegten, sowie den Bericht des Parteivorstands. In einem besondern Abschnitt werden in speziellen Abhandlungen ausgezeichnete Analysen der Wahlergebnisse, der Wirtschaftslage, der Landwirtschaft und Darstellungen so umfassender aktueller Probleme wie Einheitsstaat, Wirtschaftsdemokratie, Kommunalpolitik gegeben. Dieses Kapitel schließt mit einer komprimierten Zusammenstellung der für den Parteifunktionär wichtigsten Zahlen aus den Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts. Zu bemängeln ist dabei das Fehlen jeglicher Zahlen über die Reichs- und Länderfinanzen. Das Jahrbuch bringt ferner noch gedrängte Überblicke über die verwandten Organisationen und Unternehmungen. Dieses Buch mit seiner imponierenden Fülle von Material studieren heißt einen umfassenden Überblick über die politische, wirtschaftliche und kulturelle Lage in Deutschland vom sozialistischen Gesichtspunkt aus und eine eingehende Kenntnis über den Stand der gesamten sozialistischen Bewegung (Gewerkschaften, Genossenschaften, Arbeiterbildung, Sport usw.) gewinnen. **Besondere Beachtung** erfordert hier der Bericht des Parteivorstands, die Darstellung des organisatorischen Gefüges der Partei und ihrer Einrichtungen. Es ist ein mächtiger, umfangreicher Organismus, dieser Parteikörper, auf dessen Stärke, Gliederung, Zusammenhalt und organisatorisches Funktionieren Mitglieder und Vertrauensleute stolz sein, auf den alle anderen Parteien mit Neid blicken können. Neben den Gewerkschaften erscheint die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als eine der größten und innerlich festestgefügteten Massenorganisationen der Neuzeit. Sie zählte am 31. Dezember 1928 insgesamt

937381 Mitglieder, darunter 198771 weibliche, in 8916 Ortsvereinen der 33 Bezirke. Die Gesamteinnahmen beliefen sich auf 10 353 387,84 Mark, der Grundstock der Einnahmen (6 853 833,09) wird durch die wöchentlichen Mitgliedsbeiträge (20 Pfennig für Männer, 10 für Frauen) aufgebracht, durch Sammlungen gingen 838391 Mark ein. Pfennigweise laufen diese ungeheuren Summen ein; welch guter Apparat, der sie zu Millionenbeträgen zusammenleitet und genauestens verrechnet! Weit überwiegt hier, wie übrigens auch in den Gewerkschaften, die ehrenamtliche Tätigkeit. Der gesamte Parteikörper ist ein glänzendes Zeugnis der organisatorischen Gaben des deutschen Arbeiters. In diesen Kassenzahlen liegt die Unabhängigkeit der Partei von irgendwelchen außenstehenden Geldgebern begründet, die in anderen Parteien Deutschlands eine so unheilvolle korrumpierende Rolle spielen. Vor aller Welt legt der Parteivorstand die Abrechnung ab. Wo kann, wo tut das noch derart eingehend eine andere Partei? Für Wahlen wurden 1928 ausgegeben 2569612,75 Mark, die Bezirke verbrauchten für Agitation 2 279 172, für Verwaltung 2 315 907 Mark. Der Bericht des Parteivorstands gibt weiterhin Aufschluß über eine Reihe von Organisationen und Institutionen: Arbeiterwohlfahrt, Jugend, Jungsozialisten, Bildungswesen, Kinderfreunde, Kommunalpolitische Zentralstelle, Dietzverlag, Bücherkreis usw. Besonders beachtenswert erscheint die starke Ausbildungstätigkeit der Arbeiterwohlfahrt. Die Sozialistische Arbeiterjugend hat zwar einen Mitgliederzuwachs von 5000, ihre Gesamtzahl von 54 000 ist aber nicht gerade sehr befriedigend. Allerdings muß zu ihrer Würdigung die Tatsache herangezogen werden, daß die Gewerkschaften, Sport- und andere Organisationen eigene Jugendgruppen unterhalten, ohne die die Parteijugend größere Zahlen aufzuweisen hätte. Umfangreich ist die Bildungsarbeit. Bei dem Studium des Berichts drängt sich der Gedanke auf, daß die Gesamtpartei, mit ihrer unvermeidlich und unablässig in den Mitgliederversammlungen und Zahlabenden der rund 9000 Ortsvereine vor sich gehenden Aufklärung über alle Fragen des öffentlichen Lebens, eine der größten Volksbildungsorganisationen des deutschen Landes überhaupt ist. Hierzu kommen noch die spezifischen Bildungsbestrebungen der zur Partei gehörenden Organisationen, wie Kinderfreunde, Arbeiterwohlfahrt usw. Der Reichsausschuß

für Sozialistische Bildungsarbeit beim Parteivorstand stützt sich in seiner Tätigkeit auf 34 Bezirks- (muß wohl 33 heißen, entsprechend den Parteibezirken?) und 945 Ortsbildungsausschüsse sowie auf eine Anzahl Kulturkartelle (die Zusammenfassung der lokalen Bildungsausschüsse von Gewerkschaften, Sport-, Gesangs- usw. -organisationen). Seine wichtigste Aufgabe besteht in der Schulung der Vertrauensleute in Ferien- und Wanderkursen, die in allen Bezirken stattfanden. 2 Wanderlehrer sind dafür angestellt; zu ihnen tritt aber noch eine Reihe anderer Kräfte. Zum Bereich des Reichsausschusses gehört die Veranstaltung von Ferien- und Studienreisen, an denen fast 1000 Personen teilnahmen. Für das Büchereiwesen wurde eine Zentralstelle zur Beratung und einheitlichen Zusammenfassung der Arbeiterbibliotheken geschaffen, die einen Leitfadern für Arbeiterbüchereien herausbrachte. Besondere Erwähnung verdient, daß zu Tinz eine neue sozialistische Heimvolkshochschule hinzutrat, die die Partei beschückt, und zwar Harrisleefelde bei Flensburg. Ihre Kurse dauern 5 Monate. Im Februar erschien die erste Nummer der Sozialdemokratischen Parteikorrespondenz, die der Parteivorstand neu herausbringt, nachdem die seit 1906 erscheinende 1922 der Inflation zum Opfer gefallen war. Sie soll zugleich auch die Parlamentarischen Blätter der Reichstagsfraktion und die Preußenpolitik der preußischen Landtagsfraktion ersetzen. Die Aufgabe dieser regelmäßigen Veröffentlichung soll, wie die Einführung sagt, für die Agitation eine »Materialquelle« sein, »ein Sammelwerk, in welchem die wichtigsten Vorgänge im staatlichen Leben in den Parteien und Organisationen registriert werden«. Die Neuerscheinung bringt keine Abhandlungen sondern nur »exakte Tatsachen«, ergänzt durch kleine Bemerkungen. Außerdem gibt sie einen Überblick über die Tätigkeit der Parlamente, was der frühern Parteikorrespondenz fehlte. Die Partei hat in Trier das Geburtshaus Karl Marx' angekauft. Sobald die Wohnungen darin geräumt sind, will der Parteivorstand das Haus zu einem Marxmuseum ausgestalten und es möglichst in den Zustand versetzen, den es zur Jugendzeit Marxens hatte.

Österreich Nachdem am 10. Oktober 1928 der pompös angekündigte Heimwehraufmarsch in Wiener Neustadt, eine Provokation

der Arbeiterklasse in diesem Industrieviertel, unter dem riesigen und schützenden Aufgebot staatlicher Machtmittel (sogar Artillerie und Minenwerfer hatten des Befehls zum Eingreifen) und infolge der Disziplin der Sozialisten ruhig verlaufen war, wagten die Heimwehren am 24. Februar 1929 eine ähnliche Demonstration in Wien selbst, dem roten Herz Österreichs und der Hochburg des Marxismus. Die Sozialisten mußten es geschehen lassen, erreichten nur, daß die "Hahnenschwänzler" nicht am Parteihaus der Sozialdemokratie vorbeimarschierten. Dafür veranstaltete in diesem Teil der Stadt der Schutzbund, aufs beste diszipliniert, einen eigenen Aufmarsch. Die Heimwehr demonstrierte unter dem Schutz der Polizei, so wurde die politische Atmosphäre zwar noch mehr geladen, aber es kam nur zu rednerischen Explosionen wie »Schluß mit dem Friedensgewinsel, es gibt keine Zusammenarbeit mit den Marxisten!« (siehe den Bericht der Arbeiterzeitung vom 25. Februar 1929). Trotz solchen Worten Steidles, des Führers der Heimwehren, die die Sympathie des frühern Bundeskanzlers Seipel haben, schien im Dezember eine Entgiftung und Entspannung durch die Abmachung zwischen den beiden feindlichen Lagern, Sozialisten und Bürgerblock, in der Mieten- und Wohnungsbaufrage begonnen zu haben. Die Sozialdemokratie hatte bereits einigemal zur innern Abrüstung aufgefordert, allerdings ohne bei dem christlichen Kanzler zu einem praktischen Ergebnis, trotz einer von diesem einberufenen Abrüstungskonferenz, zu kommen. Dagegen widerfuhr ihr am 14. Februar ein starker Affront. Das Parteihaus wurde einen ganzen Tag lang nach Waffen durchsucht, und ein paar Gewehre wurden beschlagnahmt. Vorwand gab dazu die Auflösung des Verbands des Arbeiterjagd- und -schützenvereins, der seinen Sitz und seine Waffenhandlung im Parteihaus hat. Am 2. März wurde dafür ein Landesverband der Wiener Arbeiterjagd- und -schützenvereine gegründet. Das kennzeichnet die Schärfe der Gegensätze in dem kleinen Österreich, aus denen vor allem Karl Renner herauszukommen sucht. Da wurden am 3. April Anhänger wie Gegner durch den Rücktritt des Bundeskanzlers überrascht. Seipel begründete seine Amtsniederlegung damit, daß die inneren Spannungen, trotz den Fortschritten, die Österreich auf allen Gebieten gemacht habe, ein hohes Maß erreicht und sogar Haß geschaffen habe, der sich auf sei-

nen Stand und die Kirche ausdehne. Dadurch könnten die Möglichkeiten zum innern Frieden und zur Kräftigung des Staats nicht ausgenutzt werden. Also ging Seipel. Er mag zu seinem alle überraschenden Entschluß auch dadurch bestimmt worden sein, daß die Austritte aus der Kirche während seiner Kanzlerschaft einige Hunderttausende betrogen, und daß gegen die Verquickung von Kirche und kapitalfreundlicher Politik sich die Bewegung der religiösen Sozialisten erhob. Die dadurch vollzogene Wendung in Österreich wird hier von Karl Renner in einem besondern Artikel behandelt (in diesem Band Seite 375 und folgende). Die Folgen, die sich aus ihr für die Arbeit und die Taktik der Sozialdemokratischen Partei ergeben, wird man aufmerksam zu betrachten und gewissenhaft zu werten haben; denn, was da in Österreich vor sich geht, ist von prinzipieller Bedeutung für die ganze kontinental-europäische Arbeiterbewegung.

In diese Zeit fielen am 14. April die Gemeindewahlen in Oberösterreich, die, ebenso wie die in Vorarlberg am 3. Februar, den Sozialisten Stimmenzuwachs brachten. In der Gemeinderatswahl am 21. April in Graz erhielten die Sozialisten sogar die Hälfte der Sitze.

Frankreich Am 2. Februar trat der Nationalrat der Sozialistischen Partei Frankreichs in Paris zusammen. Er sollte sich mit der Reorganisation der Partei befassen, ein Statut beraten. Das führte er jedoch nicht durch; dafür soll am 2. Juni ein Parteitag in Nancy stattfinden. Es wurde die Wahltaktik für die Gemeindewahlen festgelegt, und einhellig die Resolution angenommen, daß die Partei im 1. Wahlgang überall eigene Kandidaten aufstellen und jedes Zusammengehen mit den sogenannten Kommunisten ablehnen solle, deren Taktik: überall Kandidaten aufzustellen, als Verrat am Proletariat und der Republik zu betrachten sei, daß sie es aber auch ablehne mit dem Bürgertum gegen die Kommunisten eine Einheitsfront zu bilden; für den 2. Wahlgang wurde die Taktik den Bezirksorganisationen überlassen. Das Ergebnis der Wahlen, die am 5. und 12. Mai vorgenommen wurden, ist dies, daß die linken Parteien im großen und ganzen ihrem Besitzstand gehalten haben, und man kann, wenn man von der unsinnigen Geflogenheit absieht Poincaré der Reaktion zuzurechnen, feststellen, daß reaktionäre Tendenzen in Frankreich keine

Aussicht auf Erfolg haben. Nur das Elsaß scheint eine Ausnahme zu bilden. Aber auch dies nur deshalb, weil die Kommunistische Partei dort in ihrem sinnlosen Haß gegen die Sozialistische Partei sich mit den klerikalen Autonomisten verband und dadurch die Sozialisten, deren produktive Tätigkeit in der Gemeindeverwaltung (siehe die Rundschau Kommunalsozialismus, in diesem Band Seite 240 und folgende) auch von ihnen nicht bestritten werden kann, in Straßburg und Colmar aus der Verwaltung herausdrängte, um jetzt vor einer Aufgabe zu stehen, der sie im Positiven kaum gewachsen sein dürfte. Diese Haltung der elsässischen Bolschewisten, die in Deutschland ganz falsche Vorstellungen von der Stärke des Autonomismus erweckt und daher unheilvolle außenpolitische Wirkungen auszuüben vermag, muß als ein Verrat an der Sache der Arbeiterklasse gekennzeichnet werden. Die Zentrale der Kommunistischen Partei Frankreichs scheint das auch zu empfinden, wenn sie es auch noch nicht wagt die Konsequenzen zu ziehen. Trotz dieser Taktik der Bolschewisten konnte die Straßburger Freie Presse am 13. Mai mit Genugtuung berichten: »Die Sozialistische Partei geht neu gestärkt aus dem schweren Kampf hervor; sie erobert 7 Sitze.« Die eigentliche Arbeit wird nun in den Kommunalverwaltungen selber beginnen, und sie wird sicher zur Folge haben, daß bei den nächsten Wahlen die wahre Sachlage im Elsaß, jetzt durch jenes Bündnis gefälscht, sich auch in der parteipolitischen Struktur der Gemeindevertretungen zeigen wird.

Auf der oben erwähnten Tagung des Nationalrats kam es zu einer lebhaften Auseinandersetzung über die Haltung des Populaire, der bei der Kandidatur des Rechtsanwalts Torrès, die vom Vorstand der Bezirksorganisation nicht gebilligt worden war, zur Stimmenthaltung geraten hatte. Der rechte Flügel unter Renaudel opponierte gegen die Empfehlung im 2. Wahlgang für den Kommunisten Marty (der gewählt wurde) zu stimmen. Es wurde eine stärkere Unterstützung und Beachtung der Sozialistischen Jugend gefordert und für ihre Organisation ein Statut angenommen. Organisatorisch schreitet die Partei, von der 1920 auf dem Parteitag in Tours $\frac{1}{6}$ zu den Kommunisten übergetreten waren und die 1908 von Jaurès begründete Humanité mitgenommen hatten, voran. Dafür wurde von dem Rest der Partei der zunächst 14tägig erscheinende Populaire

herausgebracht, der seit 1927 als Tageszeitung erscheint. Die Partei hat heute wieder etwas über 100 000 Mitglieder in rund 3500 Ortsgruppen. Im März gelang es ihr auf dem Montmartre in Paris ein eigenes Haus zu erwerben. Dort schlägt die Partei ihren Sitz auf; außerdem sind darin Redaktion und Verlag des Populaire untergebracht, der zurzeit über 20 000 Abonnenten zählt und ausgedehnt im Straßenhandel gekauft wird.

Bei der Wahl im vorigen Jahr unterlag Léon Blum. Durch den Tod Pelissiers wurde das Mandat für Narbonne frei. Pierre Moutet, von der Narbonner Bezirksorganisation aufgestellt, lehnte die Kandidatur ab und schlug Léon Blum vor. Gegen diesen mobilisierten die zum rechten Flügel der Sozialradikalen gehörenden Brüder Sarraut, von denen Albert Sarraut Innenminister im Kabinett Poincaré war, und die die große Provinzzeitung, die Dépêche de Toulouse, besitzen. Der Einfluß der Sarrauts bewirkte es, daß Blum ein Advokat Gourgon entgegengestellt wurde, der ehemals sogar Royalist gewesen war und gegen den "gefährlichen" Sozialisten auch zum Kandidaten des bürgerlichen Blocks wurde. Dennoch siegte Blum am 14. April, und zwar bereits im 1. Wahlgang, wenn auch mit sehr knapper Mehrheit. Damit hat die französische Kammer einen führenden Kopf, die sozialistische Fraktion eine ihrer stärksten Kräfte wiedergewonnen. Erwähnenswert ist, zumal in der französischen Kammer die Wiederzulassung religiöser Orden in Frankreich eine Rolle spielt, daß man in französischen sozialistischen Kreisen die Frage der Stellung des Sozialisten zur Kirche zu diskutieren beginnt; eine Parallele zur Religionsdiskussion in Deutschland und Österreich.

England Am 30. Mai finden in England Neuwahlen statt. Das öffentliche Leben dort wird natürlich bereits von dieser Aussicht beherrscht, und alles, was die 3 Parteien tun, dient der Vorbereitung für diesen entscheidenden Tag. Die große Frage ist, ob die Labour Party die Mehrheit bekommt und damit in stärkerer Position als 1924 die Regierung übernimmt. Nach dem englischen Wahlrechtssystem der relativen Mehrheit des Einmannwahlkreises ist diese Möglichkeit nicht ausgeschlossen. Die starke Aktivität Lloyd Georges läßt jedoch in letzter Zeit die Aussichten der Arbeiterpartei auf eine Mehrheit geringer erscheinen. Ihre

Führer bemühen sich dem Wähler seine panische Angst vor "bolschewistischen" Maßnahmen einer eventuell kommenden Arbeiterregierung zu nehmen. Der so verhängnisvolle Sinowjewbrief vor der letzten Wahl wurde kürzlich übrigens zweifelsfrei als eine Fälschung nachgewiesen. Die Vertreter der Labour Party benutzen die Möglichkeit, die ihnen große bürgerliche Zeitungen bieten, ihre Meinungen, eventuelle Maßnahmen, Programme darzulegen. James Ramsay MacDonald legte zum Beispiel im Sunday-Graphic das Programm einer künftigen Arbeiterregierung dar: außenpolitisch Verständigung, Schiedsgericht zur Erledigung internationaler Konflikte; innenpolitisch Rationalisierung des Bergbaus, Behebung der Arbeitslosigkeit. Der alte Gewerkschafter Stephen Walsh, Kriegsminister im Kabinett MacDonalds, setzte auseinander, daß die Regierung der Arbeiterpartei nach der Wahl auf keinen Fall die Wehrfähigkeit Englands gefährden und keine großen Streichungen im Wehrbudget vornehmen könne. Solcherlei Bemühungen kluger Politiker wurden durch den wie üblich jährlich zu Ostern stattfindenden Parteitag der Independent Labour Party, der diesmal in Carlisle abgehalten wurde, beeinträchtigt. Die Independent Labour Party ist für die Politik der Gesamtpartei so etwas wie ein enfant terrible. Sie schreibt sich die Aufgabe zu die Gesamtpartei und Bewegung mit sozialistischen, mit marxistischen Gedanken zu durchsetzen. Der Parteitag in Carlisle läßt es aber als notwendig erscheinen, daß ihre Delegierten zunächst selbst Blick für die Gegenwart und Erkenntnis über deren Möglichkeiten gewinnen müßten. Ihre überraschenden Beschlüsse lassen sich nur aus der scheinradikalen, vulgärmarxistischen Propaganda der letzten Jahre erklären. In England macht die Bewegung einen Zustand durch, den wir in Deutschland fast schon überwunden haben, und der sich eigentlich nur noch in Sachsen hält. Man hat in Carlisle den Beschluß angenommen jede Wehrausgabe abzulehnen, auch wenn man in der Regierung sei; und dies, obwohl der Parteivorsitzende John Maxton davor entschieden warnte. Schließlich schien man aber doch zu greifen, was die Durchführung eines solchen Beschlusses zur Folge hätte, und überwies ihn den Abgeordneten sozusagen als Material. Dem Ansehen der Partei kann diese Tagung und dieses Verhalten gewiß nicht dienen. Nun gehören der Independent Labour Party $\frac{2}{3}$ aller

Abgeordneten der Labour Party an. Wie schon öfter werden sie sich aber an die Parteitagsbeschlüsse nicht gebunden halten, und desto bedeutender erscheint die Führerpersönlichkeit MacDonalds. Ein Beschluß richtet sich direkt gegen ihn, nämlich jener, der verlangt, daß, entgegen der bisherigen Übung, die Kabinettsmitglieder fortan nicht mehr vom Chef der Regierung sondern von der Partei bestellt werden sollen.

Südslowenien Am 6. Januar erfolgte gegen die zentralistische Verfassung und gegen das Parlament der Staatsstreich des Königs (siehe die Rundschau Nationale Bewegung, in diesem Band Seite 244). Die Skupschtina wurde aufgelöst. An der Spitze der neuen Regierung steht der General Pera Siwkowitsch, der Anführer der Offiziere, die den König Alexander Obrenowitsch und die Königin Draga Maschin ermordeten. Die neue Militärdiktatur schritt zur Auflösung aller Parteien. Am 24. Januar wurde auch die Sozialistische Partei verboten. In den einzelnen Teilen, die heute den Staat Südslowenien bilden, gab es bereits in der Vorkriegszeit sozialistische Parteien; die serbische besaß in Belgrad ein eigenes Heim, in dem ihre Zeitung herauskam, ihre Abgeordneten wendeten sich im Parlament gegen die nationalistische Kriegshetze, die übrigen standen in enger Fühlung und unter dem Einfluß der deutschösterreichischen Partei. Nach dem Krieg wurden diese Organisationen von der bolschewistischen Welle erfaßt, die die gesamte Bewegung natürlich schwer schädigte. Auch schon vor dem Staatsstreich war die Kommunistische Partei verboten, am 11. Januar wurde ihre Deckorganisation, die Unabhängige Sozialistische Partei, aufgehoben. Seit 1927 hat sich die Sozialistische Partei aus den Trümmern der durch bolschewistisches Treiben zerstörten Bewegung erhoben. In Belgrad erscheint ein Parteiwochenblatt; in Marburg, in dessen Gemeinderat die Sozialisten stark vertreten sind, ein Blatt in deutscher und eins in slowenischer Sprache. Eine Stütze für die Bewegung des noch spärlichen Industrieproletariats bilden die 7 nach österreichischem Muster errichteten Arbeiterkammern. Das Zentralsekretariat der Arbeitskammer in Belgrad wird von Giwko Topalowitsch verwaltet, der dafür sein Amt im Internationalen Arbeitsamt aufgab, wo er die Gewerkschaftliche Sektion geleitet hatte.

Kurze Chronik Die Sprachenfrage ist für Belgien eins der schwierigsten Probleme. Der Gegensatz Wallonen-Flamen bringt einen Riß in jede Partei. Auch in der Sozialistischen Partei bestehen darüber Differenzen. Bemerkenswert ist deshalb eine Kundgebung, die eine Anzahl sozialistischer Abgeordneten unter der Führung Jules Destrées und Camille Huysmans im *Peuple* vom 16. März 1929 erließ (siehe auch die Rundschau Nationale Bewegung, in diesem Band Seite 440). Sie schlägt eine für die Erhaltung des belgischen Staats notwendige Verständigung zwischen den beiden Stämmen auf der Grundlage vor, daß jeder Separatismus und jede Propaganda für einen Anschluß des wallonischen Teils an Frankreich oder des flämischen an Holland scharf zu verurteilen sei, daß die Zweisprachigkeit der amtlichen Verwaltung nur dort zuzulassen sei, wo die Bevölkerungszusammensetzung es absolut erfordere; sonst solle jede Provinz, jede Gemeinde die Amtssprache frei wählen. ◊ Der Beratung des französischen Gesetzes gegen den Separatismus ging eine 3wöchige Kammerdebatte voraus, in der Poincaré eine mehrtägige Rede über die französische Politik im *Elsas* und die elsässische Wirtschaft hielt, und die Genossen Sascha Grumbach und Jacques Peirotes sich ebenso scharf wie sachlich gegen den Autonomismus und seine klerikal-bolschewistischen Truppen aussprachen. ◊ Der Parteitag zu Nijmegen im Februar hatte die Aufgabe das Programm der Sozialdemokratie *Hollands* für die nächsten Kammerwahlen festzulegen. Der Entwurf des Parteivorstands wurde angenommen. Es wurde darin ausgesprochen, daß je nach dem Ausgang der Wahlen die Partei zu einer Koalitionsregierung bereit sei, vorausgesetzt, daß sie die Gewähr habe dadurch die demokratische Entwicklung des Landes fördern zu können. Die Frage, ob diese Sicherheit vorliege, solle vor der Kabinettsbildung im Einvernehmen mit den Gewerkschaften durch einen außerordentlichen Parteitag entschieden werden. Der linke Flügel wendete sich unter van der Goes dagegen, Vliegen verteidigte die Vorstandsvorlage. Im Jahr zuvor hatte sich der Parteivorstand bereits genötigt gesehen die Opposition, die sich um das Organ *De Socialist* schart, wegen ihrer Haltung zu den sogenannten Kommunisten zur Ordnung zu rufen. Der Parteitag stellte sich mit überwiegender Mehrheit hinter den Parteivorstand.

Literatur

Es ist gut einen Blick in die Vergangenheit zu werfen. Dann wird man die Haltung der Arbeiterklasse gegen den alten Staat begreifen, deren Verfolgung durch das Sozialistengesetz nicht mit nationalen sondern nur mit religiösen Verfolgungen verglichen werden kann. Der Kieler Soziologe *Ferdinand Tönnies* schildert in seiner Schrift *Der Kampf um das Sozialistengesetz 1878* (Berlin, Julius Springer) schlicht und sachlich und in einer Weise, aus der man die Sympathie für die Verfolgten jederzeit heraushört, wie es zum Sozialistengesetz kam, und den parlamentarischen Kampf darum. Er gibt seiner Darstellung die Einteilung eines Strafprozesses, in dem die Minister, die Konservativen und die Nationalliberalen als Ankläger auftreten, die Angeklagten sich äußern, und Zentrum und Fortschrittspartei als Verteidiger fungieren, freilich als solche, die bei den Verlängerungen des Gesetzes nicht konsequent bleiben. Besonders sei auf die sachlichen Angaben und Zahlen hingewiesen, die Tönnies zur Schilderung der Krise in den siebziger Jahren gibt. Eine kleine Verwechslung scheint dem Autor unterlaufen zu sein, wenn er Vahlteich als den »roten Postmeister« bezeichnet; damit meint man sonst Motteler. ◊ In seinem Roman *Lassalle* (Leipzig, Paul List) hat Arno Schirokauer die Absicht eine Geschichte des Lebens *Lassalles* zu geben. Wer ernsthaft Lassalle kennen lernen will, lese außer seinen Werken die Darstellungen, die Eduard Bernstein, Konrad Haenisch, Gustav Mayer, Hermann Oncken gegeben haben. Wer aber eine phantasiebeschwingte, effektiv spannend geschriebene Erzählung genießen will, greife zu Schirokauers Buch. Der Autor will an Lassalle »die Macht der Illusion und die Illusion der Macht« darstellen. Das gelingt ihm gut. Allerdings muß er dafür Lassalle zu einem Mann machen, der bei allem nur sich und immer nur sich sah. Also eine Auffassung, die das weltgeschichtlich Objektive, das sich in einer Persönlichkeit auswirkt, nicht sehen kann. Wohl gelingt es Schirokauer immer wieder für seinen Helden Sympathie zu erwecken und durch die Tragik dieses Lebens zu erschüttern. Aber wie weit ist er von jener Gestaltung entfernt, die etwa André Maurois' *Disraelibuch* (siehe die Rundschau Geschichte, in diesem Band Seite 256 und folgende) bestimmt, und die eines Gegenstands wie Lassalle würdig wäre.

Nationale Bewegung / Günter Keiser

Minderheitenrecht Der im September 1928 in Genf abgehaltene Kongreß der europäischen Minderheiten hatte die mangelhafte Wahrung der vom Völkerbund als der »ersten Verkörperung einer obersten internationalen Autorität« übernommenen Verpflichtungen gegenüber den Minderheiten festgestellt und auf die Gefahren hingewiesen, die aus einer Erschütterung des Vertrauens zum Völkerbund bei den 30 bis 40 Millionen Seelen umfassenden Minderheiten erwachsen müssen. Es folgte bei der Dezembertagung des Rats in Lugano der schwere Zusammenstoß zwischen Stresemann und Zaleski, dem bereits Vorstöße des holländischen Außenministers und des Vertreters Canadas, Dandurand, vorangegangen waren. Das Ergebnis war, daß auf der Märztagung 1929 des Völkerbundsrats die Fragen der Neuprüfung des Verfahrens der Minderheitenpetitionen und der Garantie des Völkerbunds für die Bestimmungen zum Schutz der Minderheiten zur Debatte standen. Vorbelastet war diese Debatte durch die Bemühungen Polens auf dem Weg über die Forderung einer Generalisierung der vom Völkerbund garantierten Minderheitenschutzverträge, wie sie vom Völkerbund selbst 1922 dringend empfohlen und inzwischen von Estland, Österreich und Deutschland durchgeführt wurden, die Unterstützung vor allem Frankreichs und Italiens für eine Unterbindung jeder einschneidenden Diskussion zu gewinnen. Dazu kam die schwere Mißstimmung, die die Verhaftung des deutschen Führers Ulitz in Mittel- und Osteuropa hervorgerufen hatte. Angesichts dieser Vorbelastung überraschte der ruhige Verlauf der Verhandlung. Stresemann legte die Absichten dar, die den Völkerbundsgarantien für die Minderheitenschutzbestimmungen der Verträge von 1919 und 1920 zugrunde liegen, und wies die Unrichtigkeit der Theorie nach, daß das Minderheitenrecht nur ein Übergangsregime sei, das die Assimilation der nicht staatsnationalen Elemente erleichtern solle. Er forderte, daß der Völkerbund für die Wahrung seiner Schutzpflichten neue, wirksamere Mittel finden müsse als die Erledigung von Petitionen. Chamberlain und Briand verteidigten demgegenüber die Praxis des Völkerbunds, durch den Hinweis, daß der Völkerbund verpflichtet sei den Respekt vor der staatlichen Souveränität über jede andere Erwägung zu stellen, und daß das Dilemma zwischen internationalem Minderheiten-

schutz und nationaler Souveränität ein schwer zu lösendes Problem darstelle. Das Kompromißergebnis der Debatte war die Einsetzung einer Kommission von 3 Mitgliedern, der sämtliche Völkerbundstaaten sowie private Organisationen ihr Material einreichen können, und die dann der Junitagung ihre Ergebnisse zur Beschlußfassung vorlegen wird. Diese Kommission hat jetzt in London ihre Beratungen begonnen. Vorher schon, am 12. April, hatte die deutsche Regierung dem Völkerbund eine Denkschrift vorgelegt, die sie dann am 19. Mai auch in der Presse veröffentlichte. Sie regt in ihr unter anderm die Einsetzung eines besondern Ständigen Komitees für die Minderheitenfragen beim Völkerbund an, ähnlich wie solche bei ihm für Wirtschafts-, Verkehrsfragen usw. bestehen.

Man hat in der europäischen Öffentlichkeit jene Märzdebatte wesentlich unter den Gesichtspunkten der Macht- und Prestigepolitik gewertet und die mehr oder weniger geschickte Vertretung der jeweiligen nationalen Interessen in diesen Fragen gewürdigt. Das vom europäischen Standort aus wichtige und bedeutungsvolle Ergebnis ist, daß die Fragen des Minderheitenrechts und -schutzes überhaupt in Bewegung gebracht sind. Daß diese Bewegung nicht stillstehen wird, dafür werden die Kräfte der Zeit sorgen, und das ist ein ungeheurer Wert für Europa; denn in der Tat ist es so, wie Dandurand sagte, daß die Minderheitenverträge die Einführung neuer politischer Methoden und moralischer Werte in die Welt darstellen, die die Ehre des 20. Jahrhunderts bilden. Die nationale Bewegung der Minderheiten bedeutet die Sprengung jedes engen Nationalismus; von allen Internationalen ist die Internationale der Minderheiten die lebendigste. Das Minderheitenrecht ist der Rammbock gegenüber dem starren Souveränitätsbegriff, gegenüber dem zentralistischen Nationalstaat, gegenüber dem völkischen Eroberungsstreben, kurz, gerade gegenüber den Kräften, die die Zukunft Europas verdunkeln.

Polen und Deutschland In Oppeln wurde ein polnisches Operngastspiel durch Stinkbomben gestört, und die polnischen Künstler wurden auf dem Bahnhof von nationalsozialistischen Burschen zum Teil schwer mißhandelt. Die nationale Disziplin versagte, die polizeiliche Organisation versagte. Und wenn auch durch die radikalen Strafen, die der preußische Innenminister über die verantwortlichen Polizeistellen verhängte,

wie durch die Haltung der Presse das Abrücken der Regierung und öffentlichen Meinung von diesem Streich unzweideutig feststeht, ein Gefühl der Scham bleibt. Deutschland hat auf diese Weise einen Teil seines Vorsprungs in der Frage der oberschlesischen Minderheiten eingebüßt; es hat wichtige Vorposten seines kulturellen Wirkungsbereichs verloren. Denn eine ganze Weile wird vermutlich deutschen Künstlern das Auftreten in Polen unmöglich sein, werden deutsche Stücke vom Spielplan verdrängt werden; ein angesichts der bisher sehr starken Stellung der deutschen Kultur im Osten sehr wesentlicher und schmerzlicher Verlust.

Freilich ist es nun wieder das zweifelhafte Verdienst des polnischen Nationalismus den Oppelner Zwischenfall in grober Weise zur antideutschen Agitation ausgeschlachtet zu haben. Ein Teil der polnischen Presse berichtete über den Fall im Stil von Kriegsberichten, die Studenten veranstalteten vor der Deutschen Botschaft in Warschau eine große Demonstration, von den Kattowitzer Kinos wird die Verdrängung der deutschen Textübersetzungen gefordert, zum Warenboycott wird aufgefordert usw.

An dieser krank- und krampfhaft überspannten Situation wird wieder einmal unzweideutig klar, daß im Raum Europas der Nationalismus ein Giftstoff, das entscheidende Hemmnis jeder menschwürdigen Ordnung und darum im besondern auch des Zusammenschlusses der europäischen Länder zu gemeinsamer wirtschaftlicher Arbeit ist.

Arabien Mit Politik und Gewalt hat Ibn Saud jetzt endlich die Unruhen gebändigt, die Arabien an allen Ecken durchzuckten, und die ihre letzte Ursache darin haben, daß für den Geist religiösen Eroberertums, mit dessen Hilfe Ibn Saud sein Reich schuf, jetzt kein Auslaufsraum mehr besteht. Ibn Saud hat sich zunächst von der großen von ihm berufenen Reichsversammlung in Ridschad die seit einiger Zeit konsequent befolgte Friedenspolitik gegen die Randstaaten britischer Protektion bestätigen lassen. Er erklärte dann, darauf gestützt, die Führer der aufsässigen Grenzstämme für abgesetzt, rüstete den Winter über und schlug sie jetzt entscheidend: ein weiterer Schritt zur Festigung dieses ebenso religiös und dynastisch wie national gefügten Reiches. Ibn Saud tat klug daran Reibungen mit England aus dem Weg zu gehen. Denn die britische Orientpolitik steht, namentlich auf dieser Länderbrücke, wieder im

Zeichen höchster Aktivität. Nachdem es dem Irak das Militär-, Finanz- und Gerichtsabkommen aufgezwungen hat, unterbaut England jetzt auch formell die Beziehungen zu dem von ihm eingerichteten Transjordanien. Seit einem Jahr hängt der Staatsvertrag mit diesem Land in der Luft, weil man sich angesichts der nationalen Bewegung, die so plötzlich erwachte, nicht getraute die Wahlen zu dem im Vertrag vorgesehenen Parlament vorzunehmen; denn dieses sollte nur dann zu Recht bestehen, wenn es den Vertrag, der dem englischen Residenten bis ins Detail gehende Aufsichtsrechte über alle auswärtigen, militärischen und finanziellen Fragen einräumte, anstandslos anerkannte. Jetzt endlich brachten Scheinwahlen ein regierungstreues Parlament. Die Antwort der Nationalpartei besteht in einem Zusammengehen mit dem Syrisch-Palästinensischen Komitee. Auch ein Appell an Genf ist geplant. Es hat also die Fremdherrschaft in einem Landstrich, der nie ein "Staat" war, in dem man nie "Nation" kannte, der zu 90 % von in tausendfältiger Stammesfehde zerspaltenen Nomaden bevölkert ist, fast über Nacht alle Elemente nationaler Bewegung und Gegenbewegung wachgerufen.

Indien Es ist, als ob Indien der abreisenden Simonkommission noch einmal die ganze Fragwürdigkeit seiner gegenwärtigen politisch-sozialen Situation demonstrieren wollte. Während in Bombay, dem Zentrum des indischen Jungkapitalismus, Streiks und erbitterte Kämpfe zwischen streikenden Hindus und streikbrechenden Mohammedanern nicht enden wollen, spitzt sich in Delhi, dem politischen Zentrum, der Kampf zwischen Parlament und Regierung dramatisch zu. Die Regierung brachte ein Gesetz ein, durch das die kommunistische Agitation endgültig unterdrückt werden soll. Bei den sehr vagen Vorstellungen, die in einem un- oder frühkapitalistischen Land von dem Begriff Kommunismus herrschen und von der englischen Herrschaft eher noch weiter ausgelegt werden dürften, und vor allem bei den in den Kolonien völlig fließenden Übergängen zwischen nationaler und sozialer Revolution kann ein solches Gesetz in den Händen einer annähernd autokratischen Regierung ein höchst gefährliches Machtmittel werden. So ist es verständlich, wenn die indischen Nationalisten mit ihrer Zustimmung zögerten und zunächst einmal die loyale Erledigung aller schwebenden Verhaftungen und Prozesse forderten. Sie ließen sich von die-

ser Haltung auch nicht abbringen, als die indischen Extremisten sich durch die Abrennung zweier zunächst als Bomben ausgerufenen Feuerwerkskörper und durch Schüsse in die Luft, die die Ausstreueung von phantastischen Flugblättern begleiteten, von der törichtsten Seite zeigten und einer gewissen englischen Presse willkommenen Anlaß gaben wieder einmal die »politische Unreife« des indischen Volkes zu demonstrieren. Daraufhin erklärte Lord Irvin das Gesetz auch ohne Parlamentsdebatte und -annahme als maßgebend für die Handlungen der Regierung, wobei er sich auf den bekannten Passus der Verfassung von 1919 stützte, daß es der Regierung erlaubt sei bei Widerstand des Parlaments »alle zum Schutz der Regierung und der Verfassung nötigen« Schritte zu tun. Da das Streitobjekt selbst in keiner Weise ein so brüskes Herauskehren des Herr-im-Hause-Standpunkts rechtfertigt, möchte man annehmen, daß der tiefere Sinn dieser Maßnahme in der Absicht zu suchen ist den indischen Nationalisten wieder deutlich zu machen, daß bis jetzt die Selbstverwaltung Indiens noch nicht einmal auf dem Papier existiert, und so etwaigen Zugeständnissen des Simonberichts von vornherein das Air des "großen Fortschritts" zu sichern.

China

Das Ringen um Chinas nationale Einigung, das mit dem Sturz Peking's nicht beendet sondern nur in eine neue Phase getreten ist, vollzieht sich vor allem auf 2 Fronten, die in einer dem Außenstehenden oft rätselhaften Form mit einander verschlungen sind. Die eine, ungemein vielgestaltige Front ist das Ringen der Generale um die größtmögliche regionale Macht oder doch Selbständigkeit: das ewige chinesische Problem; im Augenblick steht dabei im Vordergrund der Kampf Tschiang Kai Scheks gegen den als Kwangsigruppe bekannten Klüngel aus nach urchinesischer Sitte landschaftlich organisierten Generalen und Generälchen. Die andere Front ist der seit dem Ausschluß der "Kommunisten" mit zunehmender Schärfe tobende Kampf zwischen der von Tschiang repräsentierten gemäßigt konservativen Rechten der Partei und der im Augenblick vor allem im Norden starken Linken, die heute als "Partei-schutzbewegung" um den Bestand einer halbwegs demokratischen Partei- und damit Staatsorganisation ringt. Denn das macht die Vorgänge in China so kompliziert, daß sich heute alles äußerlich im Rahmen der "Partei" abspielt, die zu-

gleich "Staat" ist. So ist Tschiang ebenso Vorkämpfer für straffe Parteidisziplin und -einheit wie er Vertreter der staatlichen Machtzentralisation, wie er macht-hungriger General, Diktator ist. Die Generale der eigenwilligen Kwangsigruppe sind nicht nur größtenteils Parteimitglieder sondern bekleiden auch, wenigstens formell, hohe Staatsstellen. Die Grenzen zwischen dem Interessenkreis der Linken und der Kwangsigruppe wieder sind sehr fließend, weil beide heute an der Aufrechterhaltung regionaler Selbstverwaltungskörper, und das heißt im Augenblick insbesondere der provinziellen Kuomintangräte, interessiert sind: die einen, weil sie in ihnen einen Übergang zum alten Tutschunsystem, die anderen, weil sie darin eine Barriere gegen die zentralistische Diktatur, ein letztes Bollwerk der Parteidemokratie sehen.

In allen diesen Spannungen und Verwischungen ist die Partei selbst, die Schöpfung Sun Jat Sens, verloren gegangen. Seit der Nordmarsch, dem Peking zufiel, nicht mehr, wie der frühere, eine allen Widerstand einfach zersetzende Massenbewegung sondern nur eine Aktion für den Augenblick kooperierender Generale war, ist die Partei nur noch eine lose aufsitzende Maske für den alten Generalsstreit. Die Parteimaschine, der Sun Jat Sen in dieser »Periode der Erziehung« die Herrschaft über den Staat zuschrieb, ist in ihrem organischen Funktionieren lahmgelegt, ist von einer Clique in Besitz genommen, ist feudalisiert worden. Die Bewegung ist dabei aus der Partei herausgedrängt worden.

Zur vollen tragischen Klarheit gedieh diese Entwicklung anlässlich des großen 3. Parteitags, der am 15. März eröffnet wurde. Das war in Wirklichkeit kein Parteikongreß mehr, denn Monate vorher hatte bereits Tschiang durch Verbot und Konfiskation vieler radikaler Schriften und Zeitungen, durch Verhaftung verdächtiger Führer, durch Verbot von Versammlungen und Überwachung der Studenten die Linke unterdrückt. Dann hat er durch Wiederaufstellung des alten chinesischen Prinzips, daß nur den "erfahrenen Alten" das Recht zu führender politischer Tätigkeit zukäme, während die Jungen sich mit dem "untergeordneten Dienst" zufriedenzugeben hätten, diejenigen Kräfte, die die Kuomintang erst zu Macht und Größe gebracht haben, auszuschalten gesucht und schließlich die Vertreterwahlen mit den üblichen üblen Mitteln "gemacht". Den Kongreß, der so zustande kam, setzte er sodann sofort unter schwersten Druck, indem er einen

Tag vor der Eröffnung die provinziellen Parteiräte für aufgelöst erklärte und die Generale der Wuhantruppen, die der Kwangsigruppe angehörten, absetzte. Den Todesstoß versetzte er der Partei, als er den Kantoner Delegierten Li Tschai Sum, ein Mitglied des Staatsrats, der zwischen Nanking und der Kwangsigruppe vermitteln wollte, kurzerhand verhaften und, nach freilich nicht einheitlichen Meldungen, erschießen ließ. Daß daraufhin der Kongreß die geforderte Exekution gegen Wuhan guthieß und den Zentralvollzugsausschuß der Partei mit Gefolgsleuten Tschiangs besetzte, ist selbstverständlich. Der Kongreß schloß eilig am 28. März. Am 5. April bereits fiel Wuhan, nachdem vorher das seines Führers beraubte Kanton durch einen Putsch lahmgelegt worden war. Die Kwangsigenerale zogen sich in das Bergland zwischen Wuhan, Nanking und Kanton zurück und versuchten, nachdem die Zentralregierung sich vergeblich bemüht hatte sie auszukaufen, einen Handstreich auf Kanton, der durch den raschen Schutz der Stadt durch Nankinger Regimenter mißglückte. Sicher wird Tschiang nicht ruhen, bis er die ganze Gruppe erledigt, das Machtgebiet der Nankinger Zentralregierung auf das ganze Jangtsebecken und die Südküste ausgedehnt hat.

Auch die Nordküste ist ihm gesichert, seitdem es gelungen ist mit Japan ein vorläufiges Abkommen zu schließen und das freiwerdende Schantung zu besetzen. Damit ist Feng Ju Hsiang nun glücklich völlig abgeriegelt, und es wird verständlich, daß seine Haltung ganz undurchsichtig wird. Er erschien nicht zum Kongreß, er ließ die Parteikomitees seiner Provinzen gegen dessen Beschlüsse protestieren. Dabei versichert er Tschiang seiner Loyalität. Vielleicht liegt die Ursache seines Stillhaltens in den Hungersnöten und Mohammedaneraufständen, die seine Provinzen heimsuchten. Jedenfalls ist er das große Rätsel, von dessen Lösung Chinas Zukunft mit abhängt.

Kurze Chronik Die Universität Kiel erhielt eine Stiftung, durch die ein eigenes Gebäude erworben wurde, das unter dem Namen *Deutsch-Nordische Bursa* auslandsdeutsche und skandinavische Studierende aufnimmt. ◊ In Belgien veröffentlichte die ehemalige sozialistische Minister Jules Destrée und Camille Huysmans zusammen mit mehreren Abgeordneten ein Manifest zur *flämischen Frage*. Die Grundlagen einer Regelung werden in der Wiederherstellung der provinziellen und kommunalen

Autonomie gesehen, die es ermögliche die Zweisprachigkeit mit wenigen Ausnahmen (Brüssel) abzuschaffen und die staatlichen Dienste in Flandern in niederländischer und in Wallonien in französischer Sprache zu vollziehen. ◊ Die *Liga für das Arbeitende Palästina* veranstaltete am 11. Mai in Berlin eine eindrucksvolle öffentliche Kundgebung unter dem Leitwort "Ein sozialistisches Palästina!". Der Vorsitzende Oskar Cohn legte die Verknüpfung des Aufbauwerks der jüdischen Arbeiterschaft in Palästina mit den Zielen der sozialistischen Arbeiterbewegung der ganzen Welt dar. Georg Lubinski, der für die Jugend sprach, betonte die untrennbare Verknüpfung der jüdischen Jugend mit dem neuen Werden in Palästina. Walter Preuß /Tel Awiw/, der Vertreter der organisierten jüdischen Arbeiterklasse Palästinas, schilderte den Stand und die Ergebnisse des Aufbauwerks der jüdischen Arbeiter. Über die Ziele der Liga und der geplanten Weltföderation für das Jüdische Arbeiterwerk referierte Fritz Naphtali. Dann wurden hebräische Chorlieder gesungen, und der Ministerialdirektor Hermann Badt sprach über die allgemeinen Probleme des jüdischen Produktionsaufbaus in Palästina.

Literatur In einer kleinen Schrift, betitelt *Das neue China und seine sozialen Kämpfe* /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes/, trägt C. Malone, der als Mitglied der Labour Party dem Parlament angehört, als Ergebnis einer Studienreise im Jahr 1926 vor allem unbekanntes statistisches Material über Beschäftigungszahlen, Löhne, Lebenshaltung, Arbeitszeit usw. in der jungen chinesischen Fabrikindustrie zusammen, neben Informationen über Kinderarbeit, Streiks, Behandlung der Arbeiter, Unterschiede zwischen chinesischen und ausländischen Betrieben, und besonders über Art und Lage der gewerkschaftlichen Organisation und des Arbeitsrechts. Auch über die agrarischen und die handwerklichen Verhältnisse liest man da manche interessante Bemerkung. Das ganze Buch wirkt wie eine Sammlung von Skizzen und Notizen; daher finden sich auch Widersprüche zwischen den verschiedenen Angaben. Der Verfasser schließt mit konkreten Vorschlägen für Art und Wege der unerläßlichen Zusammenarbeit der europäischen und der chinesischen Arbeiterorganisationen. Besonders wertvoll sind die guten Abbildungen, die dem Buch beigegeben sind.

WISSENSCHAFT

Exakte Naturwissenschaften / Juda Leman

Wien †

In München, wo er das Ordinariat für Physik innehatte, starb am 31. August 1928 Wilhelm Wien, in seinem 65. Lebensjahr. Er hat Grundlegendes in der theoretischen wie auch in der experimentellen Physik geleistet. In der theoretischen waren es das von ihm 1893 gefundene Verschiebungsgesetz und das 1896 aufgestellte Strahlungsgesetz, in der experimentellen waren es seine Arbeiten über die Kanalstrahlen, mit denen er die Physik befruchtete und den Weg zu ihren neuesten Erkenntnissen ebnete. Mit seinem Verschiebungsgesetz fand Wien das erste wichtigste Gesetz über die Energieverteilung im Spektrum eines schwarzen Körpers. Wenn ein fester Körper beim Glühen Strahlungsenergie aussendet, ist es bekanntlich nicht etwa so, daß jeder gleich große Spektralbereich gleich viel Energie emittiert; vielmehr ist die Gesamtenergie verschieden auf die einzelnen Spektralbereiche verteilt. Bekannt ist die zuerst von Langley 1886 gefundene Kurve, die zeigt, wie sich im Sonnenspektrum die Energie auf die einzelnen sichtbaren und unsichtbaren Teile der Sonnenstrahlung verteilt. Mißt man die Intensitäten der einzelnen Spektralbereiche durch, so findet man, daß einer bestimmten Wellenlänge eine maximale Strahlungsenergie zukommt. Wien gelang es nun mit seinem Verschiebungsgesetz die einfache Beziehung anzugeben, die zwischen diesem Wellenbereich maximaler Intensität λ_m und der absoluten Temperatur T des strahlenden Körpers besteht. Die Beziehung lautet einfach: $\lambda_m \cdot T = \text{constans}$. Das heißt also, daß die Wellenlänge des Intensitätsmaximums der absoluten Temperatur umgekehrt proportional ist. Dieses grundlegende Wiensche Verschiebungsgesetz ist dann von Lummer und Pringsheim durch bolometrische Messungen bestätigt worden. Die Tatsache, daß sich mit hohen Temperaturen die Farbe des erhitzten Körpers nach kürzeren Wellenlängen verschiebt, ist ja bekannt; ein Körper glüht zunächst rot, dann gelb und erst bei sehr hohen Temperaturen weiß. Die weiteren Wienschen Untersuchungen führten ihn 1896 zur Aufstellung seines Strahlungsgesetzes, das genau die Beziehungen zwischen der Temperatur des glühenden schwarzen Körpers und der Energieverteilung auf die einzelnen Spektralbereiche angeben sollte. Die Mes-

sungen zeigten aber, daß die von ihm gefundene Formel nur beschränkte Gültigkeit hat, nämlich nur für den ultravioletten Teil der Strahlung, und daß diese Formel genau so wenig wie die Lord Rayleighs, die für den ultraroten Teil des Spektrums gut mit dem experimentellen Befund übereinstimmt, allgemeine Gültigkeit beanspruchen kann. Bekanntlich war es erst Planck, dem es im Jahr 1900 gelang das für alle Teile gültige Strahlungsgesetz zu finden, allerdings erst durch die revolutionäre Einführung der Hypothese von dem elementaren Wirkungsquant. Wiens Untersuchungen der Wärmestrahlungsgesetze ebneten aber erst den Weg zu den neuen Erkenntnissen. Es waren auch diese Arbeiten, für die er im Jahr 1911 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde.

Über Wiens experimentelle Arbeiten, die sich mit der Untersuchung der Kanalstrahlen befaßten, ist in dieser Rundschau (1927 II, Seite 575 und folgende) schon berichtet worden. Wien war es, der zuerst durch seine elektrostatischen und magnetischen Ablenkungsversuche nicht nur zeigen konnte, daß die Kanalstrahlen hauptsächlich positiv geladen sind, sondern auch, daß sich dazwischen negativ geladene und ungeladene Teilchen befinden. Durch seine weiteren schönen Versuche konnte er Aufklärung bringen und auch dartun, daß sich die Kanalstrahlen auf ihrem Weg umladen. In seinen letzten Arbeiten gelang es Wien mit Hilfe von Kanalstrahlen die Abklingungszeit der Atome festzustellen. Wilhelm Wien gehörte nicht nur als Forscher sondern auch als Lehrer zu den Großen. Er war Mitherausgeber der Annalen der Physik. Sein schönes Werk über Kanalstrahlen im Handbuch der Experimentalphysik wurde in dieser Rundschau (1927 I Seite 308) besprochen.

Höhenstrahlung Eine neue Methode für Absorptionsmessungen an Sekundärelektronen, die durch γ -Strahlung ausgelöst werden, ist durch *Walther Bothe* und *Werner Kolhörster* ausgearbeitet worden. Mit Hilfe dieser Methode ist es den genannten Forschern gelungen eine wichtige Entdeckung zu machen, die darauf hinzudeuten scheint, daß die Höhenstrahlung keine γ - sondern eine Korpuskularstrahlung ist. Bei ihren Versuchen benutzten Bothe und Kolhörster Geiger-Müllersche Elektronenzählrohre. Es sei gestattet mit ein paar Worten zuerst auf diesen noch neuen schönen Apparat einzugehen. Ein

dünnen Draht, der mit einer schlechtleitenden Haut überzogen ist, wird axial in einem Metallrohr ausgespannt. Zwischen Draht und Metallrohr wird eine Spannung angelegt, und da der Draht an seiner Oberfläche isoliert ist, kann man die Spannung über das Funkenpotential hinaus steigern. Wird jetzt ein Elektronenstrahl in das Rohr hineingeleitet, so ruft er wegen der großen Spannung, die dort herrscht, einen kräftigen Ionisationsstrom hervor, der aber infolge der Aufladung der Oberflächenhaut sofort wieder abreißt. Durch ein Fadenelektrometer werden dann die einzelnen Stromstöße sichtbar gemacht.

Diesen äußerst empfindsamen Elektronenzähler benutzten nun Bothe und Kolhörster für ihre Versuche, und zwar in folgender Art: Sie stellten 2 solcher Elektronenzählrohre hinter einander. Wenn sich neben dieser Apparatur ein γ -strahler befand, so beobachtete man in den beiden Zählern Stromstöße. Im allgemeinen werden die Stöße in den beiden Zählern von verschiedenen Elektronen ausgelöst und also nicht zur selben Zeit stattfinden. Es können aber auch, wie der Versuch lehrt, Stromstöße vorkommen, die gleichzeitig in beiden Zählern auftreten. Das wird dann geschehen, wenn ein und das selbe Elektron beide Zähler durchsetzt (siehe diese Rundschau, in diesem Band Seite 248; die Mitteilung, daß Kolhörster diese Methode der hintereinandergeschalteten Elektronenzähler zur Richtungbestimmung von Höhenstrahlung benutzte). Wenn man nun zwischen die beiden Zähler eine absorbierende Schicht bringt, so wird selbstverständlich die Anzahl der Fälle, wo die Stöße gleichzeitig in beiden Zählern auftreten, vermindert werden, und man kann so die Absorption und die Reichweite der Sekundärelektronen bestimmen.

Durch Vorversuche überzeugten sich die Forscher von der Brauchbarkeit ihrer Methode, besonders auch davon, daß die Koinzidenzen nicht unmittelbar durch die γ -Strahlung sondern durch die Sekundärelektronen hervorgerufen werden, und sie gingen nun dazu über Absorptionsmessungen an den Sekundärelektronen vorzunehmen, die durch die Höhenstrahlung hervorgerufen werden. Überraschenderweise zeigten nun aber genaue Messungen, daß die Abnahme der Koinzidenzen gemäß der Absorptionskurve der Höhenstrahlung selbst erfolgte, das heißt, daß man für die vermeintlichen Sekundärelektronen den selben Massen-

absorptionskoeffizienten gefunden hat wie für die ungefilterte Höhenstrahlung. Die Forscher diskutieren nun in ihrer Veröffentlichung dieses merkwürdige Ergebnis und resümieren sich dahin: »Diesem ganzen Befunde glauben wir die Deutung geben zu müssen, daß die Höhenstrahlung, wenigstens soweit sie sich in den bisher beobachteten Erscheinungen äußerst, keine γ -Strahlung sondern eine Korpuskularstrahlung ist.«

Dieses wichtige Ergebnis stellt den ganzen interessanten Fragenkomplex um die Höhenstrahlung auf eine ganz neue Grundlage. Die Verfasser versprechen noch eine ausführliche Arbeit darüber und heben nur noch die interessante Tatsache hervor, daß Elektronen, die aus dem Weltenraum kommend bis zur Erde durchdringen, eine Energie von mindestens 10^9 Volt haben müssen.

Elektronenbeugung Über den grundlegenden Versuch C. J. Davissons und L. H. Germers, die die

Elektronenbeugung bei der Reflexion von Nickelkristallen nachwiesen, ist in dieser Rundschau (1928 II Seite 707) schon berichtet worden. G. P. Thompson und Richard Rupp zeigten Elektronenbeugungen auch beim Durchgang eines Elektronenstrahls durch dünne Metallfolien. Die Beugungsbilder beim durchgehenden Elektronenstrahl waren indessen recht unvollkommen. Jetzt ist es Seeschi Kikuschi in Tokio gelungen besonders schöne Beugungsbilder beim Durchschießen von sehr dünnen Glimmerblättchen mit einem sehr schnellen Elektronenstrahl zu erhalten. Die Kristallstruktur des Glimmers, den Kikuschi benutzte, war von Röntgendiagrammen bekannt, und es ergab sich eine wunderbare Übereinstimmung mit der von der de Broglieschen Theorie verlangten Beziehung zwischen dem Impuls des Elektrons und der dem Elektron zugeordneten Wellenlänge λ , gemäß der Relation $\lambda = \frac{h}{m \cdot v}$, wo

h die Plancksche Konstante bedeutet. Kikuschi arbeitete mit Glimmerblättchen verschiedener Dicke und mit Elektronenstrahlen, sowohl einheitlicher wie uneinheitlicher Geschwindigkeit. Dabei ergab es sich, daß bei sehr dünnen Glimmerblättchen (10–5 Zentimeter) und bei Verwendung eines Elektronenstrahls von einheitlicher Geschwindigkeit ein Beugungsbild entsteht wie an einem Flächengitter. Werden aber dickere Glimmerblättchen (10–4 Zentimeter) und ein Elektronenstrahl von uneinheitlicher Ge-

schwindigkeit verwandt, so bekommt man ein Bild, wie es bei einem Durchgang durch ein Raumgitter zu erwarten ist. In jedem Fall gewinnt man so schöne Bilder, daß man sogar hoffen kann mittels Elektronenstrahlen, wie man es bis jetzt mit Hilfe von Röntgenstrahlen tut, Strukturbestimmungen durchzuführen.

Sonnenkorona Johannes Blunck ist es gelungen die Sonnenkorona auch außerhalb der totalen

Sonnenfinsternis zu photographieren. Das störende zerstreute Himmelslicht, das im allgemeinen das Licht der Korona überdeckt, wollte Blunck dadurch beseitigen, daß er mit Rotfilter und sensibilisierter Platte arbeitete. Da das Streulicht mit wachsender Wellenlänge abnimmt, so hatte nach Blunck die Intensität des Himmelslichts so abgenommen, daß sie nicht mehr die Korona überdeckte. Blunck benutzte außerdem eine Zentralblende, die die Sonnenscheibe verdeckte, und bekam auch koronaähnliche Bilder.

Der Direktor der Göttinger Sternwarte *Hans Kienle* wiederholte die Versuche Bluncks, glaubt aber durch nähere Untersuchung der Photographieen, daß es sich bei diesen Aufnahmen nicht um die Korona handeln kann. Nach Kienle überstrahlt das Streulicht immer die Korona, auch bei Verwendung von Rotfiltern. Denn die Intensität des Streulichts in unmittelbarer Nähe des Sonnenlichts ist viel größer als man sie nach Beziehungen, die für größere Sonnenabstände gelten, berechnen würde. Dieses Streulicht entsteht auch in so hohen Schichten der Atmosphäre, daß der naheliegende Weg: in großer Höhe, wo die Intensität des zerstreuten Himmelslichts kleiner ist, die Aufnahmen zu machen, nicht gangbar ist. So hält es Kienle für ausgeschlossen außerhalb der Sonnenfinsternisse die Korona zu photographieren.

**Gemeinver-
ständliche
Schriften**

Der bekannte Astronom der Universität Münster *Josef Plassmann* ließ ein kleines Büchlein unter dem Titel *Der Sternhimmel* /Bielefeld, Velhagen & Klasing/ erscheinen, das ganz volkstümlich auf 78 Seiten über die Grunderkenntnisse und Begriffe der *Astronomie* unterrichtet. Das Büchlein ist durch 60 schöne Abbildungen, durch eine Karte des nördlichen und des südlichen Sternhimmels, Mondkarte und eine Tafel mit einer Übersicht des in Deutschland gut sichtbaren Teils der Milchstraße besonders reich illustriert. *Simon Newcombs Astro-*

nomie für jedermann, die als eine der besten allgemeinverständlichen Einführungen in die *Astronomie* gelten darf, ist in 5., vollkommen neubearbeiteter Auflage erschienen /Jena, Gustav Fischer/. Die neue Auflage wurde von dem Direktor der Hamburger Sternwarte *Richard Schorr* unter der Mitwirkung *Kasimir Graffs* herausgegeben. *Newcombs Astronomie* ist allgemein bestens bekannt und braucht keine Empfehlung. Es sei nur bemerkt, daß diese Ausgabe sowohl durch die Bereicherung durch vorzügliches neuestes Bildmaterial wie durch Einschaltung vieler Kapitel über die modernen Errungenschaften ganz wesentlich verbessert worden ist.

Totenliste

Der als Sonnenforscher und Meteorologe weitbekannte Direktor des Observatoriums in Kalosza, der Jesuitenpater *Julius Fényi*, ist im Alter von 81 Jahren gestorben. Er hat die Ergebnisse seiner Beobachtungen, die er 32 Jahre hindurch fortführte, in den Publikationen des Haynaldobservatoriums niedergelegt. In Wilna starb im Oktober 1928 der Professor der Geologie *Joseph Lukasiewicz*, im Alter von 65 Jahren. Er hatte die Bombe für das Attentat angefertigt, das *Alexander II* tötete, und wurde zu lebenslänglicher Festungshaft in Schlüsselburg verurteilt. Die Revolution des Jahres 1905 brachte ihm die Freiheit. In Greifswald starb im Februar der Ordinarius für Chemie an der Universität *Theodor Posner*, 58 Jahre alt. Er wurde besonders durch sein Lehrbuch der synthetischen Methoden der organischen Chemie bekannt. Seine Arbeiten galten vornehmlich den Farbstoffen. Weit über die Kreise örtlicher Interessenten hinaus bekannt war der Pförtner des Chemischen Instituts der Universität Berlin, *Franz Zerbst*, der in den ersten Tagen des Februar starb. Er war als Autodidakt zu sehr bedeutenden Kenntnissen in seinem Fach gelangt und hatte es als Hersteller schwieriger chemischer Präparate zu einer großen Meisterschaft gebracht. Seine Produkte genossen im In- und Ausland den Ruf besonderer Reinheit und Zuverlässigkeit.

Kurze Chronik Die diesjährige Sitzung der Kommission für Gemeinschaftsarbeiten auf dem Gebiet der *Metallforschung*, die von der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft eingesetzt worden ist, fand in Göttingen statt. Den Vorsitz führte der Prä-

sident der Notgemeinschaft Friedrich Schmidt-Ott. Es wurde über wichtige Arbeiten, die das Problem der elektrischen und thermischen Leitfähigkeit der Metalle betreffen, berichtet und auf den Zusammenhang zwischen den neuen experimentellen Ergebnissen und den jüngsten theoretischen Betrachtungen hingewiesen, wie sie besonders von Arnold Sommerfeld, der die Wellenmechanik in den Dienst der Elektronenstatik stellte, angeregt wurden. Interessante Referate beschäftigten sich weiter mit Arbeiten, die neue Messungen über optische Konstanten der Metalle und Legierungen betreffen. ◊ Im Spiralnebel M 33, der zwischen dem Nördlichen Dreieck und dem Sternbild der Fische steht, wurde von Baade in Bergedorf auf einer photographischen Platte am 15. Oktober ein Stern entdeckt, der auf allen früheren Aufnahmen fehlt, also als Nova angesehen werden muß. ◊ Die Astronomical Society of the Pacific, die am 7. Februar auf ihr 40jähriges Bestehen zurückblicken konnte, zeichnete 3 Forscher für Entdeckung neuer Kometen mit der Donohoe Comet Medal aus. Den 1. dieser Kometen fand K. Reinmuth auf der Königsstuhlsterne in Heidelberg, den 2. M. Yamasaki auf dem Observatorium in Misusawa in Japan, den 3. A. F. J. Forbes in Capetown in Südafrika. Die Bahnelemente dieses Kometen lassen eine gewisse Ähnlichkeit mit denen des Kometen 1873 VII erkennen. ◊ Durch Zufall ist es Arnold Schwaßmann auf der Hamburgischen Sternwarte gelungen das Spektrum eines Meteors zu photographieren. Das photographische Spektrum war ein reines Gasspektrum ohne kontinuierlichen Hintergrund und ist so der Gashülle zuzuschreiben, die den Meteorkörper umgab. Man fand im Spektrum starke Kalziumlinien und außerdem Banden und Linien, die vom Eisen herrühren. ◊ Das Technologische Institut in Pasadena (Kalifornien) macht bekannt, daß es ein neues Riesenspiegelteleskop bauen wird. Das Teleskop soll einen doppelt so großen Durchmesser haben wie das bis jetzt größte, das auf dem Mount-Wilson-Observatorium aufgestellt ist, besitzt. Also sieht das Projekt ein Teleskop mit einem Durchmesser von 5 Meter vor. Mit der Aufgabe das große Instrument zu bauen soll der Professor Ritchey, der auch das Mount-Wilson-Teleskop erbaut hat, betraut werden. Das Spiegelteleskop soll aus Quarz hergestellt werden, damit die nachteilige Wirkung des Glases bei Temperaturschwankungen vermieden wird.

Anthropogeographie / Adolf Reichwein

China Wenn man das Schrifttum der letzten Jahre, und gerade auch soweit es deutscher Sprache ist, auf dem Gebiet der Geographie und Soziographie und auf den Durchdringungsfeldern beider verfolgte, stellte man fest, daß Gesichtspunkte angewandter Anthropogeographie immer stärker in das breite Feld der darum gelagerten Forschungsgebiete eindringen. In anderen Ländern ist man auf diesen Gebieten vorangegangen, und man hat darin Grundlegendes geleistet. In Deutschland trägt Friedrich Ratzel heute erst die entscheidenden Früchte. Von besonderer Wichtigkeit wird uns jetzt die Kenntnis Ostasiens. Nachdem wir die Fragestellung in Deutschland aufgenommen haben, ist es jetzt an der Zeit, daß wir ein Buch über China bekommen, das zugleich mit breiter Kenntnis und ruhiger Sachlichkeit geschrieben ist. Was wir seither aus der Nachkriegszeit besitzen, ist zu sehr ad hoc entstanden: zum Teil sogar in einer wichtigen historischen Situation einfach hingeworfen. Am ehesten würden wir bei dem geistigen Führer der chinesischen Bewegung selbst, bei Sun Jat Sen, nach einer Durcharbeitung der anthropogeographischen und soziographischen Probleme Chinas suchen. Aber Sun war ein Mensch, der von seiner Idee glühte, er war Träger dieser Idee und Vormann der politischen Bewegung, die sie verkörperte. Er war Anrufer, Aufrufer, Wecker, noch nicht Gestalter. Sein Werk, das 1922, zum Teil, englisch erschien (The International Development of China / London, G. P. Putnam's Sons/) zeigt diesen objektiven Mangel deutlich. Es möchte den künftigen Aufbau Chinas gerade aus den geographischen und anthropologisch faßbaren Grundverhältnissen prognostisch darstellen. Aber die Prognose ist schwach fundiert. Diese englische Ausgabe ist jedoch, dies muß vermerkt werden, die Übersetzung nur des mittlern Teils eines in Schanghai, in der Buchhandlung für Volksaufklärung, veröffentlichten großen chinesischen Werks Suns, dessen Titel deutsch etwa Plan für den Aufbau des Reiches lautet. Die 3 Abschnitte gliedern den Stoff unter den Gesichtspunkten des geistigen, des materiellen und des gesellschaftlichen Aufbaus, so daß nur die Schilderung des künftigen materiellen Aufbaus uns in der englischen Ausgabe gegeben wird. Über das Schicksal der Bewegung, die die revolutionären

Ideen Sun Jat Sens verkörpert, informiert recht gut und knapp des Führers eigene Schrift, die ins Deutsche übertragen unter dem Titel 30 Jahre chinesische Revolution erschien /Berlin, Schlieffenverlag/. Die »3 Prinzipien vom Volk«, die Sun als die Grundlage aller künftigen chinesischen Politik herausgearbeitet hat, sind, oft primitiv zwar, aber immer klar und eindrucksvoll erläutert in dem grundlegenden Werk *The 3 Principles of the People* (übersetzt von Frank W. Price /Schanghai, Institute of Pacific Relations/). Leider erschien in deutscher Sprache bis jetzt nur der 1. Teil: Die Grundlehren vom Volkstum (übersetzt von Tsan Wan /Berlin, Schlieffenverlag/). Es dürfte an dieser Stelle interessieren, daß unter der Leitung des Professors am Orientalischen Seminar in Berlin Wilhelm Schüler kürzlich von der Zentralstelle für das phonographische Unterrichtswesen Otto Sperling in Stuttgart 6 chinesische Schallplatten hergestellt wurden, die, teils in Pekinesisch, teils in Kantonesisch, neben Proben aus chinesischen Klassikern auch Sun Jat Sens Vermächtnis bringen und einiges aus seinen Grundlehren vom Volk. Zu den Platten erschienen gedruckte Texte, die unter anderm auch deutsche Übersetzungen und Erläuterungen der beigegebenen chinesischen Originale enthalten. Dieses Unternehmen ist sehr zu begrüßen. Denn es bringt uns nicht nur den Klang der so überaus charakteristischen chinesischen Sprache nahe sondern diese Sprache zugleich an wichtigsten Dokumenten des chinesischen Geistes objektiviert. Man kann über China in diesem Zusammenhang nicht berichten, ohne der Bemühungen *Karl August Wittfogels* zu gedenken uns das gegenwärtige China aus seinen ökonomischen Bedingtheiten verstehen zu lehren. Wittfogel schreibt nach gründlichen Studien. Seine bolschewistische Orientierung verbaut ihm manchmal die geforderte Einfühlung in seinen Gegenstand. Wer sich regelmäßig mit China beschäftigt, notiert sich das am Rand und läßt sich dadurch nicht behindern Wittfogels Arbeiten, über die hier schon berichtet wurde, als das Beste zu schätzen, was wir im letzten Jahrzehnt an Soziographischem über China bekommen haben. Seine Einleitung zu *Sun Jat Sens Aufzeichnungen eines chinesischen Revolutionärs* /Wien, Agisverlag/ ist nicht nur fesselnd in der Darstellung sondern ebenso bemerkenswert in ihrer Dokumentierung. In dem Buch *Das erwachende China* /Wien, Agisver-

lag/ hat Wittfogel zum erstmalig die chinesische Geschichte unter neuen Gesichtspunkten mit ökonomischen Maßstäben gemessen und damit das Verdienst erworben in die Betrachtung des fernöstlichen Kreises, die lange genug durch einen Schleier kulturromantischer Ideen verfärbt war, einen neuen Zug von Aktualität und lebendiger, widerspruchsvoller, hoffnungsvoller und niederdrückender Wirklichkeit gebracht zu haben.

Aus dem chinesischen Kreis selbst sind in den letzten Jahren 2 Werke zu uns gekommen, die uns mit ihrer Fragestellung hier sehr nahe angehen: die Arbeiten *T'ang Leang Lis*, deren eine auch deutsch erschien (*China in Aufruhr* /Leipzig, G. Weller/). Wir finden dort, vor allem in den ersten Kapiteln (*China im Frieden und China in Ketten*), anregendes Material zu anthropogeographischer Betrachtung. (An dieser Stelle sei auf Richard Wilhelm verwiesen, der in seiner knappen Darstellung Ostasien, Werden und Wandel des chinesischen Kulturkreises /Potsdam, Gustav Kiepenheuer/ es unternimmt die von ihm gesehene, phänomenale Einheit der chinesischen Kultur aus den Elementen natürlicher Raum, seelische Qualität der in und mit ihm verschmelzenden Menschen und geschichtliches Schicksal zu deuten.) *T'ang Leang Lis* neuestes Werk, das vorläufig erst englisch vorliegt (*The Foundations of Modern China* /London, Noel Douglas/) teilt zwar keine geistigen und materiellen Tatsachen mit, die nicht schon aus der europäischen Literatur bekannt wären, aber es gibt sie doch in einer neuen, durch die politische Erziehung der Kuomintangideologie geordneten Strukturierung. Besonders die Kapitel *The Economic Foundation of Chinese Society, The Disintegration of Traditional China, The New Social Order in China* sind wichtig für unsere Fragestellung. Und sehr erfreulich ist die dem Buch beigegebene ausführliche Bibliographie, die vor allem die in englischer Sprache veröffentlichten Werke über China zitiert. In Ergänzung der dort gegebenen Aufführung der Schriften Sun Jat Sens ist außerordentlich wertvoll das von Wilhelm Othmer aufgestellte und mit Erläuterungen versehene Vorläufige Verzeichnis der Schriften Suns, in den Mitteilungen des Seminars für orientalische Sprachen 1925.

Wenn China heute im Begriff ist den ihm von Natur gegebenen Raum mit den Kräften seines Volkstums auszufüllen, so geschieht es nach dem Bewußtsein

jedes denkenden Chinesen im Namen Sun Jat Sens, des Begründers der Kuomintang, von dessen Leben und Ideenwelt zu wissen heute Erfordernis für jede Beurteilung aller chinesischen Dinge ist. T'ang Leang Li nennt ihn den »Volks-tribunen«, den »revolutionären Genius«, den »Schöpfer des Neuen Chinas«.

Mexico Wir besitzen seit vorigem Jahr das Buch *Charles Langlois' L'Amérique précolombienne et la conquête européenne* /Paris, E. de Boccard/, dessen Hauptverdienst es ist die Einzelarbeiten über Ursprung und historische Schichtung der eingewanderten Bevölkerung in den beiden Amerika zu einem Gesamtbild zusammenzufassen. Für das Verständnis des heutigen Mexico sind vor allem jene Kapitel wichtig, in denen die Einwanderung der mexicanischen "Indianer" aus dem nördlichen pazifischen Randgebiet geschildert wird. Langlois geht dabei von der heute wohl nicht bestreitbaren These aus, daß der Hauptstrom der amerikanischen Ureinwanderung aus dem nordöstlichen Zentralasien über die Inselbrücke der Aleuten gekommen ist, ergänzt durch malaiisch bestimmte, südliche Elemente. Zutrauen verdient auch die aus jener Grundthese abgeleitete Meinung, daß die Bewältigung der halbpolaren Inselbrücke nach Alaska nur kleinen Familienverbänden möglich war (Nahrungsspielraum), und man wird daraus weiter folgern dürfen, daß diese Kleinfamilienverbände sich auf ihrem Weg nach Süden allmählich zu Großfamilienverbänden zusammenschloßen, die in dem Einzugsgebiet des Rio Grande, der heute die nördliche Grenze Mexicos bildet, bereits als Stammeswellen ankamen. Diese Stammeswellen drangen dann nach einander in das Kerngebiet Mexicos, das Hochland, ein, siedelten in den von Natur gegebenen verhältnismäßig abgeschlossenen beckenartigen Rundtälern, Binnenpfannen und schmalen, tiefeingeschnittenen Längstälern an den Rändern des Hochlands und bildeten dort zahlreiche Stammeskulturen aus, die erst spät, ganz kurz bevor Cortez erschien, zum Teil in der als spezifisch aztekisch bekannten Kultur des südlichen Hochlands assimiliert wurden. Und auch dann noch blieb der ganze Kreis der Maya, der sich von dem heutigen mexicanischen Staat Yucatan südlich am Golf erstreckte, außerhalb des aztekischen Systems. Diese Dinge seien hier erwähnt, weil damit ein kon-

stituierendes Element in der geistigen Verfassung noch des heutigen Mexicans verständlich wird: nämlich seine glühende Liebe, die er neben der "patria grande" der "patria chica" schenkt, der Stammesheimat, in der er sich verwurzelt fühlt. Aus dieser merkwürdigen Spaltung seiner Gefühlswelt resultieren Erscheinungen, die bis in die aktuellste Politik Mexicos hineinstrahlen: der yucatanische Separatismus, die Unbeugsamkeit der Yaquiindianer, die, als der Arbeiter dieser Rundschau 1927 dort war, $\frac{1}{3}$ aller Bundestruppen fesselten; nicht zuletzt sind in dieser leichten Erregbarkeit der Lokalgefühle alle revolutionären Bewegungen des jüngsten Mexicos bis heute begründet, die immer von einigen Führern getragen werden, die wie Hauptlinge sind, trotz dem klingenden Namen General, und von den Zusammenrottungen in bestimmten Provinzen, die sich, fast möchte man sagen; in einer ewigen Fronde befinden. Das sind die Motive, die den mexicanischen Revolutionen den Stempel der Verwirrung, der wellenhaften Bewegung aufdrücken, einer Bewegung, die bald hier bald da von einem Wind erregt wird. Selbst die letzte Revolution, die gerade ihrem Ende entgegenläuft, ist trotz jahrelanger Vorbereitung und verhältnismäßig sorgfältiger Anlegung, an dieser Zersplitterung ihres Temperaments zusammengebrochen.

Im Jahr 1923 erschien ein Buch *Carlton Beals' Mexico, an interpretation* /New York, B. W. Huebsch/, das gerade die hier berührten Dinge, die Zusammenhänge zwischen Raum, Besiedlung, Geschichte und Gegenwartspolitik in einer sehr anregenden plastischen Weise nahebringt. Beals ist "radical" und gibt dadurch seinem Buch diese innere Stoßkraft, daß er es auf einer breiten eigenen Erfahrung und einem gründlichen historischen Studium aufbaute. Als Ergänzung sei Ernest Gruenings Buch *Mexico and its Heritage* erwähnt, das im vorigen Jahr in New York erschien.

Die Berechnungen und Schätzungen, die man heute von verschiedenen Seiten über die Stärke des indianischen Elements in der mexicanischen Bevölkerung bekommt, weichen nicht unerheblich von einander ab. Die offizielle Statistik gibt 35% Indianer an und 20% Weiße. Nach den Angaben Gamios' in seinem 3bändigen Werk *La población del Valle de Teotihuacan*, das 1922 in Mexico herauskam, ist der indianische Anteil wesentlich stärker (man kann ihn auf 45% ansetzen), und der weiße nicht

unerheblich schwächer. In Mexico wie in allen lateinamerikanischen Republiken geht seit 75 Jahren ein scharfer Kampf zwischen Weiß und Andersfarbig, der bereits zuungunsten des weißen Elements entschieden ist; wobei beachtet werden muß, daß die wichtigste Fraktion natürlich die der Mischlinge ist, in deren Masse allerdings das indianische Blut bestimmend durchschlägt. In der politischen Betrachtung ist Weiß sehr weitgehend mit Konservativ zu identifizieren, der Mischling mit Liberal. Typische Bedeutung hat bis heute das historische Schachspiel zwischen der weißen Figur Maximilians, des Konservativen, und der farbigen des Vollblutindianers Benito Juarez, des Liberalen.

Archäologen- Die 100jährige Wiederkehr kongreß der Gründungszeit des Archäologischen Instituts des Deutschen Reiches in Rom ist zum Anlaß genommen worden an dem Ort der Zentraldirektion des Instituts, nämlich Berlin, das Ereignis in der Form zu feiern, wie es des sachlichen Charakters der Institutsarbeit von 100 Jahren würdig war, nämlich durch einen großangelegten Austausch wissenschaftlicher Forschung. Dieser Austausch vollzog sich vom 22. bis zum 25. April in 4 Sektionen, die gleichzeitig in getrennten Räumen tagten und insgesamt 64 Vorträge aus dem Gesamtgebiet der gegenwärtigen Archäologie hörten. Sie galten 1. Rom und dem Imperium Romanum, 2. dem griechischen Kulturgebiet, 3. der Vor- und Frühgeschichte Europas, 4. Asien und Afrika. Der Bogen dessen, was dort vorgetragen wurde, war weit gespannt, von den Berichten kleinster, aber intensivster archäologischer Forschung bis zu den großen Verbindungslinien, die Kontinente mit gemeinsamen Schicksalsklammern zusammenbinden. Es war sehr erfreulich festzustellen, daß sich unter den rund 1000 Wissenschaftlern, die an den Sitzungen der 4 Sektionen teilnahmen, 3- bis 400 ausländische Archäologen befanden, unter denen wiederum die Italiener bemerkenswert stark vertreten waren, auch die Russen, während die Franzosen zahlenmäßig etwas zurücktraten, aber um so intensiver an den Verhandlungen teilnahmen. Es verpflichtet eine breite Öffentlichkeit zu Dank, daß Gerhart Rodenwaldt zur Feier jener Tage eine Schrift herausgebracht hat, die unter anderm eine knappe und ausgezeichnet informierende Darstellung der Geschichte des Archäologischen Instituts von 1829 bis

1929 enthält. Die Geschichte des Instituts umfaßt implizite zugleich eine Geschichte der archäologischen Wissenschaft und ihrer Methoden, das heißt, kurz gesagt, die Geschichte der Archäologie aus dem enger gespannten Rahmen des philologisch-historischen Interesses zu den weit gezogenen Aufgaben und Problemen der Menschheitsgeschichte, die für uns heute mehr denn je eine dynamische Idee geworden ist.

Besonderes Interesse hatte der Vortrag des Russen Borowka über griechisch-baktrisch-chinesische Kulturbeziehungen. Er stützt sich dabei auf die jüngsten russischen Ausgrabungen im Tarimbecken, und seine These ist der Einfluß Griechenlands über die zentralasiatischen Karawanenwege nach China hinein. In der Tat eine sehr weitreichende Hypothese, die mit sehr vielen Argumenten vorgebracht wurde, aber gegen die zum Beispiel deutsche Forscher wie Otto Kummel noch erhebliche Bedenken haben. Es sei an dieser Stelle auf einen Aufsatz Kummels hingewiesen, der im 5. Heft der Publikation Deutsche Forschung aus der Arbeit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft /Berlin, Verlag der Notgemeinschaft/ erschien und die ältesten Beziehungen zwischen Europa und Ostasien nach den Erkenntnissen neuerer Ausgrabungen in China behandelt. Kummel weist mit Recht auf die außerordentliche Bedeutung der erst jetzt beginnenden archäologischen Untersuchungen in China hin. Für die Zeit, da einmal in China wissenschaftliche Ausgrabungen größeren Stils möglich sein werden, sagt er voraus: »Zweifellos wird China, das Land der Gräber, dann das Hauptgebiet der archäologischen Forschung der Welt werden.« Aus solchen problematischen Erwägungen, wenn sie, wie in diesem Fall, richtig sind, wird deutlich, welche große weltpolitische Bedeutung der archäologischen Forschung der nächsten Zukunft zukommen kann, wenn sie mit der intensiven Kleinarbeit den Sinn für die großen kontinentalen Zusammenhänge verbindet. Aus der Fülle der Vorträge sei noch einiges Bemerkenswerte hervorgehoben: die recht zahlreichen Berichte aus dem russischen Untersuchungsgebiet (Krim- und Wolgagebiet), die Berichte Kummels über die neuen Ausgrabungen in Korea und der Mongolei, das Referat des Jerusalemer Professors Sukenik über den Stand der Synagogenforschung in Palästina, der Vortrag Roberto Paribenis über die italienischen Restaurationen, die Nachrichten Carlo Antis über

die neuen Ausgrabungen in Kyrene und die Berichte, die sich mit den neuen Forschungsergebnissen im kretisch-mykenischen Horizont beschäftigen. Es ist sehr zu hoffen, daß in Bälde das reiche Vortragmaterial dieser Tagung der weitem Öffentlichkeit gedruckt zugänglich gemacht werde. Einstweilen sei in diesem Zusammenhang außer den schon erwähnten Drucksachen noch das letzte Heft des *Gnomon* /Berlin, Weidmannsche Buchhandlung/ erwähnt, das zu dieser Tagung erschien und eine Reihe äußerst interessierender kritischer Auseinandersetzungen enthält, aus denen die mit Hasebroeks Staat und Handel im alten Griechenland und Gsell's *Histoire ancienne de l'Afrique du Nord* herauszugreifen wären. Im Zusammenhang mit der Tagung steht der feinsinnige Beitrag Hellmut Kuhns im 5. Band der *Antike* /Berlin, Walter de Gruyter & Co./ über die Entstehung der deutschen Ästhetik aus dem Geist des Humanismus. Aus der schon zitierten Publikation der Notgemeinschaft Deutsche Forschung, die besonders den *Asiatica* gewidmet ist, seien hier noch die Arbeiten über Völker- und Kulturzusammenhänge im alten Orient und über religiöse Strömungen in Zentralasien erwähnt.

Tagungen Die Jahresversammlung des *Verbandes Deutscher Vereine für Volkskunde* fand vom 14. bis zum 17. September 1928 in Dresden statt. Hauptgegenstand der Beratungen war der Atlas der deutschen Volkskunde, den man vorbereitet. Der 23. *Internationale Amerikanistenkongreß* wurde in New York vom 17. bis zum 22. September abgehalten. Es wurden vorwiegend ethnographische Themata behandelt, so die Kulturbeziehungen zwischen Nord- und Südamerika und zwischen Amerika und den Südseeländern. Auch die Kultur der Puebloindianer und die Probleme der Mexicoforschung wurden eingehend erörtert. Der nächste Kongreß findet 1930 in Hamburg statt. Einen *Internationalen Kongreß für Volkskunde* veranstaltete das Pariser VölkerbundsInstitut für geistige Zusammenarbeit. Er tagte vom 7. bis zum 13. Oktober in Prag. Ein grundlegender Mangel dieser Veranstaltung war, daß man Deutsch nicht als eine der Kongreßsprachen vorgesehen hatte, weshalb die Beteiligung deutscher Forscher naturgemäß nur gering war. Diese Unterlassung dürfte sich bei internationalen wissenschaftlichen Veranstaltungen nicht mehr wiederholen.

Totenliste In Genf starb Anfang Juli 1928 der frühere Professor der französischen Sprache und Literatur, der besonders als Rousseauforscher bekannte *Eugène Ritter*, im hohen Alter von 92 Jahren. Neben Rousseau galten seine Arbeiten de Staël, Voltaire, Benjamin Constant, Sainte-Beuve und anderen, vor allem aus Genf stammenden Literaten. Er gab Ludwig von Muralt's *Lettres sur les Anglais et les Français* und *Lettres inédites de Madame Staël à Henri Meister* heraus. Im Alter von erst 51 Jahren starb plötzlich in Oberstdorf im Allgäu Ende Juli auf einer Ferienreise der Direktor der Vorderasiatischen Abteilung der Berliner Museen *Otto Weber*. Dadurch verlor die Archäologie, besonders die Assyriologie und die Altertumskunde Südarabiens, einen hochbedeutenden Vertreter. Weber brachte zahlreiche archäologische Denkmäler in die Berliner Sammlungen. Seine wichtigsten Werke behandeln die Literatur der Babylonier und Assyrer und die altorientalischen Siegelbilder. Am 14. August starb in Duderhof bei Petersburg der hervorragende Ethnologe *Leo Sternberg*, 67 Jahre alt. Er betätigte sich in der Zarenzeit als Revolutionär, wurde nach mehrjähriger Gefängnisstrafe auf 10 Jahre nach Sachalin verbannt. Bei seiner Rückkehr von dort im Jahr 1897 hatte er sein erstes fundamentales Werk, *Materialien zur Sprache und Folklore der Giljaken*, im wesentlichen vollendet. Auch später beschäftigte er sich besonders mit den Volksstämmen Ostsibiriens, daneben mit allgemeiner Soziologie und ethnographisch vergleichender Religionsgeschichte. In Baden bei Wien starb am 12. November plötzlich, im Alter von 31 Jahren, *Tadeusz Janiszowski*, der Direktor der Außenhandelsabteilung im Statistischen Zentralamt in Warschau. Nach Beendigung seiner Studien lenkte er durch sein ungewöhnliches organisatorisches Talent die Aufmerksamkeit der Leiter des neuen polnischen Staatswesens in so hohem Maß auf sich, daß er im Jahr 1921 trotz seiner Jugend mit der Durchführung der ersten in Polen vorgenommenen Volkszählung betraut wurde. In Krakau starb im November der Universitätsprofessor für slawische Sprachen *Jan Los*. Er hat sich besonders durch die Herausgabe von Wörterbüchern der alten polnischen Sprache und der polnischen Dialekte sowie durch Werke über historische Grammatik der slawischen Sprache bekannt gemacht.

Kurze Chronik Die Forschungsstelle für Auslandsdeutschum und Auslandskunde in München schrieb einen Preis für die beste Arbeit über »Religion und Muttersprache« aus. ◊ Die Afrikanistin L. Homburger glaubt aus der Untersuchung gewisser Wörter wie aus sprachmorphologischen Tatsachen die Abstammung der Negersprachen vom Altägyptischen schließen zu können. Diese These, die sie als Ergebnis ihrer Forschungen in der Pariser Akademie der Inschriften vortrug, wurde sowohl vom Ägyptologen Moret wie vom Linguisten Meillet beifällig aufgenommen. Meillet vermutet, daß die afrikanischen Sprachen zur babylonischen Sprachfamilie gehören, also zu der Gruppe, die die älteste uns bekannte Geschichte hat. ◊ In der Arbeitsgemeinschaft Österreichischer Geometerverein, Landkarte und Photogrammetrische Gesellschaft berichtete der Ingenieur Erwin Spitzer am 22. November 1928 über 3 Jahre aus der Praxis eines Regierungsgeometers in Palästina. Seine Aufgabe war die Ergänzung und Berichtigung der von Kitchener im Jahr 1878 begonnenen Aufnahme einer Landkarte von Palästina, die als großes Kartenwerk gut fortschreitet. Besondere Schwierigkeiten bot auch die Vermessung der ganz unregelmäßigen und recht verwickelten Grundrisse der Städte des Landes. ◊ Zum Direktor der Römisch-Germanischen Kommission des Archäologischen Instituts des Deutschen Reichs wurde Gerhard Bersu bestellt. Er hat sich durch die Spatenforschung um die deutsche Frühgeschichte verdient gemacht. ◊ An der Universität Wien wurde Wilhelm Koppers Professor für Völkerkunde. ◊ Für Ägyptologie wurde Walter Wreszinski Professor an der Universität Königsberg. ◊ An der Universität Leipzig wurde Friedrich Weller Professor für die Sprachen und Kulturen Mittelasiens. ◊ An der Universität Göttingen erhielt Hans Plischke einen Lehrauftrag für Völkerkunde. ◊ An der Pädagogischen Akademie in Bonn wurde Jörgen Hansen Professor der Geographie und Völkerkunde. ◊ In Berlin habilitierte sich Werner Caschel für Arabistik.

Literatur In den 7 Abhandlungen, zusammengefaßt unter dem Titel Mensch und Erde /Jena, Eugen Diederichs/, die Ludwig Klages in einer Spanne von 12 Jahren und unter scheinbar weit auseinanderliegenden Themenstellungen geschrieben hat, findet sich doch immer wieder das

Kernproblem herausgeschält, auf das es ankommt: die Entzweiung des Menschen mit den Mächten der Erde. Begeistertes Menschentum und Beseeltheit des Lebens der Erde machen nach Klages den dialektischen schöpferischen Prozeß aus, die Spannung der Erd- und Menschengeschichte überhaupt. Diese Gedanken in der Klageschen Sprache geformt und immer wieder neu geschliffen zu finden ist wertvoll. Am unmittelbarsten kommen sie in den beiden ersten Abschnitten zum Ausdruck, die das Thema Mensch und Erde und Bewußtsein und Leben behandeln. ◊ Aus dem Kreis der Geopolitik kam jetzt eine synthetische Darstellung: Richard Hennig Geopolitik, die Lehre vom Staat als Lebewesen /Leipzig, B. G. Teubner/. Aus dem Geist Friedrich Ratzels verdichtet sie die gesamte anthropogeographische Forschung zusammengeschlossen zu einem Bild. Dem Vorwort steht als Motto Ratzels Satz voran: »Von altersher hat sich die geographische Wissenschaft als eine politische Macht erwiesen.« Dieser Satz kann auch heute noch in Deutschland nur ein Bedauern darüber auslösen, daß trotz zwingenden Notwendigkeiten die Kenntnis von der Dynamik geographischer Zusammenhänge erst wenigen geläufig ist. Hennigs Buch ist nun wirklich einem großen Kreis zugänglich, und es ist ihm, mit gewissen prinzipiellen Vorbehalten, eine weite Verbreitung zu wünschen. Einwände würden sich in erster Linie gegen gewisse traditionelle Begriffsbildungen zu richten haben, die etwa in dem Kapitel über die Grenzen zum Ausdruck kommen, wo deutlich wird, daß das Neudurchdenken des Begriffs Grenze eben neue Denkinhalte voraussetzt, die bei Hennig in der Eindeutigkeit, die zu fordern ist, noch nicht gegeben sind. ◊ Eine verhältnismäßig zuverlässige Information über die wichtigsten Geschehnisse in den Jahren 1918 bis 1926 bringt Wahrhold Drascher in seiner Geopolitischen und geökonomischen Chronik /Stuttgart, Fleischhauer & Spohn/, deren 1. Teil Die weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Geschehnisse der Nachkriegszeit und ihre Auswirkungen betitelt ist. Man wird mit einem gewissen Recht einwenden, daß eine solche Deskription mehr als alles andere stark heraustretende Gesichtspunkte brauche. Drascher hat sich solcher Pointierungen enthalten, so daß es für Leser mit ausgeprägtem Eigenstandpunkt nützlich ist sich die Dinge im Zusammenhang so knapp vortragen zu lassen.

Psychologie / Rudolf Arnheim

Psychoanalyse Das Eröffnungsheft einer neuen Zeitschrift; Die Psychoanalytische Bewegung, herausgegeben von Adolph Joseph Storfer /Wien, Internationaler Psychoanalytischer Verlag/, gibt Gelegenheit an Stichproben den Stand der psychoanalytischen Arbeit zu zeigen.

Den einleitenden Aufsatz schrieb ein Außenseiter: Thomas Mann berichtet über die Stellung Freuds in der modernen Geistesgeschichte. Er geht davon aus, daß Freud von sich selbst gesagt habe, als Psychoanalytiker müsse er sich mehr für affektive als für intellektuelle Vorgänge, mehr für das unbewußte als für das bewußte Seelenleben interessieren; damit gehöre Freud geistesgeschichtlich der revolutionären Gesamtrückschlagsbewegung unsrer Tage gegen mechanistisch-materialistische Neigungen des vorigen Jahrhunderts an. »Was ihn aus ihr heraushebt, ist der entschieden mehr als rückschlägige Charakter seines Revolutionarismus.« Freud sei im Positiven vielmehr durchaus aufklärerisch gestimmt. Vielleicht hätte Thomas Mann für seinen Aufsatz eine sicherere Fundierung gefunden, wenn er Freuds Schrift Die Zukunft einer Illusion /Wien, Internationaler Psychoanalytischer Verlag/ bereits mitberücksichtigt hätte. Sie enthält Freuds Auseinandersetzung mit der Religion und ist ein eindeutiges Bekenntnis zum naturwissenschaftlich fundierten Intellekt: sie propagiert die Überwindung des Glaubens durch die Ratio. Es seien hier kurz die Hauptgesichtspunkte dieser wichtigen Arbeit angegeben. Die Religion ist, nach Freud, eine Erfindung der Kultur, um dem Menschen einen bequemen Ausweg aus allerlei naturgegebenen Unannehmlichkeiten zu bieten. Das schwerbedrohte Selbstgefühl des Menschen verlangt nach Trost; der Welt und dem Leben sollen ihre Schrecken genommen werden; nebenbei will auch die Wißbegierde des Menschen, die freilich von dem stärksten praktischen Interesse angetrieben wird, eine Antwort haben. Diese Aufgaben löst die Religion, indem sie Wunschvorstellungen als existent setzt. Als Material dient die in die Natur hinausprojizierte Vaternvorstellung Gott. Sobald sich mit der Entwicklung der menschlichen Erkenntnis mehr Einsicht in die physikalische Gesetzmäßigkeit der Naturvorgänge einstellt, verliert die Religion immer mehr ihre Aufgabe als Er-

klärerin der Naturvorgänge und verlegt ihren Wirkungskreis mehr ins Moralische. Jetzt dient sie vor allem der Illusion, daß alles, was in der Welt vor sich gehe, Ausführung der Absichten einer uns überlegenen Intelligenz sei, die, wenn auch auf schwer zu verfolgenden Wegen und Umwegen, schließlich alles zum Guten, das heißt für uns Erfreulichen, lenke. Die Vorstellung, daß alles Gute seinen Lohn, alles Böse seine Strafe finde, daß in einem Leben nach dem Tod ausgeglichen werde, was auf dieser Welt ungerecht und schief gewesen sei, ist der als existent gesetzte Inhalt eines Wunschtraums, mit dessen Hilfe sich die Menschheit über die Trostlosigkeit des Daseins hinweghilft. Es soll hier nicht näher referiert werden, wie Freud dazu kommt die religiösen Ideen als unzweckmäßig und schädlich abzulehnen. Er will an die Stelle der Religion eine »Erziehung zur Realität« gesetzt wissen: Wahrheit und Vernunft als oberstes Prinzip nicht nur der Wissenschaft sondern auch des Lebens.

Das selbe Heft der genannten Zeitschrift enthält des weitern eine Abhandlung über die Erlernung der Psychoanalyse. Der Verfasser, Hanns Sachs, geht dabei von der Arbeit des Berliner Instituts der Deutschen Psychoanalytischen Gesellschaft aus, an dem bisher die meisten Erfahrungen gesammelt werden konnten. Die zum Psychoanalysieren notwendige Begabung hält Sachs nicht für seltener als jede andre Begabung auch. Eine besondere Schwierigkeit liegt darin, daß immer die Gefahr der Subjektivität besteht, daß also der Psychoanalytiker, der keine Registriermaschine sondern ein individuelles, fehlerhaftes Geschöpf ist, durch Vorurteile, persönliche Beschränktheiten oder Verdrängungen dem Analysanden nicht gerecht wird. Eine gute Abhilfe hiergegen sieht man in der Analyse des Analytikers: Es besteht heute die strikte Forderung, daß zu jeder analytischen Ausbildung die Analyse des Lernenden gehört, die von einem erfahrenen Analytiker ausgeführt wird. Hierbei wird möglichste Klarheit über die psychische Struktur des sich Ausbildenden geschaffen, Hemmungen oder Verdrängungen werden nach Möglichkeit durch analytische Therapie entfernt oder doch dem Betreffenden so zum Bewußtsein gebracht, daß er später jederzeit in der Lage ist mit diesen seinen Abnormitäten zu rechnen, wie etwa ein Mensch, der weiß, daß er rot-grünblind ist, seine optischen Beobachtungen

entsprechend bewerten kann. Gleichzeitig dient die »Lehranalyse« der Ausbildung; denn da die Eigenart der psychoanalytischen Methode es mit sich bringt, daß kaum je ein Dritter Zeuge einer analytischen Sitzung sein kann, ohne ihren Erfolg zu gefährden, besteht das einzige Mittel die Methode praktisch zu erlernen eben darin sich selbst analysieren zu lassen. Diese Lehranalyse entscheidet auch darüber, ob der Betreffende überhaupt die Fähigkeiten zu seinem Beruf hat, das heißt, ob nicht etwa seine neurotischen Beeinträchtigungen so stark sind, daß eine Heilarbeit von ihm nicht erwartet werden kann.

Ein Aufsatz S. Ferenczis über Männlich und Weiblich gibt ein gutes Beispiel für die Auswüchse der Analyse, für haltlose Spekulation und Verallgemeinerung. Es ist dies der Typus von Psychoanalytikern, die, freudischer als Freud, durch ihre Phantasieen so sehr zur wissenschaftlichen Diskreditierung der Psychoanalyse beigetragen haben. Ferenczi setzt die Grundbegriffe seiner Genitaltheorie auseinander, die kurz gesagt darin besteht, daß der Koitusakt ein Sichzurücksehnen des Mannes in den Mutterleib »bedeute«. Was unter »bedeuten« hier zu verstehen sei, wird nicht klar. Nicht klar, wie weit diese Sehnsucht nach dem Mutterleib ein reales Agens zum historischen Zustandekommen der Koitusform bedeuten soll. Anscheinend meint Ferenczi, daß das phylogenetische Zustandekommen der tierisch-menschlichen Koitusform (gewisse niedere Wassertiere vollziehen bekanntlich die Befruchtung nicht im weiblichen Leibe sondern draußen im freien Wasser) durch diesen psychischen Antrieb zu erklären sei. Ja, er geht so weit das Phänomen des im Mutterleib ausgetragenen Säugetierembryos zu erklären aus der Sehnsucht der Landtiere nach dem Wasser, in dem ihre entwicklungsgeschichtlichen Voreltern gelebt haben. »Im Lichte der hier kurz wiedergegebenen Überlegungen erscheint das männliche Glied und seine Funktion als organisches Symbol der, wenn auch nur partiellen Wiederherstellung des foetal-infantilen Vereinigtseins mit der Mutter, gleichzeitig aber mit seinem geologischen Vorbild, der Existenz in der See.« Wir haben es hier mit einem Panpsychologismus zu tun, der überall, auch dort, wo andere Kausalzusammenhänge viel näher liegen, tiefenpsychologische Motive hineinzu bringen sucht; ein Bestreben, das, wie man sieht, vor den untersten Stufen or-

ganischen Lebens, wo von psychischen Funktionen nur mit äußerster Vorsicht gesprochen werden kann, keineswegs haltmacht. Ferenczi ist dabei nicht etwa ein verlachter Außenseiter sondern einer der angesehensten Führer der psychoanalytischen Bewegung.

Tagungen

Am Ende des Wintersemesters fand in Paris, in der Sorbonne, ein Internationaler Kongreß über die *Beziehungen der Psychologie zum Leben* statt. Pierre Janet, der ihn leitete, führte aus, wie sehr jetzt die Psychologie auch zur praktischen Lebenslehre werde und andere Wissenschaften, so die Medizin, beeinflusse. Aber man stehe erst am Anfang: »La science n'est pas faite; la science est à faire.« Die Arbeit des Kongresses gliederte sich in 5 Sektionen, in jeder von ihnen wurden 6 bis 10 Vorträge gehalten und lebhaft diskutiert. In der Gruppe Methodologie und Geschichte der angewandten Psychologie behandelte man das Problem der wissenschaftlichen Intuition, Behaviorismus, Graphologie, in der Gruppe Unterricht und Erziehung die sogenannte Eignungsprüfung, in der Gruppe Anwendung der Psychologie auf das praktische Leben die Nutzbarmachung der Psychoanalyse für die Reklame und vieles andere mehr. Der Couéist Charles Baudouin legte die Prinzipien seiner Psychagogik dar, Richard Thurnwald sprach über Führerschaft und Siebung als soziologisches Problem; auch mit der Psychologie der Mode und der Haartracht beschäftigte man sich. Erfreulich war das Verständnis, das die französischen und die deutschen Forscher in ihren Auffassungen und Methoden einander entgegenbrachten, und das die Möglichkeit fruchtbarer Kooperation eröffnet.

Auf dem 11. Kongreß für Experimentelle Psychologie, der vom 10. bis zum 13. April in Wien tagte, beschloß man die Gesellschaft für Experimentelle Psychologie, die ihn veranstaltet hatte, fortan *Deutsche Gesellschaft für Psychologie* zu nennen: ein deutliches Zeichen dessen, daß man in den 25 Jahren des Bestehens der Gesellschaft über die bloß experimentelle Forschung hinausgewachsen ist, was auch die Themata der Tagung zur Genüge bewiesen.

Im April tagte auch, in Nauheim, der 4. Allgemeine Ärztliche Kongreß für *Psychotherapie*. Der 1. Tag war der Jung-schen Methode gewidmet, die C. G. Jung selber, stürmisch begrüßt, in einem

Vortrag klarlegte, und zu der dann eine Reihe anderer Redner Einzelheiten beisteuerte. Am 2. Tag sprachen Ernst Kretschmer über Psychotherapie der Schizophrenie, Ernst Simmel über psychoanalytische Gesichtspunkte für die Psychotherapie, Arthur Kronfeld über Psychotherapie gestörter Organfunktionen, J. H. Schultz über gehobene Aufgabenstufen im autogenen Training. Am 3. Tag beschäftigte man sich dann noch mit organisatorischen Dingen.

Kurze Chronik Der Extraordinarius der Psychologie an der Universität Frankfurt *Adhémar Gelb* erhielt dort einen Lehrauftrag für Vergleichende und Entwicklungspsychologie sowie für Pädagogische Psychologie. \diamond An der Berliner Universität erhielt *Karl Birnbaum* einen Lehrauftrag für Kriminalpsychologie und -psychopathologie. \diamond Der Baseler Psychiater *Ernst Rüdin* wurde an die Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie nach München berufen, wo er die Psychiatrisch-Genetische Abteilung leiten soll. \diamond Der Berliner Privatdozent *Johannes von Allesch* habilitierte sich nunmehr an der Universität Greifswald für Psychologie.

Religionswissenschaft / Theodor Siegfried

Noachische Menschheitsreligion Man pflegt sich religiöse "Bekehrungen" in der Regel als plötzlich erschütternde Erlebnisse und einmalige radikale Durchbrüche vorzustellen. Genaueres Zusehen zeigt, daß der Wendung nicht nur eine ganze Kette von Vorbereitungen, Signalen und Tastversuchen vorangehen, sondern daß oft auch nur die verkürzte Erinnerung in die Wendung hineinlegt, was erst ganz allmählich zur Klarheit gekommen, ja oft erst nachträglich langsam erworben ist. Einen solchen Fall schildert *Aimé Pallière* in seinem, von Z. Holm ins Deutsche übertragenen Bekenntnisbuch *Das unbekannte Heiligtum* /Berlin, Weltverlag/. *Pallière*, in Lyon als Katholik geboren, ursprünglich zum Priesterdienst bestimmt, ist nach langen Umwegen zum Judentum übergetreten. Neben dem außerordentlichen psychologischen Wert hat seine Darstellung eine hohe sachliche Bedeutung. *Pallière* bekennt sich zum Noachismus, das heißt zu einer Religion, die sich auf die Beobachtung der vormosaïschen sogenannten noachischen Gebote beschränkt, jener

Gebote, die auch von dem sogenannten Apostelkonzil (Apostelgeschichte 15) anerkannt wurden. Mit besonderer Liebe zeichnet er die edle Gestalt des Rabbiners von Livorno, Benamosegh, der ihn auf diesen Weg wies. Er sucht eine Universalreligion, aber er sucht sie in engem Anschluß an das historische Judentum, das dieser Religion ein festes Zentrum geben soll. Auf seinem Weg zum Judentum ist *Pallière* auch in besonders enge Verbindung mit dem berühmten *Père Hyacinthe Loyson* gekommen, der trotz seinen Vorbehalten gegen den Katholizismus an Jesus als dem Mysterium festhalten will. *Pallière* fühlte sich nach dieser Seite nicht innerlich gebunden und zog die Konsequenz die noachische Religion als die seine zu bekennen. Die Schwierigkeit, in die er dabei geführt ist, erkennt er selbst mit außerordentlicher Klarheit. Er hat eine Idee des Judentums, die auch den Juden nicht selbstverständlich ist. Das ist das Wagnis, das er auf sich genommen hat. Bei aller inhaltlichen Verschiedenheit ähnelt sein Versuch formal dem Zinzendorfs die an ihrer Kirche und deren Dogmen Irrewerdenden zu sammeln. Entgegen dem Schlesier will er sie freilich einer neuen, nach ihm selbst der uralten Mutterreligion, zuführen. Die Bedeutung seines Weges hängt nicht an der Zahl derer, die ihn gehen können. Es ist wesentlich, daß dieser Weg überhaupt beschritten ist. Es ist ein Versuch das zu konkretisieren, was in der Tat als "Geheimreligion" breitere Kreise bewegt als äußerlich zu erkennen ist: eine Universalreligion, die sich zwischen den Religionen und Konfessionen anonym ausbreitet, und der hier der Halt an einer historischen Religion geboten wird.

Judentum Als eine »Studie zu Oswald Spenglers *Der Untergang des Abendlandes*« bezeichnet der Karlsbader Rabbiner *Ignaz Ziegler* seine Schrift *Das magische Judentum* /Leipzig, M. W. Kaufmann/. Spenglers Buch, vor 10 Jahren eine Sensation, ist heute vergessen. Aber die Zieglersche Schrift hat auch heute noch ihren Wert. Denn sie zeigt, unerschrocken analysierend, das Judentum von einem andern Gesichtspunkt als man es sonst zu betrachten gewohnt ist. Auch verbindet sie in interessanter Weise Tatsachen mit einander, deren Zusammenhang von vornherein gar nicht gegeben scheint. Freilich ist es gerade deswegen notwendig sie kritisch zu lesen; man

wird aber auch da angeregt, wo man verwerfen muß. Durch die Lektüre der Schrift wird uns übrigens auch die ganze Problematik der Spenglerschen Geschichtsmorphologie vor Augen geführt. Das Grunddogma vom Fellachenende jeder Kultur wird durch das Prinzip religiös begründeter Humanität erschüttert, Rassen- und Vererbungstheorien wird die gebotene wissenschaftliche Skepsis entgegengestellt.

Die Bundeslade und die Anfänge der Religion Israels /Berlin, Philo-Verlag/ ist eine scharfsinnige und mit umfassender Gelehrsamkeit geführte Untersuchung Harry Torczyners betitelt /Berlin, Philo-Verlag/. Ihr Resultat ist ein doppeltes. Der Verfasser tritt mit Recht für die auch von anderen Forschern aufgestellte Behauptung ein, daß Lade und Kapporeth 2 verschiedene Kultgegenstände des alten Israels gewesen seien. Die letzte, der Thron Jahwes, stand über der Lade, die eine wirkliche Lade mit dem von der Überlieferung genannten Inhalt, nämlich dem Gesetz Jahwes war. Die Lade war also der Ort des Thrones Gottes im Tempel. Aus der Überlieferung über die beiden Kultgegenstände glaubt der Verfasser wichtige Schlüsse auf die älteste Gottesvorstellung Israels ziehen zu dürfen. Die in Jahwe verkörperte Gottesidee erwuchs nach ihm 1. aus der Vorstellung eines gewaltigen Schneegebirges, dessen Haupt Wolken vogelartig umschweben, und von dem aus eine kosmische Gottheit mit ihrem Heer in Gewitter und Sturm daherfährt, 2. aus dem Sinaierlebnis der Hebräer, wo sie die Gottheit in den Wolken und der Feuersäule unter Donner und Blitz sich offenbaren sahen. Hier freilich wird man sagen müssen, daß die bloße Beweisführung nicht ausreicht, und daß zum Erfassen so grundlegender religiöser Phänomene noch anderes gehört als logische Zergliederung des (naturgemäß unvollständigen) geschichtlichen Materials.

Eine außerordentlich verdienstvolle Publikation sind Die Lehren des Judentums nach den Quellen, herausgegeben vom Verband der Deutschen Juden /Leipzig, Gustav Engel/. Die Mitarbeit der bedeutendsten rabbinischen Gelehrten hat hier ein Werk hervorgebracht, das neben den vielen Darstellungen des Judentums als *Quellensammlung* seinen eigenen Platz hat. Biblische, palästinensische, talmudische, mittelalterliche und neuzeitliche Quellen sind unter systematischem Gesichtspunkt ausgewählt und zusammengestellt. Die beiden ersten

Teile, von Siegfried Bernfeld bearbeitet, behandeln die Grundlage der jüdischen Ethik und die Pflichten der einzelnen. Den weiteren Abteilungen dieses Sammelwerks sieht man gern entgegen.

Jesus Der Dichter und Revolutionär *Henri Barbusse*, der das gewaltig aufrüttelnde erste Kriegsbuch, noch während des Krieges, erscheinen ließ, schrieb auch 2 Jesusbücher. Das eine: *Jésus* /Paris, Ernest Flammarion/, ist ein dichterischer Versuch, in der Form der heutigen Bibel mit ihrer Einteilung in Kapitel und Verse. Viele poetische Feinheiten durchziehen das Buch. Es schließt bereits mit dem Ruf: »Auf, Ihr Verdammten der Erde!« Diesen Ruf systematisch zu entfalten ist die Absicht des andern Werks: *Les Judas de Jesus* /Paris, Ernest Flammarion/, das, von Eduard Trautner übertragen, auch deutsch vorliegt (Die Judasse Jesus /Wien, C. Welter & Co./). Barbusse hat sich für diese Arbeit sehr eingehend mit der neuern neutestamentlichen Forschung beschäftigt. Er bekennt sich zur mythologischen Interpretation der Christusgestalt und findet erst in den Evangelien den Versuch jenes pneumatische Wesen mit einer historischen Person zu identifizieren, an deren Existenz noch Erinnerungen wach waren. Diesen Jesus wiederzuentdecken setzt Barbusse sich zur Aufgabe. Sein Prinzip sei gewesen nicht von außen her, durch eine Metaphysik des Göttlichen, den Platz des Menschen zu bestimmen sondern umgekehrt von innen her, aus den Tiefen des Menschen heraus, die Welt aufzubauen. Barbusses Protest gegen die Metaphysik quillt aus dem revolutionären Willen, der durch Metaphysik und Theologie gelähmt werde. So endet das Buch, das Jesus wiederentdecken will, als Weckruf zur Revolution. Als Symptom verdient es jedenfalls Aufmerksamkeit. Der Atheismus hat einen Verfechter erhalten, der nicht zuletzt aus dem Arsenal der französischen Religionskritik (siehe diese Rundschau 1927 I Seite 395 und folgende) seine Waffen holt und sie in den revolutionären Dienst stellt. Sähe man in diesem Kampf gegen Gott nur den Protest gegen reaktionäres Kirchtum, so verkürzte man. Der "Mensch", der im Sinn Feuerbachs die Idee ablöst, ist das Programm Barbusses. Dieser revolutionäre Dichter ist letztlich kein ernstlicher Gegner der Religion. Aber er ist ein bedeutender Rufer in der Zeit.

Auf einer breiten religionsgeschichtlichen Grundlage will *Ditlef Nielsen* den geschichtlichen Jesus zeichnen (Der geschichtliche Jesus /München, Meyer & Jessen/). Der Ertrag steht nicht in rechtem Verhältnis zur Breite der Grundlage. Systematisch hat der Verfasser dieser Schrift offenbar das Interesse zu einem sozialen Evangelium zu führen.

Ausgrabungen Die weitere Leitung der Ausgrabungen in *Sichem* in Palästina übernahm an Stelle Ernst Sellins der Referent im Archäologischen Institut des Deutschen Reichs für Ausgrabungen im Ausland O. Welter, der, gemeinsam mit Hermann Schneider, die Zenonkirche auf dem Garizim bei Sichem ausgrub, die aus dem 6. Jahrhundert stammt und vermutlich auf dem Platz des alten samaritanischen Tempels steht. Das Archäologische Institut beabsichtigt, ebenso wie in Rom und Athen, jetzt auch in Jerusalem eine Zweigstelle zu gründen. Die Berliner Archäologen Theodor Wiegand und Gerhart Rodenwaldt werden dort eine Reihe von Vorträgen halten. Auf dem Internationalen Archäologenkongreß (siehe die Rundschau Anthropogeographie, in diesem Band Seite 447 und folgende) gab der Professor an der Hebräischen Universität Jerusalem Suke-*nik* eine Übersicht über die neuen Ausgrabungen in Palästina, die sehr wesentliche neues Material zur *Synagogenforschung* zutage förderten. Im letzten Kriegsjahr wurde bei Jericho eine Synagoge von bisher unbekanntem Typus ausgegraben, vor wenigen Monaten in der jüdischen Siedlung Beth Alpha eine weitere Synagoge dieser Art. Diese letztgenannte ist wegen ihrer Mosaiken von besonderem Interesse; eins von ihnen stellt das Eingreifen Gottes bei der Opferung Isaaks, also die Abschaffung des Menschenopfers, dar. Suke-*nik* setzt die Entstehungszeit auf das 1. Viertel des 6. Jahrhunderts nach Christus an.

Totenliste Am 3. Dezember 1928 starb in Wittenberg der Konservator der Lutherhalle *Ju-*lius* Jordan*, im Alter von 61 Jahren. Er entstammte einer westfälischen Pfarrfamilie, war lange Jahre Studiendirektor in Soest, seit 1912 Leiter des Predigerseminars in Wittenberg. 1925 wurde er als Konsistorialrat nach Berlin berufen. Er verwaltete indessen auch in der Folgezeit die Luthersammlungen und das Lutherhaus in Wittenberg.

Mitte März 1929 starb *Valentin Weber*, der über 30 Jahre den Lehrstuhl für neutestamentliche Exegese in Würzburg innehatte, im Alter von 71 Jahren. Von seinen Arbeiten seien die folgenden angeführt: Zur Chronologie der Apostelzeit /1889/, Untersuchungen zur Geschichte des Urchristentums und des Lebens Pauli /1900/, Grundsäulen der Kritik des Neuen Testaments? /1922/.

Kurze Chronik Die Internationale Religionspsychologische Gesellschaft erließ ein *Preisanschreiben* über die psychischen Gründe der Verwerfung des persönlichen Gottes. \diamond Der Historiker der Leben-Jesu-Forschung, der Bachinterpret und führende Tropenarzt *Albert Schweitzer* (siehe über ihn auch die Rundschau Hygiene, in diesem Band Seite 360) erhielt von der Stadt Frankfurt um seiner wissenschaftlichen, insbesondere auch philosophischen Verdienste willen den Goethepreis. \diamond Der Privatdozent für Altes Testament an der Universität Erlangen *Leonhard Rost* trat in die Theologische Fakultät der Universität Berlin über. \diamond Nachfolger des Heidelberger Kirchenhistorikers Hans von Schubert wurde *Walther Köhler* aus Zürich. \diamond Mit einer Antrittsvorlesung über Probleme der römischen Religionsgeschichte *habilitierte* sich Franz Altheim in Frankfurt.

Literatur Der durch seine Christusmythe weithin bekannte, unermüdlich forschende *Arthur Drews* veröffentlichte einen Kommentar zum Markusevangelium (Das Markusevangelium als Zeugnis gegen die Geschichtlichkeit Jesu /Jena, Eugen Diederichs/). Er will da im einzelnen seine Astraltheorie durchführen, derzufolge die evangelischen Geschichten ausschließlich Versinnbildlichungen eines Astralmythos seien. Begrüßenswert ist, daß der Verfasser an die Einzelinterpretation herantreten ist. Auch jetzt noch fällt aber die Auseinandersetzung, die hier besonders gefordert wäre: die mit der sogenannten Formgeschichtlichen Schule, dürftig aus. \diamond Unter dem Titel *Antike und Christentum* gibt Franz Joseph Dölger, der Verfasser des bekannten christlich-archäologischen Werkes *IXΘΥΣ*, eine Sammlung kultur- und religionsgeschichtlicher Studien heraus /Münster, Aschen-dorff/, deren 1., betitelt *Heidnische und christliche Brotstempel mit religiösen Zeichen*, von dem Herausgeber selbst her-rührt. Auf die Sammlung sei hingewiesen.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Kriegsbücher Romantik, Rausch und Ernüchterung des Krieges, die Erbitterung und Heimatlosigkeit des Soldaten, der in die Heimat zurückkehrt und nicht weiß, wie er den Kopf aus der Drahtschlinge herausziehen soll: das ist nichts Neues während des Weltkriegs gewesen. Die Schlichtheit dieser Banalität hat *Erich Maria Remarque* in seinem Roman *Im Westen nichts Neues* /Berlin, Propyläenverlag/ geschrieben. Das Buch drang kräftig in die Massen: aus psychischen Gründen, die unmittelbar einleuchten. Natürlich fehlten die literarischen Qualitäten nicht. Der junge Schriftsteller, der seine Feder in den Abscheu tauchte, war ein sehr realistischer Schilderer, der alles Kriegsunglück mit sich als einen empörenden Besitz des Erlebnisses bis in die letzten Jahre hinein geschleppt hatte. Kurz nachdem die Feldmarschälle den Waffenstillstand geschlossen hatten, wurde die Frage aufgeworfen, wann endlich das große aufrüttelnde Kriegsepos kommen werde. Aber die Männer und noch mehr die vom Muschkotentornister niemals belasteten Frauen hatten da aus allen den gelesenen Berichten und auch aus dem vielen Ungeheuerlichen, das an ihnen vorbeigewandert war, nichts als Romantik im Gedächtnis behalten, wenigstens dann, wenn sie zu schreiben begannen. Unter diesen literarischen Romantikern, die sich an dem Weltkrieg versuchten, war allein der Franzose Henri Barbusse der glaubenswürdige Wahrheitsschilderer geblieben, und er hatte auch als erster in jener besonderen Schützengraben- und Drahtverhauersprache geschrieben, die erst während des Krieges geboren wurde, die unter allen bisherigen Kultursprachen als ein besonderer Kriegsdialekt erwuchs, ebenbürtig den Dialekten der Gelehrten oder der Gauner. Von Barbusses literarischen Nachfolgern, die den Krieg zu fassen versuchten, ist unter den Engländern Herbert George Wells zu nennen, unter den Deutschen eben Erich Maria Remarque, als der erfolgreichste. Nach einer Disposition für sein Buch brauchte er nicht erst zu suchen. Das Schicksal, das er nacherzählte, sorgte schon dafür, daß er Anfang und Ende seiner Erzählung mühelos fand. Mühelos allerdings nur in dem Sinn, daß die Eindrücke ihn überschütteten. Mühelos aber nicht, wenn man bedenkt, wie er gezittert ha-

ben muß, als ihm nach 10 Jahren plötzlich all dieses bisher verschüttete Grauen sichtbar wurde. Dieser Krieg, den wir vergessen wollen und doch nicht vergessen dürfen, war für die Menschen, die in den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts geboren wurden, das erste Abenteuer des Leibes und des Gemüts. Die Älteren trugen, neben ihren schon etwas zermürbten Gliedern auch vielseitig angekränkelte Weltanschauungen in den Krieg. Ob sie siegen oder sich nur wehren wollten: sie hatten doch innere Existenz. Sie konnten ihr Weltbild als ein schützendes Götzenbild vor sich hertragen und dann jubeln oder trauern, je nachdem sie untergingen, zerstampft, zerstoßen oder für ihr Heldentum belohnt. Remarque schreibt für die ganz Leeren, die sich durch den Krieg anfüllen und ersättigen wollten, und die nun nichts anderes fanden als die mißlichste Qual. Der Krieg, den man als Seelenerzieher ausgeschrien hatte, wurde zum Seelenzerstörer. Wer nicht als Opfer des Krieges »wie schlafend an der Erde« lag, der erwachte aus dem Krieg wie ein Schlafwandler. Die jungen Menschen, die gar nicht mehr jung waren, weil so viel Tod und Gefahr auf sie niedergeprasselt waren, mußten sich erst ihr Dasein zusammensuchen. Und so versteht man es, daß einer, dem diese ganze Hilflosigkeit als ein verwirrendes Elend aufging, noch einmal den Märtyrerweg nachwanderte, auf den Hunderttausende der jungen Leute mit ihrem Willen und auch gegen ihren Willen geschleudert worden waren. Unter den unzähligen Lesern, die Remarques Buch in die Hand nehmen, gibt es auch einige, die das abschreckende Exempel des Krieges gar nicht empfinden, die da sagen: In diesem Weltkrieg, von dem die Rede ist, wurde ja ein buntes und wildes und abwechslungsreiches Leben aufgerollt, bei dem man zwar krepieren, bei dem man aber doch aus der kulturellen Langweile zur bewunderungswürdigen Größe hinaufgezerrt werden konnte. Gegen diese Leeren, die noch immer von dem Weltkrieg als einem sehr nützlichen und bekömmlichen Stahlbad deklamieren wollen, ist auch Remarques Buch geschrieben. Es gibt nämlich neben dieser wahrhaften Kriegsliteratur eine verklärende, die ganz besonders auf amerikanischem Boden zu wachsen scheint, in dem Land, das den eigentlichen Kriegsgewinn hatte, für den das Blut des europäischen Kontinents verströmte, und das sich jetzt noch dafür Jahr-

zehnte hindurch bezahlen lassen will. Zum Glück ist der propagandistische Bekenntniswert des Remarqueschen Buchs ebenso stark wie die künstlerische Qualität der Erzählung, und darum hört man mit Freude, daß dieser noch junge Schriftsteller gleich beim ersten Anlauf die Hunderttausende gewann, und daß auch die Nachbarvölker Deutschlands, einstmals Deutschlands Kriegsgegner, zufrieden sind dieses Kriegsbuch in ihre Sprache aufzunehmen.

In *Ludwig Renns* Erzählung *Krieg / Frankfurt, Frankfurter Sozietätsdruckerei* ist auch nicht viel anderes berichtet als in dem Buch *Remarques*. Renn ist nur noch nüchterner. Er empfing von der Natur nicht die Fähigkeit die realen Dinge durch sein literarisches Talent und seine übersichtliche Wortmalerei ins beinahe Unwirkliche zu steigern. Seine Erzählung liest sich, als hätte der junge Kriegsteilnehmer ein sorgfältig geführtes Tagebuch aufbewahrt und die losen Blätter 10 Jahre nach dem Zusammenbruch drucken lassen. Wer, wie *Remarque*, aus der Erinnerung erzählt, die mit geschlossenen Augen vorgenommen wird, der kann die erlebten Ereignisse durch das Wort gestalten. Wer, wie *Ludwig Renn*, unmittelbar nach dem Schweigen des Trommelfeuers oder sogar noch unter dem Donner der Geschütze seine Aufzeichnungen macht, dem gehen die Zeit und auch die Lust verloren die Sätze sorgfältig zu ziselieren. Die beiden Kriegsbücher sind Werke aus dem nämlichen Bezirk der Bestialität. Ihre Verfasser dürfen jetzt als Volkserzieher gelten. Es ist zu hoffen, daß die beiden Spezialisten des Krieges nun zu Spezialisten des Friedens werden und sich auch in dem der Weltruhe dienenden Volk künftig ebenso sicher zurechtfinden wie es ihnen gelang die Wüste des Krieges noch einmal zu erforschen.

Amerika

Millionen amerikanischer Leser werden von *Theodore Dreiser* entzückt. Er wird jetzt auch mit Vehemenz ins Deutsche übersetzt. Allerdings sehr handwerksmäßig und unordentlich. Denn selbst das breite, für das Ohr sorgfältigerer Stilisten selten erfreulich klingende Englisch dieses robusten Amerikaners müßte einem bessern Sprachmeister ausgeliefert werden. So sind wir in Deutschland gezwungen *Dreiser* in einer langatmigen Sprache zu lesen. Doch täuschen wir uns nicht: Der populäre Amerikaner überblickt das politische und soziale

Leben der Vereinigten Staaten gründlich. Er ist ein vortrefflicher Soziologe. Er hat als ein Reporter, der keiner Anstrengung auswich und auch das Talent besitzt sich nicht blenden und beirren zu lassen, das Wachsen des amerikanischen Reichtums verfolgt. Wir sehen mit ihm, wie *Chicago* und *New York* aus der Krähwinkelei zu Millionenstädten heraufwachsen. Die Männer, die auf dem jungfräulichen Boden groß wurden und in die Neue Welt nichts als den Ehrgeiz und die leidenschaftliche Gewinnsucht europäischer Spekulanten mitbrachten, fanden ein Tätigkeitsfeld, auf dem sie sich wie die Teufel austoben konnten. So paßt schon für den 3bändigen Roman *Der Titan / Wien, Paul Zsolnay* der Untertitel *Trilogie der Begierde* außerordentlich gut. Dabei ist es gleichgültig, ob die Titanen schon auf amerikanischem Festland geboren wurden oder erst aus dem angelsächsischen Europa einwanderten. Der neuen Erde kommt der besondere amerikanische Mischmasch der Rassen zu statten, doch das britische Urelement überwiegt. Und dieses Urelement erzeugt wieder die ganz besondere *Moral des Cant*, die sich nicht scheut aus der Not des Volkes den größten persönlichen Vorteil herauszuquetschen, gleichzeitig aber Gott den Herrn als den höchsten Beschützer des Sonntagspredigertums zu lobpreisen. Es ist sehr interessant, wie in *Chicago* ein Jahrhundert lang diese Titanen des Philistergewissens und der Spekulationtengewissenlosigkeit jeden technischen Fortschritt der Menschheit benutzten, um die große Masse sozial zu binden. Zunächst ist das Gas das kaum faßbare und doch so wirkliche Spekulationsobjekt. Es wird in den Straßen *Chicagos* und in den Fabriken und Werkstätten und Bankbureaus, die sich immer dichter bevölkern, immer heller. Doch immer dunkler wird es dort, wo das Menschenempfinden der Gasspekulanten leuchten soll. Es ist dem titanischen Abenteurer, der skrupellos genug die Ellbogen zu regen versteht, nicht im Weg, daß er einmal einige Jahre wegen Betrugerei im Gefängnis sitzen mußte. Weiß er mit reinen Goldstücken den Weg zu pflastern, der in die sauberen Häuser der Financiers und in die Salons ihrer Frauen hineinführt, dann wird auch die Verbrechervergangenheit schnell vergessen. Er wird ohne Schwierigkeiten ein Ehrenmann, ein hoher Richter, ein Senator, ein Kandidat für das Weiße Haus, ein Wahlmacher, ein Beherrscher der Volksver-

sammlungen. Der Titan Dreisers unternimmt natürlich alljährlich den Trip nach Europa, und dort wird er zum Liebling der europäischen Aristokratie. Man ist überrascht, daß er nicht einmal jene häuslichen Tugenden besitzt, die wir allgemein bei den exemplarisch moralischen Beherrschern der amerikanischen Zivilisation vermuten. Wenn Dreiser recht hat, sind die amerikanischen Frauen ein dummes und allzu bescheidenes Sklavinnenvolk, das nichts anderes kennt als sich im Strahl der Brillanten zu sonnen und gern darauf verzichtet die Sinne und die Seele mit feineren Reizen zu befriedigen. Man lernt sehr viel über Amerika, wenn man die 3 dicken Bände Dreisers studiert. Er ist ein Dokumentensammler, auf den man sich verlassen kann. Er gibt allerdings eine ganz andere Vorstellung vom Amerikanertum als man sie auf dem Kurfürstendamm in Berlin hat, wo man gar nicht "amerikanisch" genug sein kann.

Problemreportage

Der Berliner Schriftsteller möchte, das wird verlangt, in Amerika angesiedelt sein. Diesem Berliner Komment glaubt auch *Manfred Georg* folgen zu sollen. Mit Dreiserscher Wirklichkeitsschilderung hat sein Roman *Aufbruch im Warenhaus* /Berlin, Weltbücherverlag/ nichts zu tun. Dieses Buch enthält vielmehr eine Häufung des Romantischen, ist im Grunde der gute alte deutsche Thesenroman. Er handelt von Revolutionären, spielt in der Zukunft. Leider fühlen wir uns in eine Vergangenheit zurückversetzt, deren Vorstellungskreis uns kaum noch etwas geben kann. Gewiß, der Autor hat es gut gemeint. Aber er wird schon tiefer dringen müssen, wenn er wirklich revolutionieren will. Sonst bleibt er in der Metropoliszone der *Thea von Harbou*, in der er sich aber nicht so leicht bewegen kann, da ihm (glücklicherweise) die moralische Unbedenklichkeit dazu fehlt. Doch seine Reportage ist talentvoll und wichtig. Sie zeigt, daß er die Zeit, zu der es ihn drängt, anpacken will. Es zeigt sich aber auch, daß er aus dem Gedankenkreis einer gewissen Kinokolportage bis jetzt noch nicht herausfindet. Die Tatsache, die er erzählen will, wird enturzelt. Nur in dem Nebensächlichen dokumentiert sich das, was er am Beginn gesehen hat. Und so versickert das Thema des Romans, es bleiben nur Kapitel. Das geschieht, weil der Schriftsteller sein Buch in eine Sphäre einer erhabenen Idealität hinauftreiben möchte. Der Ame-

rikaner Dreiser denkt nicht so. Er treibt Statistik, will gar kein Problem lösen. Der Statistiker wird oft banal, grob und hausbacken. Der mit Problemen überladene deutsche Erzähler sinkt dagegen allzu oft in eine stark vernebelte Atmosphäre des Unwahrscheinlichen.

Lebensausschnitte

Der Novellist *Walther von Hollander* sagt sich: Erzähle nur, begrüße nicht, was du erzählen willst. Schicksale gebündelt /Berlin, Ullstein/ nennt er seine Geschichten, die uns ein »Menschenpanorama von heute« zeigen sollen. Hier will der Schriftsteller also nur das unmittelbar wirkende optische Detail liefern oder höchstens noch die Begleitmusik zu einigen Menschenschicksalen. Aufpassen soll allein das, was durch die Reportage zu fassen ist; psychologische Erklärung, Vertiefung, Synthese oder Analyse des Problems wird vermieden. Hollander hat seinen Stil mit einer gewissen Virtuosität entwickelt. Er reizt seinen Leser, er ergreift nicht selten. Es entsteht kein Weltbild, auch nicht einmal ein Lebensausschnitt, sondern nur eine momentan wirksame Episode. Der Naturalismus wollte die Menschenschicksale vertiefen, der Expressionismus wollte sie erhöhen und aus dem alltäglichsten Menschenbegebnis etwas machen, das die Ewigkeit und unzertrennliche Zusammengehörigkeit alles Kosmischen und Menschengeschehens beweist. Unabhängig von diesen künstlerischen Philosophenschulen schreibt *Walther von Hollander* seine Schicksalsfeuilletons.

Dieser Stil des durch keine Grübeleien beschwerten Erzählers ist erfreulich für kurze Geschichten. Wird er aber ausgewählt, um durch einen mehrbändigen Roman die Seelen-, Glaubens- und Körpergeschichten einer ganzen Familie zu verfolgen, dann reicht die Methode nicht zu. Der Franzose *Roger Martin du Gard* hat mit seinem Pointillismus, der die Menschenschicksale so aufpickt, wie der Sperling die nährenden Körner aus dem Straßenunrat, 5 Bände eines Familienromans zu füllen und zu meistern versucht. Sein Werk *Die Thibaults* wird uns deutsch vorgelegt /Wien, Paul Zsolnay/. Es wird in ihm ein ganz bescheidener Lebensausschnitt einer religiös und sittlich enggebundenen Familie gegeben. Die Vorurteile, mit denen sich die Gymnasiasten aus dem Hause Thibaults herumschlagen, die Kümmernisse, mit denen die geistlichen Herren und der Familienvater belastet sind, wachsen sich nicht zu

allgemeingültigen Problemen aus. Eine soziologische Studie, die die Aufmerksamkeit des Lesers verdient hätte, wird ins Unendliche ausgeweitet. Roger Martin du Gard gehört keineswegs zum Bund des universellen Romains Rolland oder des genialen Marcel Proust.

Mann (Heinrich) Heinrich Manns neuester Roman heißt *Eugénie* oder *Die Bürgerzeit*. /Wien, Paul Zsolnay/. Heinrich Mann ist immer noch der überlegene Psychologe und Erfinder. Die logische Absichtlichkeit seiner Tendenz trübt die künstlerische Schönheit seiner Erzählung nicht. Ja, er verbindet sich so stark mit dem Leben der Menschen, die seine Erinnerung betrachtet, daß die Frage nach den Für und Wider des Moralischen sich von selber beantwortet. Die Zentralgestalt des Buchs ist die Bürgerfrau der Zeit nach 1871, die in der deutschen Mittelstadt lebt, aber aus der Fremde stammt, umgeben von den wohlhabenden, bornierten und doch tüchtigen Beherrschern des Geldmarkts, der Börsengeschäfte, imposanten Stadtensate und des philiströs geschmackvollen Wohlstands. Sie fühlt sich als eine Seelenschwester jener romantischen Kaiserin Eugénie, die auf einem französischen Kaiserthron saß und Tausenden sentimentaler Frauen ein vergöttertes Vorbild wurde. Diese Anbetung bringt das begüterte Bürgertum der deutschen Mittelstadt, die nicht genannt ist, die aber jeder als das hanseatische Lübeck erkennt, in seltsame Verwirrung. Man führt eine skurrile Komödie auf. Gespielt wird das Drama von der Erniedrigung Napoléons III auf der improvisierten Dilettantenbühne des Lübecker Geldmagnaten, und der Schöpfer des Spiels und die mitwirkenden Liebhaber und Liebhaberinnen entfalten sich in all ihrem halb lächerlichen, halb tragischen Innern. Der deutsche Bürgerstand ergötzt sich und überhebt sich, indem er den Zusammenbruch des französischen Kaisers agiert, und mit den Ereignissen des Liebhabertheaters klingen die Schicksale jedes Komödianten zusammen. Schließlich endet alles mit dem Bankrott des Mannes, der die Mittel zu diesem Festspiel lieferte, der geachtet und geehrt unter seinen Mitbürgern lebte und sich plötzlich nach einer Zeit des glänzenden Aufstiegs ruiniert sieht. Es ist ein milder, von einem überlegenen Schriftsteller verfaßter Spekulantenroman. Die Katastrophe einer Gesellschaftsklasse wird sehr klug geschildert, und es stört

auch kaum, daß am Ende die witzige Haltung des Erzählers verflacht, daß nach dem Zusammenbruch ein allzu gefühlvolles Aufraffen mit Hurrastimmung und Sanierungshoffnung erfolgt. Was ist doch Heinrich Mann für ein wachsamer Charakterschilderer! Es begegnet ihm nicht, daß er selber aus der Rolle fällt, daß er ein einziges der Menschenkinder, dem er sein Interesse zuwendet, aus der Rolle fallen läßt. Man hat ein andauernd artistisches Vergnügen an dem Schriftsteller Heinrich Mann. Nirgends ist eine Überspannung der Kräfte zu spüren. Während wir bei ungezählten Büchern zweifeln, ob der Verfasser den Fragen, die er aufwirft, auch geistig gewachsen sei, schwinden bei Heinrich Mann alle diese Bedenken. Alles, was in dem Buch gelöst werden soll, wird gelöst.

Totenliste Am 22. Mai 1928, nach nur 2tägiger Krankheit, erlag *Paul Schlesinger* in Berlin, erst 50 Jahre alt, einem Herzleiden. Der unter dem Namen *Sling* schreibende Journalist, der sich täglich aufbrauchen mußte, versuchte die Herzensgaben der Güte und die Feinheit seines Gehirns für Dinge der Ewigkeit nutzbar zu machen. Er schuf sich die Spezialität des Gerichtsreporters, und seine Skizzen aus dem Saal des Schwurgerichts oder des Schöffengerichts wurden zu sozialen Studien. Die literarische Linie für solche kleinen Kunstwerke ist klar zu sehen. Sie beginnt wahrscheinlich mit dem altertümlichen Psychologen Theophrast, geht über Montaigne bis zu Baudelaire, bis zu Dickens, bis zu Poe, und eine neue Inkarnation kam, als *Sling*, schon ein Mann von Jahren, diese Reportage erneuerte. Wo soll man heute die Grenzen zwischen Tagesschriftstellerei und Dichtung ziehen? Zola hat jahrzehntelang Reportage getrieben, Anatole France meinte, daß ein Schriftsteller um 1920 ein halbes Dutzend Stile beherrschen müßte. So ein Jongleur, der nicht verzagen wollte, weil der Tag ihn hetzte, war auch *Sling*. Dann schrieb er oder vielmehr er plauderte auch Romane. Eine kleine Welt wurde erschlossen, eine Welt des winzigen Menschen, der sich in Geschäftigkeit abschuffet. Dann spielte *Sling* als Komödientenschreiber mit der Lächerlichkeit, der sich die zelotische Justiz aussetzt. Er hatte hundertmal gesehen, durch welche Schlupfwinkel der gerissene Spitzbube immer wieder dem Griff der Behörden entrinnt. Er schrieb zwar in der Komödie vom Dreimal toten

Peter ein historisches Stück, doch es war ganz modern. Es war dramatisch nicht wirksam, doch menschlich erfreuend. Der Schwärmer siegt über die graue, ernüchterte Welt. Dieser siegende Schwärmer, porträtiert von Sling, porträtierte wieder Sling selber. Dem Mann, der ganz still verschied, folgte darum so viel Bedauern, weil er über alle Pathetik hinaus den Weg zur Gefäßtheit und Ironie gefunden hatte.

Am 22. August starb in Berlin *Leo Greiner* an einem Herzschlag, im Alter von 52 Jahren. Er hatte um 1900 mit *Wede-kind* und seinem Kreis in München das Kabarett der *Elf Scharfrichter* gegründet; er verfaßte damals Lyrik und neuzeitgemäße Dramen. Später siedelte er nach Berlin über, wurde Dramaturg des Verlags S. Fischer und gab mit *Wilhelm von Scholz* gemeinsam die Zeitschrift *Frühling* heraus. Erfolg hatte seine Bearbeitung von *Aristophanes' Lysistrate*, die im Deutschen Theater aufgeführt wurde. Mit feinem Einfühlungsvermögen begabt, versuchte er sich auch an der Nachgestaltung altenglischer Dramen, chinesischer Lyrik und altdeutscher Novellen. Er verfaßte auch eine aufschlußreiche *Lenaubiographie*, zugleich ein Dokument seines eigenen Wesens.

Am 23. August starb *Oskar Jerschke* in Bozen-Gries, in seinem 67. Lebensjahr. Er war früh mit den führenden Geistern der damals jungen Literaturbewegung in Berührung gekommen. Vor allem verband ihn Freundschaft mit *Arno Holz*, mit dem zusammen er viele Werke geschaffen hat. Von den gemeinsam verfaßten Bühnenwerken wurde die Schülertragödie *Traumulus* am bekanntesten.

Am 26. Oktober erlag *Felix Dörmann* in Wien einer Lungenentzündung, im Alter von 58 Jahren. Er war zuerst Lyriker, dann aber wandte er sich erfolgreich der Bühne sowie auch der Erzählung und dem Unterhaltungsroman zu. Besonders bekannt wurde, auch in Berlin, sein Bühnenstück *Ledige Leute*.

Am 3. November starb *Clara Ratzka* in Berlin, kurz nach der Rückkehr von einer Weltreise, im Alter von 56 Jahren (siehe die Rundschau Frauenbewegung, in diesem Band Seite 65). Verhältnismäßig spät gelangte sie zu ihrem eigentlichen Schaffensgebiet, dem Roman. Gleich ihr erstes Buch *Die blaue Adria* war ein Erfolg, und dieser blieb ihr in den 13 Jahren rastlosen Schaffens treu. Sie hatte ihre Jugend in Münster in Westfalen verlebt, und sie schilderte mit Vorliebe die Menschen ihrer westfälischen

Heimat. Doch strebte ihre lebhaftere Natur über die Heimat und ihre Menschen stets ins Weite, und große Auslandsreisen befruchteten ihre Erzählerkunst und Phantasie. Ihren italienischen Reisen entstammen, neben der *Blauen Adria*, *Die Gasse* und *Die Venus von Syrakus*, ihrem Besuch in Finnland und Litauen ihre *Romane Urte Kalwis* und *Das Bekenntnis*. Kurz vor Antritt ihrer letzten Reise hatte sie den Roman *Das Spiel um Jolanthe* beendet, der dieses Jahr aus ihrem Nachlaß erscheinen soll. *Clara Ratzka* hatte, bei und mit aller Achtung vor der Tradition, ein offenes Auge für die Probleme der heutigen Zeit, vor allem der Frau von heute.

Anfang 1929 starb in Paris *Léon Bazalgette*, im Alter von 55 Jahren. Er gehörte zum Kreis *Emile Verhaerens* und *Georges Duhamels* und ist stets für den europäischen Gedanken eingetreten, so bereits in seinen frühen Büchern *L'esprit nouveau* und *L'avenir latin*. Später rief er eine der großzügigsten Zeitschriften Frankreichs, *Le Magazin International*, und dann die Monatsschrift *Europe* ins Leben. Seine Haupttätigkeit widmete er aber einer großen *Walt-Whitman-Biographie* sowie Arbeiten über *Verhaeren*, *Lemonnier* und *Constable*.

Kurze Chronik Der Deutsche Bühnenverein hat 2 Preise, von 5000 und 3000 Mark, für das beste noch nicht aufgeführte dramatische Werk ausgeschrieben. Bewerbungen müssen bis zum 1. Juni eingereicht sein. ◊ Ein bisher unbekanntes Manuskript *Napoléons*, das Bruchstück eines autobiographischen Romans unter dem Titel *Clisson et Eugénie*, der während des 1. Italienischen Feldzugs spielt, wurde in der Warschauer Bibliothek entdeckt. *Elie Faure* analysiert es in seinem bedeutenden *Napoléonbuch* /Dresden, Paul Aretz/. ◊ Zu ihrem 50. Geburtstag am 9. März erhielt *Agnes Miegel* von der Stadt *Königsberg* eine Wohnung zum Geschenk, die sie unentgeltlich bis an ihr Lebensende bewohnen kann. (Es sei hier daran erinnert, daß dieser Dichterin die erste Würdigung hier in den Sozialistischen Monatsheften zuteil wurde; im Jahr 1904, und zwar von *Arthur Schulz*, der nicht nur der bedeutendste Agrarwissenschaftler der Partei sondern auch der Dichterin seiner ostpreußischen Heimat in seinem Fühlen verwandt war.) ◊ Der *Gerhart-Hauptmann-Preis* für 1929 wurde *Heinrich Hauser* für seinen Seemannsroman *Brackwasser* /Stuttgart, J. Engel-

horns Nachfolger/ zugesprochen. ◊ In Berlin wurde eine *Paul-Scheerbart-Gesellschaft* ins Leben gerufen, die durch Neuausgaben, Pressehinweise usw. erneut das Interesse auf Scheerbart h lenken will. Zum Geschäftsführenden Ausschuß gehören Adolf Behne, Alfred Richard Meyer, Erich Mühsam, Bruno Taut, Herwarth Walden. ◊ In Arezzo wurde ein *Petrarcadenkmal* enthüllt: eine allegorische Figur, die knieend einen Lorbeerkranz empfängt; in ihr sind die Züge d'Annunzios zu erkennen.

Literatur

Die Bielschowskysche *Goethebiographie*, Jahrzehnte hindurch ein vielbewundertes Hausbuch, wird jetzt neu herausgegeben /München, C. H. Beck/. Walther Linden ist der neue Bearbeiter, da Albert Bielschowsky nicht mehr lebt. Bielschowsky schrieb in einer Zeit, da die Goetheforscher treue und sehr ergiebige Jünger der Goethephilologie waren. Der selige Düntzer beherrschte alle Köpfe mit seinem auch die i-Punkte kommentierenden Kommentar. Nichts wurde dem Genuß und der Intuition des Lesers überlassen, und dort, wo das biographische Detail versagte, wurde noch irgendein lateinischer oder griechischer Klassiker, ein Franzose oder eine Bibelstelle aufgestöbert, woran sich das Goethesche Ingenium hätte anlehnen können. Bielschowsky war unter diesen Lehrern einer der freiesten Köpfe und ein gefälliger Darsteller. Er durfte es noch wagen das Thematische der Goetheschen Lyrik und den Inhalt der Romane und Dramen breit und erklärend zu behandeln. Es geschah, daß sich seine Leser die Freude am originalen Goethe versagten, um den Nacherzähler Bielschowsky mit Hingebung zu studieren. Der Bearbeiter hatte recht, wenn er diese aus der Zeit erklärliehe und mit Selbsterziehung und Takt entwickelte Selbstgefälligkeit Bielschowskys eindämmte. Das 2bändige Werk verdient im übrigen seine Erhaltung und Auffrischung, und mit vollem Recht. Es wird von dem modernen Bearbeiter außerdem erfreulich durch eine ganz selbständige Darstellung der Goetheschen Naturwissenschaften ergänzt. Hier hat die moderne Forschung ungeahnte Zusammenhänge gezeigt, und Linden ist ein nützlicher Führer zu dieser wohlthuenden Erkenntnis. In der vorzüglichen Ausstattung und dem guten Druck der neuen Ausgabe wird Bielschowskys Goethe wieder einen großen und sich ständig neu ergänzenden Leserkreis finden.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Wasserkraftwerke In den Hohen Tauern in Österreich sind noch gewaltige, bisher ungenutzte

Wasserkräfte vorhanden. Sie werden auf etwa 15 Milliarden Kilowattstunden geschätzt. Das ist etwa so viel, wie im Jahr die öffentliche Elektrizitätswirtschaft Deutschlands insgesamt geliefert hatte. Die höchsten Erhebungen im Tauerngebiet sind der Groß Glockner (3789 Meter) und der Groß Venediger (3660 Meter). Die Schneegrenze liegt auf 2700 Meter Meereshöhe. Das über dieser Grenze liegende Gebiet umfaßt 436 Quadratkilometer, davon 342 mit Gletschern bedeckt, die die in diesem Gebiet fallenden Niederschläge zutage fördern. Das Gebiet ist für die Anlage von Stollen und Talsperren außerordentlich günstig, da die Tauern wesentlich aus kristallinischem Urgestein bestehen. Die Täler der Hohen Tauern münden in 2 Längstälern, dem der Salzach im Norden und dem der Drau im Süden. Von den nach Norden abfallenden Quertälern ist das Kapruner Tal zwar das steilste, aber, da horizontale Nutzstrecken zwischen den Steilstufen vorhanden sind, zur Anlage von Staubecken gut geeignet. In Betracht kommen der von allen Touristen wohl gekannte Moserboden im obern Kapruner Tal und der Orglerboden, sowie die Limbergalp etwas unterhalb. Nach dem Bericht der Landesregierung Salzburgs sollen die anzulegenden Sammelbecken das überflüssige Schmelzwasser des Frühjahrs und Sommers zur Ausnutzung im Winter aufspeichern. Von den Becken geht die Kraftwasserstraße aus, und zwar zuerst als Druckrohrleitung zum Kraftwerk I im Hintergrund des Orglerbodens, der selbst wieder durch eine Talsperre abgeschlossen werden soll. Ihr Stauinhalt soll als weitere Reserve für die Kraftdeckung im Winter herangezogen werden. Vom Orglerboden führt die Kraftwasserstraße als Tunnel zu einem Wasserschloß hoch über dem Salzachtal, und von dort als Druckrohrleitung zu den Turbinen des Kraftwerks II oberhalb Kaprun. Unterhalb dieses Werks soll im Tal der Salzach ein verbreiteter Kanal angelegt werden, der nahe bis an das Dorf Bruck heranreicht und zum Ausgleich und Sammeln der Salzachwässer dient. Von dort wird die Kraftwasserstraße als Stollen durch den linksseitigen Talhang bis Sankt Johann im Pongau geführt werden, wo das

Wasser der Sammelbecken und der Salzach gemeinsam in einem Kraftwerk III ausgenutzt werden. Unterhalb dieses Kraftwerks ist ein Ausgleichweiher vorgesehen, der das Kraftwasser, gleichmäßig über 24 Stunden verteilt, an die Salzach zurückgibt. Der Ausbau des projektierten Werks vermöchte jedwedes Kraftverlangen Österreichs restlos zu decken, da nicht nur ungeheure Kräfte zur Verfügung stehen, sondern diese Kräfte auch dem stets schwankenden Bedarf entsprechend an die Stromnetze abgegeben werden können. Auch Deutschland könnte einen beträchtlichen Teil der Energie erhalten, wie das auch schon von den Achenseewerken geschieht. Die Gesamtjahresarbeit der mit einander im Zusammenhang stehenden Werke betrage 6,6 Milliarden Kilowattstunden. Wenn man die Gesamtausführung des Projekts auf 10 Jahre verteilte, könnten Jahr für Jahr um je 500 Millionen Kilowattstunden steigende Raten elektrischer Energie abgegeben werden, so daß sich das Werk schon während des Baus rentierte. In der Größe überträte dieses Werk bei weitem das Walchenseekraftwerk, das nur 200 Millionen Kilowattstunden jährlich liefert, und auch die Gesamtheit der 10 bis 14 Oberrheinkraftwerke zwischen Konstanz und Basel, die zusammen 1,4 Milliarden Kilowattstunden jährlich erzeugen. Die landschaftlichen Schönheiten des Kapruner Tals und des Moserbodens würden kaum beeinträchtigt werden, die Stauseen brächten vielmehr eine neue Note in das Landschaftsbild hinein. Die Studien und Vorbereitungen für das gewaltige Projekt stammen von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin.

Die installierte Leistung der Wasserkraftwerke der Schweiz beträgt insgesamt 2,1 Millionen Pferdestärken.

Die im Gebiet *Polens* ausnutzbaren Wasserkräfte werden auf ungefähr 3,6 Millionen Pferdestärken geschätzt.

Oberhalb Montreals in *Canada* sollen dem Sankt-Lorenz-Strom rund 1100 Kubikmeter in der Sekunde zur Versorgung eines Wasserkraftwerks entnommen werden, das gleich im ersten Ausbau $1\frac{1}{2}$ und nach Fertigstellung 2 Millionen Pferdestärken Energie liefern wird.

Bautentrocknung Das Baugewerbe ist seiner jahrtausendealten Tradition gemäß ein reines Saisongewerbe, das an die warmen Jahreszeiten gebunden ist. Das hat seinen Grund in der Natur des Mörtels: Gleichgültig,

ob es sich um Kalkmörtel, ein Gemisch aus gelöschtem Kalk (Kalziumhydroxyd) und Sand, oder um Zement oder Beton handelt, in jedem Fall wird der Mörtel mit Wasser angerührt, so daß sein "Abbinden" durch das Ausfrieren des Wassers verhindert wird. Um sich beim Bauen unabhängig von der Jahreszeit machen zu können, wird man die Bauten notwendig in geschlossenen und heizbaren Räumen ausführen müssen, so daß sich der Mörtel niemals unter den Gefrierpunkt des Wassers abkühlen kann. Das scheint an sich ein Widerspruch in sich. Aber man braucht ja nicht gleich an ein Gebäude zu denken, in dem der zu errichtende Neubau errichtet wird. Es genügt vollständig beim Bauen im Winter die Bauteile mit einem provisorischen Wärmeschutz zu versehen. Das ist mit gutem Erfolg, auch in Siemensstadt, wiederholt versucht worden. Die Bauten werden hierzu mit luftdichten, die Wärme schlecht leitenden Tüchern umgeben, und der Luftzwischenraum wird künstlich erwärmt. Die hierzu aufzuwendende Wärmemenge ist verhältnismäßig gering, sie steht jedenfalls in keinem Verhältnis zu dem Vorteil, daß man sich im Baubetrieb von jeder zeitlichen Beschränkung freimachen kann. Aber es handelt sich beim Bauen nicht nur um die bautechnische Fertigstellung des Gebäudes sondern vor allem auch um seine "Austrocknung". Dieses Austrocknen ist im wesentlichen ein chemischer Vorgang. Das Kalziumhydroxyd des Mörtels muß sich nämlich durch Aufnahme von Kohlendioxyd (meist fälschlich Kohlensäure genannt) aus der Luft in kohlensauen Kalk verwandeln, wodurch er steinartigen Charakter annimmt, und wodurch gleichzeitig die feste mechanische Verbindung zwischen den Mauersteinen und dem Mörtel herbeigeführt wird: eben der Vorgang, der mit Abbinden bezeichnet wird. Bei der Verwandlung von Kalziumhydroxyd in kohlensauen Kalk spaltet sich nun Wasser ab, das durch Verdunsten aus dem Mörtel entfernt werden muß, um ihn versteinen zu lassen. Zum Abbinden gehören also Kohlendioxyd und Wärmezufuhr. Obwohl im Sommer für das Verdunsten des Wassers Wärme genug vorhanden ist, reicht der normale Kohlendioxydgehalt der atmosphärischen Luft doch nicht aus, um ein rasches Abbinden des Mörtels zu bewirken. Bei Bauten, die kurzfristig bewohnbar gemacht werden sollen, wird deshalb auch im Sommer Zuflucht zu Koksfeuern genom-

men, die die erforderliche Menge von Kohlendioxyd und gleichzeitig auch Wärme für die Wasserverdampfung liefern. Da die meisten Bauten so ausgeführt werden, daß sie spätestens mit Winteranfang unter Dach kommen, findet die Aufstellung der Koksfeuer meist auch gleichzeitig mit dem Eintritt der kältern Jahreszeit statt, so daß rein äußerlich betrachtet das Austrocknen im Vordergrund steht, und der gleichzeitigen Lieferung von Kohlendioxyd durch die offenen Koksfeuer eine untergeordnete Bedeutung beigemessen wird. Tatsächlich ist auch die Benutzung von Kokskörben für die Beschleunigung des Abbindeprozesses nichts weniger als rationell; denn die durch die Verbrennungsgase mit Kohlendioxyd angereicherte Luft dringt nur sehr langsam von den Innenräumen nach außen durch das Mauerwerk hindurch, so daß das Abbinden und gleichzeitige Trocknen viele Wochen lang dauert und besonders im Winter stark verzögert wird.

Hier greift nun das neuerdings in Aufnahme kommende und bei dem Bau des Elektrizitätswerks in Herrenhausen und des Harnackhauses in Berlin erprobte Deubaverfahren ein. Nach diesem Verfahren wird das erforderliche Kohlendioxyd nicht im Bau selbst sondern außerhalb erzeugt. Auf einer fahrbaren Verbrennungseinrichtung wird unter starker Luftansaugung Koks verbrannt. Das entstehende Kohlendioxyd wird durch einen Ventilator abgesaugt und durch eine Rohrleitung in die Räume des zu trocknenden Gebäudes hineingedrückt. Infolge des starken Überdrucks durchdringt es das Mauerwerk so rasch, daß der Bau schon in 3 bis 5 Tagen trocken sein, der Mörtel also abgebunden haben kann. Man kann also auch mit dem Innenausbau wesentlich rascher beginnen und hängt viel weniger als bisher von der Jahreszeit ab.

Wenn es gelingt das Bauen vollständig von der Jahreszeit unabhängig zu machen, wird sich auch in diesem Zweig der Technik ein gewaltiger Umschwung vollziehen, dessen Tragweite grade in unserer Zeit der allgemeinen Wohnungsnot auf dem ganzen europäischen Kontinent leicht zu übersehen ist.

Ausstellung Gas und Wasser Am 19. April wurde in Berlin eine große Fachausstellung eröffnet, die der Erzeugung und Verwertung von Gas und Wasser gewidmet ist. Die Zusammenschweißung dieser beiden heterogenen

Stoffe hat ihren historischen Grund. Denn Gaswerke und Wasserwerke waren bis zum Ende des 19. Jahrhunderts fast die einzigen industriellen Unternehmungen, die von den Städten in eigener Regie geführt werden; erst erheblich später kamen Elektrizitätswerke und Straßenbahnen hinzu. Durch die Initiative des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern, durch die tatkräftige Beteiligung der Berliner Gas- und Wasserwerke, des Ausstellungs-, Messe- und Verkehrsamts der Stadt Berlin und zahlreicher Vertreter der Technik, Wissenschaft und Wirtschaft aus allen Teilen des Reichs an den Vorarbeiten ist eine Ausstellung hohen Ranges entstanden. Alle 4 Ausstellungshallen am Kaiserdamm mit dem zugehörigen Freigelände wurden für sie nutzbar gemacht.

Die Halle I beherbergt die folgenden Gruppen: 1. Wissenschaft und Forschung im Gasfach, 2. Rohstoffe zur Gaserzeugung, 3. Anordnung der Gaserzeugungsanlagen, 4. Gaserzeugung, 5. Gasreinigung, Gasmessung und Gasspeicherung, 6. Nebenerzeugnisse, 7. Gasverteilung und Gasfernversorgung, 8. Korrosionen, 9. Laboratorium. Durch Ausnutzung aller Mittel der Ausstellungstechnik wird das Interesse nicht nur der Fachleute sondern vor allem das des großen Publikums geweckt, das mitten hinein in den Gaserzeugungs- und Gasverwertungsprozeß geführt wird. An dem Modell eines modernen Gaswerks lernt auch der Laie, Die Darstellung des Entstehens und Vorkommens der Kohle hat vor allem für Schulen großen didaktischen Wert, und die anschaulichen Darstellungen der Vorgänge bei der Verbrennung des Gases und der Durchbildung von Brennern und Gasgeräten werden auch für die Hausfrauen, die wichtigsten Gaskonsumenten, interessant und lehrreich sein. Die Gewinnung und Verwertung der Nebenprodukte, die so außerordentlich fruchtbar für die Entwicklung der chemischen Industrie gewesen ist, sowie das wissenschaftliche Gaslaboratorium interessieren besonders die Fachleute.

Die Halle II ist der Propaganda für die Gasverwendung in Haushalt, Gewerbe und Industrie gewidmet. Eine im vollen Betrieb befindliche Gasküche, die zahlreichen Groß- und Kleinküchenherde, Warmwasserbereiter und Gasheizöfen beanspruchen allgemeinstes Interesse. Die in vollem Betrieb befindliche Glashütte, eine Kunstglasbläserei und eine Glasbläserei für technisches Glas locken unausgesetzt eine schaulustige Menge. Die

Gasverwendung im Metallgewerbe wird durch eine mit 12 Feuern betriebene Werkstatt der Berliner städtischen Gaswerke für Eisenbearbeitung veranschaulicht. Eine Großwäscherei, eine Plissieranstalt und eine Schneiderwerkstatt schließen sich an, und auch andere wichtige Gewerbe, die in ausgedehntem Maß Gas gebrauchen, sind vertreten.

Auf dem Freigelände steht ein großer Gasbehälter, und vor allem der Lichttempel, in dem die geschichtliche Entwicklung der Straßenbeleuchtung durch Gas, ihre gewaltige wirtschaftliche Bedeutung im Haushalt der Städte gezeigt werden, und der außerdem noch die modernsten Gaslampen für die Straßenbeleuchtung enthält. Besonderes Interesse erregt hier eine kleine Sonderschau über die Entwicklung der Leuchttechnik vom Feuerbrand bis zum Gasglühlicht.

2 große Rohrtürme auf dem Freigelände leiten zur Wasserabteilung über. Die Wassergewinnungsanlagen verschiedener Stadtverwaltungen, die verschiedenen Pumpenanlagen, die Mittel des Feuerlöschwesens, eine lehrreiche Darstellung des Kreislaufs des Wassers stehen hier im Vordergrund der Schau. Daneben beanspruchen die wissenschaftlichen Darstellungen der Wasserversorgungsfragen (Das Wasser in der Natur, Gewässerkunde, Wasseruntersuchung, Reinigung und Behandlung des Wassers, Wasser-Verteilung und Hygiene des Trinkwassers) die Aufmerksamkeit aller der Kreise, die an den großen Fragen der Stadt- hygiene interessiert sind.

Kurze Chronik Angeregt durch R. Lüssenhop /Magdeburg/ fördert der Verein Deutscher Ingenieure den Gedanken das Patentamt zu einer *Reichsbücherei* auszubauen, die, neben der Zusammenfassung der technisch-wissenschaftlichen Literatur, vor allem die Aufgabe hätte die Sichtung und Festlegung des literarischen Materials in einer den modernen Bedürfnissen angepaßten Weise vorzunehmen. Eine der wichtigsten Aufgaben des Instituts wäre ferner die Festlegung der Orientierung über den jeweiligen Stand der Technik, die Erfinder und Allgemeinheit gleichmäßig interessiert. \diamond Die Untersuchungen über *Funktechnik im Luftverkehr* (siehe diese Rundschau, 1928 II Seite 1018 und folgende) wurden eingehend in einem Sonderheft für Funkwesen und Elektrotechnik behandelt, das aber nicht, wie hier irrtümlich angegeben wurde, im Verlag des Vereins

Deutscher Ingenieure erschien sondern das 4. Heft einer Zeitschrift *Luftfahrtforschung* bildet, die seit Januar 1928 im Verlag R. Oldenbourg in München herauskommt. \diamond In Königswusterhausen ist ein *Weltrundfunkkurzwellensender* im Bau, der binnen kurzem dem Betrieb übergeben werden wird. \diamond Die *Bildtelegraphie* erobert sich immer mehr die Tagespresse. Als erster deutscher Zeitungsverlag hat sich Ullstein in Berlin eine Anlage einrichten lassen, die über Kabel in Verbindung mit London und Paris steht. Die Anlage wurde von Siemens & Halske erbaut und arbeitet nach dem System Telefunken-Karolus. \diamond Auf der Frankfurter Messe waren 2 mächtige Portale aus *Silumin*, einer neuen Leichtmetalllegierung, ausgestellt, die ohne Farbanstrich und ohne Nachbearbeitung sehr günstig wirkten und nach 4jähriger Benutzung an der Wetterseite eines Gebäudes keinerlei Korrosionen aufwies. \diamond Nach einem Vortrag, den Arthur von Weinberg von der Farbenindustrie in Amsterdam hielt, werden die Leunawerke in absehbarer Zeit in der Lage sein jährlich 260 000 Tonnen *synthetisches Leichtbenzin* zu liefern. Das zur Anwendung kommende katalytische Hydrierungsverfahren wird auch dem heute gebräuchlichen Krackverfahren zugute kommen, indem die bei diesem Verfahren abfallenden schweren Öle als Ausgangsmaterial für die synthetische Benzinerzeugung dienen können. \diamond Auf der Leipziger Frühjahrsmesse dieses Jahres war ein von Jabouley konstruierter *geräuschlos arbeitender Rundwebstuhl* ausgestellt, der ohne Schützen arbeitete. Neuerdings wurde auch von der Paterson Air Loom Company New Jersey nach den Patenten John Brooks' ein schützenloser Webstuhl gebaut, bei dem der Fadeneintrag durch Luftdruck geschieht. Die Befreiung der Webereien von dem bislang in ihnen herrschenden ohrenbetäubenden Lärm wäre ein außerordentlicher hygienischer Fortschritt. \diamond Am 1. Mai waren genau 50 Jahre verflossen, seit die erste *elektrische Bahn* auf der Großen Berliner Gewerbeausstellung /1879/ der Öffentlichkeit vorgeführt wurde. Die Bahn war von Siemens & Halske gebaut worden. Wie aus einem Brief Werner von Siemens' an seinen Bruder Wilhelm vom 3. Dezember 1879 hervorgeht, projektierte er schon damals die Berliner Stadtbahn und ihre nördlichen und südlichen Zubringerstrecken elektrisch zu betreiben. Erst heute ist man so weit.

Verkehr / Otto Schmidt

Saharabahn Der in Frankreich bereits seit Jahrzehnten erörterte Plan einer Saharabahn (siehe auch die Rundschau Außenkolonisation, 1928 I Seite 371) scheint nunmehr der Verwirklichung entgegenzugehen. Das Projekt ist anscheinend im Zusammenhang mit dem französisch-spanischen Plan einer Untertunnelung der Meerenge von Gibraltar in ein neues Stadium der Entwicklung getreten. Zunächst wurde jetzt in Paris eine Studiengesellschaft für die Transsaharabahn mit einem Kapital von 11,5 Millionen Francs gegründet, von dem allein 3 Millionen die französischen Eisenbahnen aufbringen. Zweck dieser Studiengesellschaft sollen Vorarbeiten auf technischem und wirtschaftlichem wie auch auf finanziellem Gebiet sein. Die Gesellschaft soll ihre Arbeiten noch dieses Jahr beenden. Die Erschließung Nord- und Westafrikas durch Verkehrswege ist bisher nur sehr unvollständig. An ihr ist nicht nur Frankreich als afrikanische Kolonialmacht sondern ganz Europa in stärkstem Maß interessiert, und der Bau von Verkehrswegen in Nordafrika ist daher ohne Zweifel wichtiger oder zumindest ebenso wichtig wie manches in letzter Zeit erörterte Verkehrsproblem, das über den Atlantischen Ozean weist. Frankreich will durch die geplante Saharabahn neben den militärischen und politischen Vorteilen auch den Güteraustausch zwischen Frankreich und Afrika verbilligen. Technische Schwierigkeiten scheinen für diesen Bahnbau durch die Wüste nicht mehr zu bestehen. Die Linienführung im einzelnen liegt noch nicht endgültig fest. Als Ausgangspunkt der Bahn werden sowohl Constantine, Algier wie Oran genannt; dann soll die Bahn quer durch die Wüste führen und den nördlichsten Punkt des Niger bei Tosaye erreichen. Insgesamt müßten über 3000 Kilometer Schienen verlegt werden, alle 100 Kilometer an der Strecke sollen Sicherheitskommandos errichtet werden. Die Bauzeit veranschlagt man auf 8 Jahre, die Baukosten auf etwa 3 Milliarden Francs. Französische Sachverständige rechnen im Hinblick auf die erhöhte Ausbeutungsmöglichkeit Westafrikas infolge des Bahnbaus mit einem erheblichen Güter- und Personenverkehr auf der Saharabahn. Mit Rücksicht auf die sehr beträchtlichen Baukosten einer Eisenbahn durch die Wüste und ihre doch nur verhält-

nismäßig geringe Leistungsfähigkeit darf man daran zweifeln, ob die Eisenbahn heute überhaupt noch das gegebene Verkehrsmittel für die Erschließung Nordafrikas ist. In dieser Rundschau (1926 Seite 510) war bereits auf die Durchquerungen der Wüste im Automobil hingewiesen worden, deren Erfolg nicht nur in jeder Weise befriedigte sondern auch schlagend die Überlegenheit des Automobils gegenüber der Eisenbahn in diesen Zonen zeigte. Da der Bau von Automobilstraßen erheblich geringere Kosten verursacht als der Bau einer Bahnlinie, und die Möglichkeit die Wüste durch Straßen aufzuschließen wegen der größern Freizügigkeit der Linienführung weit höher ist, würde die französische Regierung gut tun, bevor sie sich endgültig auf den Bau der Transsaharabahn festlegt, auch diese Möglichkeit zu erwägen. Man könnte sich denken, daß der Güterverkehr dann durch Automobile auf der Wüstenstraße aufgenommen würde, während für den Personenverkehr, insbesondere für schnelle Beförderungsleistungen, das Flugzeug zur Verfügung stünde, dessen Eignung für jene Landstrecken nicht erst besonders bewiesen zu werden braucht. Auf jeden Fall leistet hier Frankreich, dessen kolonialisatorische Arbeit gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann (wenngleich sie von unserer angelsächsisch orientierten Öffentlichkeit kaum gekannt, wenn nicht absichtlich ignoriert wird), wesentliche Pionierarbeit für den Vereinigten Europäischen Kontinent der Zukunft.

Kanaltunnel Auch ein anderes schon vor einem Jahrhundert gestelltes Verkehrsproblem ist in letzter Zeit wieder vielfach erörtert worden: die Schaffung einer Tunnelverbindung Dover-Calais. Die Geschichte der Kanaltunnelprojekte geht sehr weit zurück. Bereits 1802 versuchte ein französischer Ingenieur Napoléon für einen solchen Plan zu interessieren, und in den folgenden Jahrzehnten wurden von den verschiedensten Seiten derartige Projekte aufgestellt. In den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts wurden dann verschiedene Gesellschaften zu diesem Zweck gegründet, die auch bereits Probebohrungen im Kanal durchführten. Auch heute besteht noch eine Kanaltunnelgesellschaft, die im stillen an der Durchführung dieses europäischen Verkehrsprojekts arbeitet. Daß das vorige Jahrhundert für den Plan einer unterirdischen Verbindung zwischen England und

Frankreich nicht reif war, ist nicht weiter verwunderlich. Aber auch bis vor wenigen Jahren noch hat England stets grundsätzlich den Plan eines Kanaltunnels abgelehnt, weil es eine Gefährdung seiner so vorteilhaften Insellage befürchtete. Nunmehr scheint auch in England eine gewisse Wandlung in der Beurteilung des Kanaltunnels eingetreten zu sein. Wenigstens hat sich das englische Parlament in den letzten Monaten mehrfach eingehend mit dem Tunnelbau beschäftigt. Eine Entscheidung ist zwar noch nicht gefallen, und bei der konservativen Grundrichtung der Engländer in solchen Fragen scheint es durchaus noch nicht sicher, ob nicht auch heute wieder überholte politische Erwägungen der Verkehrsförderung vorgehen werden.

Der Tunnelbau selbst ist nach dem heutigen Stand der Technik durchführbar. Das neueste Projekt der Kanaltunnelgesellschaft, das jetzt auch dem englischen Parlament vorliegt, sieht 3 Tunnel vor, davon 2 für den Verkehr und 1 für die Entwässerung. Die Gesamtlänge des Tunnels würde 53 Kilometer betragen, und er würde an seiner tiefsten Stelle etwa 40 Meter unter dem Meeresgrund liegen. Der Eisenbahnverkehr soll im Tunnel 2gleisig geführt werden. Die Kosten für das Projekt werden auf etwa 30 Millionen Pfund geschätzt und sollen zur Hälfte von englischer, zur Hälfte von französischer Seite aufgebracht werden. Die Wirtschaftlichkeitsberechnungen haben eine Verzinsung des Baukapitals mit 10% ergeben. Der Bau des Tunnels soll von einer englischen und französischen Gesellschaft in Verbindung mit dem Völkerbund durchgeführt werden.

Eisenbahnwesen Die Länge der Eisenbahnen der Erde betrug Ende 1926 insgesamt 1 233 530 Kilometer. Hiervon entfallen 385 406 auf Europa, 600 234 auf Amerika, 137 772 auf Asien, 60 861 auf Afrika und 49 257 auf Australien. Im Weltdurchschnitt kommt 1 Kilometer Bahnlänge auf 100 Quadratkilometer; 6,8 Kilometer Bahnlänge entfallen auf je 10 000 Einwohner. Die Dichte des Bahnnetzes ist in Europa mit 3,5 Kilometer Bahnlänge auf 100 Quadratkilometer am größten.

Die Deutsche Reichsbahn hat in den letzten 3 Jahren die Geschwindigkeit ihrer Züge wesentlich verbessert. Der schnellste Zug erreicht auf der Strecke Hamm-Hannover eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 89,7 Kilometer in der Stunde; der schnellste Zug des Jahres

1914 erreichte demgegenüber 89,9 Kilometer in der Stunde. Die durchschnittliche Fahrgeschwindigkeit der Schnellzüge beträgt etwa 62,3 Kilometer in der Stunde und hat damit die Durchschnittsgeschwindigkeit des Jahres 1914 wieder erreicht. Wenn demgegenüber auch die schnellsten Züge in anderen europäischen Ländern teilweise etwas höhere Geschwindigkeiten (bis zu 99,8 Kilometer in der Stunde in Frankreich) erreichen, so liegt die Durchschnittsgeschwindigkeit im deutschen Schnellzugsverkehr doch nicht unter der anderer Bahnen.

Die Deutsche Reichsbahn erließ ein Preisausschreiben zur Klärung der Frage, ob auch für unsere Verhältnisse die im Stückgut- und Massengutverkehr in Nordamerika gebräuchlichen Transportbehälter, die vom Automobil zur Eisenbahn und umgekehrt verladen werden, Vorteile bieten. Die Internationale Handelskammer zu Paris beabsichtigt einen internationalen Wettbewerb um eine möglichst wirtschaftliche Lösung der Zusammenarbeit von Eisenbahn und Automobil im Frachtverkehr auszuschreiben.

Die Reichsbahn stellt in zunehmendem Maß Automobile in ihren Dienst. Ende 1928 wurden bereits 89 Eisenbahnkraftverkehrslinien mit einer Streckenlänge von 2239 Kilometer gefahren. Im Lauf des Jahres 1928 wurden allein 26 Kraftverkehre der Reichsbahn neu eingerichtet. Befördert wurden auf den Eisenbahnautomobilen 1928 insgesamt 2 169 926 Personen und 249 346 Tonnen Güter. Die Reichspost wird in Übereinstimmung mit der Reichsbahn eine Automobillinie von Hamburg nach Kiel einrichten.

Eisenbahnbau Für die Erbauung einer deutschen Zugspitzbahn wurde die Konzession erteilt. Die Bahn wird neben der Kreuzeckbahn und der österreichischen Seilschwebebahn die 3. Gebirgsbahn auf das Wettersteingebirge sein. Sie soll von Garmisch-Partenkirchen am Eibsee vorbei bis zum Platt als Zahnradbahn verlaufen und die letzte Strecke vom Platt bis zum Zugspitzgipfel als Standseilbahn geführt werden. Die Bahnlänge beträgt insgesamt 17,8 Kilometer; hierbei ist eine 3,2 Kilometer lange Tunnelstrecke vorgesehen. Der Gesamthöhenunterschied zwischen Garmisch und der Zugspitze beträgt 2 194 Meter. Die Zahnradbahn sowie die Standseilbahn werden elektrisch betrieben werden. Mit dem Bau der Bahn wurde vor einiger Zeit begonnen. Die Strecke Garmisch-Partenkirchen-

Eibsee soll bereits in diesem Sommer fertiggestellt sein. Die Gesamtstrecke wird, das scheint nach den Berechnungen sicher zu sein, im Jahr 1931 in Betrieb genommen werden können.

Die Eisenbahnverbindung Kopenhagen-Hamburg soll dänischerseits durch eine neue Linienführung verbessert werden. Die neue Verbindung soll über eine neue Brücke, statt der bisherigen Fähre, nach Orehoved und von dort über Guldborg, Maribo nach Rödbyhavn führen. Von hier werden die Wagen auf schnellen Fähren nach Fehmarn befördert. Gegenüber der bisherigen Reisedauer, die von Kopenhagen bis Hamburg 10 Stunden 25 Minuten beträgt, soll die Fahrt auf der zu bauenden Linie nur noch 6 Stunden 10 Minuten in Anspruch nehmen; also eine Zeitersparnis von 40%.

Mitte Juli 1928 wurde die Transpyrenäenbahn dem Verkehr übergeben. Durch sie wird die Bahnverbindung Paris-Madrid um 15 Kilometer verkürzt, die Strecke Toulouse-Saragossa um 212 Kilometer. Die Bahnstrecke weist 15 Tunnels auf, von denen der größte eine Länge von 7,8 Kilometer besitzt.

2 der größten amerikanischen Eisenbahngesellschaften, darunter die Pennsylvaniabahn, planen die Einrichtung eines regelmäßigen kombinierten Eisenbahnflugdienstes über eine Entfernung von mehr als 3000 Meilen. Die Linie soll vom Atlantischen zum Stillen Ozean gehen und New York mit Los Angeles verbinden. Die Reisezeit zwischen beiden Städten würde sich hierdurch um 2 volle Tage auf 48 Stunden verkürzen. Die Fahrgäste sollen nachts mit der Eisenbahn und am Tag mit besonders komfortabel ausgerüsteten Flugzeugen befördert werden. Für später ist die Einrichtung eines Netzes von Flugstrecken als Zubringer von allen wichtigen Städten der Vereinigten Staaten geplant.

Luftverkehr Am 30. März wurde der regelmäßige englische Luftdienst nach Indien aufgenommen. Er führt von Croydon über Basel, Genua (Basel-Genua mit der Eisenbahn), Alexandria nach Karatschi. Die Flugzeit beträgt, mit notwendigen Unterbrechungen, insgesamt 7 Tage. Die Deutsch-Persische Luftfahrtgesellschaft, die bisher den Flugdienst in Persien bediente, erhielt die Konzession für eine direkte Luftpostverbindung von Teheran nach dem Irak. Dieser Postdienst wird Anschluß an die englische Luftpostlinie nach Karatschi haben.

Die isländische Regierung hat versuchsweise einen Nachrichtendienst durch Flugzeug für den Heringsfang begonnen; er ergab allein in Siglufjord einen Mehrfang im Wert von 500 000 Kronen.

Bei einem Probeflug überbot der deutsche Pilot Walter Steinberg mit dem Rohrbach-Romar-Wasserflugzeug, dem größten gegenwärtigen Wasserflugzeug, den bestehenden Weltrekord für größte Nutzlast in 2000 Meter Höhe um 2413 Kilogramm. Steinberg flog mit 6450 Kilogramm Nutzlast auf 2200 Meter Höhe. An der Berliner Technischen Hochschule wurde die erste deutsche ordentliche Professur für Luftfahrtwesen eingerichtet und Georg Madelung übertragen, der bereits als außerordentlicher Professor auf diesem Gebiet wirkte.

Rheinregulierung Zwischen Deutschland und der Schweiz wurde Ende März ein Vertrag über die

Schiffbarmachung des Rheins zwischen Straßburg und Konstanz unterzeichnet, der von grundsätzlicher Bedeutung für die gesamte Rheinschiffahrt ist. Deutschland und die Schweiz verpflichten sich danach die Regulierung des Rheins, der mit großen Schiffen heute nur bis Straßburg befahren werden kann, zwischen Straßburg-Kehl und Basel sofort zu beginnen. Im Zusammenhang mit dieser Regulierung des Rheins soll dann der Ausbau des Oberrheins von Basel bis zum Bodensee zu einem großen Schiffahrtsweg durchgeführt werden.

Dieses neue deutsch-schweizerische Abkommen nimmt einen Gedanken wieder auf, der bereits vor dem Krieg von Deutschland in dem damals in Aussicht genommenen Rheinstromverband festgelegt worden war. Der Ausbau des Rheins bis Straßburg ist inzwischen durchgeführt worden und hat in Verbindung mit der nach der Rückkehr des Elsaß nach Frankreich von der französischen Regierung durchgeführten großzügigen Ausdehnung des Straßburger Hafens zu einem gewaltigen Aufschwung Straßburgs als Binnenhafen geführt (siehe diese Rundschau, in diesem Band Seite 178 und folgende). Wann die Fortführung des Ausbaus des Rheins als Großschiffahrtsstraße bis zum Bodensee wird verwirklicht werden können, hängt allerdings zum großen Teil von der finanziellen Leistungsfähigkeit der beiden betroffenen Länder ab. Von schweizerischer Seite scheint die Finanzierung teilweise bereits gesichert zu sein. Mit der Durchführung des Projekts wird das lang-

erstrebte Ziel des Anschlusses des Bodensees, als des größten natürlichen Binnenhafens Europas, an die Rheinstraße endlich erreicht werden, und dies wird, wenn auch für Deutschland vielleicht teilweise nicht ohne Nachteile, so doch für die westeuropäische Binnenschifffahrt und demzufolge für alle an den Rhein angrenzenden Staaten von großem wirtschaftlichen Nutzen sein.

Wasserstraßen Das Reichsverkehrsministerium verlangt in einer dem Reichstag kürzlich zugestellten Denkschrift über die Fortführung der begonnenen Kanalbauten bis zum Jahr 1934 insgesamt rund 337 Millionen Mark für den weitem Ausbau der deutschen Wasserstraßen. Diese Mittel, die sich auf die einzelnen Jahre mit 30 bis 40 Millionen Mark verteilen, sollen außerhalb des ordentlichen Etats, voraussichtlich durch Anleihen, aufgebracht werden. Im einzelnen sind in dem Ausbauprogramm die folgenden Kanalbauten vorgesehen: 1. Bau der Hauptlinie des Mittellandkanals von Peine bis Burg (166 Millionen Mark), 2. Ausbau des Südflügels des Mittellandkanals (59), 3. Vollendung des Ihle- und Plauerkanals (9), 4. Vollendung des Oder-Spree-Kanals (2,6), 5. Fertigstellung der Staustufe in der Donau am Kachlet bei Passau, Niedrigwasserregulierung der Donau von Regensburg bis Passau, Kanalisierung des Mains von Aschaffenburg bis Würzburg (57) und endlich 6. Kanalisierung des Neckars von Mannheim bis Heilbronn (42 Millionen Mark). Der Durchführung dieser bereits begonnenen Kanalbauten liegen, was äußerst bedenklich ist, weniger wirtschaftliche Betrachtungen als vielmehr rein vertragliche Bindungen nicht ohne partikularistischen Beigeschmack zugrunde, die das Reich seinerzeit bei Übernahme der Wasserstraßen den Ländern gegenüber eingegangen ist. Das Reich hat allerdings schon damals die Verpflichtung zum Ausbau des Wasserstraßennetzes nur mit dem Vorbehalt übernommen, daß das Bedürfnis an den Wasserstraßen unverändert fortbestehen würde, und dem Ausbau nicht Rücksichten auf die finanzielle Lage des Reichs entgegenstünden. Aus diesem letzten Grund mußten dann auch die Kanalbauten bereits in den letzten Jahren sehr hinausgezögert werden, und auch heute sind für die Fertigstellung des seinerzeit aufgestellten Bauprogramms noch etwa 10 Jahre in Aussicht genommen. Ganz abgesehen von

der Wirtschaftlichkeit und dem volkswirtschaftlichen Nutzen der neuen Kanäle wird nun von verschiedenen Seiten mit Recht die Frage aufgeworfen, ob für einen derart große Summen verschlingenden Ausbau des deutschen Wasserstraßennetzes überhaupt ein Verkehrsbedürfnis vorliegt. Gerade die letzte Frostperiode hat gezeigt, daß die Eisenbahn durchaus in der Lage ist den Mehrverkehr, der auf sie alljährlich während des Winters von den Wasserstraßen übergeht, glatt aufzunehmen. Dieser Mehrverkehr der Reichsbahn infolge der Lahmlegung der Binnenschifffahrt durch Frost wird auf 15,3 Millionen Tonnen geschätzt, gegenüber einem jährlichen Gesamtverkehr auf den Eisenbahnen von 434 Millionen und auf den Wasserstraßen von 102 Millionen Tonnen. Auch die neugebauten Wasserstraßen werden den Verfrachtern keine Gewähr dafür geben, daß die auf sie gelegten Frachten auch mit Bestimmtheit das ganze Jahr hindurch befördert werden können, da die Wasserstraßen erfahrungsgemäß alljährlich durch Frost, Niedrig- und Hochwasser monatelang ausfallen. Die Eisenbahnen müssen demgegenüber in dieser Zeit den Verkehr von den Wasserstraßen übernehmen und neben ihrem Verkehr durchführen. Hierzu werden sie jedoch um so weniger in der Lage sein, je mehr Kanäle gebaut werden. Denn jede neue Schiffsfahrtsstraße entzieht der Eisenbahn Massengut, das heißt den wirtschaftlichsten Verkehr. Je mehr Verkehr den Eisenbahnen nun verloren geht, um so geringer muß auch der Wagenpark der Eisenbahn sein, den sie zur Bedienung des ihr dann noch verbleibenden Verkehrs braucht. Die Eisenbahnen werden dann nicht mehr wie heute einen Wagenpark zur Verfügung haben, der über die Bedürfnisse des Durchschnittsverkehrs hinaus auch Spitzenverkehrsleistungen, wie sie durch den Ausfall der Binnenschifffahrt in den Wintermonaten erforderlich werden, bedienen kann, das heißt, der von den Wasserstraßen während der Frostperiode fortströmende Verkehr kann von den Eisenbahnen nicht mehr oder nur unter sehr großen Schwierigkeiten und Hemmungen für das gesamte Wirtschaftsleben aufgenommen werden. Auch im Hinblick auf die Reparationsverpflichtungen der Reichsbahn erscheint es zumindest bei der gegenwärtigen Lage der Reichsfinanzen sehr bedenklich auf Jahre hinaus große Summen in Kanalbauten festzulegen, deren wirtschaftlicher Wert keinesfalls zweifelsfrei feststeht,

und die auf der andern Seite durch die Abwanderung des Massengüterverkehrs auf die Wasserstraßen der Reichsbahn erhebliche Ausfälle an Einnahmen bereiten und damit die Überschüsse für die Reparationszahlungen verringern. Die Mittel, die für den Ausbau des deutschen Verkehrsnetzes allgemein zur Verfügung stehen, sind so gering, daß es nicht zweckmäßig erscheint sie für einen Verkehrsweg übermäßig in Anspruch zu nehmen. Während man nämlich auf der einen Seite sehr beträchtliche Mittel für den Ausbau des Wasserstraßennetzes, der sich doch erst wirtschaftlich überhaupt nach 10 bis 15 Jahren auswirken wird, zur Verfügung stellen will, beschneidet man auf der andern Seite zum Beispiel der Luftfahrt ihre finanzielle Grundlage derart, daß eine einigermaßen erfolgversprechende Weiterentwicklung der deutschen Verkehrsluftfahrt mit diesen Mitteln kaum möglich sein dürfte. Bei den Etatsverhandlungen im Reichstag ist eine Verkürzung des Luftfahrtetats um etwa 50% in Aussicht genommen. Wenn auch ohne Zweifel in der deutschen Luftfahrt durch Rationalisierung einiges gespart werden kann, so bietet doch der Luftverkehr für die nächsten Jahrzehnte sicherlich auch rein wirtschaftlich größere Möglichkeiten als der Wasserstraßenverkehr. Vor allem aber handelt es sich hier um ein junges, in der Entwicklung begriffenes Verkehrsmittel, für das gerade in seinem gegenwärtigen Zustand die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Es wäre daher wünschenswert, wenn bei der endgültigen Entscheidung über die Kanalprojekte der nächsten Jahre die allgemeinen Verkehrsinteressen und nicht die Wünsche nur eines Verkehrszweigs mehr als bisher berücksichtigt würden, und man bei der Prüfung der Kanalbauten auch von jener streng wirtschaftlichen Beurteilung ausginge, die man zum Beispiel der Luftfahrt gegenüber stets so gern betont.

Berlin

Am 1. Januar begann die neugegründete Berliner Verkehrsaktiengesellschaft, in der nunmehr die Schnellbahnen, die Straßenbahnen und die Omnibusse zusammengeschlossen sind, ihre Arbeit. Mit einem Aktienkapital von 400 Millionen Mark, einem Streckennetz von 634 Kilometer Straßenbahnen, 241 Kilometer Omnibus- und 58,5 Kilometer Schnellbahnlinien, rund 22 500 Angestellten sowie über 5000 Fahrzeugen dürfte die Ber-

liner Verkehrsgesellschaft ohne Zweifel das größte großstädtische Verkehrsunternehmen der Welt sein. Ihre Aufgaben für die nächsten Jahre sind dementsprechend, denn mit dem Zusammenschluß der 3 städtischen Verkehrsunternehmen kann das Berliner Verkehrsproblem nur zu einem, wenn auch erheblichen Teil als gelöst angesehen werden. Der ständig wachsende Verkehr erfordert höchste Vervollkommnung und Leistungsfähigkeit der Betriebsmittel und die ununterbrochene Erschließung neuer Verkehrswege zu seiner Befriedigung. Während 1913 von den Berliner Nahverkehrsmitteln 1291 Millionen Personen befördert wurden, waren es im letzten Jahr 1800 Millionen. Das bedeutet eine Steigerung um fast 40%. Die Verkehrszunahme von 1927 auf 1928 betrug über 200 Millionen Fahrgäste. Wenn auch diese beträchtliche Verkehrsbelebung teilweise auf den Einheitsfahrchein zurückzuführen ist, so ist doch auch ein erheblicher Teil ohne Zweifel Neuverkehr, und auch für dieses Jahr wird daher mit einer weitem Verkehrssteigerung um 100 Millionen Personen gerechnet. Die Benutzung der einzelnen Verkehrsmittel läßt nun nicht nur Rückschlüsse auf deren gegenwärtige Leistungsfähigkeit zu sondern zeigt gleichzeitig deutlich, in welchen Bahnen sich die künftige Berliner Verkehrspolitik bewegen muß. Es ergibt sich nämlich überraschenderweise, daß trotz dem Ausbau des Schnellbahnnetzes in den letzten Jahren die Verteilung des Gesamtverkehrs auf die verschiedenen Verkehrsmittel noch immer im großen und ganzen die gleiche wie im Jahr 1913 ist. Vom Gesamtverkehr entfielen nämlich 1928 (in Klammern die Zahlen von 1913) 50% (50,5) auf die Straßenbahnen, 12,3% (13,3) auf den Omnibus, 14,7% (5,6) auf die Untergrundbahn und 23% (30,6) auf die Stadt-, Ring- und Vorortbahnen. Wie im Jahr 1913 kommen also auch heute noch rund 62% auf die Oberflächenverkehrsmittel (Straßenbahn und Omnibus) und etwa 38% auf die von der Straße losgelösten Schnellbahnen. Der Unterschied gegenüber der Vorkriegszeit ist minimal. In dem gleichen Maß wie nämlich die Untergrundbahn infolge des Ausbaus des Netzes ihren Verkehrsanteil seit 1913 erhöht hat, ist andererseits der Stadt-, Ring- und Vorortbahnen, trotz geringer absoluter Verkehrszunahme in den letzten Jahren, zurückgegangen. Berücksichtigt man nun, daß sich der Automobilverkehr in Berlin seit dem Krieg mehr

als verzehnfacht hat (1913 7930 Kraftfahrzeuge, am 1. April 1929 85 840), so erhellen diese Zahlen schlagend den Grund der Verkehrsschwierigkeiten der Innenstadt. Dieser fast unveränderte Anteil der Oberflächenverkehrsmittel am Gesamtverkehr bei außerdem noch größerer Verkehrsdichte im Straßenbahn- und Omnibusverkehr ist der Kardinalpunkt der zukünftigen Berliner Verkehrspolitik. Das ununterbrochene Anwachsen des Omnibusverkehrs, der sich im letzten Jahr gegenüber 1926 fast verdoppelt hat und sicherlich in diesem Jahr seinen Anteil am Gesamtverkehr wieder erreichen dürfte, bedeutet daher unter diesem Gesichtspunkt keine Erleichterung der Berliner Verkehrsverhältnisse, da jede weitere Ausdehnung des Omnibusses zugleich eine weitere Steigerung des Oberflächenverkehrs ist. Gelingt es in den nächsten Jahren nicht in der Innenstadt den Oberflächenverkehr in erheblichem Maß unter die Straße zu verlegen und dadurch für den unaufhörlich weiter steigenden Automobilverkehr Platz zu schaffen, so werden Verkehrsschwierigkeiten entstehen, die dann auch nicht mehr mit Straßendurchbrüchen zu beseitigen sind. Nur neue Schnellbahnlinien schaffen hier Abhilfe.

Der beschleunigte Ausbau des Schnellbahnnetzes ist daher auch in den nächsten Jahren die wichtigste Aufgabe der Berliner Verkehrsgesellschaft. In diesem Jahr respektive Anfang 1930 werden neben den Linien Gesundbrunnen-Neukölln und Friedrichsfelde-Alexanderplatz noch die Erweiterung der Nord-Süd-Bahn zum Teltowkanal, die Erweiterung der Stammlinie nach Pankow und Ruhleben und der Dahlemer Linie nach Zehlendorf fertiggestellt werden. Danach werden zunächst folgende Schnellbahnlinien gebaut werden: die Verlängerung der Nord-Süd-Bahn im Norden bis zur Scharnweberstraße (2,05 Kilometer), im Süden bis zum Teltowkanal (1,7), der Stammstrecke im Norden bis Pankow (1,75), der Bahn Gesundbrunnen-Neukölln bis zum Südring (Hermannstraße) (0,8), insgesamt rund 6,3 Kilometer. Die Baukosten hierfür sind mit rund 80 Millionen Mark veranschlagt, von denen ein Teil durch Zuschüsse Preußens und des Reichs in Höhe von 15 Millionen, die restlichen 65 Millionen durch eine Anleihe gedeckt werden sollen. Danach sollen dann 2 neue Linien gebaut werden, und zwar die besonders für die Entlastung der Innenstadt notwendige Linie Alexanderplatz-Leipziger Straße-Potsdamer Platz-Potsda-

mer Straße-Kleistpark (5,4 Kilometer) und die Linie Hallesches Tor-Potsdamer Platz-Lehrter Bahnhof-Kriminalgericht (5,0 Kilometer). Der Bau dieser Strecken wird unter andern auch eine Lösung des Verkehrsproblems am Potsdamer Platz, das heißt aller der Fragen notwendig machen, die mit dem Übergang von der Untergrundbahn zur Ring- und Vorortbahn an dieser Stelle und der Verbindung der nördlichen und südlichen Vorortstrecken der Reichsbahn zusammenhängen. In einer Denkschrift hat die Berliner Verkehrsgesellschaft vor kurzem ihre Pläne für den Ausbau des Berliner Schnellbahnnetzes auf weite Sicht niedergelegt und hierbei für die nächsten 15 Jahre 84 Kilometer neue Schnellbahnen mit Baukosten (ohne Betriebsmittel) in Höhe von rund 1 Milliarde Mark vorgeschlagen. Es wird von der Finanzlage der Stadt Berlin und den Überschüssen der Berliner Verkehrsgesellschaft in den nächsten Jahren abhängen, in welchem Umfang dieses Bauprogramm verwirklicht werden kann. Von dem städtischen Schnellbahnbauprogramm sind, was immer wieder betont werden muß, die Stadt-, Ring- und Vorortbahnen, das eigentliche Sorgenkind im Berliner Verkehrswesen, nicht zu trennen. Seit Mitte März hat endlich die gesamte Stadtbahn elektrischen Betrieb. Die Fahrzeiten sind dadurch um etwa 25 % verkürzt. Auch die Elektrifizierung der Ringbahn ist nunmehr vollzogen. Da die Stadt-, Ring- und Vorortbahnen aber auch nach ihrer Elektrifizierung mit einem erheblichen Defizit arbeiten werden, sollten die Reichsbahn und auch die Stadt Berlin kein Mittel unversucht lassen, um die Stadt-, Ring- und Vorortbahn so bald wie möglich zu einer wirklich leistungsfähigen, die Oberflächenverkehrsmittel entlastenden Schnellbahn zu machen, die sie auch heute trotz der Elektrifizierung nicht ist. Und sie sollten sie jetzt schon in den Umsteigeverkehr mit dem Einheitsfahrchein einbeziehen (nicht, wie jetzt, mit erhöhter Gebühr, die das Umsteigen unterbindet).

In engem Zusammenhang mit den Schnellbahnbauten stehen auch städtebauliche Aufgaben, darunter vor allem die Straßendurchbrüche. Die verschiedensten solcher Durchbrüche, deren Notwendigkeit wohl kaum noch bestritten wird, werden in Berlin seit Jahren erörtert, ohne daß bisher dabei etwas Positives herausgekommen ist. Man braucht nur an den bevorstehenden Schnellbahnbau durch die Leipziger und die Potsdamer Straße, der einzigen durchgehenden Ausfallstraße

nach dem Westen und Südwesten, zu denken, und kann sich vorstellen, welche Verkehrskatastrophen in der Innenstadt entstehen werden, wenn nicht vor dem Beginn der Untergrundbahnbauarbeiten in der Leipziger und der Potsdamer Straße dem Verkehr durch Straßendurchbrüche rechtzeitig Abflußwege geschaffen werden. Als erster Versuch in dieser Hinsicht ist der nunmehr zur Entlastung der Leipziger Straße beschlossene Durchbruch der Lindenstraße von der Kommandantenstraße bis zum Spittelmarkt anzusehen, der endlich einen der vielen Mängel des Berliner Bebauungsplans beseitigen wird. Von dem Durchbruch durch die Ministergärten hat man jedoch lange nichts mehr gehört. Wollen sich die Minister der Republik wirklich andauernd den dringenden Forderungen des Lebens entgegenstellen?

Ende Januar trat eine neue Verkehrsordnung in Kraft, in der endlich die bis dahin bestehenden mehr als 200 verschiedenen Polizeiverordnungen über den Straßenverkehr einheitlich zusammengefaßt worden sind. Besondere Bestimmungen sind auch für die Fußgänger erlassen. Hoffentlich trägt die neue Verkehrsordnung mit zur Beschränkung der Verkehrsunfälle bei. Im letzten Jahr ereigneten sich in Berlin 27 601 Verkehrsunfälle gegenüber 21 927 im Vorjahr; die Zunahme beträgt also 25,9% bei gleichzeitigem Anwachsen der Kraftfahrzeuge um 30,9%. Bei den Unfällen wurden 218 Personen (davon 34 Kinder unter 14 Jahren) getötet und 11 755 verletzt, sowie 26 533 Fahrzeuge beschädigt. Auf den Tag kommen also in Berlin etwa 79 Verkehrsunfälle. Besonders bedauerlich ist, daß nach wie vor ein erheblicher Teil der Unfälle durch Trunkenheit hervorgerufen wird, und Trunkenheit womöglich immer noch als strafmildernd, statt als strafverschärfend, gilt.

Die Stadt Berlin hat für 8,5 Millionen Mark den Flugplatz Staaken gekauft und will ihn, da er größere Landungs- und Ausdehnungsmöglichkeiten als das Tempelhofer Feld bietet, besonders für Luftschiffe verwenden. Der gleichfalls vor einigen Jahren erworbene Flugplatz Britz wird jetzt der Heimathafen der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt, die von Johannisthal dorthin übersiedelt. Übrigens beabsichtigt die Stadt Berlin auch den alten Flugplatz Johannisthal zu erwerben, so daß sie dann 4 Lufthäfen besitzen würde; etwas reichlich.

Um die Monopolstellung der privatwirtschaftlich verwalteten Automobilstraße

durch den Grunewald nach Wannsee, der sogenannten Avus, zu brechen, beschloß der Magistrat den Bau einer Parallelstraße, für deren Benutzung, im Gegensatz zur Avus, keine Gebühren erhoben werden sollen. Die Avus soll als Sport- und Versuchsstraße bestehen bleiben.

Kurze Chronik Die Gesamtaufwendungen der deutschen Länder für **Neubau und Unterhaltung der Staatsstraßen** von rund 66 700 Kilometer Länge beliefen sich im Jahr 1928 auf etwa 280 Millionen Mark; hiervon wurden etwa 15% durch Anleihen aufgebracht. Insgesamt sind im letzten Jahr in Deutschland schätzungsweise 670 Millionen Mark für Straßenbauzwecke ausgegeben worden, gegenüber 150 bis 170 Millionen im Jahr 1914. ◊ Am 1. Januar gab es in Deutschland 1 034 000 **Automobile**, gegen 933 312 am 1. Juli 1928; im einzelnen waren davon 389 000 Personenwagen, 133 000 Lastwagen, 351 000 Großräder, 137 000 Kleinräder und 24 300 Zugmaschinen usw. Auf 121 Einwohner entfiel am 1. Januar 1 **Automobil**. ◊ Der Rheinische Provinziallandtag hat den Bau einer **Automobilstraße** von Bonn über Köln nach Düsseldorf beschlossen. Diese erste reine Automobilstraße in Deutschland soll 80 Kilometer lang werden und wird etwa 45 bis 50 Millionen Mark kosten. Die Erhebung von Abgaben für die Benutzung der Straße ist nicht geplant, da die Reichsregierung eine Abgabenerhebung für öffentliche Straßen grundsätzlich verweigert hat. ◊ Die **Deutsche Schulverkehrswacht**, die sich die weitestgehende Förderung der Verkehrserziehung der Schuljugend zur Aufgabe gemacht hat, hielt Anfang April in Berlin ihre 1. Hauptversammlung ab. Sie hat heute bereits 1500 Mitglieder in allen Teilen Deutschlands. Es wäre wünschenswert, wenn auch die Schulbehörden der nutzbringenden Arbeit der Schulverkehrswacht in Zukunft größeres Interesse entgegenbrächten. ◊ Die Gesamtzahl der **Rundfunkteilnehmer** in Deutschland betrug am 1. April 2 837 894. Gegenüber dem gleichen Termin des Vorjahrs ist die Zahl der Rundfunkhörer um rund 600 000 gestiegen. ◊ Das **Telephonnetz** Amsterdams ist mit 28 000 Anschlüssen jetzt vollständig automatisiert. ◊ In **Athen** geht eine 2,4 Kilometer lange Untergrundbahnstrecke, die vor allem eine direkte Verbindung der Bahnhöfe der Piräus- und Kiphissiaeisenbahnlilien schaffen und eine Dampfbahn ersetzen soll, ihrer Vollendung entgegen.